Geschichte der Revolutionszeit.

Von

Heinrich von Sybel.

8. Band.

6.5.08.

Library of the Theological Seminary,

PRINCETON, N. J.

Division DC148

Section .S98

v.8

Geschichte

der

Revolutionszeit

1789–1800

von

Heinrich von Sybel.

Wohlfeile Ausgabe.

Achter Band.

Stuttgart 1899.
J. G. Cotta'sche Buchhandlung Nachfolger
G. m. b. H.

Alle Rechte vorbehalten.

Druck der Union Deutsche Verlagsgesellschaft in Stuttgart.

Inhalt.

Sechzehntes Buch.

Campo Formio.

Seite

Erstes Kapitel. **Fall von Venedig** 3

Weisungen des Direktoriums für den Frieden. — Kämpfe in Venetien. — Aufstand in Verona. — Kampf im Hafen von Venedig. — Bonapartes Drohungen. — Kriegserklärung gegen Venedig. — Bonaparte in Mailand. — Unterhandlung mit Venedig. — Villetards Umtriebe in Venedig. — Auflösung der venetianischen Regierung. — Vertrag mit Venedig. — Verhandlung mit Gallo. — Thuguts Instruktion für Gallo. — Bonapartes Gegenforderungen. — Gallos Nachgiebigkeit.

Zweites Kapitel. **Montebello** 40

Besetzung Corfus. — Unruhen in Genua. — Ligurische Republik. — Thuguts Entrüstung. — Thuguts falsche Schritte. — Innere Lage Englands. — Englisch-französische Unterhandlung. — Stocken der österreichischen Unterhandlung. — Spaltung zwischen Direktorium und Volksvertretung. — Verhandlung über die Priester. — Streit über die Kolonien. — Finanznot. — Verschleuderungen. — Wachsende Spannung. — Zwist über die auswärtige Politik. — Verhältnis zu Nordamerika. —

Seite

Parteikampf in Amerika. — Gewaltschritte des Direktoriums. — Dumolards Interpellation über Venedig. — Bonapartes Zorn gegen die Fünfhundert. — Bonaparte sinnt auf einen Staatsstreich.

Drittes Kapitel. **Der achtzehnte Fructidor** 91

Barras und Hoche. — Intriguen der Frau von Stael. — Ministerwechsel. — Truppenmärsche gegen Paris. — Mutlosigkeit des Direktoriums. — Bonapartes Eingreifen. — Augereau in Paris. — Unterhandlung in Lille. — Frankreichs übertriebene Forderungen. — Haltung der Royalisten. — Haltung der Konstitutionellen. — Der Staatsstreich. — Proskriptionen. — Verfolgung der Zeitungen. — Deportationen.

Viertes Kapitel. **Friede mit Oesterreich** 129

Thugut verhandelt mit England. — Oesterreich beschließt nachzugeben. — Gallos neue Instruktion. — Verhandlungen in Udine. — Bonapartes Ultimatum. — Bonapartes orientalische Pläne. — Neue Forderungen des Direktoriums. — Bonapartes Festigkeit. — Das Direktorium unterwirft sich. — Cobenzls erste Eröffnungen. — Die Reichsintegrität aufgegeben. — Feindseligkeit Bonapartes gegen Rom und Graubünden. — Thuguts Argwohn gegen Preußen. — Vorläufige Vereinbarung in Udine. — Letzte Verhandlungen. — Vertrag von Campo Formio. — Aussichten in die Zukunft.

Siebzehntes Buch.

Fortgang der französischen Eroberungen.

Erstes Kapitel. **Eröffnung des Rastatter Kongresses** . 177

Innerer Verfall Frankreichs. — Verfolgung der Mißliebigen. — Finanznot. — Unterschleife und Bestechungen.

Seite

— Englischer Krieg. Streit mit Amerika. — General Bonaparte. — Italienische Angelegenheiten. — Die Schweiz. — Vertrag über Mainz. — Die Reichsdeputation. — Erste Sitzungen der Deputation. — Wiener Ministerkrisis.

Zweites Kapitel. **Rom** 209

Bonaparte in Paris. — Bernadottes Instruktion für Wien. Verbot des Handels mit England. — Drohung gegen Spanien. — Batavische Parteikämpfe. — Staatsstreich in Batavien. — Staatsstreich in Cisalpina. — Schlimme Lage des Papsttums. — Tod des Generals Duphot. — Berthiers Zug gegen Rom. — Römische Republik. — Soldatenaufstand.

Drittes Kapitel. **Die Schweiz** 238

Bonapartes Pläne. — Petition der Waadtländer. — Gutachten von Johannes Müller. — Bonapartes Pläne. — Innerer Zustand der Schweiz. — Aufstand der Waadt. Mengauds Umtriebe. — Berns Gegenmaßregeln. — General Brune in der Schweiz. — Innere Auflösung. — Brunes verräterischer Angriff. — Die Katastrophe. — Einnahme von Bern. — Brunes Abberufung.

Viertes Kapitel. **Das linke Rheinufer** 270

Cobenzl und Treilhard. — Verhandlungen über die Rheinlande. — Bewilligung der Rheinlinie. — Forderung der Säkularisation. — Preußisch-österreichische Verhandlung. — Cobenzls Verhandlung mit Preußen. — Cobenzls Entwurf. — Russische Vermittelung. — Beschluß der ägyptischen Expedition. — Voraussetzung und Zweck der Expedition. — Bernadotte in Wien. — Tumult vom 13. April. — Bonapartes Abreise.

Seite

Fünftes Kapitel. **Konferenzen in Selz** 312

Staatsstreich des 22. Floreal. — Bedrängung des Deutschen Reichs. — Gärung in den Schweizer Urkantonen. — Krieg gegen die Urkantone. — Rapinats Gewaltthaten. — Unterwerfung Piemonts. — Bedrängnis Toscanas. Reibungen mit Neapel. — Bund zwischen Neapel und Oesterreich. — Cobenzl in Selz. — Erste Gespräche. — Abbruch der Verhandlung.

Sechzehntes Buch.

Campo Formio.

Erstes Kapitel.

Fall von Venedig.

Zwei Tage nach der Unterzeichnung der Präliminarien, am 20. April, erfolgte die Entschließung Kaiser Franz' II., daß er nach reifer Erwägung der ihm von Thugut vorgelegten Gründe, gemäß dem Drange der Umstände und seiner Friedensgesinnung, den Vertrag zu bestätigen bereit sei. Thugut sandte eine Note mit dieser Ankündigung und ein kurzes erläuterndes Begleitschreiben durch Gallos Legationssekretär Baptiste an die Gesandten nach Leoben [1]). Wohl nach Thuguts mündlichen Verhandlungen mit Baptiste sprachen Gallo und Merveldt dem General Bonaparte den Wunsch des Kaisers aus, so schnell wie möglich mit Frankreich zum definitiven Frieden zu gelangen, durch unmittelbare Verhandlung in einer italienischen Stadt, ohne Zuziehung der Alliierten, zu deren Einladung es früh genug sei, wenn die beiden Mächte, untereinander einig, an den Reichsfrieden gingen [2]). Bonaparte war, wie man denken kann, höchlich einverstanden. Den Kaiser trieb zur Beschleunigung des Friedens das Interesse, möglichst bald in den Besitz von Venetien zu gelangen; Bonaparte wünschte damals sehr ernstlich raschen Abschluß mit Oesterreich, um

---

[1]) Thuguts Korrespondenz mit Graf Colloredo. Baptiste und Vincent waren mit den Präliminarien am 18. nach Wien geschickt worden.

[2]) Bonaparte an das Direktorium 22. April. Die Richtigkeit dieser Angaben werden wir bald durch Thuguts weitere Instruktionen an Gallo bestätigt finden.

seine Kraft gegen andere Feinde zu richten. Aus den weiteren Aeußerungen Gallos glaubte er schließen zu können, daß der Kaiser auf der bisherigen Weigerung, deutsche Territorien für sich selbst zu nehmen, nicht immer bestehen würde (mit wie viel Grund, werden wir später sehen), und daraus ergab sich sehr natürlich der doppelte Schluß, einmal, daß die Präliminarien lediglich als eine erste Skizze, jeder wünschenswerten Umarbeitung fähig, zu betrachten seien, und dann weiter, daß in einem solchen Falle so gut wie Oesterreich auch die Franzosen Ansprüche auf deutsche Landschaften erheben könnten. So würden wir, meldete er den Direktoren, zu einem sicheren Frieden gelangen, zu einem Frieden, wie er allein uns die Rheingrenze, ganz oder ungefähr, verschaffen kann.

Er wußte sehr gut, wie wuchtig und wohlklingend ein solches Wort in das Ohr des Direktoriums fallen würde, und benutzte den Anlaß sofort, um seine Regierung in der anderen Seite des Systems, der Vernichtung Venedigs, einen Schritt weiter voran zu führen. In jedem Falle, möge man nun Frieden oder weiteren Kampf mit Oesterreich wünschen, sei es unerläßlich, der Republik Venedig den Krieg zu erklären und dann die ehemaligen Legationen mit der neuen lombardischen Republik zu vereinigen; dann möchten die Herren Venetianer die Souveräne ihrer Inselstadt und ihrer Lagunen bleiben.

Nachdem er diesen Bericht am 22. April nach Paris abgesandt, verfuhr er wie gewöhnlich: er begann seine Vorschläge zu verwirklichen, ohne irgendwie die Beschlüsse des Direktoriums abzuwarten. Wie er es dem Grafen Merveldt versprochen, ließ er seine Divisionen zur Räumung Deutsch-Oesterreichs aufbrechen und setzte sie auf verschiedenen Straßen zur Ueberflutung Venetiens in Marsch. Graf Merveldt hatte vom Kaiser unterdessen die Aufgabe erhalten, diese militärischen Bewegungen zu überwachen; Gallo, der noch einmal nach Wien zu Thugut zurückgeeilt war, traf am 24. in Graz mit Bonaparte wieder zusammen und wiederholte die Abrede, ohne Zaudern zur Ausarbeitung des De-

finitivfriedens allein zwischen Oesterreich und Frankreich zu schreiten, zu welcher Verhandlung vorläufig die Stadt Brescia ausersehen wurde. Die Alliierten würde man nicht hier, sondern erst bei dem Kongresse für den Reichsfrieden zuziehen.

Bonapartes Bericht vom 22. April hatte in Paris eine für den General äußerst günstige Wirkung. Das Direktorium hatte allerdings die Friedensbotschaft gleich nach Empfang derselben veröffentlicht, so daß eine Verweigerung der Ratifikation nicht mehr möglich war. Aber eine Reihe schwerer Bedenken verzögerte die förmliche Ausfertigung derselben. Widerwärtig erschien die Aussicht auf einen allgemeinen Friedenskongreß, bei dem ein Ende nicht abzusehen war. Mit peinlicher Stimmung blickte man auf die Artikel über Venedig, dessen Gesandter soeben erst auf des Direktors Barras Begehren demselben die Summe von 600 000 Franken versprochen [1]) und dafür aus Rewbells Munde die offizielle Verheißung von Frieden und Freundschaft erhalten hatte, dessen Landschaften man freilich auszunutzen und zu demokratisieren, dann aber erst recht nicht dem Kaiser zu überliefern wünschte. Was die Integrität des Deutschen Reiches betraf, so hatte das Direktorium selbst sie im Februar bewilligen wollen, und wenn Rewbell jetzt vielleicht meinte, nach den Siegen des März und April sei der völlige Verzicht auf die Rheinlande nicht mehr statthaft, so sprach umgekehrt Carnot die Ueberzeugung aus, daß die Ausdehnung der französischen Grenze auf dieser Seite für Frankreich selbst große Bedenken habe [2]). Immer aber fand

[1]) Querini an die Staatsinquisitoren 17. April. Querini gab Schuldscheine für jenen Betrag, gegen das Versprechen der Beschützung Venedigs. Nach dem Falle der Stadt hatte Barras die Stirne, die Schuldscheine zur Zahlung zu präsentieren. Raccolta II, 112.

[2]) Carnot an Clarke 5. Mai. (Mémoires sur Carnot par son fils II, 148.) Ich trage Bedenken, die Details über Carnots Streit mit Rewbell und Barras zu benutzen, welche die Réponse de Carnot à Bailleul enthält, da Carnots Bruder (Histoire du directoire constitutionnel p. 226) diese Broschüre für das Werk

auch Carnot die Uebereilung tadelhaft, mit welcher die Präliminarien die deutschen Eroberungen aufgegeben, anstatt sie für den allgemeinen Kongreß als Tauschmittel, zur Wiedererlangung der französischen Kolonien, in der Hand zu behalten. So fand man sich höchlich erleichtert durch die neue Meldung des Generals, daß Oesterreich selbst den Wegfall des Kongresses und Abänderungen der Präliminarien wünsche, und beeilte sich, indem man am 4. Mai die Ratifikation vollzog, Bonaparte und Clarke mit der Unterhandlung des Definitivfriedens zu beauftragen und am 6. ihre Instruktion nach den eben erwähnten Gesichtspunkten festzustellen. Es sei freilich, hieß es darin, nach Venedigs feindseligem Verhalten nicht unbillig gewesen, daß man auf seine Kosten den Frieden abgeschlossen habe: aber es sei unzulässig, ihm geradezu den Krieg zu erklären oder gar zu seiner Auslieferung an Oesterreich selbst mitzuwirken. Dies würde mit den republikanischen Grundsätzen über die Selbstbestimmung der Völker in unerträglichem Widerspruche stehen. Man müsse es also dem Kaiser überlassen, Venedig seinerseits zur Abtretung der Terraferma zu zwingen, unter der Erklärung Frankreichs, daß es keinen Widerspruch gegen die Maßregeln erhebe. Nichts würde zweckmäßiger sein als die Vereinigung Venedigs und der Legationen mit der Lombardei und Modena zu einer einzigen kräftigen Republik; man möge alles thun, um den Senat zu einem solchen Entschlusse zu bestimmen. In hohem Grade einverstanden war das Direktorium mit dem kaiserlichen Antrage, sofort zur Aufrichtung des Definitivfriedens mit Oesterreich ohne Zuziehung der Bundesgenossen zu schreiten. Wenn dadurch aber der Abschluß und mit demselben die österreichische Besitzergreifung in Venetien beschleunigt wurde, so schien ihm ein Gegendienst billig. Wie die französischen Truppen Venetien, möchten die österreichischen die Rheinlande räu-

eines unbekannten Schriftstellers erklärt und seinem Bruder abspricht. Daß Carnots Sohn dieselbe für die Memoiren in gutem Vertrauen benutzt, kann bei der völligen Kritiklosigkeit dieses Autors nicht in das Gewicht fallen.

men, so daß Frankreich für den Reichsfrieden eine günstige militärische Stellung gewinne. Endlich zeigte man sich nicht besonders erbaut von der durch Bonaparte angedeuteten Möglichkeit, daß der Kaiser sich zur Annahme deutscher Landschaften herbeiließe. Das Direktorium wollte davon nur unter der Voraussetzung hören, daß er in entsprechendem Maße auf italienische Erwerbungen verzichte.

Wenn also in dem letzten Punkte die Absichten des Direktoriums auf das schärfste den Wünschen Thuguts entgegenliefen, so sehen wir nicht minder deutlich in allen anderen Beziehungen den Abstand, welcher seine Auffassung von jener Bonapartes trennte. Dennoch war es entfernt nicht gesonnen, bei dem bevorstehenden Kampfe mit der Volksvertretung den mächtigen General sich zu entfremden. Bonapartes Entlassungsgesuch wurde mit den verbindlichsten Worten abgelehnt, seine Anwesenheit in Italien für unentbehrlich erklärt und ihm außer der Friedensverhandlung auch die Organisation der lombardischen Republik aufgetragen. Ausdrücklich wurde ihm am Schlusse der diplomatischen Instruktion bemerkt, daß dieselbe ihm die Wünsche der Regierung bezeichne, aber nicht als bindende Vorschrift gemeint sei. Vielmehr habe man das höchste Zutrauen zu der Einsicht und dem Patriotismus der französischen Unterhändler, welche an Ort und Stelle ohne Zweifel die Interessen der Republik auf das beste beurteilen und wirksam vertreten würden.

Diese Anerkennung der Selbständigkeit Bonapartes entsprach allerdings den thatsächlichen Verhältnissen im höchsten Maße. Das Direktorium verbot dem General am 6. Mai die Kriegserklärung gegen Venedig und am 1. Mai hatte Bonaparte, seiner Verheißung von Leoben entsprechend, das verhängnisvolle Manifest bereits erlassen. Venedigs Schicksal war besiegelt.

Der Senat der unglücklichen Republik hatte das mögliche gethan, dem Eroberer jeden Vorwand zur Feindseligkeit zu entziehen. Er hatte den Adjutanten Junot gleich nach dessen Ankunft in feierlicher Sitzung empfangen, in

schweigender Geduld die Vorlesung von Bonapartes donnernden Schmähungen angehört und nach kurzer Beratung ein unterwürfiges Schreiben an den General beschlossen, welches schleunige Abstellung aller Beschwerden und die Sendung zweier Nobili in das Hauptquartier zur Feststellung der erforderlichen Maßregeln verhieß. Die Mehrheit war schon jetzt für vollständige Entwaffnung, und nur mit Mühe setzte Girolamo Giustiniani die Fortsetzung der Rekrutierung bis zum Eintreffen von Bonapartes Antwort durch. Ein neues Manifest erging an die Unterthanen, sie zur Ruhe und Neutralität aufzufordern; der größte Teil der politischen Gefangenen wurde nach Bonapartes Forderung entlassen. Junot sandte darauf eine Meldung an Kilmaine und Victor, daß für jetzt ein Kriegsfall noch nicht eingetreten sei. Aber was half dieser Friedensschluß in den Worten, während auf allen Punkten der Terraferma die einmal entfesselte Kriegsfurie mit blutigen Thaten weitertobte? Die Bauern wußten es nicht anders, als daß die Franzosen mit den einheimischen Rebellen verbündet seien; überall gab es kleine Ueberfälle und Gefechte; französische Patrouillen wurden erschlagen, zur Strafe dafür die Bauern niedergeschossen und die Dörfer verbrannt, und mit jedem solchen Vorgang stieg die gegenseitige Erbitterung. In Friaul besetzte General Baraguay d'Hilliers die Citadelle von Osoppo; an der Etsch forderte General Mayoux die Entfernung aller nicht zur Ortsbürgerschaft gehörigen Venetianer aus Legnago. In den brescianischen Thälern setzte General Lahoz die Entwaffnung der Bauern unter schwerer Plünderung der Ortschaften fort und erklärte in einer heftigen Proklamation den Venetianern, daß die Neutralität von ihnen gebrochen sei. Seine Truppen streiften so dicht an Verona heran, daß der Proveditore Giovanelli und der Podesta Aluise Contarini vier Kompanien Slavonier in die Stadt hereinzogen und eine kleine Truppenabteilung unter dem Grafen Francesco Emilii außerhalb der Wälle zur Deckung gegen Lahoz aufstellten. Sofort aber erschien eine gebieterische Aufforderung Kilmaines, solche Rüstungen

zu unterlassen, und der französische Befehlshaber der Veroneser Kastelle, General Balland, meldete dem Podesta, daß er bei der geringsten Regung Verona bombardieren und in Asche verwandeln würde. Die Bevölkerung, durch diese Drohungen auf das äußerste gereizt, seit Wochen durch steten Alarm in Atem gehalten und seit dem Beginne der Occupation von tiefem Hasse gegen die Franzosen erfüllt, bedurfte unter solchen Umständen nur eines geringen Anlasses zu einem furchtbaren Ausbruch. Ein solcher fand sich am Abend des Ostermontags, 17. April, desselben Tages, an welchem der Senat seine friedenflehende Gesandtschaft an Bonaparte abschickte. Zwischen einigen bewaffneten Bürgern und bolognesischen Soldaten entspann sich ein Zank, welcher rasch Parteigänger beider Seiten heranlockte; einige Franzosen wurden erschlagen, die französischen Wachen insultiert, alle Stadtteile mit Tumult und Auflauf erfüllt. Die französischen Offiziere in der Stadt ließen schleunigst zum Sammeln blasen und führten die Mannschaft in das alte Kastell, welches darauf zur Einschüchterung des Volkes drei Kanonenschüsse abgab. Die Bürger aber, welche dies Feuer für den Beginn des französischen Angriffs hielten, stürmten jetzt in wilder Aufregung gegen die Eingänge der Kastelle selbst, so daß Balland alle seine Batterien in Thätigkeit setzte und seine Kugeln über sämtliche Quartiere ausgoß. Der Anblick dieser Verheerungen steigerte die Wut des Volkes auf den höchsten Grad; was sich noch von Franzosen in der Stadt befand, Männer, Weiber, Kinder, wurde unbarmherzig niedergemacht und selbst die Verwundeten und Kranken in den Hospitälern nicht verschont. Als draußen Graf Emilii den Donner des Geschützes vernahm, eilte er mit etwa 600 Slavoniern und 1500 bewaffneten Bauern nach Verona zurück, den Landesgenossen zu Hülfe und half den letzten Widerstand der Franzosen in den Straßen überwältigen. Giovanelli hatte indessen einen Parlamentär zu Balland in das Kastell geschickt, um die Unschuld der Behörden an dem Aufstande zu beteuern und Maßregeln zur Beschwichtigung vorzuschlagen; darauf kam General Beau-

poil herunter zur Verhandlung mit dem Proveditore, wurde nur mit Mühe vor den Angriffen der rasenden Volkshaufen geschützt, gelangte dann aber mit Giovanelli zu einer Uebereinkunft, nach welcher die Batterien des Forts ihr Feuer einstellen und keine Verstärkung der französischen Garnison statthaben, andererseits aber die Bauern die Stadt verlassen, die Behörden die Bürger zur Ruhe zurückbringen sollten. Allein General Balland glaubte diese Bedingungen nicht annehmen zu können. Er forderte volle Genugthuung für die Ermordung seiner Soldaten, Stellung von Geiseln nach seiner Wahl, Entwaffnung der Bürger und Bauern binnen drei Stunden, mit einem Worte, Unterwerfung auf Gnade und Ungnade. Mehrere ältere Bürger, sowie einige venetianische Offiziere, von der Aussichtslosigkeit des Kampfes überzeugt, rieten zur Nachgiebigkeit; die Volksmassen aber, die mittlerweile die Wohnungen der Franzosen und dann der einheimischen Jakobiner und endlich der Juden geplündert, drohten allen feigen Memmen als Landesverrätern den Tod: so wurde der weitere Sturm gegen die Kastelle beschlossen und ein Eilbote um Hülfe an den österreichischen General Loudon gesandt, der nach Jouberts Abmarsch mit einer kleinen Schar bis an die Grenze Südtirols vorgegangen war. Darauf erklärten Giovanelli und Contarini, daß dies alles den gemessenen Befehlen des Senates zuwiderlaufe [1]) und demnach ihre Wirksamkeit in Verona unmöglich geworden sei; sie verließen die unglückselige Stadt und flüchteten nach Vicenza.

Verona, sich selbst überlassen, stürmte darauf drei Tage lang vergeblich gegen die Thore der Kastelle, unter fortdauerndem Zuströmen der bewaffneten Bauern, deren Zahl sich zuletzt auf 5000 belief [2]). Da General Balland un-

[1]) Romanin X, 92 erörtert und widerlegt die Verdächtigung, daß Venedig damals in heimlichem Einverständnis mit der österreichischen Armee gehandelt habe.

[2]) Chabran an Kilmaine 21. April. Dazu 3000 bewaffnete Bürger, 2600 venetianische Soldaten. Kilmaine schreibt dann an Bonaparte von 30 000 Bauern, Bonaparte an das Direktorium von 40 000.

erschütterlich bei der Forderung bedingungsloser Unterwerfung blieb und die Wut des Bombardements mit jedem Tage steigerte, befahl der Senat dem Generalproveditore Erizzo, Battagias Nachfolger, mit allen verfügbaren Truppen nach Verona zu eilen, um das mögliche zur Rettung der Bürgerschaft zu thun. Gleichzeitig aber hatte auch General Kilmaine alle Vorkehrungen zum Entsatze der Kastelle getroffen, und am 21. langten General Chabran und Landrieux mit etwa 6000 Mann in der Umgegend von Verona an, während die Division Victor in Eilmärschen von Treviso und General Lahoz von Peschiera her im Vorrücken war. Unter diesen Verhältnissen brach der Mut der Venetianer zusammen, da in demselben Augenblick auch die letzte Hoffnung, die Aussicht auf Loudons Hülfe, durch die Kunde von dem Stillstand von Leoben verschwand. Erizzo und Giovanelli sandten den Grafen Emilii und zwei andere Notabeln zu Balland hinauf, um über die Kapitulation zu verhandeln; der General forderte aufs neue Ablieferung aller Waffen, bedingungslose Uebergabe der Stadt und als erste Maßregel Stellung von 16 Geiseln, darunter die Proveditoren selbst, sowie die drei Unterhändler, welche letzteren er dann ohne weiteres im Kastell festhielt. Die Proveditoren fanden sich nicht berechtigt zur Annahme solcher Bedingungen, welche den letzten Rest der venetianischen Hoheit über Verona vertilgten; bei der Verhandlung hatte General Beaupoil höchst unumwunden erklärt, die Republik Venedig habe lange genug bestanden, sie müsse sich in die Zeiten schicken, Bonaparte selbst habe die Aufstände in Bergamo und Brescia durch ausdrücklichen Befehl in das Leben gerufen [1]; so sah Erizzo das Verderben seines Staates als unabänderlich an, wollte es aber wenigstens nicht durch die eigene Unterschrift bekräftigen und rettete sich mit Giovanelli in der Nacht durch heimliche Entweichung nach Padua. Am 25. April rückten die Franzosen von allen Seiten her in die gebändigte Stadt ein. Die venetianische Garnison

[1] Botta II, 268 (der deutschen Uebersetzung).

wurde kriegsgefangen und über Verona ein furchtbares Strafgericht verhängt. Graf Emilii und zwei seiner Waffengefährten wurden wegen der Einladung Loudons standrechtlich erschossen, eine schwere Kontribution an Geld und Naturalien auf die Bürgerschaft gelegt, das Leihhaus ausgeräumt, das Kirchensilber, zahlreiche Kunstwerke und wissenschaftliche Sammlungen fortgeschleppt, erweisliche Mörder französischer Soldaten zur Deportation nach Cayenne verurteilt. Ein dumpfer Schrecken lag weit und breit auf dem Lande; an keiner Stelle wagte sich noch ein fernerer Widerstand gegen die revolutionäre Volksbeglückung zu rühren. Ohne Schwierigkeit bewirkte General Lahoz am 27. in Vicenza und Padua die Beseitigung der venetianischen Behörden, die Entwaffnung der Garnisonen, die Bildung demokratischer Munizipalitäten.

Unterdessen war es auch in Venedig selbst zu einem blutigen Zusammenstoß gekommen. Bonaparte, welchem bei seinen Eroberungsplänen ebensoviel an der venetianischen Marine wie an den venetianischen Landschaften gelegen war, hatte gleich nach der Einnahme Anconas dort einige Kriegsfahrzeuge unter Kapitän Sibille gesammelt, mit welchen dieser zunächst den Triester Handel belästigte; unter seine Befehle war ein junger Offizier, Laugier, gestellt worden, der in Lagoscuro einen bewaffneten Kutter ausrüstete und damit nach einigen Streifzügen von Triest sich nach den Lagunen wandte. Der Senat hatte kurz zuvor allen Hafenbeamten eine alte Vorschrift in Erinnerung gebracht, nach welcher jedem fremden Kriegsschiff die Einfahrt in den inneren Hafen strenge untersagt war; er hatte im Jahre 1796 eine englische Korvette auf Grund dieses Gesetzes hinweggewiesen; er hatte dessen Bestimmungen auch dem französischen Gesandten bekannt gemacht und von diesem das Versprechen der Beobachtung desselben erhalten. Demgemäß war auch allen Lotsen der venetianischen Hafenorte verboten, ein fremdes Kriegsschiff in die Binnensee der Lagunen zu führen, und als Anfang April von Malamocco und von Chioggia Bericht nach Venedig kam, daß

französische Schiffe Lotsen zu diesem Behufe verlangt hätten, waren der Proveditore des Meeres und der Kommandant des Lido angewiesen worden, jedem Versuche solcher Art mit allen Mitteln entgegenzutreten. Indessen hielt Laugier auf offener See eine Fischerbarke von Chioggia an und zwang einen darauf befindlichen siebzigjährigen Lotsen unter Androhung sofortiger Todesstrafe ihn nach dem Lido zu geleiten. Als er sich der Einfahrt des Hafens näherte, kam ihm ein venetianischer Offizier entgegen, um ihn zurückzuweisen; Laugier warf darauf Anker dicht unter der Hafenbatterie und begrüßte die venetianische Flagge mit den üblichen Salutschüssen. Sofort aber erging eine zweite Botschaft an ihn, daß er sich auf der Stelle zu entfernen habe; er parlamentierte, klagte über den widrigen Wind, gab aber Befehl, den Anker zu heben. Ueber das Folgende gehen die Angaben der beiden Parteien auseinander: die Franzosen behaupten, daß während des Aufwindens des Ankers, trotz alles Rufens Laugiers, daß er sich entfernen wolle, die Venetianer das Feuer begonnen hätten; diese aber berichten, das Fahrzeug sei in den Hafen weiter hineingetrieben, gerade auf das venetianische Kriegsschiff des Kapitäns Viscovich, welcher bei dieser drohenden Annäherung des Franzosen zum Angriff übergegangen sei. Wie dem auch sein möge, der Kampf war plötzlich vorhanden, Laugier fiel durch eine der ersten Kugeln, sein Schiff wurde von Viscovichs Dalmatinern geentert, ein Teil der Mannschaft niedergemacht, die andern ausgeplündert und gefangen genommen. Fest steht in jedem Falle, daß Laugier überall nach Sibilles und folglich Bonapartes Befehlen gehandelt, daß er in voller Kenntnis des venetianischen Gesetzes sich des Lotsen bemeistert und die Einfahrt in den Hafen versucht hat; die Hauptschuld also an seinem Unglück, selbst wenn man eine überhastige Eröffnung des Feuers durch die Venetianer annimmt, trifft ohne Zweifel die Franzosen.

Dies war die Lage der Dinge in Venetien, als Bonaparte am 25. April in Graz die beiden venetianischen Gesandten, Franz Donato und Leonardo Giustiniani, empfing.

Er hatte damals Berichte seiner Divisionsgenerale über die Gärung der Terraferma und den Beginn des veronesischen Kampfes; von Laugiers Mißgeschick wußte er noch nichts. Er begann das Gespräch in höflicher Form, unterbrach aber bald die Freundschaftsversicherungen der Gesandten mit der scharfen Frage, ob alle Gefangenen befreit seien, und als sie antworteten, frei seien alle, die allein wegen politischer Ansichten verhaftet gewesen, und gefangen nur noch diejenigen, welchen verbrecherische Handlungen, bewaffnete Rebellion u. s. w. zur Last fielen, da fuhr er heraus: „Ich will sie alle, ich habe hier ihre Liste, ich will keine Inquisition mehr, keine Bleidächer, keine mittelalterliche Barbarei", und dann flutete der Strom der Drohungen und Schmähungen weiter: „und meine Soldaten, die überall in der Terraferma ermordet worden, ihr habt sie ermorden lassen, euer Senat hat Battagias Manifeste gemacht, euer Adel hat das Volk zum Franzosenhasse gereizt; mein Heer ruft nach Rache, und wahrhaftig, es soll sie haben." Die Gesandten versprachen Bestrafung aller Schuldigen, nur müsse man die einzelnen doch erst überführen. „Genug," rief Bonaparte, „wenn nicht alle Franzosenfeinde bestraft, der englische Gesandte ausgewiesen, das Volk entwaffnet, die Gefangenen befreit werden, so erkläre ich euch den Krieg. Ich will keine Inquisition und keinen Senat mehr, ich werde der Attila Venedigs sein. Einst habe ich euch Frankreichs Vermittelung angeboten; jetzt, wenn ihr sie begehrt, verweigere ich sie: ich will euch nach meinem Willen das Gesetz diktieren. Ihr wollt mit dieser Gesandtschaft Zeit gewinnen: das soll euch nicht gelingen. Ich weiß es: wie eure Regierung zu hinfällig war, um euren Staat zu rüsten und den kriegführenden Heeren die Ueberschreitung eurer Grenzen zu verbieten, so ist sie auch zu schwach, um eure Bevölkerung zu entwaffnen; diese Sorge werde ich übernehmen. Euer Landadel, den ihr in Sklaverei haltet, muß teil an der Regierung haben; aber das jetzige Regiment ist alt, es muß fallen."

Es bedarf nicht erst der Bemerkung, daß all dieser

Zorn wieder nur ein gemachter war: Bonaparte, nachdem er die Aufstände in Bergamo und Brescia veranlaßt und zu Leoben den Oesterreichern die Kriegserklärung gegen Venedig längst versprochen hatte, verfolgte jetzt bei seinen grimmigen Ergüssen lediglich den Zweck, so wohlfeilen Kaufes wie möglich in den Besitz der Hauptstadt selbst zu gelangen. Die wenigen Kriegsfahrzeuge, die er im Adriatischen Meere besaß, waren der venetianischen Flotte nicht gewachsen; die damalige Artillerie hatte keine Geschütze, die von dem festländischen Ufer hinüber bis zur Stadt getragen hätten; wenn also Venedig, welches nach Verjagung seiner Garnisonen vom Festlande über 14000 Mann italienischer und slavonischer Truppen in seinen Mauern hatte [1]), mit der Kraft der Verzweiflung sich zu einem letzten Kampfe im Stil seiner früheren Größe aufraffte, so konnte die Partie eine äußerst langwierige und damit bei der Unsicherheit der französischen und europäischen Verhältnisse für Bonaparte eine höchst mißliche werden. Alles kam ihm also darauf an, die schwachen Geister dieser venetianischen Epigonen nicht zur Besinnung kommen zu lassen, sie durch das Bild des entsetzlichsten Verderbens einzuschüchtern, zugleich aber, bis das eiserne Netz vollständig über ihrem Haupte zusammengezogen wäre, ihnen immer noch einen Ausweg des Friedens zu zeigen und sie dadurch von Kampf und Rüstung abzuhalten. Während seine Divisionen immer näher an den Rand der Lagunen vordrängten, Baraguay d'Hilliers am 29. April Mestre besetzte und am 30. der Hauptstadt zwar keine Kugeln zuschickte, immer aber einigen Kanonendonner vernehmen ließ, zielten Bonapartes Schmähreden vor allem auf die aristokratische Verfassung und legten somit den Gedanken nahe, daß deren Umwandlung nach französischen Grundsätzen seinen Zorn beschwichtigen würde. Der Gesandte Lallemant, wie wir wissen, ein rechtschaffener und Venedig wohlgesinnter Mann, kam dabei dem General, ohne es zu ahnen, äußerst wirksam zu Hülfe. Er wußte

[1]) Daru, Histoire de Vénise (Paris 1819) V, 387.

nichts von dem Inhalt der Präliminarien; er selbst hatte längst den Wunsch, Venedig durch eine demokratische Reform zugleich innerlich zu erfrischen und mit dem französischen Systeme in Italien gegen Oesterreich zu verbinden: so erklärte er jetzt den ängstlich ihn bestürmenden Venetianern, Oesterreich werde höchst wahrscheinlich seine Entschädigung in Bayern erhalten, und demnach die Republik Venedig bestehen bleiben; nur werde es freilich unerläßlich sein, daß sie an der bestehenden Verfassung einige Aenderungen vornehme [1]). Dies schien denn ganz mit Bonapartes Reden gegen die Gesandten übereinzustimmen, und ein ansehnlicher Teil der Patrizier klammerte sich hastig an diese letzte Planke der Rettung und begann auf demokratische Völkerverbrüderung zu sinnen, anstatt zu rüsten und zu kämpfen. Möge die Verfassung fallen, die Adelsherrschaft zu Grunde gehen, wenn nur der Staat erhalten, wenn Hab und Gut vor Plünderung und Feuer bewahrt bleibe. Zuletzt, was frommte der bisherige Zustand der Masse der kleinen Nobili? Die hohen Aemter waren großenteils im festen Besitze weniger hervorragender Familien; im übrigen kam die strenge Zucht der Staatsinquisitoren allerdings dem bürgerlichen Wohlstande zu gute, wurde aber gerade von dem Adel und an dessen Spitze von dem Dogen nur als drückendes Joch empfunden. Wollten sie nun das Heil durch eine Verfassungsänderung erstreben, so mußten sie freilich, daß die Mehrheit des damaligen Senates an dem bestehenden Rechte festzuhalten entschlossen war; diese regelmäßige Behörde mußte also bei der weiteren Verhandlung umgangen werden, und so bestimmten die Neuerer den kränklichen und altersschwachen Dogen, am Abend des 30. April in völlig gesetzwidriger Weise eine freie Konferenz verschiedener Beamten zu berufen, damit diese die erforderlichen Anträge beschließe und dann die Bestätigung derselben durch die Generalversammlung aller venetianischen Edelleute, den sogenannten Großen Rat, erwirke.

---

[1]) Romanin X, 131.

Gleich in der Konferenz machte sich die Stimmung der friedensseligen Reformpartei ganz überwiegend geltend. Es war vergebens, daß Franz Pesaro mit stolzem Unwillen zu Kraft und Mut ermahnte; nur mit Mühe setzte Erizzo es durch, daß auf eine Meldung des Admirals über die französischen Schanzarbeiten am Ufer der Lagunen dem Offizier die Vollmacht zur Erwiderung des Feuers gegeben wurde. Als man Baraguay d'Hilliers' Schüsse vernahm, sprang der Doge auf, ging händeringend im Zimmer umher und wimmerte: „Diese Nacht werden wir nicht einmal in unserem Bette Ruhe haben." Pesaro, mit Thränen des Zornes im Auge, rief: „Das Vaterland ist verloren; glücklicherweise hat der Ehrenmann ein Vaterland überall; auch in der Schweiz wird man leben können." Er eilte hinweg und wurde nach wenigen Tagen durch die Umtriebe der Franzosenfreunde zur Flucht aus der Heimat genötigt. Die Konferenz beschloß, daß der Doge am folgenden Tage sich vom Großen Rate Vollmacht erbitten möge, bei der französischen Unterhandlung auch auf Aenderungen der Verfassung einzugehen. Während am 1. Mai Venedig anstatt der sonst üblichen Frühlingsfeier von Tumult und Waffengeklirr erdröhnte, gab der Große Rat, zu dem sich ungefähr die Hälfte der Mitglieder eingefunden, dem Antrage des Dogen mit überwältigender Mehrheit seine Zustimmung.

Bonaparte hatte unterdessen das Feuer weiter geschürt. Als ihm am 30. April in Palmanova Donato und Giustiniani eine vorläufige Notiz über Laugiers Mißgeschick zusandten und um Audienz behufs weiterer Erläuterung baten, antwortete er ihnen, er könne sie nicht empfangen, da sie ebenso wie ihre Regierung von Laugiers Blute trieften. Erst wenn die wahren Urheber des Verbrechens, der Admiral und die Staatsinquisitoren, ihm gefangen überliefert seien, werde er ihre Rechtfertigung annehmen. Indessen, setzte er hinzu, wenn ihr neuere Nachrichten über Laugier erhalten habt, dürft ihr euch mir vorstellen. Sie hatten den Mut der Angst, bei ihm einzutreten. Sie erörterten ihm, daß jene Behörden mit dem unglücklichen Ereignis nicht das

mindeste zu thun gehabt; er entgegnete aufs neue mit den alten Anklagen, und als sie von einer Geldentschädigung für die Verluste des französischen Schiffes redeten, fuhr er auf: „Nicht hundert Millionen Goldes, nicht alle Schätze Perus werden mich von der Blutrache abhalten; schon habe ich dem Direktorium geschrieben, daß es euch den Krieg in aller Form erklärt." In tiefster Zerknirschung zogen sich die Gesandten zurück. Er benutzte ohne Zaudern den Anlaß, um ein zornglühendes Schreiben an Lallemant zu senden: „Französisches Blut ist in Venedig geflossen, und ihr seid noch dort? Wollt ihr warten, bis man euch hinauswirft?" Er forderte Lallemant auf, nach Erlaß einer stolzen Note an den Senat Venedig auf der Stelle zu verlassen und sich zu ihm nach Mantua zu begeben. Wir werden sehr bald sehen, welche Gründe er hatte, Lallemants Anwesenheit in Venedig nicht länger zu wünschen.

Am 2. Mai erschien er selbst in Mestre und empfing dort von Donato und Giustiniani die Mitteilung über den Beschluß des Großen Rates. Er sah die Kleinmütigkeit seiner Opfer und fuhr um so eifriger fort, das weiche Metall zu schmieden. Er erklärte den Gesandten, daß er unbeugsam sei, daß er nicht unterhandeln werde, bis Laugiers Ermordung durch das Blut der Staatsinquisitoren gesühnt sei; andern Falles werde er binnen vierzehn Tagen Herr von Venedig sein und sämtliche Nobili dem Tode nicht entrinnen, wenn sie nicht wie die Emigranten in der Welt unstet umherirren wollten. Als sie beteuerten, daß die Republik zu jeder Genugthuung bereit sei, sagte er, vierundzwanzig Stunden wolle er dann noch mit dem Angriffe zurückhalten; wenn sie sich fügten, würden sie ihre Friedensliebe nicht bereuen, die Republik würde ihre Lande zurückbekommen und selbst noch Zuwachs unter dem mächtigen Schutze Frankreichs erhalten. Immer erließ er noch an demselben Tage das Kriegsmanifest gegen die Republik [1]) und fertigte die Gesandten mit einer schriftlichen Erklärung ab, worin er

[1]) Datiert vom 1. Mai. Correspondance de Napoléon III, 16.

nochmals Verhaftung und Bestrafung der Staatsinquisitoren forderte, jedoch mit der Anzeige schloß, daß er die Feindseligkeiten erst nach vier Tagen beginnen lassen werde. Die Venetianer sahen hierin die besten Vorzeichen; sie jubelten über den Waffenstillstand und darüber, daß der General nicht mehr die Köpfe, sondern nur irgend eine Bestrafung der Staatsinquisitoren verlange, und mit doppeltem Eifer setzte die demokratische Partei ihre Bewegungen fort. So begann die Zersetzung des alten Gemeinwesens auf allen Punkten. Von einer Berufung des Senates war keine Rede mehr; er blieb verdrängt durch die freie Konferenz oder Konsulta des Dogen. Am 3. Mai beschloß diese die Eröffnung des Hafens auch für fremde Kriegsschiffe, damit nicht durch ein neues Mißverständnis der verhängnisvolle Fall Laugiers sich wiederhole. Sie verfügte weiter die Einstellung aller Rekrutierungen und den Rückmarsch der aus Dalmatien herbeigerufenen Truppen; Bonaparte hätte ja ihr Eintreffen für ein weiteres Zeichen bösen Willens halten können. Sie erwirkte endlich am 4. von dem Großen Rat die Vollmacht zur Verhaftung der drei Staatsinquisitoren, was thatsächlich bereits der Auflösung des bisherigen Regierungssystems gleich kam, um so mehr, als ganz ausdrücklich keine Stellvertreter zur Verwaltung des Amtes ernannt wurden, weil ja Bonaparte die Abschaffung des Amtes selbst gefordert hatte. Zugleich wurden die beiden Gesandten Giustiniani und Donato unter Beiordnung eines Mocenigo nochmals an den General abgefertigt, um seine definitiven Friedensbedingungen zu erbitten; leider hatte aber dieser Mestre längst verlassen, und die Botschafter mußten ihm nach Mailand nachreisen, nachdem die französischen Divisionsgenerale mit Mühe sich das Versprechen einer kurzen Waffenruhe bis auf weitere Ordre hatten entwinden lassen.

Als sie am 7. Mai in der lombardischen Hauptstadt anlangten, wurden sie von Bonaparte, der jetzt seines Ergebnisses sicher war, ganz freundlich und gnädig empfangen. Ihr habt die Urheber der letzten Verbrechen, sagte er, in

Haft genommen; damit ist alles in Ordnung und kein Streit mehr zwischen unseren Republiken; wir können also zum Frieden schreiten; ich sehe dabei nur eine Schwierigkeit: eure Städte der Terraferma haben sämtlich demokratische Behörden erhalten und werden keine Neigung haben, unter eure Herrschaft zurückzukehren, wenn sie nicht Anteil an der Staatsgewalt empfangen. Die Gesandten erklärten sich bereit, auf diesen Standpunkt einzutreten, und Bonaparte forderte sie auf, einen entsprechenden Vertragsentwurf auszuarbeiten; ohne Schwierigkeit bewilligte er ihnen eine achttägige Verlängerung des Waffenstillstandes und überließ sie dann dem inzwischen in Mailand eingetroffenen Lallemant. Er selbst war unterdessen, mit seiner ruhelosen, alles ergreifenden Thätigkeit, seit der ersten Minute seines Mailänder Aufenthaltes inmitten der mannigfachsten Geschäfte, regierte, verwaltete, verfügte wie ein selbständiger Monarch in militärischen und bürgerlichen Dingen, in auswärtigen und inneren Angelegenheiten. Da war in den besetzten venetianischen Provinzen eine notdürftige Ordnung herzustellen, die neuen demokratischen Behörden einzurichten, Kontributionen, Requisitionen, Steuern aller Arten einzutreiben und zugleich die schamlos eingerissene Plünderung der Einwohner durch die Offiziere und Lieferanten auf ein gewisses Maß zurückzuführen. In der Lombardei hatten die neuen Republikaner sich während des Feldzugs ihre Volksvertreter und Direktoren nach dem Muster der französischen Verfassung gewählt und dabei sogleich wieder die Erfahrung gemacht, welche Minderheit sie im Lande waren, und wie gründlich die Masse des Volkes die neuen Zustände haßte: überall hatte bei den Wahlen der Einfluß der Priester und der Eifer der Bauern die Anhänger der früheren Herrschaft durchgesetzt. Bonaparte war ohne weiteres entschlossen, dergleichen nicht zu dulden. Da die lombardische Republik durch Modena und Reggio und vielleicht durch Bologna vergrößert werden sollte, würde auf Anlaß dieser Vereinigung eine Neubildung aller Behörden stattfinden: einstweilen ernannte der General gleich am Tage

seiner Ankunft vier Ausschüsse, welche alle organischen Gesetze des jungen Staates, für Verwaltung, Heerwesen, Rechtspflege und Finanzen, auszuarbeiten hatten. Dann kam die Nachricht aus Korsika, daß die eben wiedergewonnene Insel sich in größter Gärung und die Hauptwaffe der bürgerlichen Ordnung, die Gendarmerie, in offenem Aufstand wegen Soldverzögerung befinde. Bonaparte warf sogleich auf die Insel hinüber, was sich noch an französischen Truppen in Livorno befand, schickte eine ansehnliche Geldsumme, änderte das Personal der Verwaltung und veranlaßte scharfe Untersuchung der finanziellen Mißbräuche. Daneben ging eine gleich rasche und allseitige Geschäftigkeit für die Bedürfnisse der Armee, den Ersatz der durch den Feldzug bewirkten Lücken an Menschen und Material, die Neugestaltung einzelner Heereskörper, die Kleidung, Verpflegung und Bewaffnung der Truppen. Und wie immer bei ihm wuchs auch jetzt mit der Größe seines Arbeitsfeldes der Trieb, die Ausdehnung desselben zu steigern. Wenn das Adelsregiment in Venedig dicht am Untergange stand, so schien ihm die Stunde eines gleichen Geschickes auch für Genua gekommen; er korrespondierte darüber mit Faypoult, billigte dessen revolutionäre Umtriebe, mahnte aber, den Ausbruch bis zur Vollendung der venetianischen Katastrophe aufzuschieben. Eine solche Umwälzung, welche Genua dem französischen Einfluß unterwerfen würde, war gleich wichtig durch den Gewinn einer unmittelbaren Verbindung Frankreichs mit der lombardisch-modenesischen Republik und als ein weiterer Fortschritt in der revolutionären Umzingelung Piemonts. Wenn alle seine Nachbarn demokratisch organisiert sind, schrieb Bonaparte am 19. Mai, so wird der sardinische Thron auch ohne unser Zuthun ganz von selbst zusammenbrechen. In demselben Sinne gab der General dem französischen Geschäftsträger Comeyras in Graubünden Befehl, sich nach Sitten zu verfügen und im Namen sowohl der französischen als der lombardischen Republik bei der Regierung des Kantons Wallis die Anlage einer großen französischen Militärstraße über den Simplon und das Rhone-

thal, zur kürzesten Verbindung Frankreichs und Mailands, zu beantragen. Es war ein Schritt von der größten politischen Bedeutung; es hieß, thatsächlich die Unterwerfung eines Schweizer Kantons unter die Herrschaft der französischen Militärgewalt verlangen. Bonaparte that es allein nach seinem Ermessen; er begnügte sich, dem Direktorium, daß es geschehen, anzuzeigen, die Wichtigkeit der Sache zu erörtern und ihm zugleich die italienischen Aemter der Eidgenossenschaft als wünschenswerten Erwerb zu bezeichnen.

Unterdessen pflog in Mailand der Gesandte Lallemant seine Gespräche mit den drei Venetianern. Bonaparte hatte dem wackeren Manne eine Andeutung darüber gemacht, daß einige venetianische Grenzstriche an Oesterreich fallen, dafür aber Venedig mit der Romagna und Ferrara entschädigt werden könne. Um so sicherer blieb Lallemant bei seiner Vorstellung von der Errettung des venetianischen Staates und der Verjüngung und Erfrischung desselben durch eine demokratische Verfassung. Er eröffnete den Gesandten am 8. Mai, es reiche nicht aus, daß die bisherige Regierung Vertreter der Provinzialstädte in ihre Mitte aufnehme, sondern es sei unerläßlich, daß der herrschende Adel überhaupt seine Macht niederlege und durch allgemeine Volkswahlen ein von Grund aus neues Regiment gebildet werde. Die Gesandten sträubten sich, da sie natürlich keine Vollmacht haben konnten, ihre eigene Regierung abzusetzen. Wenn sie sich dazu entschlössen, warf dann einmal Bonaparte hin, sollte der Umfang des Staates vergrößert, die Republik die Erbin des Papstes werden. Im entgegengesetzten Falle würde sie alles einbüßen außer Dalmatien, Istrien und vielleicht Treviso oder Rovigo. Die Gesandten erbaten hierüber eine schriftliche Erklärung, um damit nach Hause zu reisen und eine rasche Beschlußfassung des Großen Rates zu bewirken. Zwei Tage lang aber fand Bonaparte keine Zeit zu einer solchen Aufzeichnung, für uns begreiflich genug, da er Istrien und Dalmatien und Treviso und Rovigo ja in Leoben den Oesterreichern zugesagt hatte. Dazwischen erläuterte Lallemant den Gesandten die Leichtigkeit der Ver-

fassungsänderung, das Anwachsen der demokratischen Partei in Venedig, das Einverständnis zahlreicher Edelleute selbst: sobald der Große Rat sich entschließe, werde der Uebergang ohne jedes Hindernis sich in der Form vollziehen lassen, daß der Rat seine Befugnisse einer provisorischen Regierung übertrage und diese darauf eine Volksvertretung aller Provinzen zur Entwerfung des neuen Staatsgrundgesetzes nach Venedig berufe. Den Gesandten, welche keinen anderen Weg zur Rettung erblickten, leuchteten Lallemants Vorschläge ein; am 11. Mai aber sahen sie sich plötzlich wieder in das völlig Ungewisse verschlagen, als ihnen Bonaparte bei einer neuen kurzen Begegnung sagte, nach näherer Erwägung halte er es doch für das beste, wenn Venedig auf die Lagunen und deren nächste Umgebung beschränkt werde, dafür aber die Adelsherrschaft behalte, welche dann leben könne, wie es ihrem Herzen gefalle. Sie waren erschrocken, widersprachen, kamen aber zu keiner Verständigung. Bonaparte verschob die Unterhandlung wieder auf den folgenden Tag [1]).

Die Sache war, daß er hier keinen andern Zweck als Verschleppung des Abschlusses hatte, bis an einer andern Stelle die Entscheidung gefallen wäre. Er wollte ebenso sicher wie Lallemant den Sturz des Adelsregimentes; aber wollte ihn nicht, wie dieser, in geordneter Weise, so daß er an der Stelle der alten sogleich eine neue Regierung Venedigs von anerkannter Gesetzlichkeit sich gegenüber hätte. Er wollte freie Verfügung über ganz Venedig, vollends jetzt, wo nach Gallos Erklärungen eine Umarbeitung der Präliminarien bevorstand. Was er dazu bedurfte, war das Erlöschen der aristokratischen Regierung in der reinen Anarchie, ohne Erhebung einer neuen Staatsgewalt. Während er also Lallemant in Mailand den Gesandten freundliche Reden halten ließ, war in Venedig auf sein Betreiben eine ganz andere Bewegung in vollem Gange, und deren Ergebnisse waren es, die er mit Ungeduld von Tage zu Tage er-

[1]) Romanin X, 200. Lallemants Bericht an das Ministerium. (Archiv des Auswärtigen, Paris.)

wartete. Trotz der Kriegserklärung Bonapartes war der Sekretär der französischen Gesandtschaft, Villetard, mit höchster Unbefangenheit bei Lallemants Abreise in Venedig zurückgeblieben, ein junger, heißblütiger, unerfahrener Mensch von den äußersten jakobinischen Grundsätzen, bereit zu allem und jedem, wo es sich um neue Triumphe der heiligen Freiheit und Gleichheit zu handeln schien. Zu seinem bisherigen Vorgesetzten Lallemant hatte er ein ganz ähnliches Verhältnis wie Mangourit zu Perignon in Madrid oder Parandier zu Caillard in Berlin: der Gesandte besorgte die ordnungsmäßigen Aufträge der Regierung; der Sekretär war der revolutionäre Vertrauensmann des Ministers, amtlich der Untergebene, thatsächlich der Aufseher des Gesandten. Villetard in seiner Begeisterung und Unbesonnenheit war nun ganz und gar ein bequemes Werkzeug für Bonapartes Pläne. Allerdings hätte er bei dem Gedanken geschaudert, Venedig dem Kaiser auszuliefern; davon aber sprach damals Bonaparte auch durchaus nicht, wohl aber von dem schleunigsten Sturz der Oligarchen und der raschen Munizipalisierung Venedigs, und diese Worte klangen berauschend in Villetards Ohr. Schon längst hatte dieser die spärlichen Demokraten Venedigs um sich gesammelt und sie zur Bildung eines neuen Klubs nach französischem Muster veranlaßt. An der Spitze stand ein ehemaliger Zollbeamter Spada, welcher einst Polizeispion gewesen, dann aber selbst eine Weile unter den Bleidächern gesessen hatte; die eifrigsten Redner waren ein Gewürzkrämer Zorzi und ein Advokat Gallino. Unter den Mitgliedern gab es nicht viele Bürger der Hauptstadt, dafür eine Anzahl Dalmatiner und sonstige Provinzialen, und einige Franzosen. Bedeutung hatte der Klub nur durch seine Verbindung mit Villetard, welcher in ihm ein brauchbares Organ besaß, um mit den reformlustigen Patriziern, Battagia, Soranzo, dem Miliärgouverneur der Hauptstadt Morosini, in steter Fühlung zu bleiben. Je verzagter und mürber die alte Regierung sich zeigte, desto unruhiger bewegten sich Spada und seine Genossen. Ihnen kam alles darauf an, die Wehrlosigkeit des Vater-

landes vollständig zu machen, da bei einem Wiederausbruche des Kampfes notwendig die kräftigeren Männer des Patriziates das Ruder wieder ergriffen und damit die demokratischen Hoffnungen in das Unbestimmte vertagt wurden. Sie fanden jedoch bei der Stimmung des Dogen und der Mutlosigkeit der Nobili ein ganz unvermutet leichtes Spiel. Schon am 5. Mai bewirkte Morosini durch eine erschreckende Schilderung der militärischen Mittellosigkeit bei der freien Konferenz den Beschluß, gegen Gewährleistung der Religion und der Unabhängigkeit des Staates die Franzosen in die Stadt zu lassen, wenn ihre Generale eine weitere Waffenruhe nicht bewilligen wollten. Indessen ließ sich General Victor zu einer einstweiligen Fortdauer des Stillstandes herbei, und nun stellte Battagia am 6. Mai in der Konferenz den Antrag, zur Verhütung weiteren Blutvergießens die slavonischen Bataillone aus der Stadt zu entfernen und nach Dalmatien hinüberzuführen. Aber auf Erizzos unwilligen Einspruch blieb die Versammlung dieses Mal noch bei dem Beschlusse, vor einer solchen Selbstentwaffnung erst die weiteren Entschlüsse Bonapartes abzuwarten. Darauf erhob sich schon nach zwei Tagen, am 8., gleich im Beginne der Sitzung, der Doge selbst, um mit völliger Niedergeschlagenheit und weinerlicher Stimme das hoffnungslose Elend der Lage zu schildern. Er erneuerte den Antrag auf Einschiffung der Slavonier, welche bereits eine gefährliche Unbotmäßigkeit zu zeigen anfingen, und fügte dann den überraschenden Vorschlag hinzu, Bevollmächtigte zu einer Unterhandlung mit Villetard zu ernennen, welcher ihm längst den Sturz der Adelsherrschaft als einziges Mittel zur Versöhnung bezeichnet habe; er, der Doge, sei bereit, mit gutem Beispiel voranzugehen und die Abzeichen der fürstlichen Würde auf der Stelle niederzulegen. Noch einmal kämpften Erizzo, Priuli und einige Freunde gegen diese selbstmörderische Feigheit, verwahrten sich gegen die Ungesetzlichkeit eines solchen Verfahrens, fragten nach Villetards Vollmacht zu solch einer Unterhandlung, erinnerten, daß ja die Republik bei Bonaparte selbst bereits ihre Gesandten habe, und

mahnten, doch wenigstens erst deren Berichte aus Mailand abzuwarten. Es war alles vergebens. Die Mehrheit war glücklich in dem Gedanken, durch die Demokratisierung sich Kampf und Bombardement und Plünderung zu ersparen: die Anträge des Dogen wurden genehmigt und Battagia und Peter Donato zur Unterhandlung mit Villetard bevollmächtigt.

Damit hatte man sich die Schlinge um den Hals gelegt: es war keine besondere Mühe für Villetard, sie zuzuziehen. Eine förmliche Unterhandlung mit Battagia und Donato war ihm natürlich nicht erwünscht; er hatte keine Vollmacht zu einer solchen, und hätte er sie besessen, so wäre das Ergebnis für Frankreich so gut wie für Venedig bindend gewesen; gerade darauf aber, nicht gebunden zu sein, kam es Bonaparte an. So meldete sich gleich in der Nacht auf den 9. der Krämer Zorzi bei dem hinfälligen Dogen, als Träger der wichtigsten Enthüllungen. Zufällig habe er heute bei Villetard gehört, daß auf morgen alles zur Revolution bereit sei, viele tausend Verschworene und ein Teil der slavonischen Truppen warteten auf das Signal; man werde den Freiheitsbaum pflanzen und die demokratische Munizipalität ausrufen. Mit Mühe habe er Villetard zu einem Aufschub von vierundzwanzig Stunden bestimmt, um noch einen Versuch zu machen, ob der Doge eine friedliche Lösung finden könne. Der alte Mann war bereit zu allem und jedem, wollte sich aber doch vor einer Prellerei des Krämers sichern und forderte ihn also auf, sich von Villetard eine schriftliche Aufzeichnung seiner Begehren zu erbitten. Zorzi eilte demnach zu dem Sekretär hinüber, fand jedoch, daß Villetard so wenig wie in Mailand Bonaparte zur Abgabe schriftlicher Erklärungen geneigt war. Im Laufe des Vormittags, 9. Mai, kam er, von Spada begleitet, zu dem Dogen zurück, welcher eben die Sitzung der Konferenz eröffnet hatte. Die beiden Volksmänner erzählten, daß sie mit Villetard verhandelt, seine Wünsche vernommen und sie dann in seiner Gegenwart zu Papier gebracht hätten. Sie legten zwei Zettel vor, deren einer die sofort zu er-

greifenden, der andere die morgen auszuführenden Maßregeln aufzählte [1]), ohne daß irgend eine Unterschrift oder sonstige Beglaubigung sichtbar gewesen wäre. Gefordert wurde unter anderem die Entwaffnung der Slavonier, Bildung einer provisorischen Polizeibehörde, deren Mitglieder gleich auf dem Zettel namhaft gemacht waren, Pflanzung des Freiheitsbaums, Einsetzung eines provisorischen Stadtrats von vierundzwanzig Mitgliedern, unter dem Vorsitze des Exdogen und Spadas, Einladung an die Städte der Terraferma, sich mit Venedig zu verbinden, Wahl einer demokratischen Volksvertretung, Amnestie und Preßfreiheit, Besetzung des Arsenals und der Forts durch 4000 Franzosen, Rückberufung aller Kriegsschiffe nach Venedig, Sendung neuer Botschafter an alle europäischen Höfe. Dies Programm enthielt, was Bonaparte für seine Zwecke bedurfte: wenn es ausgeführt wurde, gab es nur noch einen Stadtrat, aber keine Staatsregierung in Venedig; der alte Staat war zertrümmert und die Entstehung des neuen lediglich in Aussicht gestellt. Nach der Verlesung dieser Dokumente war die Konferenz eine Weile ratlos und fassungslos; ein Bericht aber von Morosini, daß er nicht länger für die Ruhe der Stadt haften könne, entschied die Mehrheit zu rascher Unterwerfung. Das Aeußerste, was Erizzo und Priuli erlangten, war eine nochmalige Sendung Battagias und Donatos zu Villetard, um einen letzten Versuch zur Erwirkung glimpflicherer Bedingungen zu machen. Villetard hielt sich dann bei diesem Gespräche in vorsichtiger Stellung: er sagte den Unterhändlern sehr bestimmt, daß alles von Bonaparte abhänge, daß er selbst ohne alle Vollmachten sei und ihnen nur als Freund der Freiheit wohlgemeinte Ratschläge erteilen könne. Als jene dann sein Gutachten erbaten, verwies er sie allerdings auf den Inhalt der beiden Zettel; wenn man sich nicht genau und unzögerlich danach verhalte, stehe nach seiner Ueberzeugung das größte Unheil bevor. Diese unmaßgebliche Ansicht ver-

[1]) Daru V, 412.

mochte er trotz aller Vorstellungen der Venetianer nicht zu ändern; das einzige, was sie endlich durchsetzten, war eine Aeußerung, daß sie die Sache noch einmal erwägen möchten; etwa vier Tage Bedenkzeit glaube er ihnen zusichern zu können [1]).

Es war am Ende. Auf Battagias und Donatos Bericht erkannte die Konferenz die Hoffnungslosigkeit ferneren Widerstandes und beschloß, auf den 12. Mai den Großen Rat zu seiner letzten Versammlung, zur feierlichen Erklärung seiner Abdankung, einzuberufen. Während draußen die einzelnen Abteilungen der Slavonier eingeschifft wurden, die demokratischen Führer sich unruhig im Palaste und auf den Straßen bewegten, die Volksmassen in immer steigender Besorgnis und dumpfem Schrecken der Zukunft entgegensahen, traten die Edelleute, niedergeschlagen in Scham und Kummer, zu der entscheidenden Beratung zusammen. Gleich zu Anfang zeigte sich, daß die Zahl der Anwesenden zu einer gesetzlichen Beschlußfassung nicht ausreichte: man ging darüber hinweg; wieviel kam heute auf formelle Gesetzlichkeit an? Der Doge, noch kläglicher als früher auftretend, hielt seine Rede, und der Antrag wurde verlesen, daß der Große Rat das (durch Villetard) vorgeschlagene System einer provisorischen Repräsentativregierung annehme. Johann Minotto erhob sich, die Gründe des Antrags im einzelnen darzulegen; da hörte man unten auf dem Kanale Flintensalven; die Slavonier schossen bei der Einschiffung ihre Gewehre ab, und sofort ging der schreckenvolle Alarm durch die Versammlung; überall erscholl der Ruf nach Abstimmung, und mit einer großen Mehrheit, 512 gegen 35, wurde der Antrag zum Beschlusse erhoben. Das alte ruhmreiche Venedig hatte seine Laufbahn beschlossen. Die Versammlung löste sich auf; die bisherigen Herrscher schlichen gedrückt ein jeder in seine Wohnung. Die Demokraten aber erhoben auf den Plätzen das Geschrei: es lebe das Volk, es lebe die Freiheit.

---

[1]) Bericht der Venetianer in der Raccolta und bei Romanin X, 174.

Da jedoch geschah das Unerwartete. Das Volk, zu dessen Besten sie diese Revolution zu machen wähnten, antwortete ihrer Aufforderung mit dem donnernden Rufe: es lebe der heilige Markus, und plötzlich entlud sich der lange gesammelte Haß und Zorn durch den ganzen Umfang der Stadt in einem wilden Ausbruch. Die Massen suchten nach einem mutigen Führer und warfen sich einstweilen auf die Häuser Zorzis, Spadas und anderer Jakobiner, zerschlugen alles, was sie vorfanden, bewaffneten sich mit Stöcken, Messern, Dolchen, tobten den Tag und die Nacht hindurch in allen Straßen, begingen aber sonst keine blutigen Unordnungen. Villetard, bei dem sich die Demokraten schutzflehend sammelten, erließ sogleich ein heftiges Schreiben an die Regierung, worin er sie für jede Verletzung eines Franzosen oder französisch Gesinnten verantwortlich machte und eine Anzahl Barken forderte, groß genug, um 4000 Franzosen aus Mestre zur Deckung von Personen und Eigentum in die Stadt zu schaffen. Der führerlose Tumult legte sich freilich im Laufe der Nacht von selbst, und einige italienische, aus Chioggia herbeigerufene Kompanien genügten am Morgen zur Herstellung der Ruhe vollständig; aber der verhängnisvolle Schritt war geschehen, und die fremden Eroberer schickten sich an, als Beschützer und Retter in das verratene Venedig einzuziehen. Am 15. Mai erklärte darauf die letzte Bekanntmachung des Dogen, daß nach der Abdankung des Großen Rats die Regierung einstweilen von einer provisorischen Munizipalität geführt werde. Ein zweites Manifest, unterzeichnet von der neuen Behörde, versprach, daß künftig ein Ausschuß der Munizipalität mit Vertretern der Provinzen zu einer Zentralverwaltung des Staates zusammentreten würde.

So war die Staatsgewalt zertrümmert, deren frühere Besitzer durch lange Jahrhunderte hindurch die Lagunenstadt zu einer europäischen Großmacht, zu einem Brennpunkte des Welthandels, zu einer Stätte der reichsten Bildung gemacht hatten. Sie war in der eigenen Altersschwäche zusammengebrochen, ohne einen Erben des jetzt herrenlosen

und zerrissenen Gutes zurückzulassen. Auch hier hatte Bonapartes rücksichtslose List das erstrebte Ziel in vollem Maße erreicht.

Der General empfing die ersten Nachrichten über diese Entwickelung am 13. Mai [1]), gleichzeitig mit der Pariser Bestätigung der Präliminarien und den letzten Instruktionen für den endgültigen Frieden. Er sah aufs neue, wie dringend das Direktorium linksrheinische Bezirke für Frankreich wünschte, und zugleich, wie wenig es mit dem Kriege gegen Venedig einverstanden war. Um so willkommener war ihm die Botschaft von der demokratischen Revolution, welche ihn mit einem Schlage aus dem Feinde des Senats in den Freund und Schützer des venetianischen Volkes verwandelte und zugleich ihm volle Verfügung über die jeder politischen Vertretung beraubten Bruchstücke des alten Freistaates eröffnete. Er schrieb auf der Stelle an Mervelt, um ihn nach den früheren Abreden zu der sofortigen Verhandlung des definitiven Friedens einzuladen. An General Baraguay d'Hilliers sandte er den Befehl, Venedig mit 5000 Mann zu besetzen, und wies zugleich den Kapitän Sibille an, die Triester Flottille schleunigst in die Lagunen hinüberzuführen. Damit diese militärische Besetzung nicht im letzten Augenblicke noch eine unliebsame Störung erfahre, nahm er jetzt die Verhandlung mit den venetianischen Gesandten selbst wieder auf, legte einen Entwurf für den Vertrag vor, erklärte ihnen, daß mit der Bildung einer freien Demokratie in Venedig jedes Zerwürfnis beseitigt sei, daß der venetianische Staat seine alten Grenzen behalten werde, nur, daß er Bergamo und Crema gegen die Romagna und Ferrara austauschen müsse. Die Gesandten wünschten sich nichts Besseres; jedoch zögerte der General unter verschiedenen Vorwänden die letzte Ausfertigung des Vertrages hin, bis er sichere Kunde von der Vollendung der Katastrophe in Venedig empfangen hatte. Dar-

[1]) Nach Marmont (Mémoires I, 282) durch diesen, den er zur Beobachtung nach Venedig geschickt hatte.

auf wurde am 16. Mai der sogenannte Friede unterzeichnet. In demselben war die Abdankung des Großen Rats und der Uebergang der Souveränität an sämtliche Bürger ausgesprochen; die französische Republik bewilligte auf Ansuchen der Venetianer eine ihrer Divisionen zum Schutze von Personen und Eigentum in Venedig, welche Truppe gleich nach Errichtung der neuen Regierung die Stadt wieder verlassen würde; beide Republiken werden über einen Gebietsaustausch übereinkommen, Venedig drei Millionen Franken in Geld, drei Millionen in Schiffsmaterialien entrichten, drei Linienschiffe und zwei Fregatten in bestem Stande, sowie zwanzig Gemälde und 500 Handschriften den Franzosen überliefern. Nach diesen Paragraphen besetzten also die Franzosen die Stadt Venedig nur auf Anrufen der Bewohner; die dortige Regierung ging nicht an eine bestimmte Behörde, sondern an die Gesamtheit der Bürger, das heißt an niemand über. Beim Abschiede fragten die Gesandten den General, wer nach Abdankung des Großen Rates venetianischerseits den Vertrag zu ratifizieren haben würde, worauf Bonaparte mit größter Freundlichkeit antwortete, welche Behörde immer in der neuen Verfassung an die Stelle des Großen Rates träte, sie würde zu der Ratifikation berufen sein. Es war allerdings eine andere Frage, wie bald eine solche Behörde entstehen würde, und als deshalb bald nachher der Stadtrat von Venedig noch einmal beim General sich über die Ratifikation erkundigte, antwortete dieser, es stehe nichts im Wege, daß der Stadtrat selbst den Akt vollziehe. Gewiß, es stand dem nichts im Wege, es entsprach vielmehr vollkommen dem Zwecke des Generals, unter der ehrlichsten Miene den Vertrag von vornherein mit unheilbarer Nichtigkeit zu behaften. „Ich habe," schrieb er dem Direktorium, „den Vertrag aus verschiedenen Gründen geschlossen, zunächst, um ohne Schwierigkeit in den Besitz der Stadt Venedig, des Arsenals und seiner Flottenvorräte zu gelangen, sodann, um die Gehässigkeit der venetianischen Klauseln in den Präliminarien von uns abzuwälzen und doch die Ausfüh-

rung derselben zu erleichtern, endlich, um Europa zu beruhigen, indem es jetzt feststeht, daß unsere Truppen nur auf kurze Zeit und auf den Wunsch der Venetianer selbst die Stadt besetzen." Als dann seiner Erklärung entsprechend die venetianische Munizipalität die Ratifikation des Vertrages einsandte, meldete er nach Paris, daß zur Zeit des Abschlusses der Große Rat bereits abgedankt, für die venetianischen Gesandten also kein Vollmachtgeber mehr existiert hätte und das Direktorium mithin den Vertrag ohne weiteres als nichtig betrachten könne. Denn natürlich war ein bloßer Stadtrat von Venedig nicht befähigt, den venetianischen Staat zu vertreten.

Der rechtschaffene Lallemant war außer sich bei dieser Entwickelung der Dinge, die ihm über das letzte Wort des Handels jetzt keinen Zweifel mehr ließ. Alles, schrieb er dem Direktorium, war auf das beste vorbereitet, um im Augenblicke des Friedensschlusses in Venedig eine neue demokratische Staatsgewalt zu bilden, die mit unserer Unterstützung dem österreichischen Einfluß Italien gleich an seiner Schwelle verschlossen hätte: das alles ist nun durch Villetards Hast und Ueberstürzung verdorben worden. Villetard seinerseits spottete in seinen Depeschen über Lallemants Altersschwäche und revolutionäre Lauheit, brüstete sich mit der vollen Billigung aller seiner Schritte durch Bonaparte und erklärte, er habe die Entwickelung beschleunigen müssen, um die venetianischen Oligarchen abzuhalten, ihre Stadt dem Kaiser zu überliefern. Die Zeit war nahe genug, in der Villetard erfahren sollte, wer diese Ueberlieferung wirklich im Sinne trug, und welchen Zwecken seine jakobinische Begeisterung gedient hatte. Bonaparte, der sich von Mailand auf das benachbarte Lustschloß Montebello begeben, empfing dort den Marchese di Gallo, und binnen vier Tagen war zwischen beiden die verhängnisvolle Entscheidung festgestellt.

In Wien hatte der reißend schnell erfolgte Sturz Venedigs, wie man sich denken kann, einen tiefen Eindruck gemacht. Man hatte nach den Verheißungen von Leoben die Kriegserklärung Bonapartes gegen die Republik erwartet,

um den Austausch der Terraferma gegen die Legationen zu erzwingen; aber wenig erfreulich war man durch die Einsetzung demokratischer Stadträte in den dereinst österreichischen Provinzen und die entsetzliche Aussaugung dieser Landschaften berührt. Man wird schwerlich annehmen können, daß Thugut durch diese Dinge eigentlich überrascht worden wäre, nach allem, was man seit Jahren von der revolutionären Kriegsführung erlebt hatte: immerhin aber fand Thugut hier einen Anlaß zu Beschwerden, die ihm zur Rechtfertigung eigener neuer Forderungen sehr brauchbar schienen. Er pflog über seine Wünsche mit Gallo eingehende mündliche Erörterung und fertigte ihm darauf am 14. Mai eine neue umfassende Instruktion aus, deren Inhalt den damaligen Standpunkt seiner Politik nach jeder Richtung mit scharfen Strichen zeichnet. Er bemerkt, daß jetzt Frankreichs Absicht unzweifelhaft sei, nicht, wie zu Leoben verheißen worden, die Legationen unter die Herrschaft der venetianischen Regierung zu stellen, sondern gerade umgekehrt Venedig mit den Legationen zu einer neuen demokratischen Masse zu verschmelzen. Hierdurch, sowie durch die Umwälzung der Terraferma, werde der Artikel 3 der Präliminarien verletzt, durch welchen die beiden Mächte sich gegenseitig die Erhaltung der inneren Ruhe der anderen zugesagt haben. Für Oesterreich sei diese Durchdringung der italienischen Grenzlande mit antimonarchischen Bestrebungen in hohem Grade gefährlich. Um so mehr müsse es auf die rascheste Herbeiführung einer abschließenden Ordnung in Italien und folglich auf die Beschleunigung seines definitiven Friedens dringen. Gallo wird also angewiesen, ohne Zuziehung der Alliierten sofort die Unterhandlung mit Bonaparte zu eröffnen; die Ergebnisse können die Form geheimer Zusatz- und Erläuterungsartikel zu den Präliminarien erhalten [1]); man will allerdings nach erlangter Verständigung den allgemeinen Kongreß berufen, doch sollen

[1]) Deshalb erhält auch Gallo keine weitere Vollmacht als jene, die er für die Präliminarien gehabt, was später, als das

hier die österreichisch-französischen Beschlüsse als unabänderlich zu Protokoll gegeben werden, so daß für diese der Kongreß zu einer leeren Formalität herabsinkt [1]). Was den Inhalt des österreichischen Friedens betrifft, so hat Gallo vor allem auf die möglichst baldige Besitznahme Venetiens zu dringen, damit der Kaiser nicht Gefahr laufe, ein völlig verwüstetes und politisch vergiftetes Land zu erhalten. Ueberhaupt aber darf keine zwischen Oesterreich und Frankreich zu erledigende Sache auf den Reichsfrieden oder den europäischen Kongreß verschoben werden. Dahin gehört in erster Linie die Entschädigung des Herzogs von Modena, welche in Leoben den Verhandlungen des Reichsfriedens überwiesen worden ist. Der Kaiser geht von der pflichtmäßigen Entschließung aus, keine Aenderungen des deutschen Besitzstandes hervorzurufen, welche nicht mit völlig freiem Willen der Beteiligten erfolgen können; Frankreich wird ebenfalls die zu Leoben anerkannte Grundlage der Integrität des Reiches nicht verletzen wollen; dann wird allerdings der Reichsfriede wenig Schwierigkeit machen, da der Kaiser bei unvernünftigen Forderungen der Stände sie nicht weiter unterstützen würde: allerdings aber wird es bei diesen Grundsätzen unmöglich sein, die modenesische Entschädigung in Deutschland aufzutreiben. Deshalb wird Gallo beantragen, daß dem Herzog als Entschädigung für Modena die Romagna und der Erzherzogin Beatrix für Massa und Carrara das ferraresische Land im Süden des Po gewährt werde. Daß nämlich das Ferrarese im Norden des Po an den Kaiser fällt, scheint aus den Präliminarien selbst, wenn nicht ihrem Buchstaben, so doch ihrem Geiste nach hervorzugehen. Zur weiteren Vereinfachung der Lage wäre der Kaiser bereit, mit dem Herzog und der Erzherzogin sofort in einen Tausch einzutreten und

---

Zerwürfnis eingetreten war, von Bonaparte gerügt wird. Hierdurch erledigen sich Hüffers Bedenken, Politik der deutschen Mächte S. 215, 216.

[1]) Quoique ce congrès, sagt Thugut am Schlusse, ne sera que de pure formalité pour ce qui concernera les interêts entre l'Autriche et la France u. s. w.

ihnen für Romagna und Ferrara den österreichischen Breisgau zu überlassen, was dann den einleuchtenden Vorteil haben würde, daß am Rheine jede unmittelbare Grenznachbarschaft zwischen Frankreich und Oesterreich aufhörte. In diesem Systeme würde der Kaiser sich äußersten Falles auch herbeilassen, seine Grafschaft Falkenstein den Franzosen zur Verfügung zu stellen. Gallo wird alles aufbieten, auf diesen Grundlagen zum schleunigen Abschluß zu kommen, und deshalb die Franzosen darauf aufmerksam machen, mit welchem Eifer schon jetzt England thätig sei, dem österreichischen Friedenswerke in ganz Europa Hindernisse zu bereiten.

Die Urkunde läßt, wie man sieht, an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Thugut, von der Demokratisierung Venedigs ausgehend, tritt in den wichtigsten Punkten von dem Boden der Präliminarien hinweg. Er hat die höchste Eile abzuschließen und will deshalb von einem europäischen Kongresse nichts mehr wissen. Er verspricht sich, wie wir schon bemerkten, sehr wenig von Rußlands, ganz und gar nichts von Englands Assistenz: wozu also die weit aussehenden, gemeinsamen Verhandlungen? In der Instruktion für Gallo redet er noch anstandshalber von der Formalität eines Kongresses; in Wahrheit wünschte er sich auch diese zu ersparen und giebt dem Grafen Cobenzl am 3. Juni den Auftrag, da Oesterreich am allerwenigsten einen langwierigen europäischen Kongreß gebrauchen könne, in Petersburg die Aussicht auf denselben allmählich wieder außer Kurs zu bringen. Was ihn zu dem neuen Systeme am stärksten hinüberlockt, ist offenbar die in Leoben gegen ihn entschiedene Frage, die scheinbar geringfügige modenesische Angelegenheit, an der aber, wie wir bemerkt haben, nicht weniger als die Beherrschung von ganz Italien hing. Das Begehren nach Modena selbst ließ sich nicht füglich erneuern: die jetzt erhobene Forderung aber von Romagna und Ferrara that in der Hauptsache denselben Dienst. Wenn man sie durchsetzte, so gewann man von Venetien her eine geschlossene Territorialverbindung mit dem Kirchenstaate und

Toscana und schloß so, von Meer zu Meer, Mittel- und Süditalien gegen den französischen Einfluß ab. Die Vorstellung war verlockend genug; aber ebenso nahe hätte, scheint es, auch die Frage liegen sollen, ob man seit dem 18. April irgend eine Aussicht auf ihre Verwirklichung hinzugewonnen hatte? Ob irgend ein Grund für die Hoffnung vorlag, in Montebello zu erreichen, was Bonaparte in Leoben so bestimmt verweigert hatte? Wenn man jetzt auf den General keinen stärkeren Druck als in Leoben ausüben konnte, so war das neue Programm ein entschiedener Fehler. Der Vertrag von Leoben war den Umständen nach so günstig für Oesterreich wie möglich. Ohne ganz besondere Stützen für eine neue Forderung hätte Thugut nicht eine Linie darin ändern lassen dürfen. Es gab kein einfacheres und kräftigeres Mittel gegen neue französische Uebergriffe als den Grundsatz, die Präliminarien heilig zu halten. Mit dem Antrag auf eine eilige Separatverhandlung, mit dem Begehren der Romagna und Ferraras gab er diese unantastbare Position selbst aus der Hand. Er hätte wissen können, daß Bonaparte nicht der Mann war, unbezahlte Einräumungen zu machen. Wollte Oesterreich etwas über die Präliminarien hinaus erlangen, so mußte es Frankreich einen noch größeren Gewinn zubilligen. Und da Thugut seinen neuen Vorteil in Italien suchte, so war es gewiß, daß Frankreich sich dann ein solches Opfer im Süden, ja vielleicht die bloße Forderung desselben, mit einem entsprechenden Beutestück im Norden, auf deutschem Boden, bezahlen lassen würde. Dieser Zusammenhang lag so unvermeidlich in der Natur der Dinge, daß es lediglich als leere Redewendung oder, wenn man lieber will, als wohlfeile Handelstaktik erscheint, wenn Thuguts Instruktion noch von der allgemeinen Grundlage der Unverletzlichkeit des Deutschen Reiches redet. Ein solcher Wunsch war ohne Zweifel aufrichtig bei ihm, sofern er ohne dringende Not keine weitere Ausdehnung der französischen oder preußischen Macht zulassen mochte: nur zu bald aber werden wir sehen, daß er auch zu rheinischen Abtretungen in dem Falle bereit

war, wenn sie zur Erlangung jener italienischen Vorteile nötig erscheinen sollten.

Gallo wurde zunächst über den formalen Gang der weiteren Verhandlung in kürzester Frist mit Bonaparte einig. Oesterreichs Antrag auf sofortige Separatverhandlung und Fernhaltung der Alliierten von derselben entsprach ebenso der Meinung des Generals wie den Weisungen des Direktoriums. Schon am 24. Mai wurde darüber förmliche Abrede genommen und zugleich die Eröffnung des Kongresses für den Reichsfrieden auf den 1. Juli in Rastatt verabredet. Den europäischen Kongreß dagegen, den man in Leoben beschlossen, den aber Thuguts Instruktion zu leerer Formalität zu machen vorschlug, gedachten Bonaparte und Gallo ganz zu streichen. Anstatt die Verbündeten zu seinen Unterhandlungen hinzuzuziehen, würde Oesterreich ihnen seine Vermittelung zu ihrem Frieden mit Frankreich anbieten. Sollte jedoch der Kaiser es vorziehen, die Gesandten derselben nach Rastatt einzuladen, so würde Frankreich eben dorthin auch Vertreter von Batavien und Spanien berufen. Sofort schritten dann die beiden Unterhändler zu der sachlichen Erörterung ihres definitiven Vertrages, und gleich die erste Konferenz brachte die Folge des von Thugut ergriffenen Systemes an das Licht. Bonaparte war ebenso bereit wie Thugut, die Präliminarien gründlich umzuarbeiten; leider aber dachte er dies in völlig anderer Weise als der kaiserliche Minister zu thun. Von jeher war ihm der Lauf der Etsch als die sicherste militärische Grenze Italiens erschienen; in Leoben freilich hatte er dem Kaiser darüber hinaus noch das Land bis zum Oglio bewilligt, um hiermit die Abtretung Modenas zu gewinnen; jetzt aber sah er sich in der Lage, für diese Bezirke dem Kaiser im Osten der Etsch den glänzendsten Austausch vorzuschlagen, Venedig selbst, mit den Lagunen und dem Dogado, allerdings geringer an Seelenzahl als die Provinzen von Brescia und Mantua, dafür aber in jeder anderen Beziehung von unvergleichlich größerem Gewicht. Die österreichische Forderung der Romagna und Ferraras warf er so gründlich hinweg, daß er

in seinem Berichte an das Direktorium sie gar nicht einmal erwähnte, sondern es bei der kurzen Andeutung bewenden ließ, es zeige sich, daß der Kaiser eine Entschädigung für den Herzog von Modena begehre; es habe dies aber große Schwierigkeiten, wenn sich der Herzog nicht etwa mit der Insel Zante begnügen wolle. In derselben Besprechung kam man auch auf das Deutsche Reich, und Bonaparte trat hier mit noch umfassenderen Vorschlägen hervor. Im Einklang mit seiner uns schon bekannten Vorstellung, der Kaiser würde deutsche Erwerbungen nicht ewig ablehnen, meinte er jetzt bei Gallo herauszuhören, daß Oesterreich sich gegen die Abtretung der Rheinlande sträube, nicht so sehr, weil es den Franzosen diesen Gewinn mißgönne, als weil es infolge der Maßregel neues Wachstum der preußischen Macht, oder gar den gänzlichen Sturz der Reichsverfassung fürchte. Nach diesen Gesichtspunkten richtete er nun ohne Zaudern seine Anträge ein. Er bot dem Kaiser das Erzbistum Salzburg und das Bistum Passau und forderte dagegen die Rheingrenze für Frankreich, wobei im übrigen die Reichsverfassung unverändert bleiben und Preußen nichts weiter als ein Aequivalent für Cleve und, falls es sich bei der Auswahl unbequem zeige, Cleve selbst zurückerhalten sollte. Die Forderung der Rheinlinie war also hier für Oesterreich so weit versüßt wie nur möglich. Preußen sollte nicht vergrößert werden, die geistlichen Fürsten aber des rechten Rheinufers im ungeänderten Bestande bleiben, trotz aller im vorigen Sommer mit Preußen, mit Baden und Württemberg geschlossenen Verträge. Dem Marchese di Gallo leuchteten diese Vorteile ein, obgleich davon in seiner Instruktion keine Silbe erwähnt war. Abzuschließen in diesem Sinne war er natürlich nicht befugt, aber er kam mit Bonaparte überein, daß beide ihren Regierungen diese Grundlage für den Definitivfrieden dringend empfehlen wollten. Oesterreich würde dadurch gegen den Stand der Präliminarien ungefähr 50 000 Seelen, eine bessere Abrundung aller seiner Grenzen und das herrliche Venedig mit dessen gesamten maritimen Hülfsquellen gewinnen. Aller-

dings wäre nach Bonapartes Anträgen Frankreichs Zuwachs in Deutschland wie in Italien größer als jener Oesterreichs; indessen wie unendlich schlimmer mußte der Schaden werden, wenn die Republik, von Oesterreich abgewiesen, mit Preußen und den süddeutschen Regierungen auf die Augustverträge zurückgriffe? Genug, Gallo ließ sich überzeugen. Er war ohne Zweifel seinem gewaltigen Gegner geistig in keiner Hinsicht gewachsen; es kam hier noch der besondere Umstand hinzu, daß er für seinen neapolitanischen Hof Gefälligkeiten bei Bonaparte erwirken sollte und deshalb sehr bereit war, das mögliche zur Gewinnung des gefürchteten Machthabers zu thun. Er meldete also, wie verabredet, die Vorschläge nach Wien mit warmer Empfehlung. Auch Bonaparte schrieb in diesem Sinne dem Direktorium. Auf das dringendste empfahl er die Garantie der Reichsverfassung. „Den deutschen Reichskörper stürzen," sagte er, „hieße den Vorteil der belgischen und rheinischen Erwerbung wieder verscherzen; es hieße zehn bis zwölf Millionen Menschen in die Hand von zwei Großmächten legen, welchen beiden wir stets mißtrauen müssen." Er fügte das berühmte Wort hinzu: „Wenn die deutsche Reichsverfassung nicht bestände, so müßte man sie ganz eigens in unserem Interesse schaffen." Niemals ist die wahre Bedeutung der deutschen Kleinstaaterei in inhaltsvollerer Kürze hervorgehoben worden. In Bezug auf Venedig warf er jetzt zum erstenmal jede bisher beobachtete Zurückhaltung hinweg. „Venedig, seit zweihundert Jahren im Verfalle," schrieb er, „kann die Streiche, die wir ihm beigebracht haben, nicht überleben, eine elende, feige, für die Freiheit nicht gemachte Bevölkerung, ohne Land, ohne Wasser; es ist natürlich, sie denen zu lassen, welchen wir ihren Kontinent geben. Wir nehmen ihre Schiffe, räumen ihr Arsenal aus, führen ihre Geschütze weg, richten ihre Bank zu Grunde und behalten Corfu und dazu noch Ancona für uns. Corfu lassen wir uns in dem österreichischen Friedensvertrage überweisen; Anconas Wälle werden mit jedem Tage fester, und wir halten es militärisch besetzt, bis die neuen Ereignisse in Rom es uns unwiderruflich überliefern."

Die letzten Worte bezogen sich auf die Krankheit, welche gerade in diesen Wochen das Leben des greisen Pius bedrohte. Auf die erste Kunde davon hatte Bonaparte das Direktorium befragt, ob er beim Tode des Papstes Rom besetzen und eine neue Wahl zulassen sollte.

Er zeichnete dieses Bild der Ausplünderung und Auslieferung Venedigs, der Einverleibung Anconas, der Einnahme Roms unmittelbar nach der Besprechung mit Gallo, in der Nacht vom 26. auf den 27. Mai, zehn Tage nach dem sogenannten Friedensschlusse mit der venetianischen Republik. In keinem Worte seiner damaligen Briefe und Gespräche zeigt sich eine Spur, daß er über eine so bodenlose Doppelzüngigkeit ein Bedenken, ja nur ein Bewußtsein von derselben gehabt hätte. Die Venetianer zu betrügen erschien ihm nicht minder erlaubt als Venedig zu vernichten; das eine wie das andere that er mit derselben Unbefangenheit; beides dünkte ihm gleich selbstverständlich, weil es gleichmäßig dem einen, allein erheblichen Zwecke diente, seine persönliche Macht über jede Schranke und jeden Widerstand emporzuheben. Ohne eine Stunde zu verlieren, drängte er auf diesem Wege vorwärts; auch dieses Mal hatte er bereits thatsächlich verfügt, was er dem Direktorium zur künftigen Anordnung empfahl.

Zweites Kapitel.

Montebello.

Während General Bonaparte mit Oesterreich die Abtretung Venedigs unterhandelte, war er unabläßig thätig, sich selbst der maritimen Streitkräfte und Positionen des unglücklichen Staates zu bemächtigen und zugleich die betrogene Munizipalität durch die besten Freundschaftsversicherungen in tiefe Sicherheit einzuwiegen. Er schrieb ihr an demselben 26. Mai, an dessen Abend er Gallo die Stadt für den Kaiser anbot: „Ich werde alles thun, was in meinen

Kräften steht, um euch meine Wünsche für die Stärkung eurer Selbständigkeit zu bethätigen, damit das arme Italien endlich ruhmvoll, frei und unabhängig von fremdem Einfluß auf der Weltbühne erscheine und unter den großen Nationen wieder den Rang einnehme, zu dem es durch die Natur, die Lage und das Geschick berufen ist." Er schlug ihr demnach vor, gemeinsam eine Rüstung zur Sicherung der Jonischen Inseln auslaufen zu lassen, französische und italienische Truppen auf einem Geschwader beider Nationen. Den General Gentili, welcher die Expedition führen sollte, wies er darauf an, sich aller venetianischen Besitzungen in der Levante sowie aller dort befindlichen Kriegsschiffe der Republik zu bemächtigen, zunächst überall nur als Bundesgenosse Venedigs aufzutreten und das Unmögliche zu thun, um sich die Zuneigung der Bevölkerung zu sichern, im übrigen aber Sorge zu tragen, daß er für alle Fälle der Herr sei. Wenn er fände, daß die Einwohner Neigung zur Unabhängigkeit hätten, so sollte er dieser Stimmung schmeicheln und nicht ermangeln, in jeder seiner Proklamationen von Hellas, von Athen und Sparta zu reden. Die Munizipalität war glücklich über das thätige Wohlwollen des Generals; das Geschwader wurde ausgerüstet, ganz nach Bonapartes Anordnung, auf jedem Fahrzeuge ein französischer Kommandant und eine französische durch eine kleine Abteilung Venetianer verstärkte Besatzung, und erschien am 28. Juni vor Corfu. Dort hätte man zu ernstem Widerstande keine Mittel gehabt, weil die alte Regierung sowohl die Truppe als die Werke arg vernachlässigt hatte, und als vollends Gentili ein Manifest an das Land schickte, worin er den Einwohnern Freiheit und Gleichheit, Sicherheit von Religion und Eigentum und die Wiedergeburt Griechenlands zu seinem alten Glanze verkündete, da wurde er mit Jubelruf und Glockengeläute aufgenommen, und die Hafenbatterien schickten ihm statt feindlicher Geschosse nur den Festgruß ihrer Freudenschüsse entgegen. Er nahm sofort Besitz von den Festungswerken, legte die Hand auf das Staatsvermögen, ergriff die Herrschaft über

die Verwaltung und besetzte die übrigen Inseln und die in Corfu vorhandenen Schiffe. Ganz in derselben Weise wie General Gentili in Corfu, verfuhr Kontreadmiral Perree in Venedig selbst. Bonaparte hatte aus Toulon eine Menge französischer Seeoffiziere und Matrosen zur Bemannung der venetianischen Flotte kommen lassen und dann, am 13. Juni, Perree dahin angewiesen, daß er sich der Munizipalität in Venedig vorzustellen habe, mit der Erklärung, daß die enge Freundschaft zwischen beiden Republiken eine rasche Hebung der venetianischen Kriegsmarine und demnach die frischeste Thätigkeit im Arsenal erforderlich mache. Unter diesem Vorwande würde Perree alles in Beschlag nehmen, zugleich aber bemüht sein, mit den städtischen Behörden in guten Beziehungen zu bleiben und die venetianischen Arbeiter und Marinebeamten für seine Zwecke zu benutzen, stets die Einheit der beiden Republiken im Munde führen und immer den Namen venetianische Marine gebrauchen. Ein Artikel des Vertrags bewillige Frankreich Schiffsvorräte im Werte von drei Millionen; die wirkliche Absicht aber sei, alles Vorhandene nach Toulon zu schaffen und sämtliche venetianische Kriegsschiffe zu einer französischen Flotte zu vereinigen. So ging dies Verfahren seinen Gang. Während auf der Terraferma die demokratischen Stadträte eine Brandschatzung nach der andern aufzubringen und alles Kirchensilber ihrer Gemeinden den Franzosen abzuliefern hatten, arbeiteten auf Geheiß der bethörten Munizipalität die Beamten des Arsenals selbst an dessen Ausplünderung und an der Stellung ihrer Schiffe in französischen Kriegsdienst eifrig mit. Es war das treue Gegenbild, mit grelleren Farben und tieferem Schatten, zu dem Verhältnis zwischen den Targowicern und ihrer hohen Beschützerin, Katharina II.

Dem Sturze Venedigs folgte, wie es Bonaparte dem Gesandten Jaypoult angekündigt hatte, der Ruin Genuas auf dem Fuße nach. Sechshundert Jahre früher hatte der Adel der beiden Städte das Mittelmeer und den Pontus mit seinen Kämpfen um die Seeherrschaft erfüllt: jetzt begrub sie beide die Herrschaft eines jungen Korsen in den

unreinen Wogen der revolutionären Demokratie. Schon seit Jahren hatte Genuas Neutralität zwischen Frankreich und England einen ebenso schweren Stand gehabt, wie er es für Venedig zwischen Frankreich und Oesterreich gewesen war. Jede der kriegführenden Mächte beschuldigte Genua der Begünstigung der anderen und nahm davon Veranlassung, den kleinen Staat mit Drohungen und Mißhandlungen aller Art zu treffen. Seit den ersten Siegen Bonapartes war die genuesische Küste völlig in der Hand der Franzosen, und der Senat hatte sich zu einem Vertrage herbeilassen müssen, in welchem er durch eine Anleihe von vier Millionen und durch Sperrung der Häfen gegen die Engländer seine künftige Sicherheit zu erkaufen hatte. Indessen flogen die gierigen Gedanken der Franzosen unaufhörlich um die schöne Stadt; das Auswärtige Amt in Paris bewahrt ganze Stöße von Denkschriften der mannigfaltigsten Personen, welche ihre Ansichten und Vorschläge über das, was man damals die Befreiung Italiens nannte, dem Ministerium mitteilen, und durchgängig ist ihr letztes Wort, daß zur Sicherung der großen Sache Genua französische Besatzung haben müsse [1]). Wie um Villetard in Venedig, so sammelte sich in Genua um Faypoult ein demokratischer Klub, der seine spärlichen einheimischen Mitglieder durch zuströmende südfranzösische und lombardische Jakobiner, sowie durch politische Flüchtlinge aus Rom und Neapel verstärkte und unter dem Vorsitze eines Apothekers Morando auf den Sturz der Oligarchen sann. „Mit der Masse des Volkes," klagte der französische Konsul La Cheze seiner Regierung, „ist nicht viel zu machen: sie ist in der Hand der Priester, die sie durch ihre weinenden Madonnenbilder aufregen, und sie sieht in uns die Eroberer, die ihr Geld und ihre Kunstschätze wegnehmen, und indem sie unsere Personen haßt, ist es begreiflich, daß sie unsere Grundsätze nicht liebt." Indessen thaten Faypoult und Morando, was

[1]) Dagegen redet nicht einer von Venedig; dessen Fall, wie gesagt, ist allein Bonapartes Werk.

sie konnten, und als Bonaparte mit neuen Lorbeeren geschmückt aus Deutschland zurückkam, hielten sie die Stunde des Erwachens gekommen. Die genuesische Regierung ließ einen Neapolitaner, Vitaliani, der sich durch sein lautes Treiben besonders bemerklich machte, verhaften; sofort aber schritt Faypoult ein, erklärte den Neapolitaner für einen naturalisierten Franzosen und erlangte bei dem furchtsamen Senate die Freilassung desselben. Seitdem setzte der Klub seine Bewegungen in voller Oeffentlichkeit fort, zog aus allen Nachbarlanden Gesinnungsgenossen herbei, richtete in Morandos Wohnung eine Waffenniederlage ein und verkündete immer nachdrücklicher den nahen Sturz des aristokratischen Regiments. Die jakobinischen Zeitungen von Mailand trugen diesen Ruf durch Europa und ließen schon dadurch keinen Zweifel an Bonapartes Zustimmung: Faypoult aber schickte heimlich eine Aufforderung nach Toulon um Herübersendung einiger Kriegsschiffe zur Besetzung des genuesischen Hafens. So war alles zum Ausbruche bereit, und nur auf Bonapartes Wunsch wurde, wie wir sahen, Anfang Mai die Erhebung noch verschoben, bis Venedigs Schicksal entschieden wäre. Am 20. Mai aber nahm die genuesische Polizei zwei der verwegensten Klubbisten gefangen, und nun war bei den Genossen derselben kein Halten mehr. Sie griffen zu den Waffen, durchzogen unter dem Gesang der Marseillaise die Straßen und forderten von dem Dogen Brignole die Freilassung der Gefangenen. Der Senat wies sie ab, und ein Versuch, den Palast zu stürmen, wurde durch die Wache zurückgeschlagen. Weiter aber schritten die Behörden nicht gegen die Empörer ein; Faypoult verhieß ihnen die kräftigste Vertretung ihrer Wünsche, und so tumultierten sie, ohne erhebliche Gewaltthat, aber unter zahllosen kleinen Unordnungen, jubelnd und trinkend die Nacht hindurch. Am Morgen des 22. vergrößerte sich der Haufen durch das Gesindel, welches keinem großen Hafenplatze fehlt; Lombarden und Franzosen kamen in beträchtlicher Anzahl hinzu; sie erhoben jetzt den Ruf: es lebe das Volk, es lebe die Freiheit, eröffneten unter blutiger Rauferei das Schuld-

gefängnis und bemächtigten sich dann in plötzlichem Anfall des inneren Hafens, der Darsena, wo sie die Galeerensklaven befreiten und bewaffneten. So verstärkt, erklärte auf öffentlichem Platze Morando die bisherige Verfassung für abgeschafft und die Volkssouveränität hergestellt, während der streitfertigste seiner Anhänger, Filippo Doria, mit bewaffneten Banden die schwach besetzten Thore und im Innern der Stadt den beherrschenden Punkt des Ponte Reale besetzte.

Unterdessen hatte sich der Senat versammelt, entsetzt und verwirrt, ohne große Streitmittel und noch mehr ohne festen Mut, und führte eine Beratung ganz im Stile der venetianischen Consulta, um endlich zu dem Beschlusse zu gelangen, den französischen Gesandten um seine Vermittelung zu ersuchen. Aber während die Vorkämpfer der Volkssouveränität in jedem Augenblick die Unterwerfung des zitternden Senates erwarteten, erhob sich, wie in Venedig, zum Schutze der alten Regierung das souveräne Volk selbst. Eine schwere Masse von Lastträgern und Kohlenbrennern, entrüstet über das wüste Treiben der Jakobiner, zog vom Hafen her in die innere Stadt, wurde aus jeder Straße durch Scharen erzürnter Bürger verstärkt, bewaffnete sich in der rasch besetzten städtischen Rüstkammer und fiel dann unter dem Rufe: es lebe die heilige Jungfrau, es lebe der Doge, es lebe die Religion! mit wuchtigen Schlägen auf allen Seiten über die Meuterer her. In den Straßen hatten sie auf der Stelle die Oberhand, härter und blutiger wurde der Kampf an den Thoren, und mehrere Stunden hindurch verteidigte Filippo Doria den Ponte Reale, bis auch er endlich überwältigt und mit einer großen Zahl seiner Anhänger erschlagen wurde. Faypoult, obgleich persönlich von dem Volke nicht bedroht, war völlig erschreckt und niedergeschlagen und beeilte sich, dem herannahenden französischen Geschwader Gegenbefehl zuzusenden.

Bonaparte empfing die Kunde von diesen Vorgängen gleichzeitig durch eine Depesche Faypoults und ein demütiges Schreiben des Dogen. Sein Entschluß stand auf der Stelle

fest, und am 27. Mai sandte er an Faypoult einen scharfen Tadel über die Schwäche, mit der er die Flotte zurückgeschickt, an den Senat aber einen seiner Adjutanten, Lavallette, um im versammelten Kleinen Rate ein Schreiben des Generals zu verlesen und die Kriegserklärung auszusprechen, wenn nicht binnen vierundzwanzig Stunden die Forderungen Bonapartes erfüllt wären. Das Schreiben erklärte, daß eine Anzahl Franzosen bei den Unruhen des 22. von dem aufgehetzten Pöbel ermordet und andere von der Regierungspolizei grundlos eingesperrt worden, daß diese auf der Stelle in Freiheit zu setzen, die Mörder zu verhaften, die Pöbelbanden zu entwaffnen seien. Von einer Aenderung der Verfassung war hier noch nicht die Rede. Als Lavallette in Genua anlangte und Faypoult seinen Auftrag mitteilte, rief dieser ganz fassungslos, Lavallette würde inmitten des erhitzten Volkes die größte Gefahr laufen; schon sein Begehren, in den versammelten Rat eingeführt zu werden, sei nach genuesischen Gesetzen ganz unerhört. Der junge Offizier antwortete, unerhört wäre nur, wenn ein Befehl des Generals Bonaparte nicht ausgeführt würde. In der That wurde ihm der Eintritt ohne weiteres verstattet, die Freilassung der Gefangenen und die Entwaffnung der Kohlenbrenner auf der Stelle bewilligt und, obwohl zum Aerger Bonapartes [1]) Faypoult in seiner damaligen Stimmung nochmals berichtete, daß die Volkserhebung ganz freiwillig und ohne höhere Leitung erfolgt sei, auf Lavallettes Andringen die Verhaftung von drei Patriziern als Urhebern des Franzosenmordes verfügt. Die französische Flotte unter Admiral Brueys war immer noch in der Nähe; eine Reiterabteilung unter General Rusca streifte vor den Thoren der Stadt; von Cremona her war die Division Serrurier, von Turin ein sardinischer, durch Bonaparte aufgebotener, vom

[1]) Er antwortete Faypoult am 29. Mai: „Ließen wir den Genuesern Zeit zu Rüstungen, so würden wir die schwersten Verlegenheiten verdienter Maßen erleben, falls die österreichische Unterhandlung mißlänge und der Kaiser sich dann in die genuesischen Wirren einmischte."

Könige gern bewilligter Heerteil gegen das unbewaffnete Genua im Anzug. Als jetzt Faypoult den Wunsch einer Verfassungsänderung wiederholte, erkannte der Senat nach einigem Sträuben die Unmöglichkeit des Widerstandes und schickte eine Gesandtschaft an Bonaparte, um mit diesem das Nähere zu vereinbaren. Der General sagte ihnen [1]), daß Frankreich entschlossen sei, keine Beleidigung der großen Republik durch die italienischen Kleinstaaten weiter zu dulden, daß das genuesische Volk französische Bürger mißhandelt habe, daß also die Regierung dort entweder nicht die Kraft oder nicht den Willen habe, das Rechte zu thun, und daß im einen wie im andern Falle eine französische Besatzung von 10 000 Mann für Genua unerläßlich sei. Der Senat, hierdurch völlig eingeschüchtert, sandte umgehend neue Unterhändler mit unbegrenzter Vollmacht, und diese zeichneten darauf am 6. Juni einen geheimen Vertrag, welcher für Genua eine Verfassung nach dem Muster der französischen feststellte und bis zu deren Einführung eine provisorische Regierung ernannte, deren Mitglieder von General Bonaparte bezeichnet werden sollten, und welche diesen ehrenvollen Auftrag nur gegen Erlegung einer Geldstrafe von 2000 Louisdor ablehnen durften. Um so der verjüngten Republik auch nach außen größere Stärke zu verleihen, schickte Bonaparte die französischen Generale Casabianca und Duphot mit dem Auftrage, den Befehl über die genuesischen Truppen zu übernehmen. Es war, wenn sonst noch jemand an der Thatsache hätte zweifeln können, die unverhüllte Erklärung, daß es mit der Unabhängigkeit Genuas zu Ende, daß die neue Ligurische Republik nichts als ein willenloser Vasall der französischen war. Der unmittelbare territoriale Zusammenhang zwischen Frankreich, Modena, Mailand, Bologna war damit hergestellt.

So schaltete der junge Eroberer in den italienischen Landen, zertrümmerte ihre alten Staatsgewalten, richtete neue sogenannte Republiken ein, bedrohte den Kirchenstaat,

[1]) An das Direktorium 1. Juni.

von dessen Fortdauer er keinen Nutzen für sich erwartete, gewährte dem Könige von Sardinien, dessen schöne Regimenter er seinem eigenen Dienste aufsparte, festen Schutz gegen die revolutionären Umtriebe der französischen Regierung selbst. Auf dem Schlosse Montebello hielt er Hof wie ein mächtiger Herrscher altfürstlichen Stammes, umgeben von einem glänzenden Generalstab, den Gesandten Oesterreichs und der italienischen Staaten, unaufhörlich sich folgenden Deputationen der besetzten Städte und Landschaften. Seine Gemahlin, seine Mutter, mehrere Brüder und Schwestern waren bei ihm und wurden von allen Seiten mit königlichen Ehren überhäuft. Es war eine schwer zu erringende Ehre, von ihm zur Tafel gezogen zu werden; er speiste öffentlich und ließ bei jeder Mahlzeit Bürger und Bauern der Umgegend in den Saal treten, welche dann mit neugierigen Blicken jeder Bewegung des berühmten Gewalthabers folgten. Seine Gedanken gingen höher als jemals früher. Den Frieden mit Oesterreich erachtete er so gut wie abgeschlossen und hatte seine militärische Umgebung bereits mit dem Bilde orientalischer oder englischer Expeditionen erfüllt, welches seine Seele damals beschäftigte [1]). Solange übrigens aus Wien die schließliche Zustimmung noch nicht eingetroffen war, hielt er es für angemessen, eine halb drohende Haltung zu bewahren und, während er den Marchese Gallo mit den schönsten Worten hinsichtlich der Wünsche Neapels köderte, sonst von seiner Abneigung gegen einen raschen Frieden mit Oesterreich zu sprechen, da ihm Frankreich zur Zeit keinen Ersatz für den Oberbefehl in Italien bieten könne [2]). In Wahrheit war dieser Ersatz in seinen Gedanken längst festgestellt: er wollte hinaus auf die See, in den Orient, in die Heimat der großen Welteroberer und sah mit drängender Ungeduld der entscheidenden Depesche Thuguts entgegen. Sein Wunsch und seine Hoff-

[1]) Schreiben an Berthier 7. Juni.

[2]) Wenn die von Miot (Mémoires I, 103) berichteten Gespräche nicht ganz erfunden sind, so können sie nur aus der oben angegebenen Berechnung entsprungen sein.

nung, mit Oesterreich zu schleunigem Abschlusse zu kommen, war so entschieden, daß er gelassen zusah, als die kaiserlichen Truppen schon jetzt Dalmatien und Istrien besetzten, obgleich nach den Abreden von Leoben die venetianische Beute erst nach der Unterzeichnung des definitiven Friedens dem Kaiser überliefert werden sollte.

Aber es war ihm nicht bestimmt, so rasch zum Ziele zu kommen. Mit einem Male häuften sich die Schwierigkeiten, und, was seiner rastlosen Natur das Widerwärtigste dünken mußte, sie waren so beschaffen, daß er selbst kein besseres Mittel zu ihrer Bekämpfung besaß als ein fast unthätiges Zuwarten, um die Entwickelung allmählich heranreifen zu lassen.

Zunächst mußte er erfahren, daß er die Stimmungen in Wien vollkommen unrichtig beurteilt hatte. Die Aenderungen in Thuguts Vorschlägen, welchen Gallo so leicht beigetreten war, erregten bei dem kaiserlichen Minister den lebhaftesten Unwillen. Denn gerade der Hauptpunkt, um dessentwillen dieser den Boden der Präliminarien hatte aufgeben wollen, die Erlangung der Legationen und damit der herrschenden Stellung in Italien, war von Gallo leichtsinnig geopfert worden. Was lag Thugut an der Stadt Venedig, wenn die Etschlinie ein für allemal den Einfluß Oesterreichs von Italien absperrte? Er war im höchsten Grade erzürnt über den windigen Neapolitaner und beschloß auf der Stelle, die wichtige Unterhandlung zuverlässigeren Händen zu übertragen. Er schrieb dem Grafen Cobenzl nach Petersburg, daß er sich zur Abreise bereit halten solle, um auf den ersten Ruf nach Wien und Mailand eilen zu können. Bis zu seiner Ankunft schickte er zur Beaufsichtigung Gallos den General Merveldt nach Montebello. Dem vorläufigen Abkommen vom 24. Mai versagte er die kaiserliche Bestätigung und wies die Vorschläge des 26. mit lebhafter Entschiedenheit zurück. Er mochte es jetzt einsehen, wie verkehrt sein Versuch gewesen, so ganz im Fluge noch einen erheblichen Gewinn zu erhaschen; er beeilte sich, die falsche Bahn zu verlassen; leider

aber gab er den ersten Fehler nur auf, um in einen zweiten schlimmeren zu geraten. Wie gesagt, der sachliche Inhalt des Präliminarvertrags war durchaus günstig für Oesterreich, und nichts war deutlicher als das Interesse des Kaisers, denselben durch raschen Definitivfrieden bleibend festzustellen. Thugut hatte denn in der Instruktion vom 14. Mai auf beschleunigtes Verfahren, ohne Berufung eines europäischen Kongresses, gedrungen, und dies entsprach allerdings der Lage Oesterreichs ebenso wie jener Frankreichs. Er hatte aber zugleich auch die erheblichsten Aenderungen an dem Inhalte der Präliminarien vorgeschlagen, und dies war äußerst gefährlich, da es Bonaparte die Möglichkeit gab, der österreichischen Eroberungslust die stärkere französische entgegenzustellen. Nach dieser Erfahrung hätte, scheint es, für Thugut nichts näher gelegen als einfaches Zurückgreifen auf den Inhalt der Präliminarien, da über etwaige Aenderungen ein gedeihliches Einverständnis nicht zu hoffen war; von der Instruktion des 14. Mai aber hätte er nichts festhalten sollen als den beiden Parteien erwünschten Antrag auf beschleunigte Separatunterhandlung ohne Zuziehung der verbündeten Mächte. Wieder aber war ein solches Verfahren zu schlicht und zu gerade, als daß es Thugut staatsmännisch erschienen wäre. Er hatte erfahren, daß Bonaparte den raschen Abschluß wünschte; Thugut mochte demnach hoffen, jetzt durch Hinzögern desselben den General in den italienischen Streitfragen mürbe zu machen. Anstatt also, dem eigenen und vor allem dem deutschen Interesse entsprechend, die Beseitigung des Kongresses anzunehmen und sofortige Bekräftigung der Präliminarien zu fordern, hüllte er sich in tiefes Schweigen über den sachlichen Inhalt des Definitivfriedens und beantragte vor allem die vertragsmäßige Einberufung des europäischen Kongresses, mithin im besten Falle ein monatelanges Hinausschieben der endlichen Entscheidung.

Man mag diesen Entschluß betrachten, von welcher Seite man wolle, man wird ihn bei jeder weiteren Erwägung immer unbegreiflicher finden. Mochte Bonaparte persönlich

wegen seiner orientalischen Pläne noch so lebhaft die schnelle Verständigung mit Oesterreich wünschen: Thugut konnte seinerseits doch nur mit den ihm bekannten Machtverhältnissen Oesterreichs und Frankreichs rechnen. Hier aber stand es so, daß die Beutestücke, welche Leoben den Oesterreichern zuwies, erst nach erlangtem Definitivfrieden in ihren Besitz kommen sollten, während Frankreich nicht bloß das ihm abgetretene Belgien, sondern außerdem noch den größten Teil von Italien und Rheinland in Händen hatte. Frankreich also konnte mit großer Gelassenheit die Dinge kommen sehen; die Macht, welche das höchste Interesse am schleunigen Abschluß des Definitivfriedens hatte, war nicht das Direktorium, sondern der Kaiser. Vielleicht hätte man in Wien auf die Friedenspolitik der gemäßigten Partei rechnen mögen, welche bei Verzögerung des Abschlusses die Regierung auch zur Annahme ungünstigerer Bedingungen drängen würde: und, wie wir sehen werden, mußte in der That Bonaparte sich Thuguts Verfahren nur aus diesem Gesichtspunkte zu erklären. Allein so oft man ihm diese Auffassung nachgesprochen hat, bis jetzt ist an keiner Stelle eine Aeußerung Thuguts beigebracht worden, welche irgend eine bestimmte Hoffnung auf den französischen Parteienkampf ausdrückte [1]), und sicher ist es in jedem Falle — wir werden bald es im einzelnen wahrnehmen —, daß jede Hoffnung dieser Art eine eitle gewesen wäre. Die Summe ist und bleibt: in der gegebenen Lage konnte für Oesterreich keine verkehrtere Taktik ersonnen werden als Thuguts Versuch, den Gegner durch Hinschleppen zu ermüden und zur Nachgiebigkeit zu bringen.

Dazu kam, daß der von Thugut hervorgekehrte Grund des Aufschubs, der europäische Kongreß, so unglücklich wie möglich gewählt war. Einmal hatten, nach Thuguts frü-

[1]) Höchstens ganz allgemeine Wendungen kommen vor, z. B. in Gallos Instruktion vom 12. August, daß es bei der notorischen Friedenssehnsucht des französischen Volkes zweckmäßig sei, durch den Gang der Verhandlung die Schuld des Mißlingens recht deutlich den französischen Bevollmächtigten zuzuschieben.

heren Weisungen, Gallo und Merveldt die Beseitigung desselben bei Bonaparte wiederholt selbst beantragt, so daß es äußerst ungeschickt herauskam, wenn sie jetzt ihre Worte umdeuten und aus amtlichen Vorschlägen zu individuellen Ansichten herabmindern mußten. Sodann aber — und dies war schlimmer — entsprach Thuguts Zurückkommen auf den europäischen Kongreß durchaus nicht den Wünschen der verbündeten Mächte selbst. Kaiser Paul war ganz und gar in seine friedfertigen Stimmungen zurückgesunken; er konnte für sich den Frieden mit Frankreich, der immer nur durch Worte und nie durch Thaten unterbrochen worden war, zu jeder Stunde herstellen und hatte damals nicht die geringste Neigung, sich durch die Teilnahme an der österreichischen Verhandlung neuen Wirren mit dem Direktorium auszusetzen. Ja, es war sogar der Zorn gegen Preußen, den ihm die Nachricht von dem Augustvertrage hervorgerufen, vollständig verraucht; anstatt nach Thuguts Wünschen Preußen durch Kriegsdrohungen einzuschüchtern, ließ er auch in Berlin seine Friedseligkeit erkennen und hatte nichts einzuwenden, wenn der Berliner Hof die offizielle Vermittelung des Reichsfriedens in die Hand nehmen wollte. Für Thugut aber gab es nichts Verhaßteres als ein selbständiges Auftreten Preußens und folglich für seinen Standpunkt nichts Unangenehmeres als bei den preußischen Neigungen Pauls die Beteiligung Rußlands an dem Friedenswerke. Den Franzosen war dies Verhältnis nicht vollkommen deutlich, aber auch durchaus nicht gänzlich unbekannt. Für sich allein hätte es ausgereicht, ihnen Thuguts Kongreßantrag als das erscheinen zu lassen, was er war, nicht als ernst gemeintes Begehren, sondern als taktische Finte zur Erreichung sonstiger Zwecke.

Noch viel greller trat dasselbe Ergebnis bei dem zweiten Bundesgenossen des Kaisers, bei England, hervor. Denn längst vor dem Augenblicke, in welchem Thugut es für die höchste Ehrenpflicht des Kaisers erklärte, nicht ohne Mitwirkung Englands weiter in dem Friedenswerke vorzugehen, hatte Pitt eine neue Separatverhandlung mit Frankreich

eröffnet und damit dem jetzigen österreichischen Systeme den Boden im voraus unter den Füßen weggezogen.

Pitt war auch nach der groben Ausweisung Malmesburys in seinen Friedenswünschen fest geblieben und hatte seitdem immer neue Gründe zur Bekräftigung seiner Ansicht gefunden. Der glänzende Seesieg von St. Vincent, wo Admiral Jervis mit fünfzehn Linienschiffen über fünfundzwanzig spanische Herr wurde, wo Kommodore Nelson unter einem furchtbar überlegenen Feuer ein spanisches Linienschiff enterte und dann aus diesem heraus sofort ein zweites erstürmte, war allerdings eine stolze Erfrischung für jedes englische Herz und drängte die höchste aller Gefahren, die Vereinigung sämtlicher gegnerischer Flotten im Kanal, für den Augenblick zurück. Aber das spanische Geschwader war keineswegs vernichtet; die französische Flotte in Brest wurde unaufhörlich verstärkt, die holländische im Texel mit atemloser Anstrengung zu einer neuen irischen Expedition gerüstet. So blieb das Schreckbild einer Invasion aufrecht vor den Augen der britischen Bevölkerung und gab den letzten Anstoß zu der Krisis der durch vielfache Lasten schwer in Anspruch genommenen Bank von England, indem aus allen Teilen des Landes die Noten derselben in unvermuteter Masse zur Auszahlung in Gold zurückströmten. Nun gelang es freilich auch hier, das ärgste Unheil abzuwehren. Auf den Bericht der Bankdirektoren über den beginnenden Alarm trat Pitt in raschem und mutigem Entschlusse am 26. Februar mit einem ministeriellen Verbote der Noteneinlösung dazwischen; das Parlament bestätigte mit starken Mehrheiten diesen Beschluß, und die Londoner Kaufmannschaft that vielleicht das beste, indem sie durch freiwillige Erklärung die Bereitschaft ihrer Mitglieder aussprach, die Noten der Bank in jedem Geschäfte für vollgültig anzunehmen und damit den plötzlich erschaffenen Zwangskurs des Papiergeldes durch das öffentliche Vertrauen sanktionierte. Man meinte damals, nur für wenige Monate diesen unsicheren Boden zu betreten, und ahnte nicht, daß zwanzig Jahre vergehen würden, ehe man wieder

zu der gewohnten Goldwährung zurückkehren könnte: um so fester aber war der allgemeine Entschluß, durch strenge Ordnung im Staatshaushalt und gewissenhafte Erfüllung jeder Verbindlichkeit England vor dem Jammer der Assignatenwirtschaft zu bewahren. Begreiflicherweise wurde durch diese Verhältnisse bei Pitt die Friedensliebe gesteigert und am 9. April sprach er dem Könige Georg seine Ueberzeugung aus, daß bei dem Fortgang der Siege Bonapartes und bei der Erschöpfung der englischen Finanzen der Krieg nicht länger fortzusetzen, sondern den Franzosen die Einverleibung Belgiens und die Abhängigkeit Hollands zu bewilligen sei. Der König sträubte sich heftig gegen eine solche Verzagtheit, erklärte bei diesen Bedingungen jedes europäische Gleichgewicht für zerstört und hielt überhaupt einen dauernden Frieden mit den Jakobinern des Direktoriums für unmöglich. Noch an demselben Tage legte darauf Pitt die Erwägungen des Königs und die eigenen dem Ministerrate vor. Die Stimmungen waren dort gedrückt und die Ansichten geteilt. Pitt aber blieb unerbittlich: und vor allem, wie er dem Könige schrieb, wegen der stetig wachsenden Schwierigkeit der Finanzlage setzte er seine Meinung durch, daß der nächste Anlaß zu einer Unterhandlung zu ergreifen sei. Damals lauteten die Berichte Sir Morton Edens noch günstig genug über die kriegerische Festigkeit des Kaisers und Thuguts; so wartete man in großer Spannung auf den Ausgang der Wiener Krisis und that einstweilen das mögliche, um für England selbst und für Oesterreich die benötigten Geldmittel zu beschaffen: man schloß ein Anlehen von 18 Millionen Pfund zu dem schweren Zinssatz von ungefähr acht Prozent ab, indem man durch neue Taxen zum Teil sehr harter Art die Deckung der Interessen und die gesetzliche Tilgung sicherte. Während dieser Sorgen und Anstrengungen wurde man plötzlich durch den ärgsten Schlag getroffen, welcher in der damaligen Lage überhaupt für England denkbar war; am 15. April brach auf dem Admiralschiff der Kanalflotte eine Meuterei der Mannschaft aus, welche in einem Augenblick sämtliche Schiffe des Ge-

schwaders ergriff und für mehrere Wochen die heimische Küste jedem feindlichen Angriffsversuche bloßstellte. Bei der großen Masse der Seeleute handelte es sich nicht um revolutionäre Bestrebungen und noch weniger um ein Einverständnis mit dem Feinde: ihre Beschwerden waren rein dienstlicher Art und zu großem Teile vollkommen begründet; sie forderten eine Erhöhung des Lohnes, dessen Sätze seit einem Jahrhundert, trotz der Steigerung aller Warenpreise, ungeändert geblieben, gerechtere Verteilung der Prisengelder, die fast ausschließlich den höheren Offizieren zufielen, und menschliche Disziplin, deren Handhabung in zahlreichen Fällen äußerst roh und grausam gewesen war. Es konnte keinen schlagenderen Beweis für die Gerechtigkeit dieser Begehren geben, als daß das Ministerium, trotz der Gesetzwidrigkeit ihres Auftretens, in allen Stücken die Wünsche der Mannschaft zu erfüllen eilte, trotz eines dann sich wiederholenden Ausbruchs an diesem System der Milde festhielt und den Aufstand durch die feierliche Wiederholung einer unbeschränkten Amnestie Mitte Mai beschwichtigte. Allerdings zeigte es sich gleich nachher, wie mißlich unter allen Umständen das Verfahren ist, gerechte Forderungen der bewaffneten Macht zuerst zu verschleppen und dann der tumultuarischen Empörung zu bewilligen. Kaum war das Feuer des Aufruhrs auf dem Geschwader von Portsmouth gelöscht, so brach es auf der Abteilung des Medway in hellen Flammen und mit verdoppeltem Ungestüm wieder hervor und hier unter Symptomen, welche die Einwirkung politischer Tendenzen unverkennbar machten. Die Mannschaft hatte keine anderen Begehren, als sie bei dem ersten Aufstande geltend gemacht und dann für die gesamte Marine bewilligt worden waren; die Rädelsführer hatten hier den Aufstand nur durch die lügenhafte Ausstreuung möglich gemacht, daß es der Regierung mit ihren Verheißungen nicht Ernst und die Teilnehmer der Bewegung trotz der Amnestie einer entsetzlichen Bestrafung bestimmt seien. Während bei der ersten Empörung die Seeleute sich mit der Unterbrechung des Dienstes und mit der Ausweisung oder Verhaftung

der Offiziere begnügt, sonst aber keine Gewaltthat begangen hatten, ordnete im Medway der Führer der Rebellen, Richard Parker, offene Feindseligkeiten zunächst gegen die Fahrzeuge des Geschwaders an, dessen Mannschaften dem Gesetze gehorsam bleiben wollten, und führte dann die ganze Flotte geraden Weges vor die Mündung der Themse, um durch eine strenge Blockade des Flusses die Hauptstadt zur Kapitulation zu zwingen. Die Gefahr erreichte ihren Gipfel, als gleich nachher der größte Teil der Flotte, mit welcher der greise Admiral Duncan die holländischen Rüstungen im Texel beobachtete, diese Stellung verließ und sich mit den Aufständischen vor der Themse vereinigte: zum Heile Englands hatte das holländische Geschwader die Vorbereitungen zum Auslaufen noch nicht vollendet, und da der Admiral mit den beiden treu gebliebenen Linienschiffen unerschrocken auf dem verlorenen Posten aushielt und unaufhörlich Signale in die Weite des Meeres hinausgab, als wenn die Flotte dort noch vorhanden wäre, so hatten während der ganzen Dauer des Aufstandes die Holländer keine Ahnung von dem leichten Triumphe, den ein unersetzliches Glück ihnen während mehrerer Wochen darbot. Unterdessen trat in England die Festigkeit und Gesundheit des öffentlichen Zustandes wieder in glänzender Weise zu Tage. Inmitten der natürlichen Bestürzung und Aufregung, welche der unerhörte Vorgang weit und breit im Lande hervorrief, gab es doch nur eine Meinung über die hier einzunehmende Haltung. Niemand dachte an Zurücknahme der früher gemachten Bewilligungen; aber noch weniger erhob sich eine Stimme für neue Nachgiebigkeit gegen die freche Empörung. Das Ministerium warf Truppen und Geschütze an die bedrohten Küstenpunkte und brachte strenge Strafgesetze gegen jede Anreizung zur Meuterei und gegen jeden Verkehr mit den aufständischen Schiffen an das Parlament; Sheridan, als Führer der Opposition, erklärte, unter Vorbehalt alles sonstigen Tadels gegen die Minister, in kräftigen Worten die Zustimmung zu diesen Maßregeln für eine patriotische Ehrenpflicht, und die Bevölkerung gab bei jedem Anlaß

den Aufständischen ihren Zorn und ihre Verachtung zu erkennen. So weit die Nachrichten reichen, war es vor allem diese einmütige Haltung des Landes, welche den Sinn der Matrosen erschütterte. Anfang Juni kehrte ein Fahrzeug nach dem andern zum Gehorsam zurück, und endlich lieferte auch die Mannschaft des Admiralschiffes die Rädelsführer aus, von welchen dann Richard Parker kriegsrechtlich zum Tode verurteilt und an der Nahe seines Schiffes aufgeknüpft wurde.

Es war inmitten dieser ärgsten heimischen Bedrängnis, daß die Regierung am 5. Mai die amtliche Kunde über den Abschluß der Präliminarien von Leoben und dann Schlag auf Schlag Sir Mortons Berichte über Thuguts verschlossenes und unfreundliches Benehmen empfing. Pitt zauderte jetzt nicht länger und beantragte die sofortige Eröffnung einer Friedensverhandlung mit Frankreich. Lord Grenville erhob zwar nachdrücklichen Widerspruch und hatte darüber lange Verhandlungen mit dem leitenden Minister: Pitt aber stand fest in seiner Ueberzeugung, daß er als Staatsmann und als Christ zu dem Schritte verpflichtet sei, und am 1. Juni ging eine Anfrage hinüber an den französischen Minister Delacroix, ob das Direktorium einen Unterhändler empfangen wollte. Delacroix antwortete, dieses Mal in freundlicherem Tone als im vorigen Herbste, daß Frankreich bereit sei, bezeichnete Lille als geeigneten Ort für die Zusammenkunft und sandte bald nachher einen Paß für den englischen Bevollmächtigten, dessen Namen Lord Grenville in die Urkunde hineinsetzen möchte. Noch einmal gab es eine scharfe Verhandlung in dem englischen Ministerrate: Grenville nahm Anstoß daran, daß Delacroix ohne weiteres in dem Passe selbst den Zweck der Sendung als die Unterhandlung eines separaten und definitiven Friedens bezeichnet hatte, erklärte dies für eine beleidigende Eigenmächtigkeit und stimmte für Abbruch der ganzen Maßregel. Allein Pitt wollte von einer solchen Empfindlichkeit nichts wissen und erlangte endlich die Ernennung des Grafen Malmesbury zum bevollmächtigten Minister, nicht gerade zur Freude der Fran-

zosen, welche im vorigen Jahre die Klarheit und Schneidigkeit des Mannes kennen gelernt hatten; übrigens bekannte sich Malmesbury wie sein jüngerer Freund Canning ganz und gar zu Pitts Ansicht über die Dringlichkeit des Friedens und nahm bei seiner Abreise ohne Widerspruch Pitts Erklärung entgegen, daß man jede Regung des Stolzes bis auf das äußerste zurückdrängen würde, um zu dem gewünschten Ergebnis zu gelangen. Von vornherein waren beide Regierungen darüber einverstanden, daß England zugleich für Portugal, Frankreich aber für Spanien und Holland verhandeln würde. Im übrigen gingen die beiderseitigen Stimmungen weit auseinander: ebenso entschieden wie die Friedenssehnsucht Pitts war bei dem Direktorium die innere Abneigung gegen die Versöhnung gerade mit diesem einzigen unbesiegten Widersacher. Immer aber kam ihm für den Augenblick der englische Antrag höchst erwünscht, als das ausgiebigste Mittel, auf Oesterreich zu drücken und zunächst dessen Zurückgreifen auf den europäischen Kongreß zu vereiteln.

So fanden sich denn allerdings die österreichischen Unterhändler dem General Bonaparte gegenüber in der schiefsten Lage, die sich denken läßt. Gleich bei dem ersten Gespräche wies dieser den Grafen Merveldt auf die englischen Anträge hin und erklärte es für unbegreiflich, weshalb der Kaiser jetzt nicht mehr gesondert unterhandeln wollte. Am 21. Juni übersandten er und Clarke demselben die amtliche Antwort auf Thuguts letzte Anträge, beklagten darin die so plötzlich in Wien eingetretene Sinnesänderung, drangen auf rasche Wiedereröffnung der Separatverhandlung, betonten den Artikel des Leobener Vertrages, nach welchem binnen drei Monaten der Definitivfrieden unterzeichnet werden sollte. Es war die Entgegnung, die sich ganz naturgemäß aus der Lage der Dinge ergab, die Linie, welche die französischen Unterhändler fortan unabänderlich festhielten. Das Streben Oesterreichs, auf diesem Wege einen Frieden mit Abtretung der Legationen zu gewinnen, war hoffnungslos vom ersten Tage an. Allerdings, wenn es bei gründlichem Verfehlen

des sachlichen Zweckes ein diplomatischer Triumph wäre, den Gegner zu ärgern und in tiefe Ungewißheit zu versetzen, so hätte Thugut eine glänzende Leistung geliefert. Bonaparte war äußerst betroffen über die unvermutete Wendung und völlig im unklaren über die besondere Ursache derselben. Seine damalige Korrespondenz enthält nicht die leiseste Andeutung, daß er auch nur einen Augenblick auf den richtigen Grund, auf Modena und Ferrara, geraten hätte; fürs erste schob er alles auf die Unerfahrenheit des Kaisers und Thuguts pedantische Schwerfälligkeit und hoffte nach vierzehn Tagen durch den nächsten Kurier günstigere Nachrichten zu erhalten. Wie widerwärtig aber ihm der Aufenthalt war, zeigt der Umstand, daß er einen Augenblick den Gedanken hatte, seinerseits auf den ganzen Inhalt der Präliminarien zurückzugehen, Venedig bei Italien zu belassen und auf das linke Rheinufer zu verzichten [1]). Es war nur eine vorübergehende Regung; immer aber zeigt ihr Auftreten die Wahrscheinlichkeit des Erfolges, wenn Thugut von Anfang an diese Stellung genommen hätte. Wie jetzt die Dinge lagen, mußte man eben Thuguts Antwort auf die Note vom 21. abwarten: der Kurier brauchte damals von Mailand bis Wien sieben Tage und ein halber Monat mußte vergehen, ehe Thuguts Entgegnung eintreffen konnte. Der Gedanke lag nahe, zur möglichen Abkürzung dieser Fristen den Ort der Verhandlung weiter nach Osten zu verlegen, und am 30. Juni kamen die Bevollmächtigten überein, sich deshalb nach Udine in Friaul zu begeben. Nur Bonaparte, durch hundertfache sonstige Geschäfte in Mailand festgehalten, blieb einstweilen dort zurück, bis eine günstige Erwiderung Thuguts die Wiederaufnahme der wirklichen Unterhandlung möglich machen würde. Aber er sollte noch lange auf eine solche Aeußerung warten, wie ungeduldig er auch die Tage zählte, wie heftig er über die abscheuliche

[1]) Er deutet dies, freilich nur in fragender Form, aber unverkennbar in seiner Tendenz, dem Direktorium am Schlusse seines Briefes vom 22. Juni an.

Böswilligkeit Oesterreichs zürnte, wie rastlos er durch alle Mittel auf die Entschlüsse des Wiener Hofes einzuwirken suchte.

Und um seine Aufregung auf den höchsten Grad zu bringen, fand er sich, verwöhnt wie er bisher durch den französischen Jubel über seine Siege war, mit einem Male in die inneren Parteikämpfe der Republik verwickelt und gerade die zugleich bedenklichste und wichtigste seiner Thaten, die Vernichtung Venedigs, zum Gegenstande eines offenen parlamentarischen Tadels gemacht. Seine despotische Natur war jetzt schon so entwickelt, daß er die öffentliche Kritik seines Verhaltens unerträglich fand, vor allem, wenn sie so von Grund aus berechtigt war wie die seiner venetianischen Gewaltthat. Er war geradezu außer sich und kam in dieser Entrüstung zu Beschlüssen, welche gleich verhängnisvoll für Frankreich und für Europa waren.

Es wird zweckmäßig sein, uns die inneren französischen Verhältnisse, wie sich dieselben seit dem Beginne der neuen Gesetzgebungsperiode gestaltet hatten, in ihrem Zusammenhange zu vergegenwärtigen.

Am 20. Mai war das neue Drittel der Verfassung gemäß in die beiden Räte eingetreten, und die hiermit völlig nach rechts verschobene Mehrheit ließ keinen Tag verstreichen, um vor dem Lande ihre Stellung höchst unzweideutig zu nehmen. Die Zeit war vorbei, in welcher das Direktorium mit dem gesetzgebenden Körper ein Herz und eine Seele war und beide vereinigt der sträubenden Nation das Joch ihres jakobinischen Willens auflegten. Jetzt hatte die unermeßliche Mehrheit der Nation die eigene Gesinnung in den Wahlen zum Ausdruck gebracht, und das gesetzlich höchste Organ des souveränen Volkes, die beiden Räte, traten mit unruhigem Eifer der bis dahin herrschenden radikalen Strömung entgegen. Das Direktorium hatte schon tags zuvor die Auslosung seines abgehenden Mitgliedes vorgenommen, ein Akt, welcher von allen Parteien mit der höchsten Spannung erwartet worden war. Denn obwohl bisher in der Regierung zwar Meinungsverschiedenheiten über einzelne

Fragen, aber niemals eigentliche Parteispaltung vorgekommen waren, so wußte man doch, daß Letourneur fast unbedingt und Larévellière gewöhnlich mit Carnot ging; dieser aber hatte den lebhaften Wunsch nach auswärtigem Frieden und im Innern nach gutem Einvernehmen mit der Volksvertretung. Wenn also das verabschiedende Los auf Barras oder Rewbell fiel, so stand wenigstens fürs erste ein Umschwung des ganzen Systems, eine Regierungspolitik im Sinne der neuen Mehrheit in Aussicht. Ein so leichter Uebergang aber in geordnete Zustände war Frankreich nicht bestimmt. Als am 19. Mai die fünf Direktoren ihre Lose eröffneten, war es Letourneur, welcher auf seinem Zettel die Worte: ausscheidendes Mitglied, las. Die Räte erwählten zu seinem Nachfolger den Gesandten in Basel, Barthélémy, der sich durch seine beiden Friedensschlüsse einen großen diplomatischen Namen gemacht hatte und als ruhiger und gemäßigter Staatsmann bekannt war. Leider zeigte er sich vom ersten Tage an seiner neuen Stellung in keiner Hinsicht gewachsen, willenlos und ängstlich, ohne Klarheit noch Arbeitskraft, so daß er nie über völlige Nichtigkeit hinauskam. Wenn er vielleicht bereit war, der gemäßigten Partei der Räte einige Schritte weiter entgegen zu thun als Letourneur, so büßte diese Tendenz mit dem letzteren den unschätzbaren Vorteil eines Vermittlers zwischen Larévellière und Carnot ein. Der eitle und reizbare Advokat hatte sich oft über Carnots herrische Ueberlegenheit geärgert; jetzt wurde er mit dem höchsten Eifer von Barras und Rewbell umworben, und je schärfer die kirchliche Gesinnung der Räte und gelegentlich auch royalistische Neigung bei einem Teile der Mitglieder hervortrat, desto fester schloß sich der alte Girondist den beiden jakobinischen Genossen an. So standen die Gegensätze in fester Verkörperung sich gegenüber, in der Regierung eine schlagfertige Mehrheit revolutionärer Demokraten, in dem gesetzgebenden Körper eine nicht minder ungeduldige Masse der liberalen und royalistischen Ordnungspartei. Ohne Zaudern kündigte sich der Kampf auf allen Gebieten an.

Gleich die erste Präsidentenwahl der Fünfhundert war bedeutsam. Mit einer überwältigenden Mehrheit wurde General Pichegru ernannt, derselbe Mann, welchen das Direktorium auf dringenden, wenngleich damals noch nicht erwiesenen Verdacht bourbonistischer Umtriebe vom Oberbefehl des Rheinheeres entfernt hatte. Die große Masse der Abgeordneten hatte keine Ahnung von Pichegrus Beziehungen zu dem Prinzen von Condé; sie sah in dem General einen hervorragenden und kräftigen Oppositionsführer und gab ihm deshalb ihre Stimmen: der Eindruck auf das Direktorium blieb deshalb nicht weniger der einer offenen Feindseligkeit. Nicht weniger böses Blut machte in denselben Tagen ein Antrag des Abgeordneten Aubry, desselben, der einst als Mitglied des Wohlfahrtsausschusses so viele jakobinische Offiziere aus dem Dienste entlassen und auch Bonaparte mit offener Ungunst behandelt hatte, auf Verstärkung der Garde des gesetzgebenden Körpers und Stellung derselben unter den alleinigen Befehl einer parlamentarischen Kommission. Die Linke behauptete, daß die Garde ein Teil des Heeres und dieses verfassungsmäßig der Leitung des Direktoriums untergeben, daß die Verantwortlichkeit des letzteren eine bessere Schutzwehr für die Volksvertretung sei als ein Dutzend Kanonen. Es kam damals zu keinem Beschlusse über die Frage; der Antrag hatte aber für sich allein ausgereicht, das gegenseitige Mißtrauen deutlich an das Licht zu bringen.

Die Fünfhundert sorgten dafür, die erregte Stimmung nicht zur Ruhe kommen zu lassen. Sie steigerten den Zorn der Gegner nach jeder Richtung, indem sie Schlag auf Schlag den bisherigen Opfern der Revolution zur Herstellung verhalfen und umgekehrt die Wirksamkeit der revolutionären Machthaber einer vernichtenden Kritik unterwarfen. Vor allem wurden die auf Grund des Brumairegesetzes aus der Versammlung entfernten Abgeordneten auf ihre Sitze zurückberufen und am 9. Juni das vielumstrittene Gesetz selbst, soweit es sich auf die Ausschließung von öffentlichen Aemtern bezog, fast ohne eine Verhandlung aus der Welt

geschafft. Ebenso entschieden griff die Mehrheit eine andere gegen die Angehörigen der Emigranten geübte Tyrannei an, jenes Gesetz, welches die künftigen Erbportionen ausgewanderter Söhne den noch lebenden Eltern entzog oder das ganze Vermögen der letzteren unter Beschlag legte: am 30. Juni wurde die Aufhebung des Sequesters und eine Entschädigung für die bereits eingezogenen Quoten verfügt. Sodann wandte man den Leiden der katholischen Kirche die Aufmerksamkeit zu, während aus allen Teilen des Landes zahlreiche Bittschriften einliefen, um die Hülfe der Gesetzgeber gegen die fortdauernde Verfolgung in Anspruch zu nehmen. Eine Menge Gemeinden baten, ihre Pfarrhäuser nicht weiter zu versteigern, sondern sie ihnen zu Kirchen- oder Schulzwecken zu belassen; die Gemeinde Vassy begehrte die Aufhebung des Gesetzes, welches den Gebrauch der Glocken zur Ankündigung des Gottesdienstes verbot; vielfache Bittschriften, besonders aus der Bretagne, forderten die Freiheit des katholischen Kultus und Rückberufung der verbannten Priester. Alle Kulte sind ja frei, rief ein Abgeordneter. Wie es scheint, antwortete ein anderer, wird diese Freiheit allerorten widerrechtlich verletzt. Eine Kommission wurde mit der Prüfung aller dieser Dinge beauftragt, und in deren Namen erstattete der junge, talent- und schwungvolle Abgeordnete von Lyon, Camille Jordan, am 17. Juni Bericht. Ein Ton, wie er ihn anschlug, war niemals in diesen Räumen vernommen worden. Wohl vermied er es, irgend eine Begünstigung oder Privilegierung der Kirche zu fordern. Aber mit höchster Wärme führte er aus, wie wohlthätig die religiöse Erhebung der Seele auf Moral und Politik einwirke, und trat damit der kirchenfeindlichen Gesinnung der Revolution schneidend entgegen. Er forderte deshalb Beseitigung aller der gehässigen Schranken, mit welchen ein unberechtigter Argwohn die Kirche umstellt habe, und begehrte für dieselbe, unter Vorbehalt der Bestrafung jedes gesetzwidrigen Benehmens, gemeines Recht und ungehinderte Freiheit. Also Aufhebung des Versprechens auf Gehorsam gegen die Gesetze, welches bisher von jedem

Priester gefordert wurde, während bei allen anderen Bürgern niemand ein solches Gelöbnis für nötig halte, Wegfall jeder Verfolgung auf Grund der früheren revolutionären Gesetze, Freigebung des Glockengeläutes, zu dessen Verbot nirgendwo der geringste Anlaß zu entdecken sei, Verstattung geschlossener Begräbnisplätze für die einzelnen kirchlichen Bekenntnisse. Wie man sieht, war das Maß der für die Kirche hier beantragten Einräumungen ein sehr bescheidenes: nichtsdestoweniger machte die Rede durch ihre allgemeine Haltung ein unermeßliches Aufsehen; es schien wie eine Umkehr der ganzen Revolution, daß von der parlamentarischen Rednerbühne herab ein Berichterstatter der Mehrheit mit inniger Verehrung von religiösen Dingen, daß er mit bewegtem Herzen von dem Eindruck des sonntäglichen Geläutes hatte reden dürfen. Die Gegner thaten, was sie konnten, um die Wirkung des Vortrags zu verwischen; auch manchen Genossen der gemäßigten Partei schienen Jordans Anträge zu weit zu gehen und besonders bei der allbekannten Feindschaft der Priester gegen die Republik die gänzliche Abschaffung des Unterwerfungsaktes bedenklich. Die Strafgesetze über Verbannung und Einschließung der eidweigernden Priester fielen fast ohne Widerstand der Linken. Aber um so heftiger tobte der Kampf über das den Priestern aufzuerlegende Versprechen. Als ein Abgeordneter der Eure erklärt hatte, daß er mit der ungeheueren Mehrheit des Volkes fest an der katholischen Kirche, an der Religion ihrer Väter halte, rief Echasseriaux: wir wollen nichts wissen von eurem Glauben der Väter, unsinnigen Dogmen, eitlen Vorurteilen, verrücktem Aberglauben. Von Zulassung der Glocken wollte selbst Boissy d'Anglas nichts hören, und was das Versprechen des bürgerlichen Gehorsams betraf, so setzte nur mit Mühe Jordan, vor allem durch den damals zuerst hervortretenden Royer-Collard unterstützt, wenigstens eine mildere Form des Gelöbnisses durch, aus welcher nicht eine innere Billigung der republikanischen Gesetze gefolgert werden konnte. In ähnlich vermittelnder Weise wurde dann auch die Frage der Pfarrhäuser gelöst, indem man die be-

reits erfolgten Verkäufe bestätigte, weitere Veräußerungen aber für die Zukunft verbot.

Eine andere Streitfrage, in welcher die bittersten Leidenschaften in furchtbarer Entladung aufeinander stießen, betraf die Verwaltung der Kolonien. Wir haben früher erwähnt [1]), wie in San Domingo seit 1789 die Bewegung der Revolution zuerst die weißen Pflanzer gegenüber der Regierung, dann die farbige Bevölkerung gegenüber den Weißen und endlich die Negersklaven gegenüber dem ganzen bisherigen Zustande ergriff. Unter den Parteien des Mutterlandes verfochten nach ihrem gemäßigten Liberalismus die Feuillants sowohl die politischen Ansprüche als die Eigentumsrechte der Kreolen, während die Jakobiner im Namen der allgemeinen Menschenrechte die unbedingte Befreiung und Gleichstellung der Neger durchsetzten. Beide Parteien suchten sich bei ihren Bestrebungen auf die Kraft des nationalen Gedankens zu stützen. Die Feuillants wiesen auf die entsetzliche Schädigung der französischen Handelsinteressen, welche durch die wilde Erhebung der Schwarzen verursacht wurde; die Jakobiner klagten die Pflanzer des Hochverrats an, weil sie in ihrer Bedrängnis zuweilen nach englischem Schutze ausgeschaut hatten, und priesen die Neger als die treuesten Anhänger der befreienden französischen Trikolore. Mit dem Sieg der Bergpartei in Paris war dann auch in San Domingo der Triumph der Schwarzen entschieden, und die nach der Insel ausgesandten Kommissare des Wohlfahrtsausschusses, weit entfernt davon, die barbarischen Greuel des Rassenkampfes zu mildern, steigerten die leidenschaftliche Wut, indem sie die Weißen als die Aristokraten der Insel mit aller Hitze des terroristischen Parteihasses verfolgten. Bei den Negern begnügten sie sich mit einer leeren Anerkennung der französischen Oberhoheit; die Führer der schwarzen Scharen ließen sich den Titel republikanischer Offiziere gefallen und beherrschten als französische Generale weite Landstrecken mit thatsächlich souveräner Gewalt. Die

[1]) Buch III, Kapitel 2. Bd. II, S. 40 ff.

alten Eigentümer der Plantagen waren erschlagen oder vertrieben, ein großer Teil der Anlagen verwüstet, der Anbau bei der Arbeitsscheu der Neger in tiefer Zerrüttung. Große Gütermassen und mehrere hundert Zuckerfabriken waren von den Kommissaren mit Beschlag belegt und wurden angeblich zum Vorteil der Republik verwaltet, deren Kassen allerdings aus dieser Ferne noch viel weniger thatsächlichen Ertrag als aus den französischen Nationalgütern gewannen. Eine Menge der weißen Besitzer waren durch die Kommissare verhaftet und nach Frankreich geschickt worden, wo sie zu Hunderten in den Gefängnissen der Seehäfen eingesperrt blieben, ohne daß jemand ein gerichtliches Verfahren gegen sie zu eröffnen wußte. Andere hatten sich nach Cuba oder Florida hinübergerettet, und der stete Aerger der Kommissare war es, daß bei den ersten Nachrichten von den wüsten Greueln des Negeraufstandes die französische Gesetzgebung solche Flüchtlinge von den Strafgesetzen gegen die Auswanderung befreit hatte. Vor allen hatte sich einer der Kommissare, Santhonax, in der Bedrückung der Weißen einen furchtbaren Namen gemacht, der Robespierre der Antillen, wie ihn seine Opfer bezeichneten. Nach dem Sturze seines Vorbildes hatte auch ihn die Reaktion ereilt; er war nach Frankreich zurückberufen und dort wegen Mißbrauch der Amtsgewalt in peinliche Untersuchung genommen worden. Aber der demokratische Sieg des Vendémiaire war dann auch ihm zu statten gekommen: er hatte nicht bloß die Freiheit wieder erlangt, sondern war mit drei gleichgesinnten Genossen aufs neue als Agent des Direktoriums und Inhaber der Regierungsgewalt in die unglückliche Insel zurückgekehrt. Sofort hatte sich dort der Schrecken erneuert; ohne irgend eine Rücksicht auf die neue Verfassung blieb die Insel unter der reinen Militärherrschaft und zwar jener der Neger. Unaufhörlich gelangten die Klagen über Hinrichtungen und Mordthaten, über Aufhetzung der Neger gegen die Weißen, über Konfiskationen und Erpressungen in das Mutterland hinüber. Die gemäßigte Partei bei den Fünfhundert versuchte mehrmals den schmachvollen Zu-

stand der Insel und die unerträglichen Leiden ihrer weißen Bewohner zur öffentlichen Verhandlung zu bringen: aber zu fest war die Mehrheit entschlossen, das Direktorium und dessen Agenten zu decken; zu zahlreich und mächtig waren die bei der Plünderung San Domingos beteiligten Terroristen; jeder Antrag auf Untersuchung wurde durch beschönigende Antworten abgefertigt oder in dem Geheimnis einer ergebnislosen Kommissionsberatung begraben. Gegen Ende der Session, am 9. Mai, eröffnete das Direktorium den Fünfhundert, daß nichts dringender sei als die Entscheidung der Frage, ob nicht die nach Amerika geflüchteten Pflanzer als Emigranten zu behandeln seien: so viel stehe fest, daß sie größtenteils unter Mißachtung der republikanischen Gesetze auf Herstellung der Sklaverei mit Hülfe Englands oder Ludwigs XVIII. bedacht seien.

Das neue Drittel gab die Antwort auf der Stelle. Am Tage nach seinem Eintritt erfolgte die Bildung einer Kommission zur Berichterstattung über San Domingo, und schon den 29. Mai entrollte in deren Auftrag der einstige Führer der konstitutionellen Rechten von 1792, der auf der Insel selbst begüterte Vaublanc, das ausführliche Bild der furchtbaren Unterdrückung, unter welcher die weiße Bevölkerung dort seit vier Jahren zerquetscht worden, die Beraubung und Verfolgung der Pflanzer, die Roheit und Gesetzlosigkeit der jetzt allmächtigen Neger, die wilde Verschleuderung des rechtlos zusammengeraubten Staatsguts. So überwältigend war die Masse der hier aktenmäßig festgestellten Thatsachen, daß die Linke keinen Widerspruch und keine Erörterung wagte, sondern das Direktorium schon am 3. Juni, noch ehe das Haus zu irgend einem Beschlusse gelangt war, die Abberufung des Santhonax und seiner Genossen verfügte. Aber die Mehrheit ließ sich durch diese Einräumung nicht beschwichtigen; am 4. stellte ihre Kommission vielmehr den Antrag, für San Domingo der Regierung überhaupt die Vollmacht zur Absendung von Agenten mit außerordentlichen Befugnissen zu entziehen, und das Haus beschloß in diesem Sinne, wie entschieden auch das Direktorium gerade

wegen des verwirrten Zustandes der Insel solche Befugnisse für unerläßlich erklärte. Bald nachher kamen auch die Verhältnisse der orientalischen Kolonien, Ile de France und Reunion, in unliebsamer Weise zur Sprache. Dort hatte die weiße Bevölkerung, aufgeregt durch das Elend San Domingos, sich gleich nach der Ankunft der Agenten des Direktoriums wie ein Mann erhoben und diese Vertreter einer jakobinischen Regierung kurzerhand aus ihren Inseln hinweggeschickt. Jetzt wurde bei den Fünfhundert nicht dieses ungesetzliche Verfahren der Kolonisten, desto schärfer aber der Umstand gerügt, daß die Agenten trotz ihrer Unthätigkeit ihre Gehälter fortdauernd bezogen, und auf diesen Anlaß wurde das ganze Gesetz aufgehoben, welches dem Direktorium die Sendung solcher Agenten in die Kolonien verstattete. Allerdings ging die Meinung nicht dahin, die Einrichtung selbst schon jetzt zu beseitigen: so traurig es war, daß die Regierung nach anderthalbjähriger Thätigkeit die Vorbereitungen zu verfassungsmäßiger Verwaltung der Kolonien noch nicht getroffen hatte, so bestand einmal diese Thatsache, und ohne außerordentliche Vollmachten war zur Zeit jede Regierung der Inseln unmöglich. Was die Mehrheit beabsichtigte, war Beschränkung der Vollmacht von Fall zu Fall und damit ein bestimmender Einfluß der Volksvertretung auf die Hauptsache, auf die Auswahl der Personen. Das Direktorium hatte bei allem Zorne keine Mittel dagegen und fand sich gleichzeitig auf näheren Gebieten von allgemeinster Wichtigkeit so empfindlich angegriffen, daß ihm diese transatlantischen Verlegenheiten darüber vollkommen in den Hintergrund traten. Denn bereits hatte die Mehrheit durch eine Reihe von finanziellen Anträgen geradezu die Axt an die Wurzel der gesamten direktorialen Regierungsthätigkeit gelegt.

Wir haben vielfach gesehen, wie verkommen die Finanzwirtschaft dieser Regierung vom ersten Augenblicke an gewesen und geblieben. Ihr Wesen war mit den drei Worten Defizit, Unordnung und Verschleuderung bezeichnet. Auch die Majorität von 1796, so lebhaft sie die herrschenden

Freunde zu stützen wünschte, war nicht im stande gewesen, die klaffenden Risse dieses Staatshaushalts zuzudecken, und noch die letzten Wochen ihrer Session hatten die widerwärtigsten Enthüllungen in dieser Richtung gebracht. Daß die Verwaltung mit den bereiten Mitteln die öffentlichen Bedürfnisse nicht zu befriedigen wußte, diese Thatsache stand über allem Zweifel, unter völligem Einverständnisse der Parteien fest. Aber über den Grund des Mangels gingen die Ansichten scharf auseinander. Die Regierung behauptete die Unzulänglichkeit der Einkünfte und begehrte deshalb kräftigere Einrichtungen für die Erhebung der bestehenden und Billigung mehrerer neuer Steuern. Der Rat der Fünfhundert verhandelte im April 1797 die Schöpfung einer großen Staatsbehörde, mit fest angestellten, streng gehorchenden Beamten in allen Departements, für die Beitreibung der Grundsteuer, mit welcher die vom Volke auf wenige Jahre gewählten Bezirksbehörden schlechterdings nicht zu stande kommen konnten. Das Bedürfnis war hier unwiderleglich, und die Fünfhundert genehmigten den Antrag. Immer aber bemerkte auch hier der Abgeordnete Gibert-Desmolières, daß die Hoffnung täuschen würde, durch die neuen Beamten den ganzen Betrag der gesetzlich verfügten Grundsteuer (240 Millionen) zu erheben; bei der Verarmung der Grundbesitzer sei dieselbe an sich zu hoch; sie nehme mehr als ein Viertel des Reinertrags hinweg; dabei fehle es durchaus an den erforderlichen Vorkenntnissen, um eine gleichmäßige Verteilung auf die Departements herbeizuführen; wie man die Sache angreife, werde man im besten Falle nicht mehr als 180 Millionen erzielen. Um so entschiedener widersetzte er sich jeder Bewilligung neuer Abgaben, da schon die vorhandene Steuerlast zu schwer für die zerrütteten Kräfte des Volkes sei, und im Angesichte der bevorstehenden Wahlen hatte die Mehrheit nicht den Mut, über seinen Widerspruch hinwegzuschreiten und die Anträge des Direktoriums auf Wiedereinführung der Lotterie und der Salzsteuer zu genehmigen. Gibert-Desmolières erklärte vielmehr den 28. April, in geradem Gegensatze zu den Be-

hauptungen des Direktoriums, daß bei ordentlicher und gewissenhafter Verwaltung die vorhandenen Einkünfte zur Deckung des ordentlichen und des außerordentlichen Budgets vollständig ausreichen würden, und schob damit die Verantwortung für die Schäden des Staatshaushaltes dem Direktorium und dessen Unfähigkeit oder Unredlichkeit zurück. Verdrießlicher konnte in dieser Lage der Dinge für die Regierung nichts sein, als daß gerade jetzt, im Augenblicke der Wahlen, eine Finanzoperation des größten Umfangs und schmutzigsten Bestandes an das Tageslicht gezogen wurde. Anfang Dezember hatte der Finanzminister Ramel einen Betrag von 2½ Millionen in Silber nötig gehabt. Ein gewisser Dijon und Kompanie hatten die Lieferung des Geldes gegen 100 Millionen Mandate übernommen, von denen sie 40 in Paris und 60 in gewissen Departementskassen erheben sollten. Kaum aber war dies verabredet, so hatte Ramel der Kompanie den weiteren Auftrag gegeben, aus nicht weniger als 40 Departementskassen so viele Mandate zu erheben, wie erforderlich wäre, um damit durch Ueberschwemmung der Börse den Kurs des Papieres auf ein Prozent zu drücken. Wir haben schon früher gesehen [1]), wie die Regierung gelegentlich zur Bereicherung einiger Günstlinge diese gehässige Operation betrieben hatte: dieses Mal erhob dazu die Kompanie Dijon nicht weniger als 500 Millionen, welche sie darauf, nach Erreichung des schmählichen Zweckes, dem Schatze in Silber, aber wie sich versteht, zu dem eben geschaffenen niedrigen Kurse, also mit der Summe von 5 Millionen erstattete, während der Staat bei richtiger Verwertung jener Papiere mindestens 8 Millionen dafür hätte erhalten können. Zugleich hatte die Kompanie jene ursprüngliche Zahlung von 2½ Millionen an die betreffenden Gläubiger des Staates nicht in barem Gelde, sondern in Wechseln auf lange Sicht geleistet und es durch weitere Börsenmanöver dahin gebracht, diese Wechsel unter fremdem Namen mit einem Ge-

[1]) Bd. VI, S. 323.

winne von 40 Prozent wieder zurückzukaufen. Schließlich waren die Genossen des sauberen Geschäftes, die Kompanie und der Finanzminister, doch untereinander in Hader geraten und durch den erzürnten Minister unbesonnenerweise ein Prozeß gegen die Kompanie angestrengt worden, welcher den ganzen Handel jetzt auf die Tribüne der Volksvertretung brachte. Thibaudeau stellte sofort den Antrag, die von dem gesetzgebenden Körper ernannten Schatzkommissare, ohne deren Mitwirkung die betrügerische Operation nicht möglich gewesen wäre, abzusetzen. Welches Vertrauen konnte eine Regierung in Anspruch nehmen, die sich auf solchen Wegen betreffen ließ? Was konnte man nach derartigen Entdeckungen noch gegen Gibert-Desmolières' Behauptung einwenden, daß die erste Sorge der Fünfhundert der unerbittliche Krieg gegen die Plusmacher sein müsse, ehe irgend eine neue Bewilligung erfolgen könne?

Die Männer des neuen Drittels waren von dieser Ueberzeugung erfüllt. Gibert-Desmolières wurde sofort der Mann ihres Vertrauens in den finanziellen Fragen und beeilte sich mit unerschrockenem Eifer die Sonde in die tiefen Schäden des Staatshaushaltes einzuführen. Am 27. Mai brachte er, während der Rat der Alten die Errichtung der neuen Steuerbehörden verwarf, einen weiteren Finanzskandal zur Erörterung bei den Fünfhundert. Der Marineminister Truguet hatte mit einer Kompanie Gaillard einen Vertrag auf Lieferung von 60 000 Zentner Mehl zu 21 Franken an das Magazin von Nantes abgeschlossen und den Lieferanten diesen Preis zum voraus in Anweisungen auf die Kompanie Dijon bezahlt. An demselben Tage aber hatte dann Truguet einen zweiten Vertrag mit Gaillard unterzeichnet, durch welchen er den Betrag der Lieferung auf 40 000 Zentner herabsetzte und dann Gaillard dafür dem Kassierer des Ministers die Summe von 420 000 Franken in Silber herauszahlte. Um sich ein Geldanlehen ohne Bewilligung des gesetzgebenden Körpers zu verschaffen, hatte der Minister die für die Marine nötige Lieferung willkürlich um ein Drittel übertrieben; es stellte sich weiter heraus, daß zur

Zeit des Vertragsschlusses das hier mit 21 Franken bezahlte Mehl auf dem Markte für 11 zu haben gewesen; der Minister, rief Gibert, hat der Kompanie 840 000 Franken gegeben, um dann 420 000 von ihr zu borgen. Die Erbitterung über eine solche Wirtschaft wuchs durch die Haltung, welche die Regierung den Klagen gegenüber einzunehmen für gut befand. Ohne ein Wort der Verteidigung zu äußern, ging sie ihrerseits zum Angriff über. Schon am 26. Mai war eine Botschaft des Direktoriums an die Räte erschienen, welche diese anklagte, freigebig genug den Ministerien Bewilligungen auf dem Papiere zu machen, aber keine Vorkehrungen für das wirkliche Einkommen des Geldes zu treffen; zahlreiche, hierauf gerichtete Anträge der Regierung seien in den Kommissionen vermodert und geflissentlich der Oeffentlichkeit entzogen worden; so sei denn durch die Schuld der Räte der ganze Staatshaushalt allerdings in Verwirrung und Auflösung; die Ordnung sei nicht herzustellen ohne Schaffung wirklicher Einnahmequellen; wer diese weigere, zeige sich damit als Feind des Gemeinwesens, und nicht bessere Gesinnung liege den Angriffen auf die Männer zu Grunde, welche in höchster Selbstverleugnung bei der völligen Leere des Schatzes den Staat mit irgendwelchen Mitteln weitergefristet hätten. Ganz in demselben Tone erklärte Truguet am 30. Mai, daß die Republik zwar liegende Gründe in Menge, jedoch leider gar kein Geld besitze; er aber habe Geld schaffen müssen, um das größte Unheil von dem Staate und der Flotte abzuwenden; so habe er mit Gaillard abgeschlossen und rühme sich, viele ähnliche Geschäfte gemacht zu haben. Die jakobinische Presse antwortete im Wiederhall, daß die Republik in Gefahr sei, durch die Umtriebe der Royalisten zertrümmert zu werden; die Mehrheit des gesetzgebenden Körpers gehe darauf aus, die republikanische Regierung durch Steuerverweigerung unmöglich zu machen.

Die Kriegserklärung war so deutlich wie möglich. Die Regierung war entschlossen, den Platz um jeden Preis zu behaupten, so wenig gesetzliche Mittel sie auf die Dauer

gegen ein festes Vorgehen der Räte besaß. So prunkend sie früher wohl von der Unerschöpflichkeit der republikanischen Hülfsmittel geredet, so scharf betonte sie jetzt ihre völlige Mittellosigkeit gegenüber den zahlreichsten und schreiendsten Bedürfnissen. Sie wies auf den Jammer der Kranken in den Pariser Spitälern, welche zu Grunde gingen, weil man den Anstalten im letzten Jahr statt sieben nur zwei Millionen hatte geben können; auf die Kinder der Findelhäuser, welche verhungerten, weil man kein Geld zur Ernährung ihrer Ammen hatte; auf die Not der Invaliden, deren Pensionen längst angewiesen, aber nicht bezahlt waren; auf die Entblößung der Marine, die seit drei Monaten keinen Sold erhalten, so daß soeben drei Seeoffiziere in Brest aus Hunger sich erschossen hatten; auf die Armut der Staatsgläubiger, denen das Gesetz im Frühling drei Viertel ihrer Renten gekürzt und die Verwaltung jetzt das letzte Viertel stark beschnitten hatte; auf die klägliche Lage der höchsten Ministerial- und Gerichtsbeamten selbst, welche täglich bei einzelnen Abgeordneten um endliche Regulierung ihrer Gehaltszahlungen bettelten. Wie sollte es möglich sein, daß bei so unermeßlichem Elend eine patriotische Volksvertretung gefühllos bliebe und keinen Versuch machte, dem darbenden Staate neue Mittel zuzuführen? Aber die Antwort der Mehrheit blieb stets dieselbe. Das Mittel zur Deckung aller Ausfälle sei die Herstellung von Gewissenhaftigkeit und Ordnung in den Finanzen. Ebenso ungeheuer wie den Demokraten die Bedürfnisse, erschienen ihr die Unterschleife, und in der That, bei jedem Schritte der Forschungen traten immer massivere Vergeudungen hervor, und die Anhänger des Direktoriums gaben sich gar nicht mehr die Mühe, die Thatsache in Abrede zu stellen, sondern begnügten sich, sie für unvermeidlich zu erklären. Bei den Klagen über Dijon und Gaillard rief ein Redner, die Geschäfte der Kompanie Flachat seien noch viel schlimmer gewesen; es nütze aber nichts, diesen Schmutz aufzurühren. Sehr gelassen erklärte ein zweiter, daß freilich der Staat bei allen Lieferungsgeschäften um das Vierfache übervorteilt

worden; aber niemand könne sich darüber wundern, da man nie im stande gewesen, den Lieferanten für ihre schließliche Bezahlung Sicherheit zu geben, und je gewagter das Geschäft, desto höher sei stets die Provision. Aber ließen sich damit auch jene kolossalen Mißbräuche der Heeresverwaltung entschuldigen, welche neuerlich im Rate der Alten zur Sprache gekommen? Oder die Thatsache, welche bald nachher General Jourdan eingestand, daß während seines Kommandos der Staat den Lieferanten der Rhein- und Sambreheere täglich 150 000 Rationen bezahlt, diese aber niemals mehr als 10 000 den Truppen gestellt hatten? Oder war es für solche Verluste ein guter Trost, daß gelegentlich wie der Lieferant den Staat so auch der Finanzminister den Lieferanten betrog, daß er einem halben Dutzend unter ihnen genau dieselbe Anweisung auf dieselbe Kasse ausstellte und dann der Kassenbeamte unter den drängenden Bewerbern demjenigen das Geld auszahlte, der ihm privatim zwanzig Prozent der Summe in die Tasche steckte? Da die Regierung diese Spekulanten ein für allemal nicht entbehren konnte, so war es sicher, daß die so Geplünderten beim nächsten Anlaß ihre Entschädigung doppelt wieder herauspreßten: es kamen Fälle vor, daß ein Lieferant eine auf Jahresfrist lautende Anweisung des Ministers an der Börse mit 24 Prozent Verlust diskontierte; wie viel hatte ihm also der Minister bewilligen müssen, daß dergleichen Geschäfte ihm immer noch gewinnreich erscheinen konnten? Mußte ein rechtschaffener Abgeordneter Royalist oder Bourbonist sein, um mit energischem Abscheu gegen eine solche Verwaltung aufzutreten, die auf Schritt und Tritt dem Volke Verarmung und Schande brachte? Konnte man es gerade dem redlichen Anhänger der Republik zumuten, auf Kosten der ermatteten Nation immer neue Opfer in den unersättlichen Schlund dieser Lasterwirtschaft zu werfen?

So stand man sich gegenüber ohne die Möglichkeit einer Vermittelung. Vier Wochen nach dem Eintritt des neuen Drittels waren verflossen, und schon befand man sich dicht vor einem neuen Staatsstreich.

Am 14. Juni gab Gibert als Berichterstatter der Finanzkommission den Fünfhundert eine umfassende Darstellung der ökonomischen Lage der Republik. Da er keine neuen Steuern bewilligen wollte, suchte er zunächst die Möglichkeit eines gedeckten Budgets mit den vorhandenen Mitteln nachzuweisen und das allgemein behauptete Jahresdefizit von mehr als 400 Millionen durch mannigfache Zahlengruppierung aus der Welt zu schaffen. Dies war denn freilich ein vergebliches Bemühen, wie es ihm der sonst dem Direktorium wenig befreundete Thibaudeau gleich nachher unwiderleglich darthat. Die Hauptsache aber brachte sein Bericht erst am Schlusse, eine Reihe von Anträgen, deren jeder für sich allein ausreichte, der bisherigen Willkür und Verschleuderung des Finanzministeriums ein Ziel zu setzen. Zuerst schlug er vor, die bisher den Lieferanten ausgestellten Anweisungen nicht mit barem Gelde einzulösen, sondern nur die Zinsen derselben auf das große Buch der Staatsschuld zu übernehmen. Dann forderte er die Aufhebung des Gesetzes, welches den Schatzkommissaren erlaubte, unter Aufsicht des Direktoriums Geldoperationen zu machen; in Zukunft sollte dies nur unter persönlicher Verantwortlichkeit der Kommissare und unter Aufsicht der Volksvertretung geschehen; endlich beantragte er, daß nicht mehr der Finanzminister die Reihenfolge der Dringlichkeit seiner Zahlungsbefehle festzustellen hätte, sondern die Schatzkommission in ihrer verfassungsmäßigen Unabhängigkeit von der Regierung. Der erste dieser Vorschläge sprach die Nichtigkeit der bisher von der Regierung vollzogenen Geldverträge aus; seine nächste Wirkung mußte die Abschreckung aller Unternehmer von jeder Geschäftsbeziehung zu dem Direktorium sein. Der zweite zertrümmerte mit einem Schlage den ganzen bisherigen Staatshaushalt, der, wie wir wissen, abgesehen von der Kriegsbeute thatsächlich nur durch jene wucherischen Geldhändel gefristet worden war. Der dritte stellte die künftige Finanzverwaltung in allen ihren Einzelheiten unter die leitende Vormundschaft der Schatzkommission und damit der Volksvertretung. Ohne daß der Buchstabe der Ver-

fassung verletzt worden, war damit ihr Grundsatz von der Trennung und Selbständigkeit der Gewalten beseitigt und dem Direktorium nur die Wahl zwischen dem Verfassungsbruch oder der Unterwerfung unter die parlamentarische Mehrheit gelassen.

Giberts Anträge riefen bei den Fünfhundert die lebhafteste Aufregung hervor. Die Anhänger des Direktoriums wüteten, beschuldigten den Antragsteller, daß er von allem und jedem, nur nicht von der wahren Finanzlage geredet, um eine giftige Schmähung des Direktoriums zu stande zu bringen, und boten alle parlamentarischen Mittel auf, um die Verwerfung der Anträge oder doch zum wenigsten einen Aufschub der Beschlußfassung zu erlangen. Eine erhebliche Anzahl der sonst mit der Mehrheit stimmenden Mitglieder ließ sich nicht einschüchtern; andere konnten nicht umhin, die Unzulänglichkeit der bisherigen Mittel anzuerkennen, so daß Gibert selbst, um sie zu beschwichtigen, die Möglichkeit einzelner neuer Steuern einräumte: zuletzt aber stellte sich eine, wenn auch nicht sehr zahlreiche Mehrheit heraus, und Giberts Anträge wurden Beschluß des Hauses. Hätte ihn der Rat der Alten durch seine Zustimmung zum Gesetz erhoben, so würde ohne Zweifel das Direktorium sofort zur Gewalt gegriffen haben: denn bei Männern wie Barras und Rewbell war kein Raum für den Gedanken, durch eigenen Rücktritt die Eintracht zwischen den höchsten Staatsgewalten herzustellen. Das englische Ministerium, sagte damals Dupont de Nemours, hat nicht die Möglichkeit eines despotischen Verhaltens, wie eine republikanische Regierung. Indessen wurde die Krisis noch einmal hinausgeschoben, da der Rat der Alten, erschreckt durch die Spannung der Lage, den Gibertschen Beschlüssen seine Zustimmung versagte.

Es war bei der Schärfe des Gegensatzes, welcher die Parteien trennte, unmöglich, daß nicht auch die auswärtige Politik in ihre Streitigkeiten hineingezogen wurde. Im allgemeinen war die Mehrheit beider Räte ebenso entschieden für eine Politik des Friedens und der Anerkennung der völkerrechtlichen Beziehungen wie jene des Direktoriums

für ein System des grenzenlosen Krieges und der fortschreitenden Revolutionierung Europas. Unmittelbar an die eben erzählten Finanzverhandlungen knüpfte sich eine Entladung dieser widerstreitenden Stimmungen, welche beispiellos genannt werden kann. Gegen Gibert hatte am 15. Juni Bailleul unter anderem die Klage erhoben, daß der Finanzbericht desselben die Feinde Frankreichs ermutigen werde; es gehe wieder wie im vorigen Jahre, wo man auch versucht habe, das Direktorium durch Verweigerung der Hülfsmittel zu raschem Friedensschluß zu zwingen, als wenn es nicht kriegerischer Anstrengungen bedurft hätte, um zu einem ehrenhaften Frieden zu gelangen. Gibert antwortete auf der Stelle, daß er allerdings keinen lebhafteren Wunsch als Frieden habe, und, fuhr er fort, „da man mich zum Reden nötigt, wißt ihr, was wir gethan haben, um den Frieden herbeizuführen? Ja, ich bekenne, wir haben uns in der Finanzkommission für diesen heilsamen Zweck zu einer geradezu niederträchtigen Operation bequemt: man hatte wiederholentlich hundert Millionen, nicht für die Minister, sondern für das Direktorium, von uns begehrt; wir widerstanden dieser gesetzwidrigen Zumutung; da erschien einer der Direktoren selbst in der Kommission und erklärte, daß man für diese Mandate Seidenwaren, für die Seide Silbergeld und für das Silber den Frieden erlangen würde; da gaben wir nach und mußten noch dazu nachträglich erfahren, daß das Ganze ein Lügengewebe gewesen. Wir haben," setzte er hinzu, „darüber mit dem Direktorium die heftigsten Auftritte gehabt; einmal, als wir wieder mit lautem Ruf den Friedensschluß begehrten, schien man die Rückkehr der Truppen in das Innere zu scheuen; wovon sollen sie leben? Wer wird sie unterhalten? fragte man uns. Wir erklärten uns zu jeder Bewilligung bereit; zum Danke dafür ließ mich das Direktorium durch seine damals dienstwillige Mehrheit aus der Kommission entfernen."

Kein Anhänger des Direktoriums machte den Versuch, die Richtigkeit dieser Aussage zu bestreiten. Im Angesichte Europas, auf der Rednerbühne der französischen Nation

erhob sich gegen das Direktorium die Anklage, daß es die Nachbarstaaten mit endlosem Kriegselend bedrohe, weil das revolutionäre Frankreich die Mittel zur Ernährung seiner Soldaten nicht mehr besaß. Die Thatsache, daß die Mehrheit der französischen Vertretung einen solchen Zustand mit Abscheu verwarf, hätte freilich den übrigen Völkern des Weltteils zu erquickendem Troste gereichen mögen, wenn nur irgend ein Symptom sich gezeigt hätte, daß diese Männer zu etwas mehr als zu trefflichen Reden die Kraft besäßen.

Noch im Juni bot sich der gemäßigten Partei der Anlaß, ihre Wünsche in Bezug auf die auswärtige Politik an mehreren wichtigen Punkten im einzelnen erkennbar zu machen.

Wir haben früher der französischen Verwickelung mit Nordamerika Erwähnung gethan und müssen hier etwas näher davon reden, da auch sie für den Geist der direktorialen und überhaupt der revolutionären Politik im höchsten Grade bezeichnend ist [1]).

In Frankreich hatte man ein sehr starkes Bewußtsein von dem großen Verdienst, welches man um die Befreiung Amerikas sich erworben, und von der unauslöschlichen Verpflichtung der Amerikaner, dafür ihren Wohlthätern thätige Dankbarkeit zu erweisen, gleichviel, wie diese sich weiterhin zu den wichtigsten Interessen des jungen Staates stellten. Es war im achtzehnten Jahrhundert genau dieselbe Stimmung gegen Amerika wie im neunzehnten gegen das Königreich Italien. Die Masse des französischen Volkes, wie sie den Italienern unserer Zeit vor 1870 entschiedene Abneigung bekundete, zeigte sich nach dem Ende des Befreiungskrieges gleichgültig gegenüber den Amerikanern. Die Regierung Ludwigs XVI. glaubte in der ersten Notzeit der jungen Republik an kein kräftiges Aufblühen derselben und that

[1]) Ich lege der folgenden Darstellung besonders eine ausführliche Denkschrift des französischen Gesandten in Amerika, Fauchet vom 20. März 1796, und eine Note des amerikanischen Gesandten Monroe in Paris vom 14. Juli 1796, sowie Pastorets Bericht an die Fünfhundert vom 20. Juni 1797 zu Grunde.

nichts, um ein gutes Verhältnis zwischen beiden Staaten zu pflegen. Washington, als erster Präsident der Republik, gab sich große Mühe, engere Beziehungen anzuknüpfen, und wurde darin französischerseits von seinem Freunde und Waffenbruder Lafayette eifrig unterstützt. Es handelte sich vor allem um die Belebung des Handels zwischen beiden Nationen. Aber sei es Trägheit, sei es Unwissenheit, die französische Regierung that nichts. Die französische Ausfuhr nach Amerika ging vielmehr mit jedem Jahre hinunter; während sie von 1778 bis 1784 sich nahe an 13 Millionen belaufen, sank sie 1786 bis 1788 auf den kümmerlichen Betrag von 620 000 Livres. Es war vergebens, daß der französische Gesandte de Moustier (derselbe, dem wir 1791 in Berlin begegnet sind) mit höchster Energie den mächtigen Aufschwung Amerikas voraussagte, auf ein festes System der französischen Politik drang, eine große koloniale Gründung auf dem amerikanischen Festland für Frankreich forderte, um dadurch der heranwachsenden Republik das Gleichgewicht halten zu können: in Paris hielt man das für Träumereien und hatte Gedanken und Hände voll mit den eigenen inneren Wirren. Moustier hatte längere Zeit keinen Nachfolger; dann wurde ein gewisser Ternaud als Minister hinübergeschickt, seine Instruktionen aber beschränkten sich fast ausschließlich auf die Regulierung des Kornhandels.

Ganz anders verhielt sich dem einmal befreiten Amerika gegenüber der einstige Beherrscher und Bekämpfer desselben, England. Pitt beschränkte zwar durch starke Schutzzölle die amerikanische Einfuhr; trotzdem aber stieg dieselbe im Jahre 1790 auf sieben Millionen Dollars, während die englische Ausfuhr in die Vereinigten Staaten beinahe die doppelte Höhe erreichte. In Amerika ärgerte man sich über jene Zollbeschränkungen; aber die vielfache Interessenverbindung that dennoch ihre Wirkung, und allmählich wurde für die eine der damaligen amerikanischen Parteien, die sogenannten Föderalisten, die Freundschaft mit England geradezu das Stichwort der auswärtigen Politik. Es waren durchgängig Männer, welche schon die Trennung vom Mutterlande mehr

für eine unvermeidliche Notwendigkeit als für ein erfreuliches Glück gehalten, welche nach erlangter Unabhängigkeit ihrem Staate eine starke Zentralgewalt und aristokratische Einrichtungen wünschten. Zu ihnen gehörten der Minister des Auswärtigen, Jay, Adams, Hamilton, eine große Anzahl einflußreicher Beamten. Ihre Gegner, welche im Innern die reine Demokratie und die weiteste Souveränität der Einzelstaaten erstrebten, die Antiföderalisten oder Demagogisten genannt, wurden von Jefferson, Madison, Livingstone geleitet, und vornehmlich war es Jefferson, der im Jahre 1789 in Paris die ersten Ausbrüche der Revolution erlebt und sich für deren demokratische Tendenzen begeistert hatte: er war es, der mit Eifer und Zähigkeit seinen Landsleuten Abwendung von England und Bündnis mit Frankreich predigte.

Indessen wurden die Pariser Vorgänge nicht überall in Amerika gleich günstig beurteilt. Unter Demokratie verstanden die Amerikaner weder Barrikadenkämpfe noch Klubtyrannei, und namentlich der Sturz Lafayettes erweckte den Franzosen zahlreiche Gegner und entfremdete ihnen vor allem Washingtons Gemüt. Die Einführung der republikanischen Staatsform erfüllte manche mit Freuden, andere mit Besorgnis: die Hinrichtung Ludwigs XVI. rief bei der Regierung Zurückhaltung und Kälte hervor. Ternaud mußte sich mit höchster Vorsicht bewegen; er erreichte zwar im Februar 1793 die Anerkennung der französischen Republik, konnte aber bald nachher, im April, den Erlaß einer Proklamation nicht hindern, durch welche Washington ein für alle Male die Neutralität Amerikas aussprach und damit die Hoffnungen der Girondisten auf ein weltumwälzendes Bündnis der beiden Freistaaten im voraus zertrümmerte. Jefferson hatte der Maßregel lebhaft widersprochen, Hamilton aber sie schließlich durchgesetzt.

In diesem Augenblicke landete ein neuer französischer Gesandter, der von Brissot auserlesene Genet. Er hatte den Auftrag, ein Offensivbündnis mit Amerika auf alle Weise zu betreiben; er war belehrt, daß jeder französische

Wunsch in Amerika erfüllt würde, wenn man ihn nur mit revolutionärer Energie betreibe. Dazu hielt er die amerikanischen Demagogisten für Politiker desselben Schlages wie die Pariser Demagogen, glaubte sie zu einem Umsturze des ganzen Zustandes geneigt, setzte sich mit dem extremsten Bruchteile der Partei in Verbindung, meinte mit diesem alles durchsetzen zu können und entfremdete sich damit die Regierung vollständig. Washington verweigerte ihm die Lieferung von Geld und Waffen, als unverträglich mit der amerikanischen Neutralität. Als Genet in Charlestown Kaperbriefe ausgab, trat Washington mit scharfem Verbote dazwischen. Als jener die Streitkräfte von San Domingo zu einem Angriffe auf Louisiana bestimmte und ein amerikanisches Freikorps zu einem Zuge gegen Kanada zu werben suchte, forderte der Präsident in Paris mit größter Entschiedenheit seine Abberufung. Jefferson und die Seinen konnten nicht umhin, jede persönliche Verbindung mit dem zügellosen Unruhestifter abzubrechen. Indessen war in Frankreich der erste Wohlfahrtsausschuß an das Ruder gekommen und, wie wir sahen, nach außen auf gemäßigtere Politik bedacht. Er beeilte sich, Amerika gegenüber einzulenken. Genets Abberufung wurde bewilligt und zugleich, entsprechend dem Vertrage von 1778, die Rechte der neutralen Flagge für Amerika wieder anerkannt, so daß auch feindliche Ware auf amerikanischem Schiffe vor Konfiskation sicher sein sollte. Da nun auf der anderen Seite die Engländer, durch keinen Spezialvertrag gehindert, gegen Amerika wie gegen alle Welt den entgegengesetzten Grundsatz anwandten, feindliche Ware auch auf amerikanischem Schiffe konfiszierten und damit den Handel der Vereinigten Staaten schwer belästigten, so übte das Entgegenkommen des Wohlfahrtsausschusses seine volle Wirkung, und weit und breit in Amerika stieg wieder die Hinneigung zu Frankreich. Diese Gesinnung gewann eine entschiedene Mehrheit bei den Neuwahlen zum Repräsentantenhause, und Jefferson ergriff den Augenblick, um sowohl die englische Seepolizei und die Bedrückung des neutralen Handels als auch die

englische Zollgesetzgebung und deren schlimme Folgen für Amerika mit höchstem Nachdruck im Kongreß zur Sprache zu bringen. Die Regierung, bei welcher die Freunde Englands nach wie vor das Uebergewicht hatten, parierte den Angriff durch eine Botschaft des Präsidenten, welche ein Doppeltes beantragte, einmal Maßregeln zum Schutze der amerikanischen Flagge gegen die englischen Insulten und dann Abschluß eines englischen Handelsvertrags, um für alle Zukunft solchen Weiterungen vorzubeugen. Jefferson, obgleich damals selbst Mitglied der Regierung, ließ durch einige Parteifreunde den neuen französischen Gesandten Fauchet von dieser Sachlage in Kenntnis setzen: sie entwickelten demselben, daß sich gegen den Vorschlag selbst sehr wenig aufbringen lasse, daß aber bei der Gesinnung der Regierung der Handelsvertrag sicher ganz zu Englands Gunsten ausfallen würde, daß es also dringend nötig sei, von französischer Seite durch das Angebot eines Handelsvertrags zuvorzukommen. Fauchet beeilte sich, dies nach Paris zu berichten; damals aber herrschte dort Robespierres Wohlfahrtsausschuß, der außer Carnots Heerorganisationen nur für die inneren Parteihändel Sinn und Zeit hatte, und Fauchet erhielt während der ganzen Dauer der Kongreßsitzung keine Antwort. Die Folge war ein entschiedener Sieg der englischen Tendenz bei der amerikanischen Regierung; Jefferson, tief gekränkt durch das Schweigen des Wohlfahrtsausschusses, gab seine Entlassung, und Jay ging zur Unterhandlung des Handelsvertrages nach London. Noch einmal machte die Opposition einen Versuch bei Fauchet; Livingstone stellte ihm die Gefahr eines anglo-amerikanischen Bündnisses vor und bat dringend um ein Lebenszeichen der französischen Freundschaft, eine Erklärung z. B., daß Frankreich alle Beschwerden des amerikanischen Handels sich aneigne. Es war auch dies vergebens; wieder blieb Fauchet ohne Antwort. So ging Jays Unterhandlung ungestört ihren Weg, und am 19. November 1794 wurde zu London der Handelsvertrag unterzeichnet. Der französische Gesandte machte einen letzten Versuch, die Bestätigung desselben durch

den Senat zu verhindern, indem er mehreren Senatoren für ein verwerfendes Votum ansehnliche Geldsummen versprach; der Minister Randolph aber rief dagegen den englischen Gesandten zu Hülfe, und dieser versprach nicht, sondern zahlte auf der Stelle, und der Vertrag wurde am 24. Juni 1795 von dem Senate genehmigt.

Wenn ein solches Ergebnis für Frankreich widerwärtig genug war, so lag nichtsdestoweniger auf der Hand einmal, daß man keinen Rechtstitel besaß, einem unabhängigen Staate den Abschluß eines Handelsvertrages zu verbieten, und dann, daß die hier erlittene diplomatische Niederlage vor allem durch die Schuld des Wohlfahrtsausschusses selbst herbeigeführt worden war. Allein dessen Nachfolger, das Direktorium, machte keine solche Erwägung. „Hatten die Amerikaner," fragte der Moniteur am 10. Mai, „das Recht, den Londoner Vertrag zu schließen? Jedenfalls ziemte es sich nicht. Wollten sie französische Alliierte sein, so durften sie es nicht, ohne Frankreich Anzeige zu machen. Aber auch als Neutrale hätten sie bedenken müssen, daß der Vertrag eine große Mißachtung für Frankreich enthielt." Es war hiernach eine Beleidigung für Frankreich, daß Nordamerika, nach Pariser Ansicht ein Geschöpf der französischen Großmut, sich ohne französische Erlaubnis mit England eingelassen, und vollends, daß es diesem den vielbestrittenen Anspruch der Deckung der feindlichen Ware durch die neutrale Flagge geopfert hatte. Das Direktorium erwog, ob hiernach für Frankreich der Freundschaftsvertrag von 1778 noch bindend sei, und kam zu dem Schlusse, daß durch seine englischen Einräumungen Amerika seine Pflichten aus jenem Vertrage gebrochen und folglich jeden Anspruch auf die Wohlthaten desselben verwirkt habe. Der Vertrag von 1778 bestimmte, daß jeder der beiden Staaten, falls er mit einem dritten Krieg führe, dem anderen das Recht einräume, Feindesgut unter seiner neutralen Flagge zu verschiffen. Offenbar bestand die hieraus erwachsende Verpflichtung für Amerika lediglich darin, wenn es einmal z. B. mit England Händel hätte, französischen Fahrzeugen den Vertrieb eng-

lischer Waren unbehelligt zu gestatten: solange sie diese Verpflichtung nicht verletzt hatten, konnten sie fordern, daß umgekehrt Frankreich im jetzigen Kriege die amerikanischen Schiffe nicht nach englischen Waren durchsuche. Das Direktorium aber erhob jetzt ein völlig anderes Begehren. Amerika, sagte man, habe jene vertragsmäßige Begünstigung seiner Schiffe durch die Franzosen verwirkt, weil es die Engländer nicht zu dem gleichen Verfahren zwinge; Frankreich werde in Zukunft die Amerikaner ganz so behandeln, wie sich diese von den Engländern behandeln ließen. Es wurde also verfügt, daß in Zukunft jede englische Ware auf amerikanischem Schiffe konfisziert werden sollte. Dabei aber blieb man nicht stehen. Man befahl weiter, daß jeder amerikanische Matrose, den man auf englischem Schiffe beträfe, ohne Rücksicht auf die Ausrede, daß er zwangsweise gepreßt worden, als Seeräuber behandelt werden sollte: eine um so grellere Barbarei, als die gegen englisch redende Amerikaner geübte Matrosenpresse eine weltkundige Thatsache und eine von Amerika stets geltend gemachte Beschwerde war. Es sollte ferner jedes amerikanische Schiff eine gute Prise sein, welches nicht eine, willkürlich vom Direktorium geforderte, Mannschaftsrolle führte. Endlich aber billigte das Direktorium das Verhalten seiner Agenten in San Domingo, welche, wie sie schrieben, ihrer Geldnot nur durch Ausrüstung von Kaperschiffen abzuhelfen wußten, deren jetzt 87 auf See hatten und täglich reiche Beute, namentlich an amerikanischen Handelsschiffen, machten. Ohne Zweifel war hier der letzte Grund dieser rechtlosen Politik ausgesprochen. Noch schienen die Vereinigten Staaten kein gefährlicher Gegner, wohl aber ihre reichbeladenen Schiffe eine unverächtliche Beute. Man redete von der Freiheit der Meere, von dem Rechte der Neutralen und von dem Bruche der englischen Seetyrannei; die thatsächliche Absicht ging auf die fetten Prisen in den westindischen Gewässern.

Dieses neue System widersprach aber auch den im Mai und Juli 1793 über die Behandlung der Amerikaner er-

lassenen Gesetzen: seine Verkündung allein durch das Direktorium enthielt also neben der Verletzung des Völkerrechtes zugleich eine Nichtachtung der Rechte der Volksvertretung, und in diesem Zusammenhange kam die Angelegenheit bei den Fünfhundert am 20. Juni zur Sprache. Pastoret erstattete darüber einen ebenso umfassenden wie eingehenden Bericht, der von den Erörterungen des Direktoriums keinen Stein auf dem anderen ließ. Das Haus überwies darauf die betreffenden Regierungserlasse an eine Kommission, um die Verfassungsmäßigkeit derselben zu prüfen. Wie deren Entscheidung ausfallen würde, darüber war kein Zweifel möglich: fraglich konnte höchstens sein, ob das Haus gerade in dieser Sache den Streit bis zum Aeußersten treiben würde.

Wenige Tage später wurde dieselbe Kommission mit einer weiteren Angelegenheit befaßt, welche in ganz anderer Art für den Verlauf der französischen Dinge entscheidend werden sollte.

Die eifrigen Royalisten haßten den General Bonaparte, als die kräftigste Stütze der von ihnen verabscheuten Direktorialregierung. Die große Masse der gemäßigten Partei dagegen hatte keine so feindselige Stimmung über ihn; er hatte freilich im Vendémiaire die Konventstruppen befehligt, dann aber den Klub des Pantheon geschlossen und gleich nachher dem Vaterlande ungezählte Lorbeeren und, was jenen Männern wichtiger war, den Frieden mit Papst und Kaiser gewonnen. Seine politischen Bestrebungen waren ihnen unbekannt, seine Siege und Friedensschlüsse lagen glänzend vor aller Welt Augen. So hatte, als am 16. Mai die Regierung sein Kriegsmanifest gegen Venedig den Fünfhundert mitteilte, gerade ein Führer der gemäßigten Partei, der lebhafte und hastige Dumolard, in gutem Glauben ein schwungvolles Lob dem Feldherrn gespendet, der mit Umsicht und Energie die verräterischen Umtriebe des venetianischen Adels vereitle und bestrafe. „Venedigs Regierung," hatte er gerufen, „ist kein Feind, sondern ein Auswurf von Kannibalen." Die Kenntnis auswärtiger Beziehungen war

nie die starke Seite der Pariser; Dumolard hatte ohne Bedenken Bonapartes Anklagen gegen Venedig für bare Münze genommen. Bald nachher aber kam ihm eine Erörterung der Angelegenheit zu, welche ihn bei seiner Redlichkeit äußerst stutzig machte: Mallet du Pan, jener Bevollmächtigte Ludwigs XVI. in Mainz, Sommer 1792, seitdem in Bern ein thätiger Vertreter des liberalen Bruchteils der französischen Emigration, schrieb zwei offene Briefe über Venedigs und Genuas Fall, welche in einer Pariser Zeitung zum Abdruck gelangten und im wesentlichen die Wahrheit der Thatsache dem französischen Leserkreis vor Augen stellten. Der Eindruck war bei der gemäßigten Partei tief und peinlich, und ohne sich die Folgen klar zu machen, kam man zu dem Beschlusse, daß man zu solchen Vorgängen nicht schweigen dürfe. Nicht gerade den sieggekrönten Feldherrn dachte man anzugreifen, um so mehr aber das Direktorium, welches ohne Rücksicht auf die Rechte der Volksvertretung und auf die bestehenden Vertragsverhältnisse Kriegserklärungen auf eigene Hand erlasse und befreundete Staaten revolutioniere. Man wußte nicht, wie unabhängig vom Direktorium Bonaparte jene Thaten vollbracht hatte, wie scharf also jedes Wort der Mißbilligung über die Köpfe der Direktoren hinweg ihn selbst treffen mußte. Wieder war es Dumolard, der am 24. Juni das Wort ergriff. „Nachdem," sagte er, „sich mehrfache Zweifel über die angeblichen venetianischen Rechtsverletzungen erhoben haben, wird immer das unparteiische Urteil dem gesetzgebenden Körper keinen Vorwurf deshalb machen können, daß es so bestimmten, so feierlichen, durch das Direktorium bekräftigten Berichten Glauben geschenkt hat." Unter stetem Lobe des tapferen französischen Heeres und seines Feldherrn erhob er darauf Beschwerde gegen das Direktorium, daß es seit dem 16. Mai die Räte ohne jede weitere Mitteilung über Venedig gelassen, daß es gegen dieses Krieg geführt, obgleich die Kriegserklärung der Zustimmung des gesetzgebenden Körpers bedurft, daß es die Verfassung von Venedig und Genua geändert habe, obgleich das französische Grundgesetz

jede Einmischung in die inneren Angelegenheiten fremder Staaten verbiete. „Ich will," sagte er, „mich nicht dem Gedanken überlassen, wozu Venedig oder seine Terraferma bestimmt sind, ob sich hier ein Seitenstück zur Teilung Polens vorbereitet. Aber ich frage: durfte das Direktorium euch gegenüber schweigen? Wird nicht Europa fragen, woher dieser Bruch der Verheißungen unserer Verfassung kommt? Der Ruhm unserer Heere bleibt; aber die Ehre unserer Regierung hat einen Flecken. Ist es wahr, daß unter den Augen unserer Besatzung die Klubs von Mailand das Volk zum Sturze der sardinischen, toscanischen, päpstlichen Regierung aufrufen, mit welchen allen die Republik in festen Vertragsbeziehungen steht? Ist es wahr, daß zwischen dem Direktorium und der Schweizer Eidgenossenschaft sich Zerwürfnisse anspinnen, welche unseren Friedensstand mit dieser altbefreundeten Nation bedrohen? Mit solchen Dingen würden wir den Krieg verewigen: ich habe keine Lust, die Verantwortung dafür mitzutragen." Er schloß mit der Forderung einer Botschaft an das Direktorium, um Erläuterung zu verlangen.

Es war nicht möglich, die Sachlage richtiger und zugleich gemäßigter zu bezeichnen, und das Haus verfügte denn auch gleich im Beginne der Verhandlung den Druck der Rede. Nichtsdestoweniger lag eine gewisse Schwüle auf den Gemütern; die Frage, wie Bonaparte den Vorgang aufnehmen würde, drängte sich, als das Wort einmal ausgesprochen war, einem jeden auf, und nur die Linke, die sich des Zerwürfnisses zwischen der Mehrheit und dem gefürchteten Feldherrn freute, ging mit vollen Segeln in den Streit. „Warum," rief Bailleul, „hat Dumolard vor vier Wochen den General so kräftig gepriesen? Warum redet er heute anders? Ich habe dafür nur die Bezeichnung Verrücktheit und verlange die einfache Tagesordnung." Doulcet beeilte sich zu betonen, daß nicht Bonaparte, sondern das Direktorium getadelt werde, und Thibaudeau brachte die Erörterung zum Schlusse, indem er bemerkte, daß der Antrag ohne Zweifel sorgsam vorbereitet, schwerlich aber alle seine

Folgen erwogen worden seien; er gehöre offenbar auf das engste mit Pastorets Bericht über Amerika zusammen und sei demnach derselben Kommission zur sorgsamsten Prüfung zu überweisen. Ein Ruf allgemeiner Zustimmung ging durch die Versammlung, und Dumolard selbst erklärte sich mit Thibaudeaus Vorschlag einverstanden. Nach der Meinung ihrer Urheber selbst war die Sache damit begraben.

Merkwürdig war es nun, wie diese Verhandlungen nach außen auf die verschiedenen Beteiligten einwirkten. Thugut war entrüstet, als er die Briefe Mallet du Pans in der Quotidienne las. „Es ist unglaublich," schrieb er dem Grafen Colloredo, „was in Frankreich die Presse der Regierung bieten darf. Mallet," setzte er hinzu, „der regelmäßig in jedem Halbjahr von Oesterreich seine Pension erhält, giebt uns ebenso grimmige Peitschenhiebe wie dem Direktorium; es ist ein zweideutiger Charakter, den man eben gebrauchen muß, wie es bei dieser Sorte Menschen thunlich ist." In demselben Sinne äußerte er sich über die Gesinnungsgenossen der Räte im Direktorium. „Barthélémy," schrieb er dem Grafen, „ist entweder ein elender Tropf, oder er taugt nicht mehr als alle übrigen." In der That war seine Abneigung gegen die Politik der Räte begreiflich genug. Pastorets Erörterung ließ es in jedem Worte erkennen, daß er, weit entfernt von dem Hasse der Jakobiner gegen England, jeden Tag zum Frieden mit dieser Macht bereit war, und offenbar würde es keine Erleichterung der österreichischen Unterhandlung sein, wenn vor deren Abschluß das Uebereinkommen in Lille zu stande käme. Auf der anderen Seite würde die Mehrheit der Räte, wenn sie zur Macht gelangte, nach ihrer konservativen Gesinnung den Kaiser nicht mit Forderungen des linken Rheinufers oder deutscher Säkularisationen heimsuchen; aber auch sie würde Belgien herauszugeben weder die Neigung noch die Möglichkeit haben, und nachdem sie jetzt so kräftigen Abscheu gegen die Revolutionierung und Auslieferung Venetiens bekundet, wo blieb in einem solchen Falle die von Thugut so unweigerlich geforderte Entschädigung Oester-

reichs? Es ist klar: wenn dem kaiserlichen Minister Bonapartes Haltung vielfach lästig war, von einem Siege der gemäßigten Partei konnte er Besserung der Lage nach keiner Seite erwarten. Für ihn taugte von diesen Franzosen einer so wenig wie der andere.

Aber noch ganz anders war der Eindruck, welchen Dumolards Rede auf den General Bonaparte machte. Er erhielt sie am 30. Juni und zauderte keine Minute mit der Antwort. Sein Verfahren gegen Venedig war so selbstherrlich, so rechtswidrig und unredlich gewesen, daß auch der leiseste Versuch einer Prüfung ihm alle Nerven bis in das Innerste zucken machen mußte. Wer nach dieser Seite auch nur von ferne deutete, war für ihn und seine Zukunft ein Gegner auf Leben und Tod. Er schrieb sofort dem Direktorium, daß er nach fünf Friedensschlüssen und der letzten Besiegung der Koalition wenigstens auf ein ruhiges Dasein und den Schutz der Gesetze gerechnet hätte; jetzt sehe er sich durch die erste Behörde der Republik mit Hohn und Schmach verfolgt; die von England bezahlte Schmähschrift eines Emigranten gelte der Volksvertretung mehr als sein Zeugnis und das seines Heeres; er verachte die Klubs, die sein Blut forderten, aber er dürfe sich beklagen, wenn die erste Behörde der Nation die Männer erniedrige, welche immerhin den Ruhm des französischen Namens erhöht hätten. Er forderte seine Entlassung: „Ich bedarf," schrieb er, „eines ruhigen Lebens, wenn anders die Dolche der Royalisten mich ruhig leben lassen wollen."

Es war dieses Mal schwerlich eine gespielte Aufregung, die aus seinen zornigen Worten redete. Er ertrug überhaupt das freie Urteil nicht mehr und schäumte doppelt glühend auf bei dem scharf und tief treffenden Tadel. Auch war es sicher nicht bloß die Sorge wegen der venetianischen Frage allein, die sein Inneres aufwühlte, so wesentlich diese auch für das System seiner österreichischen Friedensverhandlung war. Je bestimmter sich die Tendenzen der gemäßigten Partei entwickelten, desto deutlicher mußte es ihm werden, daß das steigende Wachstum derselben mit

den ehrgeizigen Machtbildern seiner Seele schlechterdings unverträglich war. Die wüste Unordnung der Direktorialregierung war ihm allerdings zuwider, und in hundert Fragen der inneren Verwaltung stimmte er mit den Gegnern derselben überein. Wäre er bereits der Herrscher, so würde er viel mehr auf Barbe-Marbois und Portalis als auf Barras und Rewbell hören. Aber um es zu werden, bedurfte er der Fortdauer des revolutionären Zustandes und der Geltung jakobinischer Sinnesweise. Mit seinen Entwürfen war nicht bloß die Herstellung des bourbonischen Königtums, sondern eine jede gesicherte Staatsordnung unverträglich, es sei denn, daß er selbst sie für sich selbst begründete. Auf die Höhe, die er im Auge hatte, konnte er nur durch die revolutionäre Brandung emporgetragen werden. Solange er noch zur Herrschaft aufstrebte, war also unter allen Umständen der Bund mit den jakobinischen Parteien für ihn die einzig mögliche Politik, vorbehalten die Erdrückung ihrer Tumulte am ersten Tage nach der Ergreifung der Macht. Die Erkenntnis dieser unabänderlichen Sachlage führt uns denn auch zu einem milderen Urteil über Dumolards Verhalten. Nach dem Maße augenblicklicher Parteitaktik gemessen, war es allerdings ein Mißgriff, wie er ärger gar nicht gedacht werden konnte. Man stand im Begriffe, mit einer gewaltthätigen und gewissenlosen Regierung handgemein zu werden, und überwarf sich in demselben Augenblicke mit dem kühnsten und ehrsüchtigsten Feldherrn der Republik. Klug im gewöhnlichen Sinne war das sicher nicht. Aber es wäre eine Täuschung, zu meinen, daß die höchste Vorsicht der gemäßigten Partei mehr als einen Aufschub des Zerwürfnisses mit Bonaparte hätte herbeiführen können. Wenn nicht über Venedig, so wäre der Gegensatz über Rom oder Florenz, über Konstantinopel oder Amerika zu Tage getreten, der unversöhnliche Gegensatz zwischen der Herrschaft des Rechtes und der revolutionären Diktatur. Indem Dumolard Venedig zur Sprache brachte, schädigte er das augenblickliche Interesse seiner Partei; aber er zeigte, daß es damals in Frankreich noch Männer gab, welche

lieber dem bedrängten Rechte als der siegenden Gewalt dienten, und dafür sollte, scheint mir, sein Land ihm dankbar sein.

Für eine geraume Zeit wurde der Haß gegen die gemäßigte Partei der treibende Mittelpunkt in Bonapartes rastlosem Thun. Er schrieb selbst gegen ihre Darlegung der venetianischen Angelegenheit eine Reihe von Denkschriften und Zeitungsartikeln, in welchen blendende Geisteskraft, gewandte Lüge und rohe Leidenschaft heftig durcheinanderarbeiteten. Er bedrängte die Berner Regierung so lange mit drohenden Zuschriften, bis sie den ersten Urheber seiner Unruhe, Mallet du Pan, polizeilich aus ihrer Stadt hinwegwies. Er meinte jetzt endlich auch, allerdings mit starkem Irrtum, den Grund des österreichischen Zauderns gefunden zu haben: „Die Royalisten rühren sich in Paris," schrieb er an Clarke nach Udine, „offenbar durch das Ausland bearbeitet, um unserer Unterhandlung Schwierigkeiten in den Weg zu legen." Er war überzeugt, daß Oesterreichs Widerstand zusammenbrechen würde, sobald das Direktorium mit der Opposition der Volksvertretung entschlossen aufräume. Mit verdoppelter Spannung wartete er auf weitere Nachricht von Thugut, fest entschlossen, wenn es not thue, den Knoten, gleichviel, ob in Wien oder in Paris, mit dem Schwerte zu durchhauen.

Drittes Kapitel.

Der achtzehnte Fructidor.

Bonapartes Schreiben vom 30. Juni war für die Mehrheit des Direktoriums eine wahre Erquickung. Rewbell und Barras waren damals mit Larévellière vollkommen geeinigt; sie sahen in den Angriffen der Fünfhundert nichts als royalistische Umtriebe zum Sturze der Verfassung und der Republik und waren des Wunsches voll, dieser Ver-

schwörung mit der offenen Gewalt zu begegnen. Sie waren entrüstet über Carnot, der an eine solche Gefahr nicht glaubte, sondern ihnen die Notwendigkeit einer Verständigung mit den Räten erörterte. Er hatte guten Grund zu seinen Behauptungen, denn die Anhänger der Bourbonen oder gar des alten Regime bildeten nur einen kleinen Teil der Volksvertretung, deren Mehrheit zwar den Jakobinern, aber nicht der bestehenden Verfassung feindselig war. Neben der alten Direktorialpartei fand sich eine starke Gruppe liberaler Männer teils aus der gemäßigten Partei des Convents, teils aus der ehemaligen Rechten von 1792, manche republikanisch, manche monarchistisch gesinnt, alle aber einig in dem Wunsche, mit der einmal bestehenden Verfassung fortzuregieren, wenn nur die leitenden Machthaber überhaupt eine gesetzliche und ehrenhafte Regierung möglich machten. Diese Männer hatten 1796 der Gewaltthätigkeit und Willkür der Direktoren Widerstand geleistet, sahen jetzt aber mit Besorgnis die Heftigkeit und Unerfahrenheit ihrer neuen Kollegen, den wachsenden Lärmen der hitzigen Royalisten, die glühende Bewegung der kirchlichen Tendenzen. Verbunden mit der direktorialen Partei hätten sie die Mehrheit gehabt, und deshalb drang Carnot bei seinen Kollegen auf entgegenkommende Schritte nach dieser Seite. Davon aber wollten die drei nicht reden hören, da der Friede mit den Konstitutionellen nur zu haben war durch Ordnung in den Finanzen, durch Milderung der Emigrantengesetze, durch Abwendung von aller terroristischen Politik, mit einem Worte, durch Herstellung gesetzlicher Freiheit. Die drei waren überzeugt, daß dann der natürliche Lauf der Dinge ihre eigene Machtstellung zerstören würde; sie wußten es nicht anders, als daß hiermit Revolution und Freiheit in Frankreich zu Grunde ginge, und hielten Carnot und Barthélémy, die ihnen eine solche Bahn empfahlen, für hinterlistige Verräter. Sie dachten die Royalisten mit anderen Waffen als jenen des parlamentarischen Parteikampfes zu treffen. Schon am 24. Juni hatten sie hinter den Rücken ihrer beiden Kollegen einen gemeinsamen Brief an Bona-

parte abgeschickt, worin sie den General zu ihrer Unterstützung aufriefen [1]); man kann sich denken, mit welcher Seelenfreude sie seine grimmigen Worte über Dumolard und die Mehrheit der Fünfhundert lasen. Sie waren sofort entschlossen, den ersten Anlaß zu einem Staatsstreich zu ergreifen und das Wort der Volksvertretung durch das Bajonett der Militärgewalt zu erdrücken. „Es muß anders werden," sagte Rewbell, „oder ich werde meinen Kopf einsetzen." „Diese Händel," rief Larévellière, „können nur durch Säbel und Kanonen zum Ende kommen [2])."

Ein Anlaß bot sich bald genug. Der üble Ausgang der gegen Irland versuchten Expedition hatte weder das Direktorium noch den General Hoche entmutigt. Man schob die Schuld auf das Wetter, auf die Unzulänglichkeit der damals vorhandenen Flottenmittel; man meinte jetzt den Versuch zu wiederholen, in besserer Jahreszeit und unter der Mitwirkung der ansehnlichen holländischen Streitkräfte. Die Leitung des Ganzen wurde dem Marineminister Truguet übertragen; General Hoche ging in eiliger geheimer Reise nach dem Haag, um die Rüstung der batavischen Flotte zu beschleunigen, und entnahm darauf aus dem Sambreheer eine Division von 12 000 Mann, die von Köln über Reims und Chartres nach Brest marschieren sollte, um dort den Kern des Landungsheeres zu bilden. Die Truppen in Marsch gesetzt, eilte Hoche ihnen voraus, um persönlich in Paris mit Truguet weitere Rücksprache zu nehmen [3]). Wir haben die reizbare Heftigkeit seines Wesens und seine republikanische Begeisterung schon mehrfach kennen gelernt: er war auch jetzt in höchster Aufregung über die Gefährdung der Republik durch die Royalisten, und als er in der zweiten Woche des Juli in Paris ankam, erklärte er sich in einem Gespräch mit dem demokratischen Abgeordneten Marbot bereit, mit aller Kraft für die Mehrheit des Direktoriums

[1]) Abgedruckt bei Bourrienne I, ch. 17.
[2]) Thibaudeau, Directoire 216, nach Carnots Erzählung.
[3]) Rousselin, Vie de Hoche I, 368 ff.

einzutreten. Aber man müsse, sagte er, sich rasch entschließen; die Dinge lägen so, daß binnen vierzehn Tagen Ludwig XVIII. vielleicht in Paris als König ausgerufen würde; hier gelte es zu handeln, und gerade im Augenblick habe man die Mittel dazu; der Marsch seiner Regimenter nach Brest führe dieselben dicht an Paris vorbei; auf einen Wink des Direktoriums könnten sie nach achtundvierzig Stunden zu dem rettenden Schlage verfügbar sein. Marbot fragte, ob sie ihre Waffen auch gegen die Volksvertretung richten würden, und Hoche beteuerte, daß seine Soldaten vor keiner Volksvertretung zurückschreckten, welche die heilige Sache des Volkes verrate. Barras, hiervon unterrichtet, fand den Gedanken vortrefflich und hatte mit Hoche mehrere vertrauliche Besprechungen, wie die Sache anzufassen und durch ein plötzliches Hereinbrechen der Truppen die Opposition zu überwältigen wäre.

Allerdings zeigte sich bei näherer Erwägung, daß für einen solchen Gewaltstreich weitere Vorbereitungen ratsam sein würden. Man hatte seit Babeufs Verhaftung in vielen Departements die alten Jakobiner aus den Aemtern entfernt; es schien wünschenswert, sie vorher in die einflußreichen Stellungen zurückzubringen. Dann fehlte es, wie immer, an Geld, und ohne Geld verzweifelte man an der Möglichkeit, Hoches Truppen in Paris zu ernähren; alles, worüber man verfügte, beschränkte sich auf einige hunderttausend Franken hessischer Kriegskontribution, welche Hoche auf Weisung des Direktoriums in seiner Tasche behalten und nicht zu ordnungsmäßiger Verrechnung an seinen Zahlmeister abgeführt hatte. Endlich hatte man Grund, bei einem Entwurfe, wie dem vorliegenden, den wichtigsten Mitgliedern des Ministeriums ganz entschieden zu mißtrauen. Cochon, Benezech und Petiet, die Vertreter also der Polizei, der inneren Verwaltung und des Heerwesens, die Inhaber der bei einem Staatsstreiche entscheidenden Aemter, standen in engster Beziehung zu Carnot, so daß ihre Beseitigung als die dringendste Vorbedingung für Hoches Unternehmen erschien. Nun wurde gerade in diesen Tagen eine Aende-

rung des Ministeriums auch von der anderen Seite, natürlich im entgegengesetzten Sinne, in Anregung gebracht. Die konstitutionelle Partei, täglich mehr erschreckt durch die vermehrten Vorzeichen eines nahen Sturmes, suchte den Boden zu einer Ausgleichung und eröffnete durch verschiedene Kanäle persönliche Verhandlungen mit einzelnen Direktoren. Rewbell erklärte, daß nichts einfacher sei als die gewünschte Verständigung; die Konstitutionellen brauchten nur immer mit der Regierungspartei zu stimmen. Die Antwort war nicht minder einfach die Forderung, daß das Direktorium die Ansichten der gemäßigten Partei seiner künftigen Politik zu Grunde lege und als bindenden Ausdruck dieser Sinnesänderung das Ministerium nach den Wünschen der Gemäßigten besetze. Mehrere ihrer Führer hatten darüber eingehende Gespräche sowohl mit Barras als mit Carnot; ihr Antrag ging auf Beseitigung der vier radikalen Minister Ramel, Merlin, Truguet und Delacroix und Berufung rechtlicher Männer an ihre Stelle. Carnot erklärte sich von Herzen damit einverstanden; Barras versteckte seine Abneigung, um die Gegner auszuhorchen; aber weder der eine noch der andere zeigten großen Eifer, die Frage amtlich anzufassen. Gleichzeitig machte sich bei Barras noch ein anderer Einfluß geltend, den wir schon einmal bei ganz ähnlicher Lage wirksam gefunden haben, der lebhaft emporstrebende Geist der Frau von Stael. Wie sie 1792 durch den Kriegsminister Narbonne äußerst nachdrücklich zu dem Bruche mit Oesterreich getrieben hatte, war sie auch jetzt wieder durchaus im Fahrwasser revolutionärer Politik. Sie schwärmte für den General Bonaparte und die von diesem geschaffene Größe Frankreichs; sie sah in dem Direktorium die Abwehr einer erdrückenden Gegenrevolution. In ihrem Salon versammelte sie die hervorragenden Männer aller Parteien, erkundete ihre Pläne, suchte sie mit der eigenen Gesinnung zu erfüllen. Neben sich hatte sie den jungen Benjamin Constant, welcher das Jahr zuvor in einer recht oberflächlichen, aber eindringlich beredten Abhandlung dem französischen Volke die Verpflichtung treuer Anhänglichkeit

an das Direktorium entwickelt hatte, und dann den ehemaligen Bischof von Autun, Talleyrand, der seit 1793 als Flüchtling nach Amerika gekommen, neuerlich aber auf Betreiben Joseph Chéniers von der Emigrantenliste gestrichen worden war. Beide Männer waren schnell zu politischem Einfluß gelangt, indem sie im Einverständnis mit der Regierung zur Bekämpfung der Royalisten einen sogenannten konstitutionellen Zirkel eröffneten, der bald eine große Anzahl sowohl direktorialer als unabhängiger Abgeordneter vereinigte und ganz und gar der geistig überlegenen Leitung Talleyrands anheimfiel. Diesen bewährten Staatsmann zum Minister zu machen und durch seinen Einfluß und seine Talente der Regierung Glanz und Stärke zu verleihen, dahin ging der unermüdlich wiederholte Vorschlag der Frau von Stael bei Barras. Talleyrand selbst, durch Geldbedürfnis und Ehrgeiz gestachelt, bot alle Mittel auf, den Direktoren zu gefallen und zu imponieren; er war sein Leben lang ein Meister der Kunst, solche Menschen zu behandeln, deren Sittlichkeit der seinigen gleichwertig war, und wußte sich auch jetzt Barras' ganze Gunst zu sichern. So kam dieser mit Rewbell und Laréveillère über eine Umgestaltung des Ministeriums überein und machte sich dann mit frivolem Uebermute das Vergnügen, durch den Abgeordneten Portalis die Aufforderung an Carnot bringen zu lassen, dieser möge im Direktorium den Antrag auf Absetzung der vier jakobinischen Minister stellen, er, Barras, werde ihn dabei unterstützen. Mit Carnot und Barthélémy hätte er dann die Entscheidung im Sinne der Gemäßigten gegeben. Die Kunde flog durch die konstitutionelle Partei und erweckte hier die lebhafteste Genugthuung. Aber eine besondere Erfahrung stand ihnen bevor.

In der Sitzung des Direktoriums am 16. Juli ergriff Carnot das Wort. Er führte aus, daß die Minister des Auswärtigen, der Marine, der Justiz und der Finanzen unverkennbar das Vertrauen des gesetzgebenden Körpers verloren hätten, und begehrte deshalb ihre Entlassung. Rewbell widersprach. Ein solcher Beweggrund sei verfassungs-

widrig; der gesetzgebende Körper habe sich um die Handlungen der Regierung nicht zu kümmern; wenn es dennoch geschähe, so usurpiere eine der bestehenden Gewalten die Befugnisse aller; er traue ein solches Verfahren der Weisheit des gesetzgebenden Körpers nicht zu und könne um so weniger für die Absetzung der vier Minister stimmen, als er die angebliche öffentliche Meinung gegen sie für ein Erzeugnis feiler Journalisten im englischen und bourbonischen Solde halte. Uebrigens wolle er nicht hindern, daß man eine Beratung über alle Minister und deren Beibehaltung, Entlassung und Ersetzung eröffne.

Lavéveillère schloß sich diesen Ansichten vollständig an. Es sei ein verderblicher Grundsatz, daß man sich stets den Ansichten der Mehrheit der Volksvertretung unterordnen müsse, da doch Fälle vorkämen, wo diese Mehrheit von wenigen schlauen und verräterischen Führern sich lenken lasse. Auch sei die Mehrheit eine wechselnde: solle nun auch die Regierung alle diese Schwankungen mitmachen? Nach seiner Ueberzeugung seien die Mitglieder der Regierung noch mehr als andere Bürger verpflichtet, nur nach ihrem Gewissen zu handeln, einzig auf die Stimme der Freiheit zu hören und die Gegner der Republik bis auf den Tod zu bekämpfen.

Bis dahin vernahmen Carnot und Barthélémy nur, was sie hatten vorhersehen müssen. Jetzt aber geschah das völlig Unerwartete. Barras erklärte, daß ihn Lavéveillères Ausführung durch ihre schlagende Richtigkeit völlig überzeugt habe. „Auch ich," rief er feurig aus, „auch ich will die Freiheit retten und weise mit Entrüstung jede Art von Beeinflussung zurück. Nicht durch die Räte, nicht durch irgend eine Macht der Welt darf sich das Direktorium in seinem Gange beirren lassen. Ich begehre sofortige Beratung der gesamten Ministerliste." Damit war die Mehrheit gegen Carnot entschieden, und wie dringend auch Barthélémy empfahl, das Vertrauen zwischen den höchsten Staatsgewalten wiederherzustellen und deshalb Carnots Antrag anzunehmen, es wurde ohne

Zaudern die Verhandlung über sämtliche Minister eröffnet [1]).

Gleich die erste Abstimmung zeigte, um was es sich handelte. Unter allen Ministern wurde keiner mit größerem Widerwillen von der gemäßigten Partei betrachtet als Merlin von Douai. Die drei stimmten für seine Beibehaltung, Carnot und Barthélémy blieben in der Minderheit. Es folgte Benezech; die drei verfügten seine Absetzung, und unmittelbar nachher, trotz Carnots Protest gegen eine solche Ueberrumpelung, auch die Ernennung seines Nachfolgers, François' von Neufchateau. Ramel blieb im Amte wie Merlin: Petiet aber und Cochon wurden mit drei und schließlich Delacroix und Truguet mit allen fünf Stimmen abgesetzt. An ihre Stelle traten für das Auswärtige Talleyrand, für den Krieg General Hoche, für die Marine Admiral Pleville, für die Polizei Lenoir-Laroche, ein Litterat, der soeben erst in großen Maueranschlägen die Mehrheit der Räte mit heftigen Schmähungen heimgesucht hatte. Uebrigens zeigte er sich gleich in den nächsten Tagen so völlig unzulänglich, daß er schon am 20. Juli durch den fanatischen Jakobiner Sotin ersetzt wurde: Hoche aber wurde darauf aufmerksam gemacht, daß er das gesetzliche Alter für einen Ministerposten noch nicht habe, lehnte also seine Ernennung ab und erhielt zum Nachfolger den General Scherer, den früheren Führer des italienischen Heeres, Rewbells Elsässer Landsmann und Gesinnungsgenossen.

Es war ein neuer Tag der Täuschungen in der französischen Geschichte. Die Summe desselben war: das Ministerium war fortan einig in unbedingt revolutionärer Gesinnung, das Direktorium offenkundig gespalten, nicht allein durch Verschiedenheit der politischen Grundsätze, sondern jetzt auch durch den bitteren persönlichen Haß zwischen Barras

---

[1]) Protokolle des Direktoriums, im Reichsarchiv zu Paris. Thibaudeau ist im Irrtum, wenn er Rewbell die Verhandlung eröffnen läßt.

und Carnot, dem Betrüger und dem Betrogenen. Die Aufregung unter den Abgeordneten war gewaltig und die Erwartung eines revolutionären Staatsstreichs allgemein. Die Männer der Rechten pflegten sich allabendlich in einem Hause der Straße Clichy zu versammeln, um die parlamentarische Taktik des nächsten Tages zu beraten; die entschiedenen Royalisten, deren Zahl nicht sehr bedeutend, deren Eifer aber um so größer war, gewannen hier bei jeder neuen Feindseligkeit des Direktoriums immer breiteren Boden und traten jetzt nach dem Ministerwechsel mit den heftigsten Anträgen hervor. Sie wiesen darauf hin, wie nach dem Muster des konstitutionellen Zirkels eine Menge niederer Klubs in Paris und den Departements entstanden seien, wie die verworfensten Menschen der Schreckenszeit dort das Haupt erhöben, wie die Polizeibehörden diesem Treiben allerwärts Vorschub leisteten, wie eine täglich wachsende Masse verabschiedeter Offiziere in Paris zusammenströmte und die Wirtshäuser mit lärmenden Drohungen gegen die Räte erfüllte. Sie begehrten die Schließung der Klubs, die Bewaffnung der gutgesinnten Bürgerschaft, die Herstellung der Nationalgarde. Die Männer der Mittelpartei, wenngleich selbst gegen die Mehrheit des Direktoriums heftig erbittert, suchten diese Besorgnis und Aufregung nach Kräften zu mäßigen: plötzlich aber flogen neue Gerüchte durch die Luft, deren Bestätigung die entsetzliche Katastrophe in sicherer, dichter Nähe zu zeigen schien. Der Artikel 69 der Verfassung verbot unter schweren Strafen den Aufenthalt militärischer Streitkräfte in einem Umkreis von sechs Myriametern um den Sitz des gesetzgebenden Körpers ohne dessen Erlaubnis. Jetzt aber kam die Nachricht, daß starke Kolonnen des Sambreheeres auf allen Seiten diese Grenze überschritten, daß vier Regimenter reitender Jäger in La Ferté-Allais, daß eine Infanterieabteilung in Soissons, eine andere in Etampes eingerückt sei, daß Offiziere und Soldaten derselben sich in heftigen Schimpfreden gegen die Royalisten und Clichyisten ergingen und unverhohlen die feindseligsten Drohungen gegen die Räte

ausstießen. Man kannte Hoches fanatischen Haß gegen die Royalisten und gegen die Gemäßigten, in denen er nur verkappte Royalisten sah; man wußte, welch brutaler Gewalt sowohl Barras als Rewbell fähig waren, und einstimmig war bei der Opposition die Ueberzeugung, daß jene Heeresteile zum Sturm auf die Volksvertretung bestimmt seien. Schon am 18. Juli strömte die Verhandlung der Fünfhundert von dieser Aufregung über; am 19. vernahm die Kommission der Saalinspektoren von Carnot, dem zeitweiligen Präsidenten des Direktoriums, und von dem bisherigen Kriegsminister Petiet, daß diese Behörden keinen Befehl zu den gesetzwidrigen Märschen erteilt hätten: dies wurde den Fünfhundert am 20. berichtet und nach einer heftig brausenden Verhandlung eine Botschaft an das Direktorium beschlossen, um sofortige Aufklärung zu fordern. Pichegru knüpfte daran den Antrag auf schleunige Herstellung der Nationalgarde, die in allen Gemeinden durch die vom Volke gewählten Ortsbehörden zu organisieren sei, die ihre Offiziere selbst zu wählen, für jedes Bataillon eine Kompanie Jäger und eine Kompanie Grenadiere zu formieren und die Uniform von 1791 zu tragen habe. Jedes Wort dieser Anträge bekundete das Streben, die neue bürgerliche Streitmacht so unabhängig wie möglich von dem Direktorium zu stellen und die besitzlose Klasse gründlich aus derselben entfernt zu halten. Die Linke begehrte Vertagung; Larivière rief aus: „Die amtliche Zeitung des Direktoriums hat gestern einen giftigen Schmähartikel gegen euch gebracht; von allen Seiten ziehen die Truppen gegen euch heran, und ihr wollt die Rüstung der einzigen Verteidigungswaffe vertagen?“ Das Haus beschloß nach Thibaudeaus Antrag Verhandlung über Pichegrus Gesetzentwurf, sobald derselbe gedruckt in den Händen der Mitglieder sei. Darauf erschien Gibert-Desmolières mit einer wenig veränderten Wiederholung seines Beschlusses über die Operationen des Schatzes; auch er wie Pichegru beantragte vor allem die Dringlichkeit des Gegenstandes. Kaum aber hatte das Haus dieselbe anerkannt, so wurde die Beratung

durch die umgehend eingelaufene Antwort des Direktoriums auf die Botschaft über die Truppenmärsche unterbrochen. Mit atemloser Spannung lauschte das Haus der Verlesung und erlebte dann eine neue nicht minder drastische Ueberraschung als vier Tage zuvor bei dem Ministerwechsel. Es ist wahr, schrieb die Regierung, daß vier Reiterregimenter durch La Ferté-Allais passieren sollten, um sich zu einer entfernten Bestimmung zu begeben; das Direktorium hat dies erst gestern durch den Kriegsminister erfahren und auf der Stelle die Marschroute ändern lassen; ohne Zweifel ist das Versehen durch den Irrtum eines Kriegskommissars veranlaßt worden.

Das Direktorium also, anstatt die Regimenter gegen die Volksvertretung loszulassen, wollte von den drohenden Heereszügen gar nichts gewußt haben und beteuerte, daß der ganze Lärmen auf den bereits beseitigten Fehlgriff eines niederen Beamten hinauslaufe. Es war dieses Mal Doulcet, ein Führer der konstitutionellen Mittelpartei, welcher dem allgemeinen Befremden Worte gab. „Seit wann", rief er aus, „senden Kriegskommissare ganze Regimenter aus? Wie konnte das Direktorium über solche Märsche unwissend sein? Haben wir denn eine Regierung? Offenbar ist Petiet entlassen worden, weil seine Rechtschaffenheit zu solchen Dingen nicht paßte." Nach seinem Vorschlag wurde eine besondere Kommission, bestehend aus ihm selbst, den Generalen Pichegru und Willot und den Abgeordneten Gau und Normand mit einer weiteren Prüfung der Angelegenheit beauftragt.

So überzeugend nun auch Doulcets Bemerkungen schienen, so hatte dennoch das Direktorium in seiner Botschaft die volle Wahrheit gesagt. Freilich hatte es durch den Marineminister dem General Hoche Vollmacht zur Sendung einer Division von Namur nach Brest gegeben; aber an der Verletzung des konstitutionellen Umkreises war es unschuldig. Wir sahen, daß Hoche den größten Eifer zum Staatsstreiche hatte und Barras im stillen mit ihm sich in schönen Plänen dieser Art erging. Weiter aber war noch nichts geschehen, ein fester Beschluß der drei noch nicht gefaßt, ja, wie es

scheint, Rewbell und Laréveillère von den Entwürfen des Generals nicht einmal unterrichtet. Hoche aber hatte, nach seinen Gesprächen mit Barras, auf alle Fälle seinen Regimentern die Marschroute in die gesetzwidrige Nähe von Paris anbefohlen und damit, zur Ueberraschung von Rewbell und Genossen selbst, den Räten den Anlaß zum Alarm gegeben. Die drei, bis jetzt in keiner Hinsicht auf die Ausführung des Schlages vorbereitet, fingen an zu schwanken; dem Direktor Barras fehlte es bei allen großen Worten an solidem Mute, und das entschlossene Auftreten der Gegner bestimmte sie sofort zu der berichteten Ableugnung des Planes. Ja noch mehr, sie hatten so wenig Vertrauen zu dem Gelingen, sie fanden sich auf allen Seiten durch ihre Geldnot so eingeengt, daß sie am 23. Juli dem Kommandanten der marschierenden Division, General Ferino, den Befehl zum Rückmarsch aller seiner Truppenteile zusandten [1]). Hoche, von Carnots prüfenden Fragen verfolgt, war entrüstet über diese Feigheit, die sein eigenes Verfahren in der ärgsten Weise bloßstellte, und bot noch einmal alles auf, Barras zum Entschlusse zu drängen, wie es scheint, mit Erfolg, da er im Augenblicke der Abreise von Paris am 24. seinem Freunde Marbot zurief: „Alles bleibt, wie verabredet, ich bin der Eurige auf Leben und Tod [2]),“ und, am 27. bei seinem Hauptcorps in Mezières angekommen, nach einer letzten Weisung des Direktoriums sogleich wieder Befehl zum Vorgehen erteilte. Indessen hatte aber Pichegru am 26. Juli den Fünfhundert einen weiteren, äußerst einschneidenden Bericht erstattet; die Gärung in den Räten wuchs; genug, zum zweiten Male versagte den Triumvirn die Kühnheit, und Scherer wiederholte den Truppen den Befehl zum Rückmarsch. Dazu kam, daß am 30. Dufresne für die Finanzkommission den Fünfhundert eine Reihe von Regelwidrigkeiten in der Kassenverwaltung sowohl des italienischen wie des Sambreheeres vorlegte und insbesondere

[1]) Bericht Delarues an die Fünfhundert 4. August. Lavallette an Bonaparte 5. Thermidor (23. Juli).

[2]) Rousselin, Vie de Hoche I, 395.

über das Verschwinden jener hessischen Kriegskontribution klagte, während das Direktorium auch nicht mit einer Silbe dem angegriffenen General zu Hülfe kam; und so riß endlich dem hin und her gehetzten Hoche die Geduld, und ohne sich an einen neuen Gegenbefehl des Direktoriums zu kehren, welches am 30. die Truppen wieder nach Brest bestimmte[1]), eilte er in sein Hauptquartier Gießen zurück, erklärte einem jeden, der es hören wollte, daß ihn das Direktorium grausam habe fallen lassen, forderte kriegsgerichtliche Untersuchung seines Thuns, erließ wütende Ausschreiben gegen seine Ankläger, drohte seinen gesamten Briefwechsel dem Drucke zu übergeben. Das Direktorium lieferte unterdessen den Räten eine Erläuterung und Entschuldigung der Truppenzüge nach der anderen, ließ Giberts Schatzresolutionen, die jetzt von beiden Räten angenommen wurden, über sich ergehen, duldete schweigend ein Gesetz, welches die provisorische Schließung aller Klubs verfügte, und fand kein Mittel, den Fortgang der Beratungen und die Herstellung der Nationalgarde zu hindern. Eine kläglichere Fehlgeburt als dieser erste Ansatz zum militärischen Staatsstreiche ließ sich nicht denken.

Aber bereits hatte eine festere Hand die leitende Rolle in dem verhängnisvollen Unternehmen ergriffen.

General Bonaparte hatte nicht einen Augenblick in seiner Entschließung geschwankt. Um keinen Preis wollte er die royalistische Partei weiter heranwachsen lassen und, wenn etwa das Direktorium sich nicht zu behaupten vermöchte, mit der Hälfte seiner Armee über die Alpen zurückeilen und alle Republikaner Frankreichs um sein glorreiches Banner sammeln. Es kam ihm darauf an, dieses Banner den französischen Parteien in voller Entfaltung zu zeigen, den Freunden Mut, den Gegnern Schrecken einzuflößen und vor allem sich seiner Truppen unwiderruflich zu versichern. Er benutzte dazu den 14. Juli, das Gedenkfest des Bastillesturmes, wo den Bataillonen neue Fahnen überreicht, die gefallenen Helden gefeiert und nach einer glänzenden Pa-

[1]) Protokoll des Direktoriums 12. Thermidor. (30. Juli.)

rade die Soldaten mit Schmaus und Tanz bewirtet wurden. In einer Proklamation, wodurch er dem Heere diese Feier ankündigte, sagte er: „Soldaten, ich weiß, daß ihr tief ergriffen seid durch das dem Vaterlande drohende Unheil, aber das Vaterland kann in Wahrheit keine Gefahr laufen. Die Männer, die seine Siege über Europa erfochten haben, leben noch. Mit der Schnelligkeit des Adlers würdet ihr das Gebirge übersteigen, um die Verfassung und die Freiheit, die Regierung und die Republikaner zu beschützen. Sobald die Royalisten sich zeigen, ist ihr Leben verwirkt. Schwören wir unversöhnlichen Krieg den Feinden der Republik und der Verfassung." Bei dem Festmahl rief er die Manen der gefallenen Brüder an: sie werden uns vor den Nachstellungen der Feinde des Vaterlandes bewahren. Seine Generale folgten dem Beispiel, ein Toast drängte den anderen, auf die Verfassung, das Direktorium, die Zerstörung des Klubs von Clichy, der letztere unter Begleitung von Trommelwirbel und Sturmmarsch. Solche Scenen wiederholten sich in allen Garnisonen, und zugleich wurden den Soldaten Adressen an das Direktorium zur Unterzeichnung vorgelegt, welche die Royalisten, die Männer von Clichy, die Mehrheit der Räte unter wütenden Schmähungen mit Tod und Vernichtung bedrohten. „Von der Etsch bis zur Seine ist nur ein Schritt," sagte die Division Augereau; „die Tage der Verräter sind gezählt, ihr Lohn ist an der Spitze unserer Bajonette." Die Division Joubert erklärte die gesetzgebende Versammlung für die Werkstätte der Herstellung des Thrones, der Erstickung der Freiheit. „Das Hauptquartier der Gegenrevolution," schrieb die Division der leichten Infanterie der Lombardei, „ist im Klub von Clichy; die Heere werden Frankreich reinigen, wir werden hindurchgehen wie das Donnerwetter." Bonaparte sandte alle diese Kundgebungen dem Direktorium zu [1]), unter drän-

[1]) Thiers sagt, das Direktorium sei dadurch in große Verlegenheit gesetzt worden. In Wahrheit schrieb nur Carnot in diesem Sinn an Bonaparte, während das Direktorium die Adressen bei den Fünfhundert offen in Schutz nahm.

genden Mahnungen zu raschem Handeln. „Mit einem Schlage," schrieb er am 15. Juli, „könnt ihr die Republik retten und binnen 24 Stunden den Frieden erlangen: laßt die Emigranten verhaften, vernichtet den Einfluß der Fremden; habt ihr Stärke nötig, so ruft die Heere; zerbrecht die Pressen der von England besoldeten Zeitungen." Am 17. erklärte er aufs neue, daß der Wiener Hof die Unterhandlungen hinziehe, um den Ausgang der Dinge in Paris abzuwarten. „Wollt ihr," sagte er, „50 000 Mann eurer besten Männer retten, welche der bevorstehende Feldzug kosten wird? Zerbrecht die Pressen von drei royalistischen Zeitungen, schließt den Klub von Clichy, und gründet fünf oder sechs gutgesinnte Blätter. Diese Krisis wird in der That äußerst leicht sein; aber sie wird hinreichen, dem Auslande seine Hoffnungen zu nehmen. Wir beherrschen Europa und können heute eine Zeitung Ludwigs XVIII. nicht zum Gehorsam zwingen." Am folgenden Tage meldete er, daß er den patriotischen Eifer seiner Truppen kaum zurückhalten könne; keine andere Armee sei der Regierung mit mehr Begeisterung zugethan als diese. Seine Ungeduld wurde in diesem Augenblicke noch gesteigert durch weitere Nachrichten Clarkes aus Udine. Der General meldete ihm, daß der friedliebende Gallo auf Befehl seines Hofes nach Wien zurückgereist sei, nachdem er ihm die beiliegenden beiden Noten, vom 18. Juli, überreicht hatte. In diesen wurde über die Demokratisierung Genuas, über die Einziehung der kaiserlichen Lehen auf der Riviera, über Gewaltthätigkeiten gegen den Herzog von Modena lebhaft Klage geführt und der vierte Artikel der Präliminarien dahin erläutert, daß der definitive Frieden binnen drei Monaten, nicht nach dem Vertrage von Leoben, sondern nach der Eröffnung des Kongresses abzuschließen sei. Bonaparte, der soeben sich persönlich nach Udine hatte begeben wollen, war entrüstet im höchsten Grade, erhob jetzt eine nachdrückliche Verwahrung gegen die vorzeitige Besetzung Istriens und Dalmatiens durch die Oesterreicher und hätte am liebsten sofort die Feindseligkeiten wieder eröffnet, wenn

ihn nicht die Rücksicht auf die in Lille schwebende englische Unterhandlung abgehalten hätte. Immer bat er das Direktorium um den Erlaß eines Ultimatums, welches den Kaiser mit neuem Kriege bedrohte, wenn der Friede nicht bis Ende August unterzeichnet wäre. Und auch hier, am 23. Juli, kam er wieder auf die inneren Fragen zurück. „Das Ausland," rief er, „kann nicht an die Festigkeit unserer Regierung glauben, wenn es Priester und Emigranten sich in Frankreich frei bewegen und bei den Führern der Volksvertretung den offenen Wunsch auf Umsturz der Regierung sieht."

Einige Tage früher hatte er seinen Adjutanten Lavallette nach Paris geschickt, um dem geldarmen Direktorium eine Sendung von drei Millionen in Aussicht zu stellen, zugleich aber die Stärke, die Bestrebungen und die Zuverlässigkeit aller Parteien genau zu beobachten. Dessen Berichte [1]) schilderten denn den bitteren Haß der Faktionen gegeneinander, aber auch die auf allen Seiten herrschende Unentschlossenheit. Die Räte warteten auf den Angriff der Direktoren, diese auf den Angriff der Räte. Barras sagte seinen Freunden mit höchster Unumwundenheit: „Wir werden fest bleiben und die Republik erretten; wenn die Räte ein Anklagedekret gegen uns erlassen, werden wir zu Roß steigen und ihre Köpfe in die Kloaken rollen." Aber die Räte erließen kein solches Dekret, Barras stieg nicht zu Roß, und die Dinge blieben unbeweglich auf der alten Stelle. „Was man hier bedarf," schrieb Lavallette am 23. Juli, „ist ein Mann." Bonaparte hatte am 14. vor aller Welt seine Parteifarbe bekannt. Aber nach Lavallettes Schilderungen und den bitteren Erfahrungen, welche Hoche soeben machte, empfand er keine Lust, die eigene Person weiter auf das Spiel zu setzen; er beschloß, selbst im Hintergrunde zu bleiben, dafür aber den Direktoren den Mann zu schicken, dessen

[1]) Auszüge aus seinen Briefen bei Bourrienne, Mémoires I, 195. ff. Der betreffende Abschnitt in Lavallettes Memoiren enthält mehrfache Ungenauigkeiten.

sie für ihre Zwecke bedurften. Am 27. Juli meldete er ihnen, daß General Augereau wegen seiner Privatangelegenheiten nach Paris zu gehen wünsche; er benutze diese Gelegenheit, um ihnen die Adressen des italienischen Heeres im Original zuzusenden und ihnen zugleich durch Augereau mündlich die volle Ergebenheit seiner Truppen bezeugen zu lassen. Wir haben den tapferen General bei Castiglione kennen gelernt; er war noch immer derselbe hitzige Jakobiner und unermüdliche Raufbold, dabei höchst durchdrungen von seinem Werte und erfüllt von dem Wunsche, seine Energie zu bethätigen. Trotz aller militärischen Tüchtigkeit war er dem Oberfeldherrn in seiner polternden Eigenwilligkeit vielfach lästig geworden; für seinen Pariser Auftrag, das Direktorium zu einem Bajonettangriff auf Kammerredner und Zeitungsschreiber zu treiben, war er gerade durch seinen Dünkel und seine Unbedachtsamkeit im höchsten Grade geeignet. Die drei empfingen ihn mit Jubel; „seine Ankunft," rief Barras, „hat mehr als einen erblassen gemacht;" und am 10. August wurde er, gegen einen abweichenden Antrag des Kriegsministers, durch die Mehrheit des Direktoriums zum Befehlshaber der 17. Militärdivision, d. h. der Garnison von Paris, ernannt. Damit niemand über die Bedeutung der Maßregel im Zweifel bleibe, brachte an demselben Tage das Direktorium eine Botschaft an die Fünfhundert zur Rechtfertigung der Soldatenadressen, deren vollständiger Text dann am 11. August nebst der amtlichen Beschreibung des Mailänder Festes an der Spitze des Regierungsblattes zu lesen war. Noch deutlicher sagte Augereau zu verschiedenen Personen: „Ich bin hergeschickt, um die Royalisten umzubringen" — und in einer großen Abendgesellschaft bei Barras wurden unbefangen und eingehend die Mittel erwogen, um die zurückgekehrten Emigranten zu verjagen oder in die Seine zu werfen.

Der nächste Zweck von Augereaus Sendung war also vollkommen erreicht. Die Niedergeschlagenheit, die sich nach Hoches Mißgeschick der jakobinischen Partei bemeistert hatte, war zerstreut, und die Lust zum Staatsstreich ging wieder

in hohen Wogen. Augereau hatte sich mit Hoche in Verbindung gesetzt und dieser bei der Feier des 10. August Trinksprüche und Adressen ganz nach dem Muster des italienischen Heeres geliefert. Moreau, an den eine ähnliche Aufforderung für das Rheinheer gelangt war, hatte abgelehnt. Auch Kellermann vom Alpen- und Beurnonville vom Nordheer zeigten keine Neigung, den Krieg gegen die Volksvertretung mitzumachen; Augereau bewirkte darauf, daß ein alter Wunsch Bonapartes erfüllt, das Alpenheer aufgelöst und seine Truppenteile mit dem Heere von Italien verschmolzen wurden. Ueberhaupt ging man jetzt mit Eifer an die Reinigung der Zivil- und Militärbehörden: wie in den ersten Wochen des Direktoriums folgten sich die Absetzungen gemäßigter Beamten Schlag auf Schlag, und noch einmal stiegen die verrufensten Männer der Schreckenszeit auf allen Punkten des Landes zu Ehren und Würden empor. Carnot wollte trotz all dieser Anzeichen noch immer nicht die Hoffnung auf einen Ausgleich im Sinne der konstitutionellen Mittelpartei fahren lassen. Er redete mit Lavallette, klagte über die Adressen, über den Ministerwechsel, über die Heftigkeit der oppositionellen Abgeordneten: triebe man es, sagte er, bis zur offenen Gewalt, so würde er seine Entlassung geben. Er hatte ein Gespräch mit Augereau, von dem er aber freilich nicht viel mehr erfuhr, als daß Augereau sich selbst für den eigentlichen Eroberer Italiens hielt, Bonaparte für ein hoffnungsvolles Talent erklärte, dem es jedoch an Erfahrung fehle, und im übrigen die unerschütterliche Festigkeit des Direktoriums pries. Am 16. August sollte Carnot diese Gesinnung aus erster Quelle kennen lernen. Die drei waren zum Entschluß gekommen, in den nächsten Tagen loszuschlagen, und Barras versagte es sich in seiner Siegessicherheit nicht, dem widerwärtigen Kollegen in höchst roher und unflätiger Weise den Krieg zu erklären. Man besprach in der Direktorialsitzung die österreichische Unterhandlung, und Carnot entwickelte die Ansicht, daß ein Abschluß auf der Grundlage der Präliminarien ehrenvoll und vorteilhaft sein würde. Da fuhr Barras auf

ihn ein: „Du bist ein elender Verräter, du hast die Republik verkauft, du willst ihre Verteidiger erwürgen; nichtswürdiger Schurke, jeder Floh auf deinem Leibe hätte recht, dir in das Gesicht zu spucken.“ Carnot ließ sich auf den mutwillig angeschürten Streit nicht ein, sondern beschränkte sich auf das kurze Wort: „Ich verachte eure Herausforderungen, aber der Tag der Antwort wird kommen.“ Er schrieb am 17. August an Bonaparte, um ihm die Lage des Landes nach seiner Auffassung darzulegen. Die beiden Parteien, meinte er, hetzen sich gegenseitig; jede derselben werde durch die Furcht vor der anderen zu verkehrten Schritten getrieben; hoffentlich werde dieselbe Furcht auch beide von den äußersten Uebeln abhalten. Alles komme darauf an, die herrschende Aufregung zu beschwichtigen, und dazu sei nichts wichtiger als Beschleunigung des Friedens mit Oesterreich. Ein solcher werde immer noch glorreich sein, auch wenn er lediglich die Präliminarien wiederhole. Wie die Dinge lagen, nahm Bonaparte von diesem Brief ebensowenig Notiz wie Barras und Rewbell von einzelnen Vermittelungsversuchen konstitutioneller Abgeordneter. Das Direktorium weicht nicht zurück, hieß es immer; die Räte müssen sich unterwerfen.

Bei einem solchen Zustand offenen Kampfes zwischen den höchsten Staatsgewalten und innerhalb jeder derselben stockte natürlich die politische Entwickelung und Thätigkeit vollständig. Die Zeit der Gesetzgeber wurde durch die Maßregeln zur eigenen Sicherung, das Nationalgarden- und das Klubsgesetz, durch einen neuen Antrag Aubrys über Verstärkung der Parlamentsgarde, durch die fortgehende Besprechung der Truppenmärsche und Adressen gänzlich in Anspruch genommen. Auf finanziellem Gebiete drehte man sich in dem alten Kreise: das Direktorium schilderte die schreienden Bedürfnisse und forderte neue Steuern, die Fünfhundert addierten die großen Einnahmen und rügten die noch größere Verschleuderung. Wie man sich denken kann, waren diese Verhandlungen die giftigsten von allen. Die Kompanie Dijon wurde damals gerichtlich zur Rückzahlung

von vier Millionen verurteilt und zugleich nach Thibaudeaus Antrag durch die Fünfhundert die Schatzkommissare abgesetzt. Es war vergebens, daß ein Abgeordneter bemerkte, die eigentlichen Sünder seien das Direktorium und der Finanzminister, und da man diese nicht belangen könne, so sei es gehässig, untergeordnete Werkzeuge zu verfolgen; Thibaudeau antwortete, das alles sei ganz wahr; aber bei solchen Abscheulichkeiten müsse man treffen, wen man treffen könne. Die Regierung nahm ihre Rache, indem sie an verschiedenen Punkten die Soldzahlung für die Truppen des Innern einstellte, den Soldaten überließ, wie in Feindesland auf Kosten der Einwohner zu leben, und dann öffentlich erklärte, das sei die Schuld der Räte, welche der republikanischen Verwaltung die Mittel verweigerten, um dafür das Königtum mit Kirchenzehnten und Feudalrechten wiederherzustellen.

In den auswärtigen Angelegenheiten kam man ebensowenig vorwärts wie in den inneren. Zwar in Italien brachte Bonaparte, der unbekümmert um die Pariser Händel seinen eigenen Weg ging, die Organisation der cisalpinischen und ligurischen Regierung zum Abschluß, und der Stillstand der österreichischen Unterhandlung hatte, wie wir wissen, seinen Grund in den Bestrebungen viel weniger der französischen als der kaiserlichen Politik. Aber um so greller machte sich der verfahrene Zustand des französischen Gemeinwesens bei der zweiten großen Friedensfrage, der englischen, geltend [1]). Lord Malmesbury war seit Anfang Juli in Lille; sechs Wochen später war man sich nicht um einen Schritt näher gekommen. Die französischen Unterhändler waren der frühere Direktor Letourneur, der nachherige Minister Pleville und der einstige Unglücksgefährte Semonvilles, der kürzlich aus der österreichischen Gefangenschaft

[1]) Hierüber geben Malmesbury (Diaries, Vol. III) und ein Aufsatz von Ernouf, nach den französischen Depeschen und einer handschr. Arbeit Bignons, Revue contemporaine LXII, 253 ff., ausführliche und übereinstimmende Auskunft. Ganz dürftig ist der betreffende Abschnitt in Vreede, Geschiedenis der diplomatie van de Bataafsche republik.

befreite Maret. Der letztere war der eigentlich thätige Geschäftsmann, persönlich von den besten Formen und wohlgesinnt für den Frieden, aber Schritt für Schritt durch gebieterische Weisungen seiner Regierung gebunden. Gleich nach dem Austausch der Vollmachten legten die Franzosen drei Forderungen vor, deren Annahme sie als äußerst wünschenswert für einen gedeihlichen Beginn der Unterhandlung bezeichneten; der englische Monarch solle seinen alten Titel eines Königs von Frankreich ablegen, die 1793 in Toulon gewonnenen französischen Kriegsschiffe herausgeben oder dafür Entschädigung leisten und auf jede Hypothek verzichten, die ihm Oesterreich für seine Kriegsanlehen auf Belgien eingeräumt habe. Malmesbury erörterte die Erschwerung durch diese teils für Frankreich wertlosen, teils unbegründeten, oder nicht hierher gehörigen Begehren, und beide Teile nahmen einstweilen die Angelegenheit zum Bericht. Als dann Malmesbury fragte, ob Frankreich einen Friedensentwurf vorbereitet habe, verneinte Letourneur und gab seinerseits die Frage an England zurück, worauf dann Malmesbury einen Entwurf vorlegte, dessen Hauptsache durch den Grundsatz gegenseitiger Einräumungen bezeichnet war, in dem Sinne, daß Frankreich für die Anerkennung seiner europäischen Eroberungen den Engländern einige koloniale Erwerbungen überlasse, als welche, unter Vorbehalt näherer Feststellung, Malmesbury einstweilen die spanische Insel Trinidad in Westindien und auf Kosten Hollands das Kap der Guten Hoffnung und die Insel Ceylon bezeichnete. Aber schon am 15. Juli kam aus Paris die Erklärung, daß Frankreich nach seinen Bundesverträgen als unerläßliche Vorbedingung für die Unterhandlung die Rückgabe aller englischen Eroberungen fordern müsse, gleichviel, ob dieselben Frankreich oder dessen Verbündeten abgenommen seien. Barthélémy hatte gegen eine solche Haltung Protest eingelegt, weil sie die Friedensgesinnung Frankreichs verdächtig machen werde [1]), Rewbell dagegen den Satz ge-

[1]) Protokoll des Direktoriums 25. Messidor (13. Juli).

rechtfertigt, weil Frankreich jene holländischen Kolonien sich selbst aneignen müsse [1]). Malmesbury, von der einmütigen Meinung der englischen Minister getragen, antwortete ohne Zaudern, daß das Beharren auf einem solchen Standpunkte das Ende der Unterhandlung sein würde. Die ganze Welt wisse, daß Holland und Spanien des Krieges gründlich müde seien und nur durch Frankreich in demselben festgehalten würden; sie würden also ein Opfer für die Herstellung der Ruhe nicht scheuen, England aber nach so vielen Siegen und Eroberungen nimmermehr auf jede Entschädigung verzichten. Maret war selbst von dieser Auffassung durchdrungen, berichtete in gleichem Sinne nach Paris und bat um fernere Weisung. Nun aber kam der Ministerwechsel, die Truppenmärsche, die immer wachsende Spannung der inneren Krisis. Carnot war auch England gegenüber für Frieden, Rewbell und seine Genossen aber höchst entschieden für Krieg; der Minister Talleyrand wünschte wie Maret ein gemäßigtes Auftreten, hütete sich aber wohl, bei dem herrschenden Triumvirat seine abweichende Ansicht geltend zu machen. So verging eine Woche nach der anderen, ohne daß eine Antwort aus Paris nach Lille gelangt wäre. Maret that das mögliche, um die Ungeduld der Engländer zu beschwichtigen und die inhaltlosen Konferenzen fortzuspinnen. Man erzählte dem britischen Gesandten, daß man sich an die Verbündeten mit der Frage gewandt habe, ob sie sich zu einer Abtretung herbeilassen wollten; man meldete weiter nach einiger Zeit, daß Spanien bereitwillig sei, die steifen Holländer aber unerbittlich auf dem Buchstaben ihres Bundesvertrags beharrten. Malmesbury ließ sich dadurch nicht täuschen, sondern blieb ruhig auf seinem Satze, daß Holland auf der Stelle fügsam sein würde, sobald Frankreich wirklich Ernst mache. Vollkommen richtig schrieb er an Pitt, daß nicht von seinen Verhandlungen, sondern allein von dem Ausgang der Pariser Krisis die Entscheidung abhänge. Noch

[1]) Zu dieser Angabe in Carnots Antwort an Bailleul stimmt Malmesburys Mitteilung, Diaries III, 422.

weniger ließ er sich durch die Nachricht rühren, daß am 9. August das Direktorium in einer Botschaft an die Fünfhundert die verbündeten Mächte der Verschleppung der Unterhandlungen angeklagt habe; er begnügte sich, Letourneur zu der Erklärung zu nötigen, daß dabei nicht England, sondern nur Oesterreich gemeint sei und überhaupt die Botschaft lediglich die Gesinnung der Räte anzuregen bezwecke. Dann meinte Talleyrand einen großen Schritt vorwärts gethan zu haben, als er am 20. August den portugiesischen Gesandten Aranjo in Paris zu einem abgesonderten Friedensschluß bestimmte, in welchem Portugal eine Reihe sehr vorteilhafter Bedingungen erhielt, dafür aber in keinem seiner Häfen mehr als sechs bewaffnete Fahrzeuge einer kriegführenden Macht zuzulassen und diesen weder Waffen noch Lebensmittel zu liefern verhieß. Dies widersprach dem englisch-portugiesischen Bundesvertrag so entschieden wie möglich und hätte den Engländern die Fortsetzung der Blockade von Cadix unmöglich gemacht: aber es widersprach auch ganz und gar den Instruktionen Aranjos, und auf die erste Anfrage in Lissabon erhielt England von dem Minister Pinto die Erklärung, daß die Königin Maria den Vertrag nicht bestätigen werde. So blieb die Hauptunterhandlung bei aller scheinbaren Bewegung regungslos an derselben Stelle: an eine Lösung war nicht zu denken, solange in Paris der Kampf der Parteien dauerte.

Indes verflossen die Tage. Rewbell, Barras, Augereau waren unermüdlich in den Vorbereitungen zum Staatsstreich; 12 000 Mann vom Sambreheer waren dicht vor dem konstitutionellen Umkreis um Paris gelagert; die Stadt wimmelte von bedenklichen Gestalten, Pantheonisten und Babuvisten; die Soldaten prügelten täglich in den Straßen die Royalisten, die sich in grauem Rock und schwarzem Kragen sehen ließen. Auch an geharnischten Kriegsmanifesten, deren Wildheit alle Brücken abzuwerfen schien, fehlte es nicht. Bei dem öffentlichen Empfange des neuen cisalpinischen Gesandten hielt Larévellière als Präsident des Direktoriums eine lange Rede, worin er mit den stärksten Ausdrücken

die Mehrheit der Räte der Thorheit und des Verrates bezichtigte. Ein Mitglied der Fünfhundert, Bailleul, erließ eine Erklärung an seine Wähler, welche alle Sünden des Royalismus aufzählte, den gesetzgebenden Körper als den Mittelpunkt desselben brandmarkte, die gewählten Verwaltungsbehörden, die Gerichte und vor allem den Kassationshof der abscheulichsten Parteilichkeit gegen die Patrioten anklagte. Es schien unmöglich, daß solchen Worten nicht auf der Stelle der Schlag folgen sollte. Aber trotz alledem wollte der überall erwartete Ausbruch nicht erfolgen. Lavallette meldete dem General Bonaparte über die Ursachen dieses Zauderns, daß man über die Mittel der Ausführung nicht einig sei, daß man den Beginn eines Kampfes fürchte, bei dem man zwar am Sieg nicht zweifle, aber schreckende Folgen, z. B. ein plötzliches Uebergewicht der Babeuvisten, besorge, daß man kein Mittel wisse, den Rat der Alten von einer Verlegung der Residenz abzuhalten. So standen mit all ihren Bajonetten diese energischen Retter der Republik wieder ratlos und mutlos vor dem letzten Entschlusse. Augereau fluchte über die stete Ungewißheit: der Plan, schrieb er an Bonaparte, geht immer seinen Gang, und seine Ausführung wird das Gemeinwesen heilen, trotz aller Trägheit der Umtriebe und aller Nöte der Treiber. Schwer lag ihnen seit einiger Zeit auch die Haltung Bonapartes auf der Seele. Dieser hatte aufgehört, ihnen zu schreiben, und was noch empfindlicher war, er schickte die verheißenen drei Millionen nicht. Barras war wütend über Lavallette, dessen wenig schmeichelhaften Schilderungen er wohl nicht ohne Grund diese Abkühlung des Generals zuschrieb. Der Verdruß wuchs, als jetzt auch Bernadotte mit einigen früher eroberten Fahnen nach Paris geschickt wurde, unverkennbar, um Augereau, mit dem er auf dem schlechtesten Fuße stand, unter einiger Aufsicht zu halten. Es war damals Rede bei Barras von der Notwendigkeit, den Kriegsminister Scherer wegen seiner Unfähigkeit und Völlerei zu entlassen, und Lavallette schlug Bernadotte als dessen Nachfolger vor. Aber man wies ihn mit Nachdruck zurück. Bernadotte,

hieß es, ist nicht Patriot genug; ihn haben wir kennen gelernt. So wären sie, wer weiß wie lange, unentschlossen geblieben, wenn nicht zuletzt wieder die Furcht vor den royalistischen Gegnern sie fortgerissen hätte.

Allerdings, bei der Mehrheit der Volksvertretung war die Unsicherheit und Unentschlossenheit noch größer als bei jener des Direktoriums. Schon die Verschiedenartigkeit ihrer Bestandteile hinderte jedes feste und planmäßige Voranschreiten. Das Direktorium rechnete unter den 750 Abgeordneten 190 Royalisten [1]; diese Zahl hatte ihm Duverne du Presle angegeben, der nach seiner Verurteilung seine eigene Rettung durch umfassende Enthüllungen zu erkaufen suchte [2]. Höchst wahrscheinlich war die Zahl viel zu hoch, wenn damit nicht bloß theoretische Verehrer der monarchischen Regierungsform, sondern thätige Genossen einer royalistischen Verschwörung bezeichnet werden sollten. Soweit die vorliegenden Nachrichten reichen, erkennt man als solche den Pariser Abgeordneten Dandré, den Lyoner Imbert-Colomès und vielleicht zwei oder drei andere weniger hervortretende. Was Pichegru anging, so besaß die Regierung einen Bericht über seine Beziehungen zum Prinzen Condé im Jahre 1795; Duverne du Presle hatte einen Grafen Antraigues, damals russischen Legationssekretär in Venedig, als den Mittelpunkt der royalistischen Umtriebe bezeichnet und daraufhin Bonaparte nach der Besetzung Venedigs denselben in Triest verhaften und seine Papiere in Beschlag legen lassen. Unter denselben fand sich eine von ihm geschriebene Aufzeichnung eines Gesprächs mit einem Abbé Montgaillard, der nach Mitteilungen des Buchhändlers Fauche Borel jene Verhandlungen zwischen Pichegru und Condé dem Grafen erzählt hatte. Indes war Antraigues nicht zu bewegen gewesen, seine Handschrift anzuerkennen, und ohne Fauche Borels eigenes Zeugnis wäre das Aktenstück, so wichtig sein Inhalt war, zu einem gerichtlichen Beweise keinenfalls zu

[1] So sagte es Benjamin Constant zu Thibaudeau.
[2] Vgl. Lacretelle, Histoire de France XIV 28 ff.

brauchen gewesen, zumal Montgaillard und Antraigues äußerst anrüchige Abenteurer und jener, wenn nicht beide, Doppelspione zugleich im französischen und englischen Solde waren. Pichegru blieb also fürs erste unangefochten, so entschieden das Direktorium ihn auch als Feind und Verräter betrachtete. Seine Gesinnung war dieselbe wie 1795; er hatte auch jetzt noch gelegentliche Berührung mit den bourbonistischen Agenten, jedoch selbst bei ihm liegt keine Spur eines bestimmten Planes auf rasche Herstellung Ludwigs XVIII. oder gar der alten Staatsverfassung vor. Was ihn den jakobinischen Direktoren vor den anderen Abgeordneten der Opposition gefährlich machte, war nicht ein besonders heißer royalistischer Eifer, sondern eine größere militärische Thatkraft, als sie sich sonst bei den damaligen parlamentarischen Größen Frankreichs vorfand. Um die Mitte des August, als die gewaltthätigen Absichten des Direktoriums unverkennbar an das Tageslicht traten, drängten die beiden Generale Pichegru und Willot, dem Feinde mit der eigenen Waffe zuvorzukommen und durch einen nächtlichen Ueberfall des Luxemburg, wozu die Garde des gesetzgebenden Körpers völlig ausgereicht hätte, die drei aus der Welt oder doch aus dem Machtbesitz und der Freiheit fortzuschaffen. Aber auch bei den nächsten Parteigenossen vermochten sie nicht ihren Vorschlag durchzusetzen. Man wollte nur in allen Formen Rechtens verfahren, man meinte, die moralische Macht der Volksvertretung werde sich stärker erweisen als alle Kanonen des Direktoriums. Oder auch, man fürchtete bei einem solchen Handstreich, nicht gerade eine Niederlage, wohl aber unabsehbare Folgen, ganz so, wie es Lavallette bei Barras und Rewbell wahrnahm.

Noch schwächer stand es bei der konstitutionellen Mittelpartei, den gemäßigten Männern des Konvents, den Liberalen von 1796. Bei weitem der größte Teil des neuen Drittels hätte sein Staatsideal mit denselben Worten gezeichnet wie Thibaudeau und Tronçon-Ducoudray, Pastoret oder Mathieu Dumas. Was sie trennte, war kein Streit über das an sich Wünschenswerte, sondern die Frage, welcher

ihrer Gegner am meisten zu hassen und zu fürchten sei. Die einen hielten 1793, die andern 1788 für die schlimmste Gefahr. Jene wollten die Wiederkehr der Jakobiner verhüten, selbst wenn dann die sogenannte Freiheit der Republik wieder einen monarchischen Herrn erhielte. Diese sahen in dem Auftreten der Royalisten das höchste Uebel, zumal es das Direktorium aufs neue den Jakobinern in die Arme treibe. Sollten wir einmal zu Grunde gehen, sagt Thibaudeau, so schien es mir besser, daß wir durch die Direktoren als durch Bourbonen, Edelleute und Priester besiegt würden. Carnot, der jetzt ganz zu ihnen gehörte, wurde in den letzten Tagen des August von zwei Mitgliedern der Rechten angegangen, durch einen kühnen Entschluß sie alle vor den Schergen des Direktoriums zu erretten, sich an die Spitze der Fünfhundert zu stellen und von hier aus den offenen Kampf gegen das Triumvirat zu beginnen: seine Antwort war, daß dies unmöglich sei, er sehe im Hintergrunde die Royalisten drohen, er habe nicht Lust, gehenkt zu werden [1]). So blieb die konstitutionelle Partei in einer neutralen Stellung, nur immer bemüht, die ärgsten Ausschreitungen rechts und links zu verhüten. Zwischen den 190 Stimmen der Rechten und den 120 der Direktorialpartei entschied sie in den Räten, zusammen mit einem Haufen unselbständiger oder parteiloser Mitglieder, in der Regel die Majorität. Indem sie so die Volksvertretung beherrschte und dort jeden durchgreifenden Schritt gegen das Direktorium verhinderte, kam diesem, welches seine wirklichen Waffen außerhalb des Parlamentes rüstete, das Ergebnis ihrer ganzen Thätigkeit zu gute. Sie boten noch in den letzten Tagen der Krisis die größte Anstrengung auf, durch eine Verständigung mit der Direktorialpartei den Ausbruch abzuwenden. Aber sie erlebten bei der Linken genau dasselbe, was die Rechte bei ihnen. Einer der jakobinischen Führer, Treilhard, wurde von Dumas auf die Möglichkeit einer Verbindung angesprochen. Treilhard erwiderte: „Ihr

[1]) Anecdotes secrètes sur le 18 fructidor p. 2.

seid sehr ehrenwerte Männer, sehr fähig und, wie ich glaube, sehr wohlgesinnt. Aber wir vom Konvente können euch dennoch nicht gewähren lassen: mögt ihr es beabsichtigen oder nicht, ihr würdet uns ganz sicher in das Verderben führen; zwischen uns ist eine Gemeinsamkeit nicht vorhanden." Wie? fragte Dumas, sollte es keine Garantie geben, die euch sicherstellte? „O ja, es giebt eine," antwortete Treilhard, „eine einzige. Habt ihr uns diese gegeben, so thun wir alles, was ihr wollt, lassen euch das mildeste und gelindeste Staatswesen einrichten, folgen euch blindlings." Und dies wäre? rief Dumas gespannt. „Steigt auf die Rednerbühne," sagte der andere, „und erklärt, daß ihr für die Hinrichtung Ludwigs XVI. gestimmt hättet, wenn ihr damals im Konvente gewesen wäret." Als darauf Dumas erklärte, daß dies unmöglich sei, daß an seiner Statt auch Treilhard selbst dies nicht thäte, daß er Frankreichs Wohl einem leeren Schrecken vor einer unmöglichen Reaktion aufopfere: da brach Treilhard mit den Worten ab: „Nein, die Partie ist nicht gleich zwischen uns; bei uns andern steht der Kopf auf dem Spiele [1])."

So wurde denn in den Räten und in deren Kommissionen sehr viel geredet und gestritten, aber sehr wenig gethan. Am 30. August schloß im Rate der Alten die Beratung über Pichegrus Nationalgardegesetz, in allen wesentlichen Stücken überall nach dem Antrage des Generals. Bei rascher und gründlicher Ausführung hätte sich daraus eine bewaffnete Macht von gewaltiger Zahl ergeben, in Pichegrus Hand vollkommen so wirksam, wie es die Garde von 1789 unter Lafayettes Leitung gewesen, solange sie nämlich durch die Begeisterung von 1789 beseelt blieb. Dieses Mal aber war schon während der Beratung des Gesetzes bei den Pariser Bürgern das traurigste Gegenteil einer solchen Stimmung zu Tage getreten; in allen Quartieren vernahm man nichts als den einstimmigen Aerger, daß jetzt wieder das Soldatenspiel und die Dienstplackerei

[1]) Dumas, Souvenirs II, 85.

beginnen sollte [1]). Man wollte alles andere, nur keine politische Arbeit und keine revolutionären Kämpfe mehr; so ließ man wehrlos und thatlos der Gewalt der revolutionären Partei die Bahnen offen.

Pichegru und Willot, in tiefer Niedergeschlagenheit über die Schwäche und Zwietracht des Volkes und der Volksvertretung, entwarfen dann noch einmal einen Plan, die Mehrheit zur Entscheidung zu bringen. Am 3. September sollte einer ihrer Vertrauten, der Abgeordnete Mersan, bei den Fünfhundert den Antrag stellen, die drei Direktoren in Anklagestand zu versetzen; gleich nachher würden die beiden Generale mit der Garde des gesetzgebenden Körpers, verstärkt durch eine Anzahl alter nach Paris berufener Chouans, den Luxemburg umringen, die schwache Direktorialgarde entwaffnen und sich der drei Angeklagten versichern. Es war ein Entwurf, wie deren so viele in den letzten Wochen aufgetaucht waren; ob ausführbar im Parlamente oder auf der Straße, ob auch nur ernstlich zur Ausführung bestimmt, wer will es sagen? Um so wichtiger aber wurde er dadurch, daß sich ein Verräter fand, der ihn nach allen Einzelheiten dem Direktor Barras mitteilte, und jetzt trieb wieder die Furcht vor dem nächstdrohenden Unheil die jakobinischen Führer aus dem endlosen Zaudern hinaus zum schließlichen Wagen [2]). Man hatte bis dahin sich noch nicht geeinigt, weder über Tag und Stunde, noch über Mittel und Formen des Verfahrens; überall waren die Sorgen groß und die Vorbereitungen unvollständig. Jetzt schritt man in größter Eile zum Werk und war selbst erstaunt,

[1]) Bernadotte an Bonaparte: cette espérance des Clichyens tombe en quénouille. Vgl. Thibaudeau II, 58.

[2]) Fauche Borel II, 143, nennt einen Prinzen Carency als Verräter; seine Zuverlässigkeit ist sonst nicht überall sicher, doch giebt hier Augereaus Brief an Bonaparte 18. Fructidor, im Allgemeinen Bestätigung: la crainte d'être prévenu a précipité les mouvements (du directoire). Nach den Anecdotes secrètes sur le 18 fructidor hätte der Polizeiminister Sotin, um die unschlüssigen Direktoren vorwärts zu treiben, die Nachricht eines bevorstehenden Angriffs erfunden.

wie gefahrlos und leicht es in jedem Punkte von statten ging.

Spät abends am 3. September traten die drei zusammen, konstituierten sich unter Laréveillères Vorsitz als Direktorium und blieben in permanenter Sitzung die Nacht hindurch. Die Schließung aller Stadtthore und Barrieren wurde befohlen, Augereau besetzte mit den Truppen der Garnison die wichtigsten Punkte von Paris und führte dann persönlich eine starke Kolonne gegen die Tuilerien, während eine Abteilung der Direktorialgarde selbst zur Verhaftung Carnots und Barthélémys ausgesandt wurde. Es hatte den Opfern an Warnungen nicht gefehlt; Thibaudeau hatte im Laufe des Abends Abzüge der Proklamation empfangen, welche am 4. der Stadt Paris die beschlossenen Maßregeln anzeigen sollte, und Pichegru und die Saalinspektoren davon schleunigst in Kenntnis gesetzt. Carnot erhielt schon nachmittags eine briefliche Anzeige der bevorstehenden Gefahr; er mahnte darauf Barthélémy zur Flucht, erklärte aber seinerseits auf seinem Posten bleiben zu wollen. Das Erbieten eines jungen Offiziers, den Direktor Barras umzubringen, wies er mit Unwillen zurück. Ebenso hatte tags zuvor Mathieu Dumas einen Pariser Bürger beschwichtigt, der ganz im stillen eine große Anzahl zuverlässiger Leute für einen Ueberfall des Luxemburg zusammengebracht hatte; Napoleon, dem er zur Kaiserzeit dies Gespräch erzählte, sagte ihm: „Ihr wart ein großer Thor und versteht nichts von Revolutionen.“ Viele oppositionelle Abgeordnete wagten schon seit mehreren Tagen nicht in ihren Wohnungen zu schlafen und hielten sich nachts bei Freunden versteckt. Weiter aber gingen ihre Maßregeln zur Abwehr nicht. Die bewaffnete Macht hatte demnach vollkommen freies Spiel. Augereau fand in den Tuilerien die Saalinspektoren versammelt und nahm sie gefangen, ohne daß Pichegrus Ansehen auf die Soldaten irgend erheblichen Eindruck gemacht hätte. Die Garde des gesetzgebenden Körpers trat auf der Stelle zu ihm über und verhaftete selbst ihren bisherigen Kommandanten Ramel.

Barthélémy wurde in seinem Bette angetroffen und ohne Schwierigkeit abgeführt. Carnot entkam im letzten Augenblick durch eine Hinterthür, blieb einige Tage in Paris bei einem ihm befreundeten Abgeordneten der Direktorialpartei, Oudot, verborgen und fand dann Mittel, nach Genf zu entfliehen. In allen Quartieren der Stadt waren Soldaten und Polizisten beschäftigt, mißliebige Personen der verschiedensten Art, Abgeordnete, Zeitungsschreiber, Emigranten, Chouans, aufzuspüren und in Gewahrsam zu bringen. Als der Morgen des 4. September anbrach, erfuhren die Pariser durch große Maueranschläge, daß das Direktorium das Vaterland noch einmal gerettet und die verruchten Royalisten zermalmt habe; anfangs, schrieb Bernadotte an Bonaparte, zeigte sich eine allgemeine Gleichgültigkeit, dann machte sich einige Neugier geltend, hie und da kam auch etwas Begeisterung zum Vorschein, und man vernahm wieder einmal den Ruf, der so lange in Paris geschwiegen hatte: es lebe die Republik.

Unterdessen versammelten sich die Getreuen des Direktoriums nach dessen Wink, der Rat der Fünfhundert im Saal des Odeon, der Rat der Alten in der Schule der Medizin. Im Odeon, dessen Zugänge militärisch besetzt, dessen Galerien mit begeisterten Vorstädtern gefüllt waren, bewirkte Poulain-Grandpré die Bildung einer Kommission von fünf Mitgliedern, die sich mit den Maßregeln zur Bewahrung der Verfassung beschäftigen sollte. Darauf erklärte Porte, wie sehr er sich freue, von den trefflichen Vaterlandsverteidigern umgeben zu sein, und setzte einen Beschluß durch, der auf Grund des Artikels 69 der Verfassung das Direktorium bevollmächtigte, ja aufforderte, die nötigen Truppen in den konstitutionellen Umkreis hereinzuziehen. Unter dem Beifall der Galerien wurde dann die Permanenz der Sitzung wie in allen früheren großen Tagen der Revolution beschlossen. Nicht ganz so leicht ging die Bewegung im Rate der Alten vor sich, dessen Mitglieder stets eine vorsichtigere Haltung als ihre jüngeren Kollegen bewahrt hatten und deshalb nicht so stark dezi-

miert waren wie die Fünfhundert. Lauſſat fragte, wo das Dekret über die Verlegung des Ortes der Sitzung exiſtierte; Lecoulteux forderte Ermittelung, ob man in beſchlußfähiger Anzahl verſammelt ſei. Marbot und andere riefen zwar, es komme jetzt nicht auf leere Formalitäten, ſondern auf die Rettung des Vaterlandes an; aber die Verſammlung zeigte gar keine Eile für dieſen erhabenen Zweck, beſtätigte zwar die Permanenz der Sitzung und den Beſchluß über die Truppen, vertagte ſich dann aber bis zum Abend. Um ſechs Uhr begann in beiden Rumpfverſammlungen die Sitzung aufs neue, um eine Botſchaft des Direktoriums über die große Verſchwörung anzuhören. Sie ſchilderte die Beherrſchung der letzten Wahlen durch die Royaliſten, das Verhalten der Mehrheit bei den Geſetzen über Emigranten, Prieſter, Finanzen, legte die Schriftſtücke von Antraigues und Duverne de Presle vor, aus welchen die royaliſtiſchen Beziehungen Pichegrus, Imberts, Lemerers, Merſans hervorgingen, behielt ſich die Beibringung ähnlicher Beweiſe gegen andere Abgeordnete vor und forderte den geſetzgebenden Körper zu kräftigem Handeln auf. Sofort nahm Boulay (von der Meurthe) für die Kommiſſion der Fünf das Wort. Nach einer kräftigen Darlegung der Lage bezeichnete er die Auffaſſung im allgemeinen dahin, daß man im Kriegsſtande ſei, die beſiegten Feinde für immer unſchädlich machen, die Royaliſten aus allen Behörden entfernen, die Häupter derſelben deportieren müſſe. (Es war Talleyrands Verdienſt, dieſe Strafe anſtatt des Fallbeils für politiſche Vergehen empfohlen zu haben.) Darauf legte er einen Antrag vor, die Wahlen zum geſetzgebenden Körper in 48 Departements zu vernichten, die zurückgekehrten Emigranten auszuweiſen, das Geſetz vom 3. Brumaire herzuſtellen, die geſamte Preſſe unter polizeiliche Aufſicht zu ſtellen, den Kaſſationshof neu zu beſetzen, 53 Abgeordnete und die beiden Direktoren Carnot und Barthélémy zu deportieren. Einige Stimmen wagten ſchüchterne Einwendung, nicht gegen die brutale Vernichtung von Verfaſſung und Freiheit, welche jedes Wort des Antrags ankündigte, ſondern zu Gunſten

einzelner Abgeordneter auf der langen Aechtungsliste, und erwirkten die Streichung einiger Namen. Als sie dann aber besondere Abstimmung über jeden Punkt und jeden Namen begehrten, wies sie Debry gebieterisch zur Ruhe. Die Lage sei eine außerordentliche und fordere außerordentliche Mittel. Es gelte, sich den raschen Erfolg zu sichern; der Beschluß sei ohne Zögern im ganzen zu fassen und sogleich dem Rate der Alten zur Bestätigung zu übersenden. So geschah es, um Mitternacht. Der Rat der Alten überwies ihn einer Kommission zur Berichterstattung; diese erklärte am Morgen des 5. September, sie habe weder Akten noch Beweisstücke, sie könne nichts sagen und das Ganze lediglich der Weisheit des Rates anheimstellen. Wieder ließ Marbot das Wort ertönen, daß man nicht an Formalitäten kleben, sondern gegen die große Verschwörung große Maßregeln ergreifen müsse. Man vertagte sich bis zum Mittag; da drängte Creuzé-Latouche: wir müssen handeln oder untergehen; die Lage ist schrecklich und bedarf durchgreifenden Mutes; wir formieren hier keine gerichtlichen Urteile, sondern bekämpfen die Feinde der Republik; wir entfernen die Verräter von dem Boden des Vaterlandes und sind gewiß, daß man die einzelnen Personen mit möglichster Menschlichkeit behandeln wird. Aber noch immer sträubte sich die Mehrheit. Lecoulteux rief, daß er seine Kollegen nicht in Masse verbannen könne, Regnier forderte Beschlußfassung über jeden einzelnen Fall. Indessen hatte das Direktorium eine neue donnernde Botschaft eingesandt, worin auf schleunigen Erlaß der nötigen Verfügung gedrungen und jede Rücksicht auf Formen, Gesetze, Verfassungsparagraphen verworfen wurde, weil man damit in den jetzigen Umständen einen Mord an der ganzen Verfassung begehen werde. Nach einer heftigen Rede, womit Bordas die Zweifel Lecoulteuxs beseitigte, fügte sich endlich am Abend der Rat und erhob Boulays Vorschläge zum Gesetz.

Unterdessen beschäftigten sich die Fünfhundert (deren wirkliche Zahl allerdings stets unter der beschlußfähigen Hälfte

blieb) mit einem Antrage, der alle Adligen, die nicht der Revolution Dienste geleistet, für unfähig zur Bekleidung aller Aemter erklärte, setzten eine neue Finanzkommission ein, verfügten eine Beratung über die Güter der Eltern von Emigranten und forderten das Direktorium auf, ihnen eine Liste der übelgesinnten Zeitungen zu senden, letzteres nach einem tags zuvor geäußerten Begehren Garniers, wie der verräterischen Abgeordneten, so auch die schlechten Zeitungsschreiber zu deportieren. Hierauf wandte man sich, damit der Charakter des neuen Staatsstreichs nach keiner Seite unklar bleibe, denn auch einmal den Finanzen zu. Die letzte Verhandlung der zertrümmerten Mehrheit hatte nach einem Berichte von Boissy d'Anglas, der jetzt, wie kaum der Bemerkung bedarf, auf der Aechtungsliste stand, am 3. September den kolossalen Unterschleifen im Heerwesen gegolten. Es zeigte sich, daß die Lieferanten des Sambreheeres, eine Kompanie Godard, noch kürzlich 37 Millionen erhalten hatten, weil sie sonst den Dienst nicht fortführen zu können erklärten, daß aber General Hoche in seinem letzten Schreiben versicherte, seit fünf Monaten gar keine Lieferung empfangen zu haben, so daß seine Truppen völlig auf Kosten des Landes hatten leben müssen. Und General Jourdan, erinnerte Johannot, hat uns gesagt, daß er zwei Jahre lang nur 10 000 Rationen anstatt der vom Staate zu drei Franken bezahlten 150 000 erhalten, folglich ein täglicher Unterschleif von 420 000 Franken durch zwei Jahre hindurch stattgefunden hat. Johannot erwirkte damit die Niedersetzung einer Kommission, von der Jourdan ein Mitglied war, zur gründlichen Untersuchung und Verhinderung dieser Mißbräuche. Zwölf Stunden später war die Rettung der Republik und die Sprengung der bisherigen Majorität durch Augereaus Soldaten erfolgt, und nun meinte am 5. ein altes Mitglied der Bergpartei, Bentabolle, wenigstens ein Werk jener Majorität sei von der allgemeinen Vernichtung auszunehmen, und beantragte Fortgang der gegen die Verschleuderungen verfügten Untersuchung. Aber er mußte sogleich erfahren, daß bei der Rettung des Vater-

landes dem Direktorium auch die Rettung der Lieferanten wesentlich war. Bergoing, einer der nächsten Vertrauten des Direktors Barras, rief ihm entgegen: mit solchen Prozessen würdet ihr das wenige Gold, was sich noch in Frankreich findet, vollends aus dem Lande jagen. Die Folgerung war unabweislich, daß schon jetzt aller französische Reichtum in den Händen der amtlichen Betrüger zusammengeflossen sei: die gesamte Direktorialpartei schien diese Meinung zu teilen und beseitigte einstimmig durch die Tagesordnung den ungeschickten Antrag Bentabolles.

In Anerkennung dieser entgegenkommenden Gesinnung übermachte ihr dann unmittelbar nachher das Direktorium eine Botschaft, worin es die Bedürfnisse des nächsten Finanzjahres auf ungefähr 600 Millionen angab, ein schreiendes Defizit nachwies und den Segen schilderte, welchen die jetzt zu eröffnenden neuen Hülfsquellen über das Land bringen würden. Am Schlusse seiner Darlegung sprach das Direktorium die Hoffnung aus, der gesetzgebende Körper werde groß genug denken, um nur die leitenden Grundsätze des Budgets zu verfügen und dann die einzelnen Ausführungsbestimmungen der Regierung zu überlassen. Die Versammlung überwies die Botschaft ihrer neuen Kommission zu schleunigster Berichterstattung.

Am 6. September erließen die Fünfhundert, um jedem Verdacht zuvorzukommen, daß sie nicht völlig frei, nicht gänzlich mit dem Direktorium einverstanden seien, eine feurige Adresse an das französische Volk über die Verbrechen der Royalisten und den glorreichen Wiedergewinn der Freiheit. Darauf brachte Bailleul einen Kommissionsantrag ein auf Deportation der Eigentümer, Redakteure, Verfasser und Mitarbeiter von 54 Pariser Zeitungen. Auch hier verstand es sich wie bei den geächteten Abgeordneten von selbst, daß niemand ein gerichtliches Verfahren oder einen Schuldbeweis gegen die einzelnen begehrte; jedoch bewilligte dieses Mal auf Gaudins Forderung der Rat die Einzelabstimmung. Ehe man in dieselbe eintrat, erinnerte Desmolins, daß der Ausdruck Mitarbeiter doch gar zu unbestimmt sei und selbst

auf die Setzer mitbezogen werden könne. Bailleul erwiderte ärgerlich, daß die Kommission daran nicht gedacht habe und hoffentlich erwarten könne, daß man ihr einigen Menschenverstand zutraue. Indessen bewilligte er die Streichung der Mitarbeiter. Darauf schritt man zur Beratung der Liste, und wenn bei diesem jakobinischen Nachwuchs überhaupt noch etwas Erstaunen erwecken könnte, so müßte man die brutale Leichtfertigkeit, womit hier über das Lebensglück vieler hundert Menschen entschieden wurde, wunderbar nennen. Die Verlesung nannte den Mercur Universel. Dessen Redakteur, rief eine Stimme, ist ja ein völlig harmloser Dummkopf. Die Streichung wurde genehmigt. „Le Journal des Spectacles." Tallien fragte: Ist das Blatt wirklich so schlimm? Der Berichterstatter Bailleul antwortete: Ich habe es nie gelesen. Darauf erklärte Quirot, daß der Antrag doch offenbar zu weit gehe und ungenügend vorbereitet sei; er forderte Zurückweisung desselben an die Kommission. Boulay von der Meurthe unterstützte das; er habe nur zwei oder drei dieser Zeitungen gelesen und kenne die übrigen gar nicht. Aber es war kein Gedanke daran, einen solchen Aufschub zu erlangen; Quirots Begehren wurde durch die Tagesordnung beseitigt und die Verlesung ging ihren Gang. Ein Blatt L'Historien wurde genannt. Es ist das allergiftigste, riefen mehrere Stimmen. Es war das Organ des greisen und immer jungen Dupont de Nemours, wohl des bedeutendsten Geistes unter allen früheren Mitgliedern der Räte. Mit großer Mühe setzte Boulay seine Verschonung durch. Schließlich wurde das Personal von 42 Zeitungen zur Deportation bestimmt.

In den nächstfolgenden Tagen wurden dann an die Stelle der ausgestoßenen Direktoren die bisherigen Minister Merlin von Douai und François von Neufchateau gewählt und am 10. September in einer einzigen raschen Verhandlung das Budget des kommenden Jahres ganz nach den Wünschen des Direktoriums bewilligt. Die Ausgaben wurden in einer einzigen Generalsumme festgestellt, weil, wie der Berichterstatter sagte, bei der Masse der vorhandenen Rückstände

eine Scheidung des ordentlichen und des außerordentlichen Budgets nirgends durchzuführen sei. Bei den Einnahmen wurden die alten Wünsche des Direktoriums erfüllt, die Herstellung der Lotterie, die Einführung des Chausseegeldes, die Verfügung einer Salzsteuer. Jemand meinte, daß die Auflage gerichtlicher Sporteln zweckmäßiger sein würde als die Lotterie; der Rat löste den Zweifel, indem er beides annahm. In betreff der Staatsschuld wurde beschlossen, daß ein Drittel derselben zu konsolidieren sei, mit anderen Worten, daß die Zinsen der beiden anderen Drittel nicht mehr bezahlt werden sollten. Bisher hatte man thatsächlich nur ein Viertel, und dies nicht vollständig, bezahlt, immer aber den Rechtsanspruch der Gläubiger anerkannt. Ob in Zukunft die Zahlung des konsolidierten Drittels regelmäßig erfolgen würde, mußte von dem Ertrage der neuen Steuern abhängen: für die Gegenwart brachte der rettende Staatsstreich der französischen Nation außer der Beschützung der Plusmacher für zwei Drittel ihrer Schuld den erklärten Bankerott.

Indessen hatte das Direktorium für die Geächteten die heißen Sumpf- und Sandstriche von Cayenne als künftigen Wohnort bestimmt, so daß es guten Grund hatte, wenn einer seiner Beamten dem treuen Diener Barthélémys, Letellier, der seinen Herrn zu begleiten wünschte, grob entgegenrief, er sei nicht bei Sinnen, denn diese Deportation sei der Tod. Die Behandlung der Unglücklichen auf der ganzen Ueberfahrt bekundete diese Gesinnung der Machthaber. Durch Frankreich hindurch wurden sie auf vergitterten Wagen unter Entbehrungen und Mißhandlungen aller Art nach Rochefort geschleppt und dann auf den Schiffen in den untersten Kielraum bei elender Beköstigung zusammengepackt; es erschien wie ein Wunder, daß sie auch nur den Ort der Verbannung erreichten. Es waren im ganzen 209 Personen, darunter die hervorragendsten Männer des Landes, wie Barthélémy, Pichegru, Barbé-Marbois, und von diesen waren vor Ablauf eines Jahres 35 dem Sumpffieber erlegen, 85 schwer erkrankt. Es war ein Glücksfall

über jede Wahrscheinlichkeit hinaus, wenn noch zwei Jahre weiter ein einziges Opfer das Sonnenlicht sah.

Das Direktorium stand am Ziele seiner Wünsche. Noch einmal konnten die Männer des Konventes den Fuß auf den Nacken des gebändigten Frankreich setzen. Noch einmal war das Land unter die allmächtige Herrschaft einer demokratischen Minderheit geworfen, einer Partei, welche sich von den alten Jakobinern nur dadurch unterschied, daß sie ihre Gegner nicht auf dem Schafott, sondern durch das Faulfieber sterben ließ, daß sie ihre Macht nicht auf einen aufgeregten Pöbel, sondern auf die organisierte Militärmacht stützte, daß sie nicht mehr durch Papiergeld und Maximum, sondern durch den Mißbrauch der gewohnten Staatsfinanzen sich die Habe ihrer Unterthanen aneignete. Sonst aber war den Jakobinern erster und zweiter Hand die Nichtachtung des Rechts, der Fanatismus für ein selbstgemachtes Staatsideal und der Haß der individuellen Selbstbestimmung gemeinsam. Nach dem 18. Fructidor beeilten sie sich, die Preßfreiheit vollständig zu ersticken und die Unabhängigkeit der Gerichte zu zerbrechen. Die vom Volke ernannten Verwaltungsbeamten wurden massenweis durch die Kreaturen der Regierung ersetzt, Lyon und ein großer Teil des Südens unter Bonapartes Militärbefehl gestellt. Für die Mehrheit der Departements waren die Wahlen zur Volksvertretung kassiert, und wie es bei den Neuwahlen hergehen würde, kündigte bereits am 10. September eine Verhandlung der Fünfhundert mit frecher Offenheit an: es wurde beantragt und beschlossen, alle anhängigen Prozesse wegen Gewaltthätigkeiten und Prügeleien bei den Wahlen im Frühling niederzuschlagen; denn, wurde bemerkt, die Angeklagten sind sämtlich Patrioten und würden ohne diese befreiende Maßregel nicht wagen, auf die bevorstehenden Wahlen wieder einzuwirken. Unter diesen Umständen fühlte sich das Direktorium stärker als jemals früher und beschloß, sich denn auch seiner wirksamsten Stützen, der Armeen, gründlicher als bisher zu versichern. Es hatte dem General Moreau seine Lauheit bei den Vorbereitungen zum Staats-

streiche nicht vergessen und berief ihn also gleich nach dem Triumphe des 18. Fructidor zu einer mündlichen Beratung nach Paris. Es war eine milde Form für seine Absetzung; man zürnte ihm noch aus dem besonderen Grunde, weil er Briefschaften über Pichegrus Verkehr mit Condé, die im April in seine Hände gefallen, erst am 3. September nach Paris, und zwar nicht amtlich an das Direktorium, sondern privatim an den Direktor Barthélémy eingesandt hatte. Der Befehl über das Rheinheer wurde einstweilen dem General Hoche übertragen und somit die Leitung des Rhein- und des Sambreheeres in einer Hand vereinigt. Gleich nachher aber starb Hoche, durch Anstrengungen, Genüsse und Leidenschaften aller Art aufgerieben, in der Blüte des ersten Mannesalters, und das Direktorium benutzte den Anlaß, um seinen besten Helfer beim Staatsstreich, den General Augereau, auf gute Art aus Paris zu entfernen. Augereau war durchaus der Meinung gewesen, daß ihm jetzt eine Stelle im Direktorium selbst gebühre, und hatte nicht wenig gezürnt, als man ihm einen Advokaten und einen Litteraten vorzog. Als man ihm jetzt den Oberbefehl über die beiden größten Heere der Republik, ein Kommando, doppelt so groß wie jenes des Generals Bonaparte, übertrug, konnte er freilich nicht anders als sich zufriedengestellt erklären.

Viertes Kapitel.

Friede mit Oesterreich.

Während in Frankreich General Bonaparte mit höchster Genugthuung den Triumph der Revolutionsmänner sich vollziehen sah, kamen in der europäischen Politik ohne sein Zuthun die Verhältnisse seinen Wünschen entgegen.

Es läßt sich nicht bezweifeln, daß bei allseitiger Begeisterung oder durchgreifender Leitung Oesterreich im Som-

mer 1797 reichlich so viele Mittel wie der französische Gegner gehabt hätte, seine diplomatischen Ansprüche im Notfall noch einmal mit gewaltiger Waffenmacht geltend zu machen. Allerdings hatte es jetzt sechs schwere Kriegsjahre hinter sich und stand im Reichtum natürlicher Hülfsquellen ohne Zweifel Frankreich nach. Dafür hatte es seine militärischen Kräfte lange nicht in dem Maße wie dieses angestrengt und war nicht wie dieses durch die entsetzlichen Verluste und Leiden einer beispiellosen Revolution hindurchgegangen. Wenn Frankreich befähigt war, nach dem Abschluß der Präliminarien seine Heere zu erfrischen, zu ergänzen und in schlagfertigen Stand zu setzen, so hätte auch den Kräften Oesterreichs bei einer tüchtigen Verwaltung und entschlossenen Gesinnung diese Aufgabe nicht zu schwer sein dürfen. Aber eben diese wesentlichsten Voraussetzungen fehlten an allen Enden. Wohl zürnte der Kaiser auf Bonaparte und die Jakobiner und erklärte auf jede Vorstellung Thuguts seine Bereitwilligkeit zur Ausdauer. Aber schon in seiner nächsten Nähe stand die Kaiserin, unaufhörlich von Neapel her auf eiligen Frieden gedrängt und selbst erfüllt von der Angst vor unendlichem Elend bei längerer Fortdauer des Krieges. Es wurde erzählt [1]), bei Bonapartes Anmarsch auf Wien habe sie mit ihren Kindern im entscheidenden Augenblicke sich dem Kaiser, inmitten des versammelten Ministerrates, zu Füßen geworfen und ihn zum Eintreten in die Friedensverhandlung bestimmt; jedenfalls war auch jetzt ihr Einfluß stark genug, um Thugut an der gänzlichen Beseitigung Gallos zu hindern, so zornig dieser über den Neapolitaner und dessen stetes Flehen um raschen Separatfrieden war. Wie es sonst mit dem Hofe und dem hohen Adel stand, haben wir mehrfach beobachtet: der nächste Vertraute des Kaisers, Graf Colloredo, obwohl kein Widersacher Thuguts, hatte doch viel schwächere Nerven als dieser, und über die Umtriebe der Trauttmansdorff und Rotenhan hatte der Minister unaufhörlich zu klagen. Die Bevölkerung,

[1]) Von General Mack dem englischen Gesandten.

vor allem die Wiener, war des Krieges gründlich müde und nahm es mit den Bedingungen durchaus nicht genau, wenn nur auf irgend welche Art Friede würde. Das schlimmste war, daß diese Gesinnung ganz unverhohlen auch in dem Heere sich geltend machte, weniger bei den rheinischen, noch nicht von Bonaparte getroffenen Regimentern, um so rückhaltloser aber bei den gegen Italien aufgestellten Truppen, deren Zahl nach Thuguts Angabe [1]) damals zwar auf 90 000 Mann gebracht, deren Kriegsmut aber völlig erloschen war. Auch General Mack, so gute Dienste er im April gethan, so eifrig er jetzt für Ausrüstung und Zucht der Mannschaften sorgte, erklärte es für Wahnsinn, nochmals loszuschlagen, ehe man durch den Friedensschluß in den Besitz der venetianischen Festungen und Mantuas gelangt sei: wenn man den neuen Kampf ohne diese Stützpunkte beginne, so werde der Feind nach kurzer Frist zum zweiten Male in der Nähe von Wien stehen. Kurz, wohin Thugut blickte, sah er sich ohne Unterstützung. Der Kaiser war langsam, unschlüssig, ohne Festigkeit gegen die sich widersprechenden Einflüsse; die Finanzen waren, wenn nicht völlig auf dem Trockenen, so doch in knappster Bedrängnis, die Heeresrüstungen in schleppendem, täglich stockendem Fortgange. „Bei Gott," schrieb er mehr als einmal an Colloredo, „mit allem Grimm im Herzen, was kann man thun? Die Maschine ist aus allen Fugen."

Wollte er unter solchen Verhältnissen seine Forderungen gegen Bonapartes Sträuben durchsetzen, so war er um so mehr auf die Hülfe der früheren Bundesgenossen angewiesen. Hier aber standen die Aussichten nicht besser als im Inlande. Kaiser Paul war und blieb in seiner friedfertigen Laune; er war damals eifrig mit der Umformung seiner Armee und mit der Einübung einer neuen Fechtmethode beschäftigt und erklärte für diese Schul- und Uebergangszeit jedes kriegerische Auftreten für schlechthin unmög-

[1]) In einer Depesche nach Petersburg, 30. August, höchst wahrscheinlich etwas übertrieben.

lich. Es blieb also nur noch England übrig, und wir haben wahrgenommen, wie wenig Thugut seit Leoben für ein gutes Verhältnis zu dieser Macht gethan hatte. Ja, unmittelbar vor dem neuen Zerwürfnis mit Bonaparte hatte er in seiner eigensinnigen Weise die Verstimmung des englischen Ministeriums beinahe zur Erbitterung gesteigert. Nachdem der Abschluß der Präliminarien in London bekannt geworden, hatte Pitt begreiflicherweise die Realisierung des früher verheißenen österreichischen Kriegsanlehens unter englischer Garantie nicht weiter verfolgt; statt dessen aber schloß Lord Grenville im Mai einen besonderen Vertrag mit dem kaiserlichen Gesandten Starhemberg, nach welchem Oesterreich eine kleinere Anleihe von etwas über $1\frac{1}{2}$ Millionen Pfund Sterling machen würde, um hiermit die monatlichen Vorschüsse zurückzuzahlen, welche England während des Krieges der österreichischen Regierung, unter Vorbehalt ihrer Tilgung aus der Anleihe, geleistet hatte. Obwohl nun die Zahlungspflicht unzweifelhaft war, verweigerte doch unter allerlei Vorwänden Thugut die Bestätigung des Vertrags, was vor allen Dingen die Folge hatte, daß England die vorgeschossenen Summen nicht zurückerhielt. Lord Grenville erschöpfte sich in Vorstellungen bei Starhemberg, Sir Morton Eden bei Thugut; es war alles vergeblich, und das englische Ministerium begann in sehr hohem Tone von der geschäftlichen Unzuverlässigkeit Oesterreichs zu reden. Es war also äußerst fraglich, wie groß der Eifer Englands zur Unterstützung der österreichischen Politik gegen Bonaparte sein würde.

Indessen machte Thugut den Versuch. Er hatte, nachdem er Bonapartes heftige Note vom 21. Juni empfangen, mehrere Gespräche mit Sir Morton Eden; er versicherte ihm, daß Gallo niemals befugt gewesen, auf den Kongreß zu verzichten, daß Bonaparte die schönsten Vorteile in Aussicht gestellt, wenn Oesterreich mit Uebergehung seiner Bundesgenossen sofort abschließe, daß der Kaiser sich zu einer solchen Rücksichtslosigkeit gegen England und Rußland nicht herbeilassen könne, aber freilich, ehe er zum offenen Bruch mit

Bonaparte schreite, Sicherheit haben müsse, daß England nicht vorher seinerseits einen Separatfrieden mit Frankreich mache. Sir Morton berichtete darüber am 5. und 12. Juli; man kann annehmen, daß er nach den Erfahrungen des April in seinen eigenen Aeußerungen gegen Thugut vorsichtig gewesen, nach seiner ganzen Gesinnung aber dem kaiserlichen Minister nicht von vornherein jede Hoffnung abgeschnitten hat. Wenigstens schritt in den nächsten Wochen Thugut vorwärts, als sei er der englischen Hülfe völlig sicher. Er setzte es jetzt bei dem Kaiser durch, daß Gallo jene polemischen Noten, vom 18. Juli, den Franzosen überreichen mußte; er erwirkte zugleich die Weisung an den Marchese, sich nach Wien zu begeben und die weitere Verhandlung dem Grafen Cobenzl zu überlassen, und sandte diesem den definitiven Befehl der Abreise von Petersburg, um mit größerer Festigkeit als Gallo dem französischen Eroberer entgegenzutreten.

Aber diesem Eifer war kein langes Leben bestimmt. Denn die Antwort, welche auf Thuguts Eröffnungen aus London erfolgte, war niederschlagend im höchsten Maße. Lord Grenville schrieb am 21. Juli an Starhemberg: „Man fängt also an, in Wien die Wahrheit dessen zu erproben, was Sie und ich dort so oft tauben Ohren gepredigt haben, daß man nämlich bei einer Unterhandlung mit Frankreich wohl glänzende Bedingungen, aber niemals die Gewißheit ihrer Erfüllung erlangen könne. Man schlägt uns wirklich vor, die alte Eintracht zu erneuern und unsern Frieden gemeinsam auf einem zukünftigen Kongresse zu unterhandeln. Wir antworten, daß es zu spät ist, auf einen Kongreß zu warten. Man hat uns weder über die Präliminarien noch über den Kongreß früher eine Mitteilung machen wollen, als bis die Pariser Zeitungen das Geheimnis bereits allen französischen und englischen Kaffeehäusern erzählt hatten. Die Eröffnung, die man uns endlich zukommen ließ, war so dürftig und so wenig freundschaftlich wie möglich. Dies wäre die Rechtfertigung unserer Separatunterhandlung, wenn eine solche überhaupt nötig wäre. Möge aber dieser

Schritt gut oder schlecht sein, er ist einmal gethan; wir haben die Verpflichtung übernommen, mit redlichem Willen einen definitiven Frieden zu unterhandeln, und Se. Majestät wird dieser Pflicht nachkommen wie jeder andern. Das Ergebnis ist freilich nicht gewiß; der Gegner kann die Gelegenheit benutzen wollen, uns beide zu täuschen, und in diesem Falle könnten wir das alte Einverständnis erneuern." Lord Grenville schloß dann mit den Worten: „Dixi; es ist nun Ihre Sache, diese Skizze auszuführen und meiner ganz nackten Wahrheit die Kleider und den Schmuck anzulegen, deren sie bedarf, um sich vor fremden Leuten sehen zu lassen." Ganz in derselben Weise wurde zwei Tage später auch Sir Morton Eden beschieden: schlägt unsere französische Unterhandlung fehl, so sind wir zu ferneren Abreden mit Oesterreich bereit; meint Frankreich es redlich, so schließen wir unseren separaten Frieden.

Diese einfache und kategorische Sprache schlug durch. Bei einer solchen Haltung Englands wäre es mehr als lächerlich gewesen, sich in Udine noch länger hinter die Forderung eines Kongresses zu verstecken, und mehr als thöricht, in irgend einem Falle noch auf volles Vertrauen und hingebende Hülfe Englands zu rechnen. Wohl oder übel mußte man also Frankreich gegenüber einlenken. Thugut meinte, vielleicht bei Talleyrand, der eben damals das Ministerium übernahm, einen bequemeren Boden als bei Bonaparte zu finden, und sandte diesem am 31. Juli eine Note, welche in aufgebauschten Wendungen die Friedensliebe und Vertragstreue des Kaisers rühmte und mit feierlichem Nachdrucke den Rechtsanspruch auf einen Kongreß aufrecht hielt, dann aber bemerkte, daß England allerdings sich jetzt auf einen anderen Boden gestellt, der Kaiser also nur noch das vertragsmäßige Recht Rußlands auf Teilnahme an den Verhandlungen zu wahren habe. Er hoffe hiernach, schloß darauf die Note, Bonaparte werde solche Weisungen erhalten, daß alle Schwierigkeiten sich ebnen würden. Da Kaiser Paul entfernt nicht gesonnen war, von seinem Rechte Gebrauch zu machen, so war unter allen den stolzen Worten

schließlich der Rückzug erklärt und die Bereitwilligkeit zur Fortsetzung der Udiner Verhandlung ausgesprochen. „Da England für sich allein unterhandelt," sagte Thugut einige Tage später zu Sir Morton, „Rußland aber sich völlig gleichgültig verhält, so will der Kaiser den Kongreß auf die Reichsangelegenheiten beschränken und seinen eigenen Frieden in Udine zum Abschluß führen."

Eine Woche später, am 9. August, kam Cobenzl in Wien an. Was er aus Petersburg brachte, war nicht geeignet, den Mut zu erhöhen: noch bei der Abschiedsaudienz hatte ihm Paul mit höchster Gelassenheit gesagt, es werde ohne starke Aenderungen in der deutschen Reichsverfassung der Friede schwerlich zu erreichen sein. Gegen derartige Zumutungen Bonapartes war also bei Rußland ebensowenig Hülfe wie bei England zu finden. Wie es scheint, hatte Graf Cobenzl nicht eben großen Eifer, unter so hoffnungslosen Umständen seinen Ruhm an die französische Unterhandlung zu setzen. Obwohl eigens zu diesem Zwecke von Petersburg zurückberufen, blieb er fürs erste ruhig in Wien. Thugut sagte dem englischen Gesandten, der Graf werde sich vielleicht nach Görz verfügen, um von dort aus Gallos gar zu lebhaften Eifer im Zaume zu halten. Es war doch wieder der neapolitanische Marchese und dessen alter Genosse Merveldt, die mit dem Gesandten in Basel, Degelmann, am 11. August die ferneren Weisungen für Udine in Empfang nahmen. Diese Instruktion zeigte in allen Punkten das Bewußtsein der ungünstigen Lage. Wie wir uns erinnern, hatte Bonaparte Mantua für Cisalpinien und Mainz für Frankreich begehrt, dem Kaiser aber Venedig, Salzburg und Passau angeboten: Thugut dagegen hatte einzelne Stücke des linken Rheinufers preisgeben wollen, dafür aber in Italien die Abtretung der Legationen gefordert. Jetzt wurden immer noch die Gesandten befehligt, die bisherige Position so lange wie möglich zu behaupten, den Anspruch auf den europäischen Kongreß sich vorzubehalten, die gemessensten und behutsamsten Formen der Verhandlung zu beobachten: schließlich aber erhielten sie die Vollmacht zu sehr bedeuten-

den Einräumungen, und zwar durchaus in dem Sinne, daß sie unerschütterlich auf der italienischen und erst, wenn hier gesichert, dann nachgiebig auf der deutschen Seite sein sollten. Für Italien würden sie zunächst die Herstellung der venetianischen Adelsverfassung fordern; wenn dies, wie vorauszusehen, unerreichbar wäre, so wolle der Kaiser, zur Verhütung demokratischen Unfugs, sich herbeilassen, Venedig und die Legationen unter seine eigene Herrschaft zu nehmen und dann einen Teil der Provinz Brescia der cisalpinischen Republik abtreten; sollte auch dieses System Schwierigkeiten finden, so würden die Gesandten die Franzosen auffordern, anstatt der Legationen ein anderes italienisches Territorium von gleichem Werte für den Kaiser auszumitteln. Was Deutschland betraf, so sollten sie alle Einzelheiten auf die künftige Verhandlung des Reichsfriedens verweisen und nur den Grundsatz der Reichsintegrität nach Artikel fünf der Präliminarien zu wiederholter Anerkennung zu bringen suchen. Würde hier aber die Hartnäckigkeit der Franzosen unbesiegbar sein, so wolle der Kaiser so weit nachgeben, daß er in einem geheimen Artikel Lüttich, Stablo, Malmedy und Logne den Franzosen überließe und sich verpflichtete, falls dann das Reich dieser Abtretung nicht zustimmte, demselben seine Unterstützung zu entziehen und sein Kontingent von dem Reichsheere abzuberufen. Damit aber war die Reihe der eventuellen Zugeständnisse noch nicht geschlossen. „Der Kaiser," sagte die Instruktion, „liebt es, sich zu überreden, daß die Franzosen die dem Artikel 5 gebührende Rücksicht nicht völlig aus den Augen setzen werden. Indes um jeden Argwohn gegen seine aufrichtige Friedensliebe zu zerstreuen, will er im Notfall einen Artikel genehmigen, daß er, wenn die Verhandlung des Reichsfriedens nicht zu dem gewünschten Ergebnis führe, dann zu dem weiteren Reichskriege nicht das ganze österreichische Heer, sondern nur sein Reichskontingent stelle." Also falls die Franzosen mit Lüttich u. s. w. zufrieden sind, gar keine Unterstützung des Reiches weiter durch den Kaiser, wenn sie aber mehr begehren, unter Umständen nur die Leistung des Reichskon-

tingents. Den Worten nach war es eine Abstufung des österreichischen Verhaltens in den beiden Fällen; thatsächlich hatte sie freilich nicht viel auf sich, da ja Thugut selbst in jener Instruktion vom 14. Mai bereits das Kontingent als höchst geringfügig, ja beinahe als nichtig bezeichnet hatte. Wovon macht nun Thugut diese letzte Einräumung abhängig? Er knüpft sie an zwei Voraussetzungen, eine formale und eine sachliche. Sie muß, sagt er, zunächst in einer passenden Weise ausgedrückt werden, so daß der Kaiser mit ihr dem Reiche nicht etwas zu entziehen, sondern zu gewähren scheine, etwa in der Wendung, daß er in einem solchen Falle sich vorbehalte, unbeschadet seines mit Frankreich geschlossenen Friedens, immer noch sein Kontingent zum Reichsheere zu stellen. Sodann schärft er in einem besonderen Schriftstücke den Gesandten ein, die Konzession mit der äußersten Zurückhaltung sich abringen und sie vor allem nicht eher in das Protokoll aufnehmen zu lassen, bis die italienischen Erwerbungen im österreichischen Interesse unwiderruflich festgestellt seien.

Mit einem Worte: die Franzosen mögen in Deutschland so viel nehmen, wie sie wollen, wenn sie in entsprechender Weise der österreichischen Ausdehnung in Italien zustimmen. Schon längst nahm Thugut an den deutschen Reichssachen kein positives Interesse mehr; er war thätig auf diesem Gebiete nur nach dem polemischen Sinne, Preußens Wachstum im Reiche zu hindern. Dieser Kampf erschien ihm zur Zeit, bei Englands Absage und bei Rußlands Gleichgültigkeit, hoffnungslos. Für den Augenblick wenigstens gab er ihn auf: mochten die deutschen Reichsstände sehen, hatte er schon im Frühling 1795 geschrieben, wie sie zwischen Frankreich und Preußen fertig würden. Er zog sich auf spezifisch österreichische Politik zurück und suchte für diese eine neue Zukunft auf einem Boden, der ja auch ein altkaiserlicher war, auf dem Boden Italiens.

Gallo langte, mit diesen Instruktionen gerüstet, am 17. August in Udine an, wo Merveldt und Clarke anwesend waren, Degelmann am 19. eintraf. Auf Clarkes Meldung

darüber setzte sich denn auch Bonaparte in Bewegung und kam den 27. August nach Passariano, einem Landhause des Exdogen Manin, in der Nähe von Udine; es wurde darauf beschlossen, die Konferenzen abwechselnd in beiden Orten zu halten. Die Verhandlung begann denn; aber allerdings, Thuguts Vorschriften entsprechend, entwickelte sie sich mit äußerster Langsamkeit. Denn Bonaparte stand fest auf dem seit dem 26. Mai beschrittenen Boden und hatte soeben, infolge des Thugutschen Briefes an Talleyrand, durch diesen neue Instruktionen vom 19. August erhalten, welche, im geraden Gegensatze zu Thuguts Wünschen, Oesterreichs italienische Erwerbungen auf das kleinste Maß zurückzuführen mahnten: Bonaparte wurde angewiesen, in Italien den Kaiser, wenn irgend möglich, auf Istrien und Dalmatien und, falls dies unerreichbar sei, auf die Etschlinie zu beschränken, in Deutschland aber mindestens die 1793 vom Konvente reunierten Landschaften, insbesondere Speier, Worms und Mainz, für Frankreich zu fordern, die Entschädigung des Kaisers, Modenas und Oraniens auf Säkularisationen anzuweisen und die venetianischen Festungen in keinem Falle den Oesterreichern früher zu überliefern, ehe diese die rheinischen geräumt hätten. Immer betonte Talleyrand in seiner ausführlichen Erörterung wiederholt, es seien dies Ansichten und Wünsche des Direktoriums, keineswegs aber bindende Befehle; man vertraue der Kraft und Weisheit Bonapartes vollständig und gebe ihm unbedingt freie Hand, abzuschließen, wie er es für gut und nötig erachte [1]). So standen die beiden Parteien weit auseinander, als sie am 31. August in ihrer ersten Konferenz die Verhandlung durch Austausch ihrer Vollmachten begannen. Die zweite Sitzung wurde mit Hin- und Herreden über jenen österreichischen Vorbehalt des europäischen Kongresses im Fall des Mißlingens der jetzigen Unterhandlung verbracht; die Franzosen wollten denselben nicht zulassen; endlich beschloß man, ohne Entscheidung der Frage darüber

[1]) Correspondance inédite, VII, 220 ff.

hinwegzugehen und vor allem die Probe zu machen, wie weit die jetzige Unterhandlung gediehe. In der dritten Konferenz erklärten die Franzosen, daß sie sich nur noch bis zum 1. Oktober an die Präliminarien gebunden erachten dürften, die Oesterreicher aber brachten sofort eine kräftige Verwahrung gegen jede solche Fristsetzung ein. Endlich, in der vierten Konferenz, am 4. September, kam man zur Sache. Man legte der Beratung die Artikel der Präliminarien zum Grunde. Die ersten gaben zu keinen Bemerkungen Anlaß; desto ausführlichere Erörterungen führte jedoch der fünfte herbei, der einen Kongreß zur Beratung des deutschen Friedens auf der Grundlage der Integrität des Reiches verhieß. Hier fragten zunächst die Franzosen, ob und wann der Kongreß stattfinden solle, und beantragten, ihn gleich nach dem Abschluß des österreichischen Friedens in Rastatt zu eröffnen. Die kaiserlichen Gesandten erwiderten, daß sie nur zur Unterhandlung des letzteren bevollmächtigt seien und für den Reichsfrieden keine Instruktion besäßen. Zwei Tage nachher, am 6., in der fünften Konferenz, gelangte man zur Beratung des Artikels, welcher den Franzosen Belgien abtrat und ihre konstitutionellen Grenzen anerkannte, und Bonaparte erhob den Anspruch, daß unter dem letzteren Titel nicht bloß die in der jetzigen Verfassung aufgezählten, sondern auch die durch einzelne Konventsbeschlüsse 1793 mit Frankreich verbundenen Landschaften inbegriffen seien. Die kaiserlichen Gesandten führten dagegen aus, daß es sich bei den konstitutionellen Grenzen höchstens um einzelne belgische Enclaven handeln und der Artikel nur die bisher österreichischen, nicht aber die Besitzungen anderer Reichsstände verstehen könne, zumal Artikel 5 die Integrität des Reiches ausdrücklich anerkannt habe. In der siebenten Konferenz, am 9. September, besprach man die venetianischen Angelegenheiten und fand sich wieder auf völlig entgegengesetzten Standpunkten. Die Franzosen verwahrten sich gegen die österreichische Besetzung der dalmatinischen Inseln und Cattaros, während die Kaiserlichen diese Landschaften für untrennbare Dependenzen des

dem Kaiser überlassenen Dalmatien erklärten. Ihrerseits begehrten sie darauf die Herstellung der venetianischen Adelsherrschaft, worauf aber Bonaparte entgegnete, daß er nicht berufen sei, in die innere Verfassung Venedigs einzugreifen, und zu großem Zorne der Gegner sogar die Behauptung aufstellte, daß ein Vertreter des demokratischen Stadtrats von Venedig zu den Verhandlungen hinzuzuziehen sei. Genug, ein jedes der Sitzungsprotokolle zeigte das trübe Ergebnis, daß man die streitenden Auffassungen sich zwar sehr deutlich entgegengestellt, zur Lösung aber keinen Schritt vorwärts gethan hatte.

Indessen hatte Bonaparte weitere Mittel in Bewegung gesetzt, um auf die kaiserlichen Unterhändler einzuwirken: Mittel sowohl der Ueberredung als der Einschüchterung. Gleich nach den ersten Konferenzen bemerkte er ihnen, daß man zu keiner Verständigung kommen würde, wenn man an dem bisherigen Verfahren festhielte, sich nur in den amtlichen Verhandlungen unter Aufsicht des Protokollführers zu sehen und nicht daneben in vertraulicher Besprechung einen Ausgleich der Meinungen suche. Die Gesandten gingen darauf ein und ließen in diesen Gesprächen nur zu bald erkennen, wie sehr sie persönlich zu friedseligster Nachgiebigkeit bereit wären. Schon früher bei Clarke hatten sie solche Geständnisse gemacht; es war besonders Gallo, der dem Franzosen seinen Kummer über Thuguts Eigensinn nicht verbarg und ihm selbst seine neapolitanischen Briefe zeigte, in welchen der Wiener Hof zum eiligsten Abschluß auf jede Bedingung ermahnt wurde [1]). Es kam dazu, daß sich damals die Höfe von Parma, Florenz und Neapel sehr eifrig mit Plänen über die Teilung des Kirchenstaats beschäftigten, dafür in Wien durchaus keine Zustimmung fanden und sich um so mehr um den Schutz des Generals Bonaparte bemühten, zumal Neapel, welches auch noch auf einige der Jonischen Inseln begehrliche Blicke warf und darüber bei dem französischen Gesandten Cacault vernehmlich anklopfte.

[1]) Clarkes Berichte im Pariser Archiv des Auswärtigen.

Bonaparte, welcher diese Wünsche äußerst lächerlich fand, redete mit Gallo darüber in einer, allerdings nicht bindenden, immer aber sehr entgegenkommenden Weise und gewann hiermit das ganze Herz des leichtgläubigen Diplomaten. Gallo vertraute ihm darauf seinen ganzen Zorn gegen Thugut an, der allein, gegen die Wünsche des Kaisers und des Volkes, den Frieden hindere, und war bereit, durch den Einfluß der Kaiserin das mögliche zu dem Sturze des zähen Ministers zu thun. Am 5. September gestanden die Bevollmächtigten dem General das letzte Wort ihrer Aufträge, die Forderung von ganz Venetien und den Legationen, als der Bedingung aller rheinischen Abtretungen. Bonaparte fand für gut, hier die rauheste Seite herauszukehren. Er fuhr sie heftig an, fragte, wie nahe ihre Armee bei Paris stände, und trug einen heftigen Zorn über die Unverschämtheit solcher Vorschläge zur Schau; er redete sehr geringschätzig über das österreichische Heer und versicherte ihnen, daß er binnen vierzehn Tagen Wien erreichen würde, wenn sie es durch so wahnsinnige Forderungen zu neuem Kriege trieben. Um ihnen diesen Eindruck zu schärfen, erließ er zwei Tage nachher einen Heerbefehl, welcher seinen Divisionen ankündigte, daß sie am 23. September in jeder Hinsicht gerüstet, zum Ausmarsch bereit sein müßten. Merveldt war ganz durchdrungen von der hier aufsteigenden Gefahr und versuchte bei weiteren Gesprächen, am 10. und 12. September, Bonapartes äußerste Zugeständnisse zu erforschen. Während dieser Erörterungen kam am 11. die Nachricht von dem Staatsstreiche des 18. Fructidor nach Passariano, und Bonaparte ermangelte nicht, den Oesterreichern das Ereignis als sein eigenstes Werk zu schildern und die hiermit erfolgte innere Kräftigung der Republik mit Nachdruck hervorzuheben. So sank den kaiserlichen Unterhändlern der Mut vollständig, und Merveldt entschloß sich, selbst nach Wien hinüber zu reisen, um Bonapartes neueste Vorschläge seiner Regierung zu überbringen und dringend die Genehmigung derselben anzuraten. Gallo wollte zu diesem Zwecke am Hofe alle Minen springen

lassen [1]). Man hatte in den letzten Konversationen verschiedene Entwürfe durchgesprochen und war dann bei dem Antrage stehen geblieben, daß Frankreich außer Belgien auch Mainz u. s. w., Oesterreich aber Venetien entweder ohne die Hauptstadt bis an den Oglio oder mit derselben bis an die Etsch erhalten sollte. Damit reiste Merveldt am 13. September ab, und die Unterhandlungen wurden ausgesetzt, bis die kaiserliche Entschließung über die Mitteilung einträfe.

Wie wir sehen, es war stets dasselbe Programm, über welches Bonaparte sich schon zu Montebello am 26. Mai mit Gallo verständigt hatte. Nachdem ihm Thugut selbst die Möglichkeit zur Umarbeitung der Präliminarien eröffnet, hatte er rasch die Gelegenheit ergriffen, die Grenzlinien der Etsch und des Rheines für den französischen Machtkreis zu gewinnen: weiter aber wollte er für den Augenblick nicht gehen und hatte damals den entschiedenen Wunsch, auf solcher Grundlage zum raschen Abschluß zu kommen. Denn mit jeder Woche waren seine orientalischen Entwürfe zu festerer Gestalt gediehen, und seine Ungeduld war groß, dieses neue und weitere Ruhmesfeld zu betreten. Gleich nach der Besetzung der Jonischen Inseln hatte er von dort aus Verbindungen auf der einen Seite mit den Griechen und insbesondere mit den kriegerischen Mainotten, auf der anderen mit den Paschas von Janina, Skutari, Bosnien angeknüpft. Während er den letzteren seine Achtung vor dem türkischen Namen und seine Bereitwilligkeit zur Förderung ihrer persönlichen Interessen beteuerte, trugen seine Agenten die Erinnerung an die alte nationale Herrlichkeit und die Lockungen revolutionärer Freiheit nach Hellas. Schon am 16. August schrieb er dem Direktorium, daß die Jonischen Inseln wichtiger für Frankreich seien als ganz Italien. „Das türkische Reich," sagte er, „zerfällt mit jedem Tage; der Besitz jener Inseln giebt uns die Mittel, es nach unseren Interessen zu stützen oder uns unseren Anteil zu nehmen. Die Zeit ist nicht entfernt, wo wir finden werden,

[1]) Bonaparte an Talleyrand 13. September.

daß wir uns Aegyptens bemächtigen müssen, um England gründlich zu zerstören." Noch ehe diese Depesche nach Paris gelangt war, schrieb ihm Talleyrand am 23. August, das Direktorium billige vollkommen die von ihm angeordnete Besetzung der Inseln, und fuhr dann fort: übrigens ist nichts wichtiger für uns, als festen Fuß zu fassen in Albanien, Griechenland, Makedonien und anderen Provinzen der europäischen Türkei und selbst in allen, welche das Mittelmeer bespült, namentlich in Aegypten, welches für uns eines Tages den höchsten Wert gewinnen kann. Bonaparte bedurfte nicht erst einer solchen Zustimmung, um in seinen Vorbereitungen mit wachsendem Eifer fortzufahren. Die Citadellen von Korfu und Cephalonia wurden emsig befestigt; im Arsenal von Venedig gingen die Arbeiten zur Ausrüstung und Bewaffnung der Kriegsschiffe bei Tag und bei Nacht weiter; Ende August konnte der General über eine stattliche Flotte von zwölf Linienschiffen und den entsprechenden leichten Fahrzeugen verfügen. Auf Anlaß jener neapolitanischen Wünsche verbreitete er sich in einem Briefe an Talleyrand, 13. September, aufs neue über diese Fragen. „Es muß," rief er, „fortan der große Grundsatz der Republik sein, Korfu u. s. w. niemals aufzugeben. Warum sollten wir nicht die Insel Malta hinzunehmen? Admiral Brueys könnte sehr leicht dort anlegen, und sich dann der Insel bemächtigen. Vierhundert Ritter und ein Regiment von höchstens fünfhundert Mann bilden die ganze Besatzung. Das Volk ist uns geneigt und haßt die Ritter; diese haben nichts zu leben und verkommen im Hunger. Im Besitz von St. Pietro, Malta, Korfu, wären wir die Herren des Mittelmeeres. Wenn es nötig würde, beim englischen Frieden das Kap abzutreten, so müßten wir Aegypten besetzen. Dazu würden acht bis zehn Linienschiffe und 25 000 Mann ausreichen. Aegypten gehört nicht dem Sultan; ich wünschte, daß ihr in Paris einige Nachforschungen veranlaßtet, um mich aufzuklären, welchen Eindruck auf die Pforte unsere ägyptische Expedition machen würde. Mit Soldaten, wie den unseren, für die alle Religionen gleich gut sind, Muham-

medaner, Kopten, Araber, Heiden, ist uns das alles höchst gleichgültig; wir würden sie alle mit gleicher Achtung behandeln." Drei Tage später erließ der General eine Proklamation an die Mannschaft der Flotte. Es galt den Jahrestag der Gründung der Republik. Er setzte sie in Kenntnis von den Umtrieben der Royalisten und dem glorreichen Tage des 18. Fructidor und fuhr dann fort: „Kameraden, nachdem wir dem Festlande den Frieden gegeben haben, werden wir zusammen wirken, um die Freiheit der Meere zu erobern. Wer von uns könnte das gräßliche Bild des eingeäscherten Toulon, des rauchenden Arsenals, der brennenden Kriegsschiffe vergessen? Der Sieg wird unsere Anstrengungen krönen. Ohne euch könnten wir den Ruhm des französischen Namens nur in einen kleinen Winkel Europas tragen; mit euch werden wir die Meere durcheilen, und der nationale Ruhm wird die entferntesten Lande erfüllen."

Inmitten dieser weit und weiter vorandrängenden Entwürfe hatte er am 11. September die Kunde des Pariser Staatsstreiches mit höchstem Jubel empfangen [1]). In dem Sturze der Clichyisten sah er die Möglichkeit einer kräftigen auswärtigen Politik; er meinte, das einzige Hindernis, das sich dem raschen Abschluß des österreichischen Friedens entgegengestellt, sei jetzt aus dem Wege geräumt; Oesterreich, seiner Pariser Mitschuldigen beraubt, werde sofort die ersehnte Uebereinkunft zeichnen und dann den französischen Waffen der unermeßliche Orient offen stehen. Aber bald genug wurden diese Hoffnungen ärgerlich gestört. Er hatte die Jakobiner in ihrer Herrschaft befestigt; er sollte auf der Stelle eine Probe jakobinischer Politik erhalten. Gleich am

[1]) Bourrienne I. ch. 18. Diesem bestimmten Zeugnis gegenüber sind Napoleons entgegengesetzte Versicherungen auf St. Helena ebenso unhaltbar wie hundert andere Stellen dieser nachträglichen Diktate. Er war nicht der Mann, gestürzte Gegner zu bemitleiden oder eine Deportation ohne Richterspruch zu verabscheuen; er wurde erst dann verdrießlich über die Direktoren, als diese seine eigenen Wünsche kreuzten.

2. September, am Tage des Staatsstreiches selbst, hatte ihm Barras geschrieben: „Friede, Friede, aber ehrenhaft und solid, um alles nicht der nichtswürdige Vorschlag Carnots, den Dir Lavallette übermittelt hat.“ Da Carnot sich mit den Präliminarien hatte begnügen wollen, Bonaparte aber darüber längst hinausgegangen war, so lag in Barras' Worten für diesen noch nichts Bedenkliches, so daß er am 13. ohne Besorgnis dem Grafen Merveldt die oben erwähnten Bedingungen nach Wien mitgab. Am 8. September aber gingen weitere Depeschen von Barras und Talleyrand aus Paris an ihn ab, die er um den 15. bis 18. erhielt. „Bringe den Frieden zum Abschluß,“ schrieb Barras, „aber einen ehrenhaften Frieden, der uns die Rheingrenze, der Cisalpinischen Republik Mantua, dem Hause Oesterreich aber nicht Venedig giebt: das ist der Wunsch des gereinigten Direktoriums und aller Republikaner; das ist das Interesse Frankreichs und deines unsterblichen Heeres.“ Talleyrand ermahnte ihn, den Ton zu steigern, die Oesterreicher vollständig aus Italien zu entfernen, der Republik die Rheinlinie zu verschaffen; dies sei das Losungswort aller Republikaner, dies sei auch die Absicht des Direktoriums; in jeder anderen Hinsicht lasse die Regierung seiner bewährten Einsicht freie Hand. Die erste Folge des von Bonaparte hervorgerufenen Staatsstreiches war also eine bestimmte Beschränkung der ihm bisher eingeräumten Machtvollkommenheit; das frisch erstarkte Direktorium legte ihm nicht mehr seine Wünsche vor, sondern sandte ihm seine Befehle. Und welche Befehle! Er sollte Oesterreich alles nehmen und nichts geben; es war der neue Krieg auf dem Kontinent, die unbestimmte Vertagung des orientalischen Siegeslaufes. In Paris stand eben die edle Gesinnung von 1793 wieder in voller Blüte, die herrische Begehrlichkeit, das unbesonnene Vorwärtsstürmen, die hastige Revolutionssucht. Die Direktoren hatten nichts gelernt und alles vergessen; nicht gelernt, daß das Treiben von 1793 nur durch die Zwietracht der Gegner vor schnellem Verderben bewahrt worden, und völlig vergessen, daß es auch

dann binnen Jahresfrist dem Lande mehr als eine Million streitbarer Männer und ungezählte Milliarden Vermögen gekostet hatte. Sie stürmten vorwärts, als ob es keine Schwierigkeiten gäbe. Sie steigerten die Gefahren und zerstörten die Hülfsmittel. Sie wünschten ganz Italien zu demokratisieren. Sie begannen weitschichtige, möglicherweise höchst bedenkliche Händel mit der Schweiz. Dagegen den Bundesvertrag mit Sardinien, den Clarke im April unterhandelt, der Frankreich die Insel Sardinien und dem General Bonaparte ein Hülfscorps von 9000 Mann verschaffen sollte, beschlossen sie zu verwerfen, weil die Republik durch denselben in die Lage kommen könnte, einen König gegen dessen rebellische Unterthanen zu stützen. Aus Lille riefen sie die bisherigen Unterhändler Letourneur und Maret zurück und gaben den Nachfolgern derselben die Weisung mit, den Verzicht Englands auf alle seine Eroberungen, gleichviel, ob französischer oder holländischer und spanischer Kolonien, zu fordern und im Weigerungsfalle den Lord Malmesbury binnen vierundzwanzig Stunden nach England zurückzuschicken. Krieg also, Krieg auf allen Seiten, Krieg ohne Ende.

Bonaparte antwortete auf die Briefe vom 8. September umgehend am 19. in einer noch etwas zurückhaltenden, aber äußerst ernsten Weise. Gewiß, er hatte nichts einzuwenden gegen Krieg und Eroberung; sein mächtiger Ehrgeiz umspannte die Welt mit schärferem Griffe, als es jemals die Brauseköpfe der Revolution gethan. Aber wenn er sie gelegentlich stützte, um sie für sein Interesse zu gebrauchen, so dachte er entfernt nicht daran, seinerseits sich der wüsten Unfähigkeit zu unterwerfen, die so leichtfertig unter tönenden Phrasen das schlechthin Zweckwidrige verfügte. Er schrieb dem Direktorium, daß Merveldt möglicherweise den Frieden aus Wien zurückbringe auf folgende Bedingungen: die Etschgrenze, einbegriffen die Stadt Venedig, für den Kaiser, Mantua für Cisalpinien, Mainz u. s. w. ebenso wie die Jonischen Inseln für Frankreich, Aussicht auf die gesamte Rheinlinie beim Reichsfrieden. Er müsse wissen, ob

die Regierung darauf abschließen wolle. Weigere sie Venedig dem Kaiser, so bezweifle er das Zustandekommen des Friedens; die Feindseligkeiten würden im Oktober wieder beginnen. Das österreichische Heer, an 100 000 Mann stark, stehe in voller Schlagfertigkeit dicht an der Grenze. Sein Heer zähle allerdings 83 000 Mann, davon aber seien 15 000 in den Spitälern, 5000 gemäß Direktorialbefehl auf dem Marsche nach Lyon und Marseille, 15 000 unerläßlich für die italienischen Garnisonen. Es blieben also für die Feldoperationen 4000 Mann Reiterei und 45 000 Mann Fußvolk. Um nicht gleich anfangs der beinahe doppelten Uebermacht des Feindes zu erliegen, sei die Umkehr des nach Lyon abrückenden Corps und die Bestätigung des sardinischen Bündnisses dringend. Hierdurch verstärkt, habe er nicht die Sicherheit, aber doch die Möglichkeit, dem Feinde eine erste Niederlage beizubringen. Dringe er dann aber nach Steiermark vor, so sei es gewiß, daß alle österreichischen Heere sich gegen ihn wenden würden; er bedürfe dafür einer weiteren Verstärkung von 16 000 Mann, und zugleich müsse das französische Rheinheer zu kräftigem Vorbrechen im stande sein. „Bleibt ihr", schließt er, „bei dem Ultimatum, Venedig dem Kaiser zu weigern, so denke ich, daß die eben angezeigten Maßregeln ohne die geringste Zögerung ergriffen werden müssen."

Es war nicht möglich, die Verantwortung, welche das Treiben des Direktoriums in sich schloß, bündiger und wuchtiger zu bezeichnen. Dieser amtlichen Depesche fügte der General an demselben Tage noch ein Privatschreiben an Talleyrand hinzu, welches in politischer Hinsicht ebenso merkwürdig war wie jenes in diplomatischer. Talleyrand, dem alles daran lag, in der Macht zu bleiben, und der deshalb jedem Gelüsten der Direktoren schmeichelte, urteilte im stillen über ihre Fähigkeit nicht günstiger als Bonaparte, erkannte sehr wohl in diesem den Herrn der nächsten Zukunft und wünschte aus beiden Gründen eine nähere Verständigung mit ihm. Er begleitete also sein amtliches Schreiben vom 8. September mit einem vertraulichen Briefe,

worin er Bonaparte befragte, ob ihm eine Sendung des alten politischen Meisters Sieyès nach Italien genehm sein würde. Der General antwortete, daß ihm nichts Erwünschteres geschehen könne, und zeichnete sogleich in wenigen scharfen Strichen das Programm für die künftige Verfassung Frankreichs, an dessen Grundsätzen er dann sein Leben lang festgehalten hat. „Trotz unseres Stolzes," sagte er, „unserer zahllosen Broschüren und wortreichen Reden, sind wir noch höchst unwissend in der politischen Moral; wir haben noch nicht festgestellt, was unter ausübender, gesetzgebender, richterlicher Gewalt zu begreifen ist. Weshalb rechnen wir das Recht der Kriegserklärung, das Recht der Steuerbewilligung zu den Befugnissen der gesetzgebenden Gewalt? Das begreift sich bei einem Königtum, wo das Haus der Gemeinen die einzige Schutzwehr gegen die Habsucht der Hofschranzen bildet. Aber in einer Republik, wo alle Gewalt aus dem Volke ausströmt, wo das Volk der Souverän ist, warum der gesetzgebenden Gewalt Dinge anvertrauen, die ihrem Wesen fremd sind? Hier müßte die Regierungsgewalt als der eigentliche Vertreter der Nation betrachtet werden, welcher in Beobachtung der organischen Gesetze herrschte; er teilte sich in zwei Magistraturen, von denen die eine, sehr zahlreich aus erfahrenen und gebildeten Staatsmännern zusammengesetzt, beaufsichtigte und nicht handelte, in Wahrheit den großen Rat der Nation darstellte und die leitenden Grundsätze der Verwaltung ermittelte; die andere aber wäre, was heute ausübende Gewalt heißt. Der gesetzgebende Körper hätte dann die großen organischen Gesetze festzustellen; er wäre ohne Rang in der Republik, leidenschaftslos, ohne Augen und Ohren für seine Umgebung, würde uns nicht mehr mit tausend sinnlosen Gelegenheitsgesetzen überschwemmen." Der demokratische Kaiser, als einziger Vertreter der Volkssouveränität, der erhaltende Senat, die stummen Abgeordneten der Departements, wie sie das Frankreich des neunzehnten Jahrhunderts erlebt hat, sind in diesen Zeilen klar bezeichnet. „Hier ist", sagte Bonaparte, „ein vollständiges System der Politik, welches durch

unsere heutigen Umstände wohl verzeihlich wird. Es ist so traurig für eine große Nation, stets zu den Bajonetten greifen zu müssen, um das Vaterland zu retten. Die Notwendigkeit gewaltsamer Mittel ist eine Anklage gegen die Verfassung." Er bat Talleyrand, dieses Schreiben allein für sich und Sieyès zu behalten und darin einen Beweis seines vollen Vertrauens zu erblicken. Der künftige Herrscher Frankreichs bezeichnete damit seinen leitenden Minister und den Vorsitzenden seines großen Rates.

Einstweilen zeigte er nach jeder Seite, wie unerschütterlich er auf der einmal eingenommenen Position in der österreichischen Unterhandlung beharrte. Thugut hatte früher, während seiner Taktik des Hinzögerns, an die Ernennung kaiserlicher Bevollmächtigter für den Reichskongreß gedacht, um durch die plötzliche Eröffnung desselben die Unterhandlung scheinbar zu beschleunigen, thatsächlich aber weiter zu verwickeln. Auf die Nachricht, daß die Franzosen in der vierten Konferenz die Instruktionslosigkeit der kaiserlichen Gesandten über die Reichssachen selbst beklagt hätten, kam er auf den Gedanken zurück, vollzog die Ernennung und ließ Bonaparte zu der entsprechenden Maßregel auffordern. Aber Gallo mußte darauf wieder die bittersten Worte hören. Wir haben, rief Bonaparte, die Berufung des Reichskongresses gleich nach der Unterzeichnung des Separatfriedens beantragt; die Eröffnung desselben, während hier noch alles in der Schwebe ist, würde den Abschluß in höchstem Maße erschweren; ich muß euch sagen, daß das Direktorium über die lächerlichen Umtriebe des Wiener Hofes entrüstet ist; ihr müßt euch endlich erinnern, daß der Frieden zu Leoben von dem Sieger dem Besiegten geschenkt worden, daß in eurem Munde der Ton der Ueberlegenheit lächerlich, ja der Ton der Gleichheit unpassend wäre. Gallo, im höchsten Maße erschreckt, zog darauf seinen Antrag zurück.

Wenige Tage später kam die Reihe an das Direktorium. Unter dem 16. September hatte der Minister gemeldet, daß man dem General aus Frankreich höchstens 3000 Reiter ohne Pferde zur Verstärkung senden könne, daß er auf die

piemontesische Hülfe nicht rechnen dürfe, da das Direktorium den Bundesvertrag nicht zu bestätigen denke, daß er aber Venedig, die Terraferma und Friaul dem Kaiser schlechterdings verweigern solle. „Das ist," sagte Talleyrand, „das Ultimatum des Direktoriums. Wenn ihr glaubt, es nicht durchsetzen zu können, so berichtet weiter. Ihr werdet unbedingt Vollmacht erhalten. Aber nicht stark genug kann ich betonen, wie sehr das Direktorium auf jenen Bedingungen besteht. Es ist jetzt mächtig genug im Innern, um einen Frieden nicht auf Grund übereilter Präliminarien, sondern der nationalen Interessen zu fordern." In einem Federstriche also versagte das Direktorium dem General seine Verstärkungen, legte ihm die Gewißheit eines neuen Krieges auf und redete über seine Friedenspräliminarien mit unverblümter Verwerfung. Dazu kam, daß damals ein Adjutant Augereaus im Hauptquartier anlangte, mit einem Briefe desselben an Bonaparte, worin jener sich über Bonapartes langes Schweigen und die wenig patriotische Haltung Lavallettes beklagte, — Bonaparte antwortete darauf am 23. mit freundlichen Mahnungen zu politischer Weisheit und Mäßigung — sodann aber mit einem Rundschreiben Augereaus über den 18. Fructidor unmittelbar an die Divisionsgenerale des italienischen Heeres und endlich einer Depesche Scherers an den Zahlmeister der Armee, wieder mit völliger Umgehung Bonapartes. Dieser ergriff die ihm hier gebotene Formwidrigkeit und meldete dem Direktorium am 25. September, daß er seinen Abschied fordere. Keine Gewalt der Erde könne ihn im Dienste festhalten nach einem so abscheulichen und unerwarteten Beweise von der Undankbarkeit der Regierung. Seine Gesundheit und seine Seelenstimmung forderten gleich bestimmt seinen Rücktritt. Im Gegensatze zu diesem zornigen Pathos schrieb er gleichzeitig an Talleyrand einen ausführlichen Brief, worin er mit überlegener Kälte die vollkommene Thorheit der letzten Schritte des Direktoriums entwickelte. „Man schwächt mich", sagte er, „um 20 000 Mann, weil man nicht Verbündeter eines Königs sein will. Sind wir

nicht verbündet mit dem König von Spanien? Tragen wir nicht soeben ein Bündnis dem König von Preußen an? Will man etwa Piemont revolutionieren? Nun, das einfache und ruhige Mittel dazu ist die Mischung seiner Truppen mit den unsern; der Riese umarmt den Zwerg und erdrückt ihn in seinen Armen, ohne daß man ihn deshalb eines bösen Willens anklagen könnte. Wenn man das nicht begreift, so weiß ich nicht, was zu thun; wenn man der weisen und wahren Politik einer großen Nation, die gewaltige Aufgaben gegen mächtige Feinde zu erfüllen hat, die Demagogie eines Klubs unterschiebt, so wird man nichts Gutes zu stande bringen. Täusche man sich doch nicht über die sogenannten italienischen Patrioten. Ohne uns würde das italienische Volk, das uns gründlich haßt, sie in einem Augenblick zermalmen." Was er hier schriftlich nach Paris hinüber meldete, sprach er schonungslos tagtäglich seiner Umgebung aus. Barras' Sekretär Bottot, welcher mit Aufträgen des Direktoriums sich ihm vorstellte, erlebte schwere Stunden. Der General behandelte ihn mit eisiger Verachtung. Als er ihm den Wunsch des Direktoriums mitteilte, Italien zu republikanisieren, fragte Bonaparte, ob ganz Italien? ob auch das Herzogtum Parma? und da Bottot hierauf nicht zu antworten wußte, schrieb der General, er müsse das Direktorium bitten, seine Befehle deutlicher zu fassen. An der Tafel des Hauptquartiers, vor 30 oder 40 Personen, in Gegenwart Bottots und der österreichischen Gesandten redete er mit lauter Stimme von der Undankbarkeit des Direktoriums, und Bottot konnte sich überzeugen, daß nicht einer unter den anwesenden Offizieren war, der nicht unbedingt zu seinem Feldherrn gestanden wäre.

Die Wirkung war, um dies gleich hier vorauszunehmen, rasch und vollständig. Ehe der Brief vom 25. September dem Direktorium zukam, hatte es seine Forderungen noch zweimal, am 23. und 29., in gebieterischer Weise wiederholt. Aber kaum war ihm Bonapartes Haltung bekannt geworden, so sank sein Uebermut zusammen wie ein an-

geschossener Luftballon. Die anstößigen Briefe erklärten sie für einen bedauernswerten Irrtum untergeordneter Schreiber. Sie beteuerten ihre Verehrung und Ergebenheit für den General, wiesen sein Abschiedsgesuch weit hinweg, versprachen alle seine Begehren zu erfüllen und waren zufrieden, wenn er ihre Wünsche so weit wie möglich berücksichtigen wollte. Das Direktorium, schrieb Bottot bald nachher an Bonaparte, hat vielleicht manchen Fehler gemacht und nicht immer so richtig wie ihr die Dinge betrachtet: aber mit welcher republikanischen Gelehrigkeit haben seine Mitglieder eure Beobachtungen aufgenommen! Bonaparte, im voraus dieses Erfolges gewiß, war denn auch mit der Sicherheit voller Selbstherrlichkeit in die wieder beginnende österreichische Unterhandlung eingetreten. In Wien war man von dem bisherigen Verlaufe der Dinge und den Leistungen Gallos und Merveldts nicht eben erbaut. Schon am 10. September schrieb Graf Cobenzl seinem Freunde Panin, es stehe jetzt fest, daß binnen wenigen Tagen auch er nach Udine abgehen werde. Wenn damit Thugut einen geübteren Fechter auf den diplomatischen Kampfplatz zu senden hoffte, so war es um so wünschenswerter, ihn auch mit wuchtigen Waffen zu versehen. Immerhin hatte sich für Oesterreich seit dem 11. August die Lage in einer Beziehung verbessert, insofern der Pariser Staatsstreich den englisch-französischen Frieden erschwerte und damit dem Kaiser Aussicht auf Wiederannäherung des alten Bundesgenossen eröffnete. Indessen gab Thugut, wie wir wissen, seit langer Zeit nicht viel auf die englische Gesinnung; ungleich höher hätte er die russische Hülfe angeschlagen; leider aber lauteten die Berichte des Grafen Dietrichstein, welcher Cobenzl während dessen Abwesenheit in Petersburg vertrat, immer noch wenig ermutigend. Dies fiel um so schwerer in das Gewicht, als schon im Juli Preußen auf französisches Befragen erklärt hatte, daß der König ganz einverstanden sei, wenn in Deutschland eine Anzahl geistlicher Staaten säkularisiert würde. Thugut, welchem darüber eine nicht ganz bestimmte Notiz zukam, sah darin wieder viel mehr Feindseligkeit und Ge-

fahr, als irgend einem Menschen zu Berlin in den Sinn gekommen war. Er hielt es ungefähr für gewiß, daß Preußen und Frankreich ihr Offensivbündnis zur Beraubung und Umgestaltung Deutschlands abgeschlossen hätten: während der Antrag auf ein solches Bündnis in Wahrheit gerade im September zum großen Zorne des Direktoriums von dem damals todkranken Könige mit kühlem Mißtrauen abgewiesen wurde [1]). Thugut aber blieb in seinem feindseligen Argwohn gegen den Berliner Hof, und hauptsächlich in dieser Richtung wäre ihm Rußlands thatkräftiger Beistand unschätzbar gewesen. Noch einmal hatte er am 30. August einen Versuch in Petersburg gemacht. In einer eingehenden Depesche wurden alle Gefahren und Verdienste Oesterreichs entwickelt, die größte Festigkeit gegen den französischen Uebermut verheißen, dann aber um so nachdrücklicher Rußlands Einschreiten gegen Preußens Böswilligkeit begehrt. Der Kaiser, sagte Thugut, will es mit Frankreich allein aufnehmen, aber muß der russischen Unterstützung sicher sein, falls Preußen sich vergrößern wollte. Der Haß gegen Preußen war und blieb der entscheidende Beweggrund seiner Politik. Indessen war es bei dem Stande der damaligen Verkehrsmittel unmöglich, Cobenzls Abreise bis zum Eintreffen einer russischen Antwort hinauszuschieben. Die Ankunft Merveldts mit Bonapartes Ultimatum machte vielmehr eine rasche Entschließung unaufschieblich. Cobenzls Instruktionen wurden endgültig festgestellt; am 20. September schrieb der Kaiser einen eigenhändigen Brief an den General Bonaparte, worin er ihm unter der Beteuerung aufrichtigster Friedensliebe Cobenzls bevorstehende Sendung anzeigte. Am 26. langte darauf der Graf in Udine an und hatte am folgenden Tage seine erste Besprechung mit Bonaparte [2]).

---

[1]) Hüffer, Oesterreich und Preußen S. 363 ff. giebt eine ausführliche Uebersicht der völlig sterilen preußisch-französischen Verhandlungen dieser Zeit.

[2]) Ueber die folgenden Unterhandlungen vgl. Hüffer, Oesterreich und Preußen S. 384 ff., dessen Auszüge aus Cobenzls Depeschen, wo ich sie mit den Originalen verglichen habe, überall genau sind.

Cobenzl begann, wie früher seine Kollegen, mit dem Versuche, die österreichischen Behauptungen und Forderungen in vollem Umfange aufrecht zu erhalten. Gallo, sagte er, habe niemals Auftrag gehabt, auf den Kongreß zu verzichten, sondern nur dessen Thätigkeit vorzubereiten: wir wissen aus der Instruktion des 14. Mai, wie sehr dies buchstäblich wahr und thatsächlich unbegründet war. Man schob sich dann die erste Anregung des mißlichen Handels über Venedig einer dem andern zu; man stritt mit den alten Beweisen über den Sinn der gesetzlichen Grenzen Frankreichs und die deutsche Reichsintegrität. Bonaparte wurde äußerst heftig, erklärte, daß man ihn, der sich allen Königen gleich achte, seine Zeit nutzlos verlieren lasse: Cobenzl hielt sich möglichst kaltblütig, verbindlich in den Formen, fest in den Sachen. In dieser Weise, sagte endlich Bonaparte, werden wir bald genug an die ultima ratio regum gelangen. Noch unwilliger wurde er, als Cobenzl wieder die schleunige Berufung des Reichskongresses nach Rastatt anmeldete, und beruhigte sich erst, als jener ihm eine neue Berichterstattung nach Wien darüber zusicherte.

In der Konferenz des 28. September blieb der Ton ebenso kriegerisch, und Bonaparte gab zwei donnernde Noten über den Kongreß und die österreichische Langsamkeit zu Protokoll. Bei der geselligen Unterhaltung aber nach Tische wurde ein erheblicher Schritt vorwärts gethan. Cobenzl besprach die französische Forderung des linken Rheinufers und bemerkte, daß der Kaiser sie schon deshalb nicht bewilligen könne, weil Preußen darin einen Anlaß zu eigener Vergrößerung in Deutschland finden würde. Bonaparte sagte, daß der König von Preußen der Republik sich äußerst freundlich erzeige und letztere also keinen Grund habe, ihm entgegen zu sein: „Aber," setzte er hinzu, „wenn wir uns mit Ihnen einigen können, so giebt es für uns keinen Grund mehr, ihn irgend etwas nehmen zu lassen." Cobenzl fragte, ob der General sich zu einem geheimen Artikel dieses Sinnes verstehen würde? „Warum nicht?" antwortete Bonaparte, „ich sehe gar kein Hindernis, wenn wir im übrigen

einig werden." Dies war ein Wort, für Thugut so gewichtig und wohlklingend, wie kein anderes bisher in Udine vorgekommen war. Das Gespräch ging weiter, und Cobenzl kam auf die zweite Hauptfrage. Er habe niemals begriffen, sagte er, warum Bonaparte Oesterreich durchaus nicht den Po überschreiten lassen wollte; er sähe nicht, welches Interesse Frankreich dabei haben könne. „Das Interesse," rief Bonaparte, „Sie zu hindern, daß Sie nicht die Herren von ganz Italien werden." Und als Cobenzl die anderwärts von Oesterreich begehrten Opfer hervorhob: „Was können Sie," fragte Bonaparte, „in Italien noch fordern?" „Die drei Legationen," versetzte Cobenzl. „Ja," sagte der General, „und Venedig dazu, und Brescia dazu, und Mantua dazu." „Gewiß," erwiderte Cobenzl, „und das wäre noch sehr wenig für das, was wir in Deutschland einräumen sollen." „Unsere Rechnung geht weit auseinander," erklärte darauf Bonaparte, „ich würde in Paris gehenkt, wenn ich Ihnen die Legationen gäbe." „Und ich," antwortete Cobenzl, „verdiente Festungsstrafe, wenn ich Ihnen Mainz oder nur ein Stück vom linken Rheinufer überließe."

Wie drastisch hier der Gegensatz der Ansichten zu Tage trat, eine wesentliche Voraussetzung für die Verständigung war durch dieses Gespräch gewonnen. Bonaparte hatte sich in Montebello nicht geirrt, wenn er meinte, Oesterreich sträube sich gegen die Abtretung des linken Rheinufers weniger um Frankreichs als um Preußens willen. Als die Sorge vor einer Vergrößerung Preußens für die österreichischen Staatsmänner zu schwinden begann, da schlug die letzte Stunde der Reichsintegrität. Am 29. September, nachdem man in der amtlichen Konferenz wieder äußerst kriegerische Noten eingereicht und fruchtlose Streitreden gewechselt hatte, pflog Cobenzl ein zweites vertrauliches Gespräch mit Bonaparte. Noch einmal wehrte er sich lange gegen Frankreichs übertriebene Forderungen und wies alle Abtretungen am Rheine mit pompösem Nachdrucke zurück, schloß dann aber diese Auslassungen mit dem Satze, welcher

den Kern von Thuguts Weisungen zum ersten Male rückhaltlos aussprach: „wenn es möglich wäre, uns einige Nachgiebigkeit für einen Teil Ihrer maßlosen Ansprüche abzugewinnen, so könnte es nur dadurch geschehen, daß man unseren Entschädigungen in Italien etwas hinzufügte.“ Auf Bonapartes Frage, wie viel zu diesem Zwecke erforderlich wäre, stellte Cobenzl als kluger Kaufmann seine erste Preisforderung gewaltig hoch; er begehrte die Grenze der Adda, die Stadt Venedig, Modena und die Legationen. Bonaparte bemerkte dagegen, daß das Direktorium dem Kaiser gar nichts außer Istrien und Dalmatien einräume; trotzdem aber kam man überein, daß Cobenzl bei der nächsten Zusammenkunft einen förmlichen Friedensentwurf auf jener Grundlage vorlegen sollte. Dies geschah am 1. Oktober. Nachdem Cobenzl sich bereit erklärt hatte, in Italien eine etwas engere Grenze anzunehmen, wenn die Franzosen sich mit Belgien und Lüttich begnügten, Bonaparte aber dabei geblieben war, Mainz sei die unerläßliche Bedingung für jeden Friedensschluß: da überreichte Cobenzl eine Anzahl von Artikeln, welche, wie er sagte, schon in Wien seiner Instruktion beigelegen hatten. Sie forderten Venetien bis zur Adda, Venedig selbst, Modena und die Legationen und boten dafür die Abberufung der österreichischen Truppen vom Rheinheer bis auf das Kontingent, so daß Frankreich freie Hand zur Besetzung von Mainz u. s. w. gewänne, alles unter der Bedingung, daß Preußen seine clevischen Lande zurückerhalte, mithin nicht vergrößert werde, und daß dieser Vertrag auf alle Zeiten geheim bleibe. Bonaparte scherzte über die Ungeheuerlichkeit solcher Forderungen, versprach aber den Entwurf in Erwägung zu ziehen. Noch war man nicht einig; aber der Weg zum Verständnis war betreten. Die Präliminarien und die Reichsintegrität waren aufgegeben. Cobenzl hatte den Kern der damaligen österreichischen Politik offengelegt, deutsche Parzellen in demselben Verhältnis wegzuschenken, in welchem man italienische Provinzen gewänne. Bonaparte war einverstanden mit diesem Grundsatz; und wenn die Unterhandlung sich dann noch

volle vierzehn Tage weiterspann, so hatte sie doch keinen andern Inhalt mehr als ein wenig erquickliches Feilschen um die Größe der einzelnen Beutestücke auf jeder Seite. Die schließliche Entscheidung kam, wie es nicht anders sein konnte, aus den allgemeinen Verhältnissen, und diese stellten Frankreichs oder genauer Bonapartes Uebergewicht fest.

Der General empfing in den ersten Tagen des Oktober jene oben schon erwähnten Depeschen des Direktoriums vom 23., 27. und 29. September. Sie wiederholten das Begehren, für Frankreich das ganze linke Rheinufer zu erlangen, an Oesterreich aber nichts als Dalmatien und Istrien nebst beliebigen deutschen Bistümern abzutreten. Wir bestehen, sagte die letzte Depesche, auf den Grenzlinien des Rheines und des Isonzo; wir wollen die Jonischen Inseln behalten; der Kaiser möge auf dem rechten Rheinufer thun, was er will: diese Beschlüsse sind unwiderruflich; wenn der Kaiser sie nicht annehmen will, so ist der Krieg nicht zu vermeiden. Dieselben Briefe enthielten aber außerdem auch die eifrige Zustimmung des Direktoriums zu Bonapartes Plänen im Mittelmeer. Wir weisen, hieß es am 23., die lächerlichen Vorschläge Neapels zurück; wir sind nicht nach Italien gekommen, um Städte und Menschen zu verschenken. Um so mehr billigt das Direktorium Bonapartes Gedanken über Malta. Daß der Orden sich jetzt den Grafen Hompesch zum Großmeister gewählt hat, läßt erkennen, daß Oesterreich die Insel seiner Herrschaft zu unterwerfen wünscht. Es will eine Seemacht werden; deshalb hat es in Leoben nach den Küstenprovinzen des Adriatischen Meeres verlangt. Groß und wichtig ist der Entwurf über Aegypten; das Direktorium behält sich weitere Mitteilung darüber vor. Dieses Land könnte unsere beste Kolonie und unsere wichtigste Handelsstraße werden. Die Depesche des 27. wiederholte die Bestätigung des gegen Malta gerichteten Planes und gab dem General die bestimmte Vollmacht zu dem Unternehmen. Die Besitznahme Ragusas durch die Oesterreicher, meinte das Direktorium, recht-

fertigt vollkommen die Besitznahme Maltas durch unsere Truppen.

Allerdings, wenn man Malta und Aegypten erobern wollte, so durfte man Oesterreich nicht durch ausschweifende Forderungen zu neuem Kriege treiben. Diese einfache Erwägung wurde zwar von den Jakobinern des Direktoriums übersehen, um so entschiedener aber von General Bonaparte gemacht. Da er nun für das orientalische Unternehmen gestimmt war, so fand er sich, trotz alles Eifers der Direktoren, durchaus nicht gemüßigt, den Bogen gegen Oesterreich erheblich stärker zu spannen, als es am 26. Mai und am 1. September geschehen war. Aber ebensowenig hatte er einen Grund, bei den weiter gehenden Forderungen Cobenzls große Nachgiebigkeit zu zeigen. Das streitlustige Drängen des Direktoriums befreite ihn von jeder Verantwortlichkeit im Falle eines Abbruchs der Unterhandlungen, und so fest er entschlossen war, schließlich nach der eigenen Einsicht zu verfahren, immer war zur Zeit noch das Direktorium seine Regierung und, wenn es sein konnte, die Eintracht mit ihm besser als ein offenes Zerwürfnis. Für Oesterreichs Wünsche war dies Verhältnis ungünstig im höchsten Grade. Indem Bonaparte unerschütterlich auf der Grenze der Etsch beharrte, indem er eine Parzelle des linken Rheinufers nach der anderen den französischen Erwerbungen hinzufügte: stets konnte er wahrheitsgemäß dem Grafen Cobenzl versichern, daß er seine Instruktionen auf seine Gefahr zu Gunsten Oesterreichs überschreite, daß er in Paris als Vertreter der Friedenspolitik und der österreichischen Interessen wirke.

Im übrigen verfuhr er in Italien, als wenn seine dortige Herrschaft seit unvordenklicher Zeit von Oesterreich und ganz Europa anerkannt sei. Er verwaltete Cisalpinien wie eine ererbte Provinz, gestand es Cobenzl offen ein, daß er das Direktorium des Landes sei, und erklärte ihm, daß auch nach dem Frieden 20- bis 25 000 Mann französischer Truppen dort stehen bleiben würden, bis der junge Staat eine dauernde Haltbarkeit und Lebensfähigkeit gewonnen habe. In Ligurien nahm er von drohenden Bewegungen

unter den Bauern des Gebirges Veranlassung, die französischen Besatzungen des kleinen Gebietes zu verstärken und mit grausamer Strenge die Mißvergnügten in stummer Unterwürfigkeit zu halten. Zugleich war er nach zwei Seiten beschäftigt, wichtige Erweiterungen seines italienischen Machtgebietes vorzubereiten. In Rom war der alte Papst von seiner Krankheit noch einmal genesen, immer aber zeigte sich seine Gesundheit erschüttert und die Möglichkeit einer Sedisvakanz in naher Aussicht. Seine Regierung that, was sie konnte, in Rom und den bisher erretteten Provinzen die Kriegsschäden zu heilen, die republikanische Partei niederzuhalten, ihr Heerwesen in bessere Verfassung zu bringen. Sie erbat sich zu diesem Zweck wieder von Oesterreich einen höheren Offizier und erhielt den General Provera, der Ende September zur Uebernahme des Kommandos in Rom anlangte. Kaum aber hatte Bonaparte davon gehört, als er seinem Bruder Joseph, der seit dem Sommer den französischen Gesandtschaftsposten in Rom bekleidete, den Befehl zusandte, die Entfernung Proveras binnen vierundzwanzig Stunden, unter der Drohung sofortigen Krieges, zu verlangen. Er setzte hinzu, daß beim Absterben des Papstes Joseph alles aufbieten müsse, um das Volk zur Revolution zu bringen und eine Neuwahl zu verhindern; bliebe aber trotz seiner Maßregeln die Bevölkerung ruhig, so müsse bei der Papstwahl die Ernennung des Kardinals Albani um jeden Preis verhindert und dem Konklave geradezu als Kriegsfall bezeichnet werden. Eine Einmischung Neapels werde er nicht dulden. Eine Verbindung des Königs mit dem Papste wäre ein Bündnis der Ratten gegen die Katze. Bei dieser Gesinnung war die Selbständigkeit des Kirchenstaates nur noch ein leerer Name und der völlige Zusammensturz eine Frage der allernächsten Zeit. Wie hätte auf solchen Wegen es Bonaparte in den Sinn kommen sollen, den Oesterreichern die Legationen zu überlassen und damit sich selbst den Zugang zum Kirchenstaate abzuschneiden?

Nicht minder scharf kontrastierte in Norditalien sein da-

maliges Thun mit Cobenzls Begehren, dem Kaiser die Grenzlinie der Adda zuzugestehen. Der obere Lauf dieses Flusses, nordöstlich vom Comer-See, ergießt sich, wie man weiß, durch das Thal des Veltlin. Damals bildete das letztere eine unterthänige Landschaft Graubündens und hatte, wie alle Unterthanen schweizerischer Landgemeinden vielfach über rauhe Behandlung und eigennützigen Druck zu klagen, so daß es den französischen und Mailänder Demokraten keine große Mühe kostete, eine gewaltsame Erhebung der Thalbewohner gegen die Graubündener Herrschaft zu veranlassen. Der französische Geschäftsträger in Chur, Comeyras, suchte darauf bei der dortigen Regierung einen Beschluß durchzusetzen, welcher das Veltlin als vierten, gleichberechtigten Bund mit den drei alten Grauen Bünden vereinigte, und bewirkte zugleich, daß die damals überwiegende gemäßigte Partei die Vermittelung des Generals Bonaparte für die Veltliner Händel anrief. Der General nahm diesen Auftrag an und lud darauf Abgeordnete der Streitenden zur Beratung nach Mailand ein. Unterdessen aber gewann in Graubünden die heftigere Partei die Oberhand; die Landgemeinden verwarfen die Erhebung des Veltlin zu einem vierten Bunde und verzögerten die Abfertigung der nach Mailand bestimmten Bevollmächtigten. Bonaparte zog dann im September eine starke Truppenabteilung an den Grenzen des Veltlin zusammen und sprach am 10. Oktober als Vermittler das Urteil, da die Bündner bei der Verhandlung ausgeblieben wären, so hätten sie ihre Ansprüche verwirkt; im Namen der französischen Republik erkläre er also die Unabhängigkeit des Veltlin und erteile zugleich dem souveränen Volke desselben die Erlaubnis, sich mit Cisalpinien zu verbinden. Die Anwesenheit der französischen Truppen gab diesem Spruche unwiderlegliche Rechtskraft. Die Mündung eines militärisch wichtigen Alpenüberganges war damit für die cisalpinische Republik gewonnen.

Während Bonaparte auf diese Art seine Aussichten nach allen Seiten befestigte und erweiterte, zerrann der österreichischen Regierung jede noch so schwache Hoffnung, mit welcher

sie den Grafen Cobenzl nach Udine entlassen hatte. Auf die nach Petersburg geschickte Depesche vom 30. August antwortete Graf Dietrichstein am 20. September in völlig trostloser Weise. Paul und seine Minister beharrten bei ihrem Systeme gänzlicher Unthätigkeit; jeder Erörterung des Oesterreichers über die französische und preußische Habgier setzten sie die alte Gleichgültigkeit entgegen; eine große Aenderung in Deutschland, sagten sie, scheine unvermeidlich zu sein. Was England betraf, so hatte allerdings in Lille der Lord Malmesbury jene Zumutung der neuen Gesandten mit Befremden zurückgewiesen und dann umgehend die Aufforderung erhalten, Frankreich binnen vierundzwanzig Stunden zu verlassen und sich bei seinem Hofe bessere Instruktionen zu holen: ein Verfahren, sagten die Franzosen, welches nur die Beschleunigung eines gedeihlichen Friedens zum Zwecke habe. Oesterreich war hiernach sicher, bei einem Abbruch seiner Unterhandlung im Kampfe nicht allein zu stehen, und in der That wies auch Lord Grenville gleich nach Malmesburys Rückkehr den englischen Gesandten in Wien an, auf Wiederanbahnung des alten Einvernehmens Bedacht zu nehmen. Auf Thugut aber konnten diese guten Worte nicht wohl einen erheblichen Eindruck machen, da Lord Grenville an demselben Tage in einem zweiten Briefe an Sir Morton Eden den Befehl erließ, die österreichische Regierung auf das schärfste an die Bezahlung ihrer Schulden zu erinnern und im Weigerungsfalle mit einer öffentlichen Anklage auf Wortbruch zu drohen. Der Hauptwert der englischen Freundschaft bestand für Oesterreich offenbar darin, daß sie Geld einzubringen pflegte: wenn sie statt dessen jetzt Kosten machen wollte, so war sie kein Faktor mehr in Oesterreichs Rechnung. Die Bundesgenossen versagten also ringsum, während Bonaparte Tag für Tag in Udine von dem vollen Einverständnis zwischen Frankreich und Preußen erzählte und dann die Bereitwilligkeit, ja Sehnsucht Württembergs, Badens und Hannovers schilderte, gegen fette Säkularisationen das ganze linke Rheinufer abzutreten. Thugut meinte, daß freilich nichts unzu-

verlässiger sei als Bonapartes Wahrheitsliebe, daß leider aber den Preußen jede Abscheulichkeit und den kleinen Reichsständen jede Selbstsucht zuzutrauen sei: bei längerem Widerstreben sah er demnach die Möglichkeit eines französisch-preußischen Offensivbündnisses und hiemit für Oesterreich die geradezu tödliche Gefahr vor Augen. Er blieb bei seinem Worte vom 30. August: mit Frankreich allein würde der Kaiser es aufnehmen, wenn ihm aber gegen Preußen nicht Rußlands Hülfe sicher ist, so mußte er nachgeben. Und nun wies Rußland jeden Gedanken an preußenfeindliche Politik zurück, und Bonaparte erklärte seinerseits höchst bestimmt, daß nach Annahme seines Programms die Republik ungleich lieber mit dem Kaiser als mit Preußen zusammengehen würde. Das Ergebnis dieser Voraussetzungen konnte nicht zweifelhaft sein. Um Venedig und die Legationen zu gewinnen, hatte man die Reichsintegrität preisgegeben: man entschloß sich jetzt, in Italien Schritt auf Schritt zurückzuweichen, um bei der unvermeidlich gewordenen deutschen Neugestaltung den entscheidenden Einfluß nicht an Preußen gelangen zu lassen.

Das alles war, unter der Voraussetzung jener abscheulichen preußischen Gesinnung, vollkommen folgerichtig. Aber allerdings, die Voraussetzung war falsch. Am 2. Oktober ließ der hinsiechende König seinem Gesandten in Paris die bestimmte Weisung zugehen, er wolle durchaus kein Bündnis mit Frankreich; keine andere Macht sei so sehr zu fürchten wie diese: sie wolle Preußen völlig von sich abhängig machen, um es dann mit Uebermut zu behandeln. Am 3. Oktober wies demnach Graf Haugwitz einen wiederholten Bundesantrag höflich, jedoch mit größter Entschiedenheit zurück. Thugut aber wußte das nicht, und, dürfen wir hinzusetzen, hätte er davon erfahren, so hätte er es nicht geglaubt.

So ergab die Unterhandlung in Udine und Passariano von Sitzung zu Sitzung ein stetes Vordringen der französischen, ein ebenso sicheres Zurückweichen der österreichischen Forderungen. In Bezug auf Deutschland hatte Bonaparte

mit dem Antrag begonnen, die 1793 reunierten Landschaften unter Frankreichs verfassungsmäßige Grenzen einzubegreifen. Dies durchgesetzt, erklärte er, daß die hierunter fallenden Gebiete eine vielfach unterbrochene und widersinnige Grenze bildeten; es sei für die Gründung eines ruhigen und dauerhaften Zustandes unerläßlich, Frankreich auf dieser Seite eine geschlossene, militärisch brauchbare Grenze zu schaffen. Die Oesterreicher fanden, daß er mit dieser Abrundung einen neuen Gewinn von 300 000 Seelen mache, räumten aber endlich den Grundsatz ein und ließen sich Bonapartes Grenze gefallen. Er aber verfolgte seinen Vorteil unablässig weiter, entdeckte bei jeder neuen Besprechung neue Lücken in der militärisch notwendigen Grenze und fügte weitere Bezirke an der Mosel und dann nördlich der Mosel bis an die Nette dem künftigen französischen Gebiete hinzu. Er war dann einverstanden, daß Oesterreich für sich das Erzbistum Salzburg und das bayerische Land bis zum Inn erhalte. Was Italien betraf, so ließ Cobenzl den Anspruch auf die Addalinie gleich bei der ersten Erörterung fallen, um dann um so fester auf der in Leoben gezogenen Grenze, dem Oglio, und demnach auf dem Besitze Mantuas zu bestehen. Bonaparte erklärte, da er dem Kaiser, über die Präliminarien hinaus, die Stadt Venedig mit dem Dogado zubillige, so müsse es nach Westen bei der Etschlinie bewenden. Cobenzl wehrte sich mit höchster Zähigkeit; er wich vom Oglio auf den Chiese, von dort auf den Mincio zurück: es war alles vergebens, Bonaparte beharrte unerschütterlich auf der Etschlinie; den Mincio wollte er nur gewähren, wenn Cobenzl das ganze linke Rheinufer abträte, was dieser dann seinerseits weigerte; Bonaparte ließ sich endlich höchstens eine kleine Erweiterung am Gardasee und dann am untersten Stromlauf das Land zwischen Etsch und Po entreißen. Nicht besser erging es den österreichischen Ansprüchen auf die Legationen: Bonapartes Verneinung war hier noch bündiger und heftiger als sonst. Cobenzl entschloß sich am 7. Oktober, das letzte Wort seiner Instruktionen auszusprechen: „Laßt uns die Legationen und nehmt

das ganze linke Rheinufer." Es machte keine Wirkung mehr. Wie es der General dem Grafen schon zu Anfang der Unterhandlung gesagt, er wollte um keinen Preis den Kaiser den Po überschreiten und dadurch zum Herrn Italiens werden lassen: den Rest des linken Rheinufers aber, der nach der erwähnten Abgrenzung noch übrigblieb, hoffte er ohne Mühe bei der Unterhandlung des Reichsfriedens in Rastatt, falls es dann noch zweckmäßig erschiene, von dem Reiche selbst zu erlangen. Welchen Sinn hätte es also gehabt, für eine nach wenigen Monaten jedenfalls gesicherte Beute heute dem Kaiser ganz Italien aufzuopfern? Cobenzl sah, daß hier nicht durchzudringen war, und erklärte mit schwerem Herzen, daß er zum Friedensschlusse auf Bonapartes Bedingungen nicht befugt sei, aber das bisherige Ergebnis nach Wien berichten und um Vollmacht zur Unterzeichnung bitten wolle. In acht Tagen könne die Antwort da sein. Nach einigem Widerstreben ließ sich der General den Aufschub gefallen. Auch er berichtete die Lage nach Paris und ließ dabei seine Absicht, trotz aller Weisungen des Direktoriums nach diesem Sinne abzuschließen, höchst unverkennbar hervortreten. „Binnen drei Tagen", schrieb er an Talleyrand am 7. Oktober, „ist hier alles geendigt, wir haben den Krieg oder den Frieden. Ich gestehe, daß ich alles für den Frieden thun werde, mit Rücksicht auf die vorgerückte Jahreszeit und die geringe Aussicht, große Dinge ausführen zu können. Ihr kennt das italienische Volk sehr wenig. Es verdient nicht, daß man für seine Freiheit 40 000 Franzosen opfere. Ihr geht stets von der falschen Voraussetzung aus, daß die Freiheit ein weichliches, abergläubiges, prahlerisches und feiges Volk zu großen Dingen begeistern könne. Was ihr von mir begehrt, sind Wunder, und Wunder kann ich nicht thun." Er schildert ihm weiter die militärische Unbrauchbarkeit der Italiener, warnt vor unbesonnenem Uebermut und beklagt die Neigung zum Rückfall in die Politik von 1793, jetzt, wo ein entgegengesetztes System so gute Wirkung gehabt, wo man nicht mehr wie damals über die Massenrekrutierung und die

Massenbegeisterung verfüge. „Halten wir uns", schließt er, „an die wahre Politik, die nichts ist als die Erwägung der Umstände und Möglichkeiten, so werden wir für lange Zeit die große Nation und der Schiedsrichter Europas sein; ja wir werden die Wage des Weltteils halten und sie sinken lassen nach unserem Belieben, und, wenn das Geschick es so will, sehe ich die Möglichkeit, in wenigen Jahren jene großen Ergebnisse zu erlangen, welche die erhitzte und begeisterte Phantasie erblickt, die aber nur ein äußerst kalter, standhafter, rechnender Mann erreicht. Ich schreibe euch, wie ich denke: das ist der größte Beweis von Achtung, den ich euch geben kann."

Aber so sicher hier sich sein Gefühl der vollsten Ueberlegenheit nach allen Seiten ausprägte, so ertrug seine ungeduldige Natur es doch nicht, dem Grafen Cobenzl die verheißene Pause von acht Tagen in Ruhe verstreichen zu lassen. Er nahm die eben anlangende Depesche des Direktoriums vom 29. September zum Vorwande, Cobenzl zum sofortigen Abschluß zu drängen, ihm noch einen Landstrich des Podeltas oder des Rheinufers abzuängstigen, die schleunige Ausarbeitung der Friedensurkunde zu fordern. Sonst gefährde man alles; schon jetzt nehme er durch die Ueberschreitung seiner höchst gemessenen Instruktionen die schwerste Verantwortung auf sich; jeden Tag könnten neue Befehle seiner Regierung den ganzen bisherigen Gewinn zerstören. In der That ließ sich Cobenzl bestimmen, schon vor dem Eintreffen des Wiener Kuriers zu der Redaktion der Artikel zu schreiten. Es ging dabei wieder nicht ohne heftige Scenen ab. Ein gewaltiger Zank erhob sich, als Bonaparte die Anerkennung der französischen Annexion der Jonischen Inseln begehrte und dann Gallo, von Cobenzl unterstützt, die Ueberweisung derselben an Neapel forderte. Cobenzl erklärte zuletzt, ihm sei jede Bestimmung über die Inseln gleichgültig, vorausgesetzt, daß dieselben nicht an Frankreich fielen. Da aber brach Bonaparte, durch diesen Widerspruch in den Mittelpunkt seiner Lieblingspläne getroffen, mit höchstem Zorne los und gab amtlich die Erklärung zu

Protokoll, daß das Direktorium die bisherigen Abreden verwerfe und von den venetianischen Landen nichts als Istrien und Dalmatien dem Kaiser überlassen wolle. Cobenzl war außer sich. Aber vor wenigen Tagen hatte er eine Mitteilung Thuguts erhalten, daß der Kaiser trotz des Abbruchs in Lille bei Rußlands Unthätigkeit den Frieden wünsche, daß ihm ein solcher Friede den Besitz aller venetianischen Festungen und damit sicheren Grund in Italien gewähre, daß man ihn übrigens nur als einen Waffenstillstand betrachte, zu dessen Bruche die Verhandlung des Reichsfriedens zwanzigfachen Anlaß, sobald man ihn wünsche, bieten werde. Bei dieser Gesinnung seiner Regierung konnte er unmöglich wegen Korfu alles auf das Spiel setzen. Er eröffnete die Verhandlung wieder; das Protokoll wurde verbrannt, der französische Artikel angenommen und dafür die westliche, jenseits der Etsch gelegene Hälfte der Festung Legnago dem Kaiser überlassen.

Die gewaltsame Drohung hatte hier dem französischen General so raschen Erfolg gebracht, daß er sich in der nächsten Sitzung, am 11. Oktober, eine gesteigerte Wiederholung des Mittels gestattete. Es war abends nach Tische; Bonaparte zeigte gleich zu Anfang des Gesprächs eine höchst gereizte Stimmung und setzte sich durch eifriges Punschtrinken in immer wachsende Aufregung.

Er hatte einen Vertragsentwurf mitgebracht, der außer den bisher geforderten deutschen Abtretungen noch das Frickthal und die Grafschaft Falkenstein in Anspruch nahm und für alle die förmliche Anerkennung des Kaisers begehrte (während Cobenzl nur das thatsächliche Geschehenlassen, unter Zurückziehung der österreichischen Armee, anzubieten hatte). Bei einigen Punkten blieb die Besprechung leidlich maßvoll; als dann aber Cobenzl die förmliche Anerkennung verweigerte, geriet Bonaparte in die äußerste Wut, ergoß sich in beleidigende Schimpfreden, schwankte wie ein Trunkener im Saale umher, warf ein Porzellanservice vom Kamine herunter und stürzte fluchend und schreiend aus dem Saale in seinen

Wagen [1]). Dieses Mal aber gab gerade die völlige Ungehörigkeit seiner Formen dem Grafen Cobenzl festeren Mut. Er selbst vermied es, mit Bonaparte persönlich weiter zusammenzutreffen; ohnedies waren die Hauptsachen festgestellt, und Gallo erhielt den Auftrag, die letzten Detailbestimmungen zu bereinigen. Es zeigte sich bald, daß auch Bonaparte nicht gesonnen war, die Dinge zum Bruche zu treiben; er begnügte sich jetzt mit der Zustimmung des Kaisers zu den rheinischen Abtretungen, anstatt der ausdrücklichen Anerkennung, und ließ einige Nebenforderungen ohne Schwierigkeit fallen. So kam denn endlich, nachdem Cobenzl auch Thuguts Genehmigung erhalten, am 16. Oktober die Uebereinkunft zu stande. Am 13. Oktober hatte Bonaparte die Berggipfel beschneit und darin eine gewaltige Erschwerung für die Ueberschreitung der Alpen gesehen. Dazu kam die Ernennung Augereaus zum Befehlshaber der beiden Heere am Rhein; er erklärte am 15. seinem Adjutanten Marmont seinen verachtenden Unwillen über die Thorheit der Direktoren, welche einen so wenig begabten Schwätzer zum Führer der größten Streitmacht der Republik gemacht und dadurch das Heer von Italien für den Kriegsfall einer völlig unentbehrlichen Unterstützung beraubt hätten. „In Wahrheit," sagte er, „das ist erbärmlich; wir wollen uns hüten, das Opfer dieser Dummheiten zu werden; wir wollen Frieden machen." Sein Entschluß stand so fest, daß er, als damals infolge seiner früheren heftigen Vorstellungen das Direktorium sich zur Bestätigung des sardinischen Bundesvertrages bequemte, heimlichen Befehl zur Unterbrechung des Postenlaufes gab, um nicht durch die amtliche Kunde der so gewonnenen Verstärkung zu neuer Steigerung seiner Begehren an Oesterreich genötigt zu sein. Die feierliche Unterzeichnung fand dann am 17. Oktober abends zu Passariano statt, doch wurde die Urkunde von dem zwischen Udine und Passariano gelegenen, zu diesem Behufe neutral erklärten Dorfe Campo Formio datiert.

---

[1]) Hüffer hat die Berichte über diese Scene kritisch erörtert, S. 447 ff.

Die öffentlichen Artikel des Vertrags bestimmten die Abtretung Belgiens und der Jonischen Inseln an Frankreich, die italienischen Erwerbungen des Kaisers, das Gebiet der cisalpinischen Republik, zu welcher jetzt Mailand und Mantua, Bergamo und Brescia, Modena und die Legationen vereinigt wurden, die Entschädigung des Herzogs von Modena mit dem Breisgau, die Berufung des Kongresses für den Reichsfrieden nach Rastatt. Die geheimen enthielten die Zustimmung des Kaisers zu der Erwerbung der Rheinlande, von Basel den Strom entlang bis zur Mündung der Nette, darauf dieses Flüßchen entlang bis zu seiner Quelle, dann südlich einer Linie über Erkelenz nach Venlo. Außerdem trat Oesterreich gegen das Versprechen einer angemessenen Entschädigung das Frickthal ab und sollte für den Breisgau und Falkenstein das Erzbistum Salzburg und die bayerischen Bezirke im Osten des Inn erhalten. Für den Fall, daß Frankreich beim Reichsfrieden weitere Erwerbungen mache, hatte Cobenzl eine entsprechende Ausstattung Oesterreichs durchgesetzt. Die Reichsstände, welche auf dem linken Rheinufer Verluste erlitten, sollten in Deutschland nach gemeinsamer Uebereinkunft mit Frankreich entschädigt werden; es waren die drei geistlichen Kurfürsten, Pfalzbayern, Württemberg, Baden, Zweibrücken, die beiden Hessen, Nassau, Wied, Salm, Löwenstein, Leyen. Ebenso sollte Oranien eine Entschädigung auf deutschem Boden erhalten, jedoch weder in der Nähe der österreichischen noch der batavischen Provinzen. Preußen würde seine linksrheinischen Besitzungen zurückbekommen und demnach keine neuen Erwerbungen machen. Zwanzig Tage nach der Ratifikation dieses Vertrags hätten die kaiserlichen Truppen die Reichslande und deren Festungen zu räumen und zu gleicher Zeit die Franzosen die venetianischen Besitzungen an Oesterreich zu überliefern. Das Land nördlich des Mains zwischen dem Rheine und der preußischen Demarkationslinie würde bis zum Reichsfrieden von den Franzosen besetzt bleiben.

Bonaparte unterzeichnete den Vertrag mit höchster Be-

friedigung, wenn auch nicht in allseitiger Friedensstimmung. Er schrieb den folgenden Morgen an Talleyrand und faßte noch einmal die Gründe seines Verhaltens zusammen, die Schwierigkeit eines Winterfeldzugs, die Stärke der italienischen Armee des Kaisers, die Trefflichkeit der neuen Erwerbungen und vor allem die Rücksicht auf den englischen Krieg. „Sollten wir", sagte er, „unsere Kräfte zersplittern, damit England fortfahren könnte, unsere Kolonien zu nehmen und die Herstellung unseres Handels und unserer Marine zu hindern? Die Oesterreicher sind schwerfällig und knauserig; es giebt kein anderes Volk, welches so wenig beweglich und so wenig gefährlich für unsere inneren Zustände wäre wie das österreichische. Dagegen der Engländer ist freigebig, rührig und thätig. Unsere Regierung muß die englische Regierung zerstören oder darauf gefaßt sein, durch das Gold und die Umtriebe dieser ruhelosen Insulaner zerstört zu werden. Der jetzige Augenblick giebt uns leichtes Spiel. Werfen wir alle unsere Thätigkeit auf die Seemacht, zerstören wir England. Dies gethan, und Europa liegt zu unseren Füßen."

Was nun den anderen Kontrahenten, den Kaiser Franz, betraf, so war durch den Frieden von Campo Formio, nicht ausdrücklich, aber thatsächlich, das Heilige Römische Reich vernichtet. Es verlor unmittelbar an Frankreich einen fast doppelt so großen Landstrich, als Frankreich 1871 an Deutschland überlassen mußte, ohne dabei eine militärisch gedeckte Grenze zu erhalten, wie sie dort im Süden die Vogesen bilden. Verhängnisvoller aber war die hier formell zugestandene Einmischung der Franzosen in die inneren Angelegenheiten des Reiches. Daß die Entschädigung der oben genannten Fürsten durch die Säkularisation geistlichen Gutes erfolgen würde, war nicht buchstäblich gesagt, verstand sich aber um so mehr von selbst, als Oesterreich sich bereits in der Friedensurkunde das Erzbistum Salzburg ausbedungen hatte. Damit fiel die bisherige Reichsverfassung, in welcher die geistlichen Stände den wesentlichen und charakteristischen Teil gebildet hatten, ohne weiteres zusammen, ohne allen

Zweifel zum großen Segen des deutschen Volkslebens: wäre nur nicht bei den dann unvermeidlichen, vielfach bitteren Verhandlungen der gewaltthätige Fremde, der revolutionäre Eroberer zum Entscheider und Schiedsrichter ernannt gewesen.

Oesterreich selbst gewann für seine eigenen Verluste eine, wenn nicht ganz ausreichende, so doch höchst unverächtliche Entschädigung heraus. Aber im übrigen war es kein Wunder, wenn Thugut nur mit Schmerz und Unwillen die Bestätigung des Vertrags beantragte. Die Parzellen des linken Rheinufers, wie wir wissen, hätten ihm wenig Sorge gemacht. Tief unangenehm aber war ihm die Notwendigkeit, die echten Getreuen des damaligen Oesterreich, die geistlichen Stände, preiszugeben, und vor allem aufregend das Verfehlen des großen Zweckes, den er durch dieses Opfer zu erreichen gehofft, die Erwerbung der Legationen und damit des herrschenden Einflusses in ganz Italien. „Dieser Vertrag," schrieb er dem Grafen Colloredo am 22. Oktober, „wird durch seine Schändlichkeit in den Jahrbüchern Oesterreichs Epoche machen, wenn nicht, was sehr zu fürchten ist, diese Jahrbücher selbst verschwinden werden. Es giebt nur zu viele Einwürfe gegen die Artikel. Ich habe sie erst rasch durchlaufen; wir werden Zeit genug haben, sie zu beweinen. Cobenzl wird bald ankommen und wird manches erläutern, was mein armer Kopf, noch dazu durch heftige Schmerzen gepeinigt, nicht begreifen kann." In einem zweiten Billet vom selben Tage ruft er aus: „Was ich von den Artikeln gelesen, macht mir Fieber. Meine Verzweiflung wird voll durch den wahnsinnigen Jubel der Wiener auf das bloße Wort Friede. Niemand fragt, ob die Bedingungen gut oder schlecht sind, niemand fragt nach der Ehre der Monarchie und was aus derselben binnen zehn Jahren geworden sein mag. Nur daß man auf die Redoute laufe und Backhähnel speise. Wie sollte man bei solcher Stimmung der Energie eines Bonaparte Widerstand leisten, der fröhlich jedes Wagnis auf sich nimmt? Nur Friede, Friede. Aber wo ist er?

Seine Sicherheit sehe ich auch in diesem Vertrage nicht. Die Ausführung desselben wird, dessen bin ich gewiß, den zweiten Teil zu der Ausführung der Präliminarien liefern."

Im Grunde war diese Wahrnehmung sein letzter, guter, grimmiger Trost. Es ist, hatte er ja schon am 5. Oktober dem Grafen Cobenzl geschrieben, nur ein Waffenstillstand, voll von Anlässen zum Bruche, sobald der Bruch erwünscht scheint. Und jetzt, nachdem man all den Schmerz und Schimpf, hauptsächlich wegen Rußlands Stumpfheit, auf sich genommen, langte eine Depesche Dietrichsteins aus Petersburg vom 13. Oktober an, welche eine plötzliche und nach Art des Kaisers heftige Sinnesänderung Pauls meldete. Graf Haugwitz hatte dem russischen Gesandten in Berlin erzählt, daß der König das angebotene französische Bündnis abgelehnt habe, dann aber hinzugesetzt, trotzdem sei, wenn jetzt der Friede nicht zu stande komme, eine weitere Ausdehnung des Kriegsschauplatzes zu befürchten. Auf dieses Wort hatte Paul Feuer gefangen, die preußischen Heere bereits gegen Oesterreich in Bewegung gesehen, sich plötzlich erinnert, daß er kraft des Teschener Friedens Garant der deutschen Reichsverfassung sei. Sofort war eine Depesche nach Berlin gegangen, ganz freundlich in der Form, aber äußerst bündig in ihrem Inhalt, daß er jene zu Teschen übernommenen Pflichten energisch erfüllen und Deutschland vor jeder Verletzung beschützen werde. Seine Minister versicherten, er sei jetzt voller Ernst: das Heer habe sich die neue Fechtmethode gründlich angeeignet, die Offiziere sehnten sich nach Krieg; man werde von nun an den Kaiser rascher in der Unterstützung seiner Bundesgenossen finden, als es Katharina je gewesen. Paul selbst erwiderte auf Dietrichsteins Dank für die Berliner Depesche: „Ich habe nur meine Schuldigkeit gethan; ich bin Garant der deutschen Reichsintegrität und werde keine Verletzung derselben dulden."

Im Augenblicke der Unterzeichnung eines nach sechsjährigem Blutvergießen zu stande gekommenen Friedens, welche Aussichten für Europa: das französische Hetzen gegen die Schweiz und Rom, das Drängen des Direktoriums auf

das linke Rheinufer, die glühenden Entwürfe Bonapartes gegen den Orient, und auf der anderen Seite Thuguts Erquickung bei der Umstimmung Kaiser Pauls und demnach der Entschluß, so bald wie möglich den neuen Waffengang zu versuchen. Am 17. Oktober war die erste Koalition gegen Frankreich aufgelöst worden, eine Woche später war der Keim zur zweiten gelegt.

Siebzehntes Buch.

Fortgang der französischen Eroberungen.

Im September 1797 war das Schicksal der französischen Revolution in jeder Hinsicht besiegelt worden.

Die Gewaltthat des 18. Fructidor hatte aufs neue gezeigt, daß auf der Grundlage der radikalen Anschauungen ein geordnetes Staatswesen unmöglich war, in den Formen der Verfassung von 1795 ebenso wie nach den Vorschriften der Verfassung von 1791. Mit welchem Eifer hatte man beim Schlusse des Konventes verkündet, daß jetzt die Stürme der Gründungszeit überstanden, daß die Freiheit gesichert und damit die Periode gesetzlicher Ordnung eröffnet sei! Und schon nach zwei Jahren war die Regierung in der Lage, die Verfassung mit gewaffneter Hand zu durchbrechen, unter dem Vorgeben, daß sonst die Mehrheit des Volkes auf gesetzlichem Wege die Verfassung abschaffen und die Freiheit unterdrücken würde. Freilich erklärte ein Artikel der Menschenrechte, daß alle Souveränität der Nation zustehe, also offenbar auch die Befugnis, die heutige Verfassung zu ändern und etwa aus der Republik zur Monarchie zurückzukehren. Aber nicht minder bestimmte ein anderer Artikel derselben Menschenrechte, daß der Widerstand gegen Unterdrückung Recht und Pflicht jedes Bürgers sei, und wer konnte den Direktoren wehren, für sich in den Plänen der Opposition die Gefahr der Unterdrückung zu sehen? Es war unverkennbar, daß auf dem Boden solcher Theorien die erste Voraussetzung eines gesunden Staatslebens, die unverbrüchliche Achtung vor dem Gesetze, nimmermehr zu erreichen war. Die Politik löste sich auf in stetes Schwanken zwischen Anarchie und Staatsstreich, bis endlich sich ein Gewalthaber erheben konnte, stark genug, um die andern sämtlich zu

bändigen und durch Vertilgung der Freiheit dem Mißbrauch derselben ein allerdings gründliches Ende zu machen. An diesem Punkte war die Revolution jetzt angelangt. Die republikanische Verfassung, durch das Direktorium auf den Tod getroffen, von einem ermüdeten Volke mit Widerwillen oder Gleichgültigkeit umgeben, lag in den letzten Zügen. Ihr kriegsgewaltiger Erbe sah sich bereits den Zugang zum Herrschersitze eröffnet: eine gründliche Heilung oder auch nur eine Fristung des kranken Zustandes schien unmöglich. Den Verlauf dieses Todeskampfes der Republik und die schließliche Unterwerfung der Demagogen unter die militärische Diktatur zu vergegenwärtigen, ist die Aufgabe der nächsten Bücher.

Erstes Kapitel.

Eröffnung des Rastatter Kongresses.

Während General Bonaparte in Udine die Geschicke unseres Kontinents regelte, bewegte sich die Regierung des Direktoriums in dem durch den Staatsstreich wieder gewonnenen Geleise weiter, ohne ein Interesse für die großen Bedürfnisse des Landes, habgierig für ihre Mitglieder und Genossen, gewaltthätig gegen jeden politischen Widersacher. Die Erschütterung des 18. Fructidor hatte nicht anders als höchst nachteilig auf den regelmäßigen Gang der Verwaltung und die Entwickelung der inneren Zustände wirken können. Die Notrufe kamen von allen Seiten. Am 31. Oktober 1797 stellte Darraq bei den Fünfhundert den Antrag, die Zahl der Sitzungen des gesetzgebenden Körpers zu beschränken, um den Mitgliedern Zeit und Kraft zu planmäßiger Arbeit zu verschaffen. Die Constituante, sagte er, hat 3488 Gesetze geliefert, die Legislative 2190, der Konvent 15 414, die Räte bis zum 1. Prairial dieses Jahres 1139, zusammen 22 331: wer kann sich in dieser Masse zurechtfinden? Und dabei, fuhr er fort, haben wir noch kein bürgerliches Gesetzbuch; unser Strafgesetz ist höchst ungenügend; der Mangel eines guten Hypothekengesetzes hindert den Geldverkehr; das Ausbleiben eines brauchbaren Forstgesetzes veranlaßt eine völlige Verwüstung unserer Wälder; vermöge der Mängel unserer Steuergesetze sind die Abgaben ebenso drückend und ungleich verteilt wie unter der alten Monarchie. Niemand widersprach, aber irgend eine Wirkung hatte seine Klage nicht. Im Dezember berichtete Duport über einen Antrag des Direktoriums, welches zur Entlastung

der übrigen Ministerien die Errichtung eines neuen Ministeriums für die Verwaltung der Nationalgüter wünschte. Duport erkannte das Bedürfnis vermehrter Arbeitskräfte an. Ueberall, erklärte er, stockt die Verwaltung: die Straßen sind in Verfall, Handel und Verkehr ist unterbrochen, die Forsten sind verheert; hier ist die Steuererhebung, dort das Schulwesen in völliger Zerrüttung. Ueberall, rief ein anderer Volksvertreter, ist Erschlaffung, Verfall, Kraftlosigkeit. Alles wurde eingeräumt, aber der Antrag dennoch abgelehnt. Und doch hatte Duport kein Wort zu viel gesagt. Anfang Oktober hatte der Minister des Innern die Gymnasiallehrer aufgefordert, Hülfe zu leisten bei der Ausbildung der Volksschullehrer, da die für diesen Zweck bestimmten Normalschulen noch nicht eingerichtet wären, Frankreich aber bis jetzt noch keine Volksschule hätte [1]). Anfang November meldete der Moniteur, daß die Zentralschulen oder Gymnasien zwar treffliche Lehrer, aber keine Schüler hätten. Daß der medizinische Unterricht höchst unvollkommen sei, daß seit 1792 die Quacksalberei entsetzliche Verheerungen anrichte, darüber war bei den Fünfhundert nur eine Stimme [2]). Ebenso laut erhob sich bei den Gerichten die Beschwerde, daß die Richter wegen des Ausbleibens der Gehaltszahlung ihre Thätigkeit einstellten und große Schwärme von Winkeladvokaten die Parteien umlagerten und ausbeuteten. Aus allen Städten des Landes drängten sich die Berichte über die jammervolle Entblößung der Hospitäler und Findelhäuser. Die Kommunen hatten keine Mittel, ihre Straßen zu beleuchten und die Vicinalwege in fahrbarem Stande zu erhalten. Mit dem ersten Bedürfnis eines bürgerlichen Gemeinwesens, mit der öffentlichen Sicherheit, war es auf das traurigste bestellt. In der Vendée und im Rhonethal veranlaßte der Staatsstreich und die seitdem erneuerte Priesterverfolgung das Auftreten großer bewaffneter Banden, welche

[1]) Am 17. erklärte Martin den Fünfhundert, daß die Republik 5000 Volksschulen habe, während das Gesetz 25000 forderte. Jede Schule kostete 150 Franken jährlich.

[2]) 14. Oktober 1797, 3. April 1798.

mit Protesten gegen die Verletzung der Verfassung begannen und mit Raub und Plünderung endigten. Aber auch ohne solche Vorwände stand in den übrigen Departements der räuberische Unfug in der üppigsten Blüte. Berittene Haufen von dreißig, zuweilen von fünfzig Köpfen lauerten den Postwagen auf; andere Schwärme brandschatzten die Dörfer, plünderten die Landhäuser, mißhandelten die Bewohner. In einem besuchten Stadtteile von Paris selbst konnte es vorkommen, daß eine Bande bei hellem Mittag in ein Kaffeehaus eindrang, die Gäste beraubte, die Kasse erbrach, die Möbel zerstörte und dies Unwesen stundenlang fortsetzte, ehe polizeiliche Hülfe aufzutreiben war. Die Regierung erklärte ihre Ohnmacht zur Abhülfe, wenn ihr nicht ganz außerordentliche Mittel gewährt würden, Todesstrafe gegen jeden Raubanfall, kriegsgerichtliche Behandlung, sobald mehrere Personen dabei zusammenwirkten, Haftbarkeit der Gemeinden für jede auf ihrem Bezirke vorgekommene Beschädigung. So wurde nach langer Verhandlung in beiden Kammern endlich im Januar 1798 beschlossen, aber trotz aller blutigen Strenge der Vorschriften ein erheblicher Erfolg nicht gewonnen [1]), da niemand an die Wurzel des Uebels eine heilende Hand zu legen wußte.

Mit einem Worte, die Regierung des Direktoriums hatte in einem zweijährigen Bestehen nicht eine der großen Verheerungen, welche die Schreckenszeit über die französischen Staatszustände verhängt hatte, gutzumachen vermocht.

Um so eifriger drängte sie nach dem Siege der Fructidor in den Bahnen der revolutionären Politik vorwärts, welche 1792 die Quellen all jenes Unheils eröffnet hatte. Ihr ganzes Interesse sammelte sich auf die Verfolgung, Beraubung und Vernichtung ihrer politischen Widersacher; sie schien kein Gefühl davon zu haben, daß sie mit jeder solchen Maßregel einen Genossen des eigenen Volkes und eine Ader des nationalen Wohlstandes traf. Zunächst fielen

[1]) Im April 1798 konnte eine bewaffnete Bande von hundert Mann die Stadt Eupen besetzen und in aller Ruhe ausplündern, ohne daß man eines der Uebelthäter habhaft geworden wäre.

die Schläge auf die alten Gegenstände des Hasses, die Emigranten und die Priester. Das Gesetz des 19. Fructidor hatte allen zurückgekehrten Emigranten die sofortige Wiederauswanderung bei Todesstrafe anbefohlen und zugleich alle Strafgesetze der Schreckenszeit gegen die einst deportierten Priester erneuert, diese also trotz der Gesetzgebung und der Praxis von 1795 wieder mit den Emigranten auf eine Linie gestellt. Die Folgen waren entsetzlich. Mehrfach kamen in den Räten Fälle zur Sprache, in denen schwer erkrankte Priester aus ihren Betten geholt und als bannbrüchige Emigranten erschossen wurden. Den Kriegsgerichten war jede Untersuchung, ob der vorgeführte Angeklagte wirklich emigriert gewesen, auf das gemessenste untersagt; sobald die Identität der Person und die Eintragung derselben in die Emigrantenliste festgestellt war, folgte die Erschießung auf dem Fuße. Wir wissen, wie es bei der Ausfüllung jener Listen zuging, wie mehr als hunderttausend Menschen, welche niemals den französischen Boden verlassen hatten, eingetragen worden waren, wie jede Ortsbehörde die Eintragung, aber allein das Direktorium die Streichung bewirken durfte: genug, mit diesen Gesetzen hatte die Regierung das Leben jedes Franzosen in ihrer Hand und ließ damals in allen Departements das Blut der Bürger vergießen [1]). Aber diese einzelnen Opfer reichten weder für ihren Parteifanatismus noch für ihre Habgier aus. Ihre Genossen in den Räten setzten eine Bestimmung durch, die an empörender Rechtswidrigkeit alle übrigen Befehle dieser Schreckensgesetze, wenn möglich, noch übertraf. Avignon und Venaissin waren im Oktober 1791 mit der französischen Republik vereinigt und seitdem auch die Strafverordnungen gegen die Emigranten dort eingeführt worden. Jetzt aber

[1]) Die Todesurteile und die Verfolgung gesetzwidrig Eingetragener häuften sich in solchem Maß, daß der in dieser Zeit so völlig unterwürfige Rat der Fünfhundert eine Botschaft an das Direktorium und die Vorbereitung abhelfender Gesetze am 1. März 1798 beschloß, aber allerdings gleich am 6. auf eine donnernde Antwort der Regierung sich wieder in scheuer Furcht beruhigte.

machte man die Entdeckung, daß die Grundsätze der französischen Revolution schon seit dem Juli 1789 die ganze Grafschaft erfüllt hätten; demnach sei nicht erst vom Tage der gesetzlichen Reunion, sondern schon von dem Zeitpunkte des Bastillesturmes die Auswanderung als Verbrechen im französischen Sinne zu behandeln und zu strafen. Da, wie wir wissen, in dem unglücklichen Bezirke in den Jahren 1790 und 1791 eine blutige und schreckenvolle Anarchie geherrscht hatte, so waren damals viele Tausende teils in die Schweiz, teils aber auch in die vergleichsweise ruhigeren französischen Nachbarlande übergesiedelt: diese alle fanden sich jetzt mit einem Schlage geächtet wegen einer Handlung, begangen zu einer Zeit, wo ihre Heimat noch päpstliche Besitzung, wo in Frankreich selbst die Auswanderung noch mit keiner Strafe bedroht war. Eine Menge der unglücklichen Opfer verfielen den Kriegsgerichten; eine gewaltige Beute wurde zu Gunsten des französischen Staatsvermögens eingezogen.

Ein ebenso schlimmes Los wie den Emigranten und Priestern hatte die Regierung auch dem ehemaligen Adel zugedacht. Wir sahen, wie bereits am 19. Fructidor sein Schicksal bei den Fünfhundert in Erwägung gezogen wurde; am 27. September erschien ein Antrag, die Edelleute aus allen Aemtern bis zum Ablaufe des vierten Jahres nach dem allgemeinen Frieden zu entfernen; als dagegen eine widersprechende Vorschrift der Verfassung geltend gemacht wurde, legte Boulay (Meurthe) einen Gesetzentwurf vor, welcher allen Edelleuten das Bürgerrecht entzog und die Mitglieder des hohen Adels aus Frankreich bei Strafe der Deportation verbannte. Zwischen dem Adel und der Republik, sagte Boulay, bestehe einmal unversöhnliche Feindschaft; der Adel sei keine französische, sondern eine europäische Genossenschaft; indem man ihm das Bürgerrecht entziehe, spreche man nur gesetzlich aus, was thatsächlich längst bestanden habe. Der Vorschlag fand indes sowohl in der Kammer als in der Presse eine höchst ungünstige Aufnahme, so daß man vierzehn Tage später die Verban-

nungsklausel fallen ließ und sich mit der Bestimmung begnügte, die Edelleute, mit Ausnahme der Deputierten, Direktoren und Soldaten im aktiven Dienste, könnten nur dann ihr Bürgerrecht ausüben, wenn sie die Forderungen erfüllten, welche die Verfassung den Fremden für die Erwerbung des Bürgerrechts auferlegte. Eine weitere Aufgabe, welche das Direktorium mit heißem Eifer verfolgte, war die Ausstoßung der wirklichen oder angeblichen Royalisten aus allen Aemtern im Umfange der Republik. Gleich nach dem Staatsstreiche erließ das Direktorium einen Befehl an sämtliche Minister, ihre Amtsstuben von allen unzuverlässigen Angestellten zu reinigen und vor allem die Postverwaltung im patriotischen Sinne zu säubern. Nicht besser fuhren die vom Volke gewählten Verwaltungsbeamten: im September und Oktober wurden nicht weniger als 63 Departements- und 178 Gemeindekollegien durch Befehl des Direktoriums abgesetzt und allerorten eifrige Jakobiner in die Stellen gebracht [1]). Da die Meinung sich verbreitete, daß auch im Lehrerstande das Gift des Royalismus und des Aberglaubens um sich gegriffen habe, so wurde kurzerhand verfügt, daß jeder Lehrer einer Wissenschaft, einer Kunst, einer Fertigkeit unter polizeilicher Aufsicht stehe. Noch begieriger war man, den richterlichen Behörden, die, wie früher bemerkt, schon längst den Patrioten ein Pfahl im Fleisch waren, zu Leibe zu gehen, und am 31. Oktober trug einer der hitzigsten Jakobiner unter den Fünfhundert, Poulain-Grandpré, dem Rate einen Ausschußbericht vor, welcher mit dem Antrage schloß, daß das Mandat der im vorigen Jahre gewählten Präsidenten, Greffiers und öffentlichen Ankläger der Kriminalgerichte erloschen sei, daß das Direktorium ihre Nachfolger bis zum Zeitpunkt der Wahlen des Jahres 1798 ernennen werde, daß die öffentlichen Ankläger jederzeit von der Regierung abgesetzt oder suspendiert werden könnten. Die Verfassung schrieb allerdings die Wahl aller Mitglieder der Gerichtshöfe auf sechs

[1]) Moniteur 7. November.

Jahre vor, und Poulain-Grandpré bemühte sich vergebens nachzuweisen, daß diese Bestimmung sich nur auf die bürgerlichen, nicht aber auf die Strafgerichte bezöge. Um so nachdrücklicher hob er dafür die Sünden hervor, welche jene Beamten vor dem 18. Fructidor begangen, die Verfolgung der besten Patrioten, die Straflosigkeit der royalistischen Meuchelmörder. Die öffentlichen Ankläger, erörterte er, seien nach der Natur ihrer Thätigkeit lediglich Organe der Staatsgewalt und müßten also nach richtigen Grundsätzen von dieser ernannt und bei gesetzwidrigem Verhalten von ihr beseitigt werden. Ebenso unrichtig sei die Trennung ihres Amtes von jenem der Regierungskommissare bei den Gerichten. Mit großer Offenherzigkeit erklärte er, die konstituierende Versammlung habe diese fehlerhaften Einrichtungen 1790 nur aus Gründen augenblicklicher Politik getroffen; damals sei der Träger der Staatsgewalt noch ein erblicher König gewesen, dessen Macht man planmäßig zu schwächen gesucht habe; jetzt stehe eine republikanische Behörde an der Spitze des Staates, und es sei also kein Grund mehr vorhanden, das an sich Verkehrte und Schädliche aufrecht zu erhalten. Es erhob sich nun auch gegen diese Maßregel mehrfacher Widerspruch in beiden Räten, und die Bestimmung der bleibenden Absetzbarkeit der Ankläger konnte nicht durchgesetzt werden. Im übrigen aber wurde jedes Bedenken durch die Erklärung niedergeschlagen, daß der Gesetzentwurf eine notwendige Ergänzung des glorreichen Werkes vom 18. Fructidor sei, und die Absetzung aller bisherigen Präsidenten und öffentlichen Ankläger verfügt.

So hatte die herrschende Partei mit einer Reihe von Gewaltmaßregeln wieder Besitz von allen bedeutenden Stellungen im Staate ergriffen, welche ihr der Wille des souveränen Volkes bei den letzten Wahlen entzogen hatte. Wie das Heer war die Verwaltung, Polizei und Justizpflege aufs neue vollständig in ihrer Hand. Die Maßregelung der Presse ging ihren Gang weiter; mit einem Federstriche unterdrückte im Dezember das Direktorium dreizehn mißliebige Zeitungen auf einmal. Ueberall wurden

in die Aemter alte Jakobiner und nicht selten ausgesprochene Anhänger Babeufs berufen. Man nahm es zur Zeit damit nicht genau; jeder Genosse, der seinen Haß gegen Königtum und Kirche zur Schau trug, war den Machthabern wieder genehm. In Avignon saßen einige Mörder der Eisgrube unter zahlreichen Mitgliedern der alten Revolutionsausschüsse in den Verwaltungsämtern. Ein solcher Polizeikommissär verhaftete in Carpentras den Obmann der Geschworenen; ein solcher Friedensrichter sperrte in Avignon den öffentlichen Ankläger ein. Die Munizipalität der Stadt belegte eine beliebige Anzahl der Bürger mit einer Kopfsteuer von dreißig Franken, unter der Drohung, die säumigen Zahler als Verdächtige nach dem Schreckensgesetze von 1793 zu behandeln [1]). Zugleich bildeten sich nach dem Pariser Beispiele neue Jakobinerklubs unter dem Titel konstitutioneller Zirkel in allen Departements, setzten sich, mit offener Nichtachtung des Gesetzes, in regelmäßige Verbindung und wirkten in alter Weise unaufhörlich auf die Ortsverwaltung und vor allem auf die Verfolgung aller Mißliebigen ein. Wie zwei Jahre früher sollte auch jetzt die Regierung bald genug die Folgen einer solchen Bundesgenossenschaft am eigenen Leibe erfahren.

Wenn nun auf diese Art der Wille des Direktoriums allmählich über ganz Frankreich schaltete und jede abgeneigte Stimmung in eisernen Banden geknebelt wurde, so gab es doch ein Gebiet des Staatswesens, wo sich der materielle Despotismus, wie zu allen Zeiten, ohnmächtig zeigte, die Finanzen. Das Direktorium konnte sämtliche Franzosen in Furcht und Zittern versetzen, aber das Volk wohlhabend und den Staat reich zu machen, dazu war es nicht im stande. Im Gegenteil ist es deutlich an sich selbst, daß jede Rechtsverletzung und jede Gewaltthat die Folge haben mußte, das

[1]) Rabaut im Rate der Alten 22. Dezember. Bordas, der von der Regierungsseite Widerspruch erhob, ließ sich auf die einzelnen Thatsachen nicht ein, sondern begnügte sich mit der allgemeinen Versicherung, nach seinen Nachrichten sei der Süden in der besten Ordnung und Stimmung.

Eigentum zu entwerten, den Verkehr zu lähmen, den Kredit zu zerrütten, mithin alle Quellen des Wohlstandes zu verschließen. Nach langen Verhandlungen brachten es die Räte im November dahin, die Einnahmen und Ausgaben für das Jahr VI (September 1797 bis September 1798) auf dem Papiere in das Gleichgewicht zu bringen und sogar bei einer Ausgabe von 600 die Einnahme auf 616, mithin auf einen Ueberschuß von 16 Millionen zu stellen. Aber schon im Februar 1798 mußte Villers berichten, daß von den 255 Millionen der Grund- und Personensteuer bis jetzt kaum zwölf eingekommen seien; denn obgleich im November der Beschluß gefaßt worden war, Agenten des Direktoriums anstatt der ewig säumigen Gemeindebehörden mit der Anfertigung der Rollen und der Erhebung der Steuer zu beauftragen, so war dennoch drei Monate später die Rolle erst in einem einzigen Departement zu stande gekommen. Ebensowenig wollte der Ertrag der neuen Stempelsteuer flüssig werden; bei der Unvollkommenheit der Gesetzgebung drohte die Hypothekenverwaltung statt acht nur zwei Millionen zu liefern; der Straßenzoll, zwanzig Millionen, zeigte einen Ausfall von zehn, der Tabakszoll auf zehn einen solchen von drei, die Lotterie auf zwölf die Einbuße der Hälfte. Als jemand eine Erhöhung der Luxussteuer vorschlug, erwiderte Lecoulteux: „Es giebt keinen Luxus mehr in Frankreich, also wird auch die Luxussteuer nichts liefern; in ganz Rouen, wo man früher 300 Privatkutschen zählte, ist davon eine einzige übrig geblieben, in Dijon von 80 nur zwei; Bediente sind so selten und kostspielig, daß jedermann sich auf das Allernötigste beschränkt.“ Bei einem solchen Defizit konnte natürlich von Regelmäßigkeit in den Ausgaben keine Rede sein. Man zahlte den Direktoren und Ministern ihren Gehalt, den Deputierten ihre Tagegelder, den Heeren wenigstens so ziemlich ihren Sold; die Zivilbeamten, Gemeinden, öffentlichen Arbeiten und Anstalten überließ man ihrem Schicksal. Unter der Decke dieser Unordnung wucherte die altgewohnte Verschleuderung und Plusmacherei der Machthaber und ihrer Schützlinge in der scham-

loseſten Weiſe fort; jede dahin zielende Rüge wurde mit der Antwort abgefertigt, daß in ſolchem Tone die Royaliſten bis zum 18. Fructidor geredet hätten. „Ich muß", ſchrieb ein Lieferant des italieniſchen Heeres, „die Republik beſtehlen, um nur auf meine Auslagen zu kommen; der Kriegskommiſſar beſcheinigt keine Lieferung, ohne eine klingende Belohnung; der Zahlmeiſter macht keine Zahlung ohne ein Trinkgeld von dreißig Prozent, wie er ſagt, auf höheren Befehl, für die Ausgaben der Generale." Die vornehmen Blutſauger fühlten ſich jetzt ſo ſicher, daß man ſelbſt in öffentlicher Verhandlung des Rates der Alten die Schatzkommiſſare wiederherſtellte, welche im Sommer durch Gibert und Thibaudeau wegen ihrer Schwindelgeſchäfte mit der Compagnie Dijon in Anklageſtand verſetzt worden waren. So darbte das Land und ſchwelgten ſeine Herrſcher. Nach wie vor waren dieſe mit ihrer Lage hochzufrieden und feſt entſchloſſen, an keiner Stelle eine weſentliche Aenderung eintreten zu laſſen. Von politiſchen Ueberzeugungen iſt dabei nicht viel zu reden. Sie waren Republikaner, weil ſie zur Zeit die Herrſcher der Republik waren und nach den Umſtänden unter keiner anderen Staatsform die Herrſchaft behaupten konnten. Sie waren Jakobiner, weil ſie als ſolche emporgekommen waren und die revolutionäre Gewalt für die Fortdauer ihrer Macht nicht zu entbehren vermochten. Sie waren zugleich in jedem Zeitpunkte bereit, einzelnen Konſequenzen des jakobiniſchen Syſtems den Rücken zu kehren, wenn dieſelben ihrem augenblicklichen Machtintereſſe hinderlich waren. So trieben ſie vorwärts, weder durch Grundſätze noch durch Gewiſſensbedenken beläſtigt, ohne zuſammenhängende Pläne, immer nur auf die Beute des heutigen Tages bedacht. Dank Bonapartes Erfolgen ſahen ſie, weit über Frankreichs Grenzen hinaus, Europa auf allen Seiten ihrem Griffe bloßgelegt; man ermißt leicht nach ihrem Verfahren gegen das eigene Volk, wie ſie mit den Vaſallen, den Fremden, den Gegnern umgingen.

Zum Friedensſchluſſe mit Oeſterreich hatte ſie, wie wir ſahen, nur Bonapartes mächtiger Wille gezwungen. Um

so hitziger verkündeten sie in demselben Augenblicke die Fortsetzung des Kampfes gegen England. Allerdings hatte die auf so brutale Weise abgebrochene Unterhandlung mit dieser Macht noch ein kurzes, aber charakteristisches Nachspiel gehabt. Kaum war nämlich Lord Malmesbury aus Lille nach London zurückgekommen, so meldeten sich bei Pitt Agenten sowohl des Direktors Barras als des Ministers Talleyrand, mit dem Anerbieten, die Insel Ceylon und das Kap der guten Hoffnung, trotz aller in Lille vorgebrachten Weigerungen und Proteste, an England dennoch abzutreten, wenn Pitt den Häuptern der französischen Regierung eine geheime Zahlung von zwei Millionen Pfund Sterling bewillige. Pitts Sehnsucht nach der Beendigung des Krieges war so heftig, daß er den schmählichen Antrag nicht kurz von der Hand wies, sondern, da der Betrag der geforderten Summe bei weitem seine geheimen Fonds überstieg, seinerseits ein Angebot von $10^1/_4$ Millionen Franken machte, im Verhältnis zu den zerrütteten Geldmitteln des damaligen Frankreich ein sehr stattlicher Betrag [1]). Allein sei es nun, daß Barras sich damit nicht begnügen wollte, sei es, daß sein mächtiger und heftiger Kollege Rewbell den Handel überhaupt verwarf: die Sache kam nicht zum Abschluß, sondern das Kriegsfeuer prasselte mit verstärktem Ungestüm in die Höhe. Den ganzen Sommer 1797 hindurch hatte, wie wir früher erzählten, die batavische Regierung eifrig gerüstet, eine stattliche Flotte von 16 Linienschiffen im Texel versammelt und 15 000 Mann Landungstruppen mit 80 Geschützen zu einem zweiten Versuche gegen Irland bereits an Bord. Dann aber gab es Zögerung durch das den Holländern höchst widerwärtige Begehren des französischen Direktoriums, daß auch dieses Unternehmen von dem französischen General Hoche befehligt werden müsse; als dieser Anstand endlich beseitigt war, hielten widrige Winde monatelang die Flotte im Texel fest, so daß die

[1]) Stanhope life of Pitt. III, 62. Auch Malmesburys Tagebuch aus dieser Zeit erwähnt den Vorgang.

Truppen alle für den Zug gesammelten Vorräte aufzehrten und endlich wieder ausgeschifft werden mußten. Jetzt, nach dem Scheitern der englischen Friedensverhandlung, drängte das Direktorium die Holländer, wenigstens gegen die englische Flotte, die ihre Küste beobachtete, noch einen nachdrücklichen Streich zu führen, und in den ersten Tagen des Oktober lief Admiral de Winter mit fünfzehn Linienschiffen und vier Fregatten aus dem Texel aus. Admiral Duncan, mit sechzehn Linienschiffen und zwei Fregatten, beeilte sich, ihm entgegenzutreten; auf der Höhe der Kamper Dünen warf er sich zwischen die feindliche Flotte und die holländische Küste, durchbrach darauf de Winters Schlachtlinie an zwei Punkten, und nun begann ein äußerst heftiger und zäher Kampf zwischen den beiden an Tapferkeit und Seetüchtigkeit sich völlig ebenbürtigen Gegnern. Die Verluste auf beiden Seiten waren groß; die Engländer fanden, daß sie hier ein härteres Holz zu bohren hatten als bei den spanischen Kriegsschiffen. Endlich trug es das Uebergewicht ihrer Artillerie davon; nach einem dreistündigen Gefecht mußte de Winter, beinahe der einzige unverwundete Mann auf seinem Verdecke, die Flagge streichen, und am Abend hatten die Engländer neun Linienschiffe und zwei Fregatten genommen. Die glänzende Siegeskunde rief in England die höchste Genugthuung hervor: nachdem auf die Niederlage der spanischen hier die Vernichtung der holländischen Flotte gefolgt war, konnte man sich für geraume Zeit gegen jede ernstliche Bedrohung der britischen Inseln gesichert erachten.

Bei dem französischen Direktorium aber schien dieser Unfall nicht den mindesten Eindruck zu machen. Gleich nach der Bestätigung des Friedens von Campo Formio ernannte es den General Bonaparte zum Befehlshaber einer an der Küste des Kanals aufzustellenden „Armee von England" und verkündete mit schwülstigem Pompe den Entschluß, dem treulosen Albion den Frieden in London selbst zu diktieren. Was geschehen konnte, geschah, um dem Kampfe den Charakter der Unversöhnlichkeit aufzudrücken. Alle

öffentlichen Reden tönten wieder von den gegen den abscheulichen Feind geschleuderten Verfluchungen; alle Zeitungen füllten ihre Spalten mit donnernden Artikeln gegen König Georg und das Ministerium Pitt. Man rief das Volk auf, patriotische Geschenke auf den Altar des Vaterlandes zur Bekriegung Englands niederzulegen; man erhob gegen die englische Regierung die Anklage, daß sie die 24 000 französischen Kriegsgefangenen nicht länger ernähren wolle, so daß es nötig sei, monatlich etwa eine Million Franken nach London zu senden, um jene Unglücklichen vom Hungertode zu erretten. Zugleich wurde eine Prämienanleihe von 80 Millionen für die Kosten des Heeres bewilligt, welcher die auf den britischen Inseln zu machende Beute als Hypothek dienen sollte. Daß dies alles viel mehr Grimasse als wirkliche Begeisterung war, zeigte sich an allen Punkten. Die patriotischen Gaben lieferten dem Schatze binnen drei Monaten den Betrag von 65 000 Franken; für die Ernährung der Gefangenen stellte der Rat der Fünfhundert eben diese Gaben und dazu den herrlichen Budgetüberschuß von 16 Millionen dem Direktorium zur Verfügung, und so war es denn kein Wunder, daß der Abgeordnete Riou am 4. März 1798 dem Rate die klagende Meldung machte, es sei bis jetzt für die Gefangenen noch nicht das mindeste geschehen.

Während das Direktorium auf solche Art den Bruch mit dem mächtigen England unheilbar zu machen bestrebt war, verschärfte es gleichzeitig die Spannung mit den Vereinigten Staaten in nicht minder charakteristischer Weise. Wir haben früher gesehen, wie sich im Sommer 1797 die gemäßigte Mehrheit der Fünfhundert nachdrücklich gegen die amerikanische Politik des Direktoriums erhob: damals hatte der Präsident Adams beschlossen, noch einmal einen Versuch zu friedlicher Abhülfe zu machen, und in außerordentlicher Gesandtschaft die Generale Pinckney und Marshall, sowie Herrn Elbridge Gerry an das Direktorium abgeschickt [1]). Diese

[1]) Ueber das Folgende vergleiche Actes et mémoires concernant les négociations qui ont eu lieu entre la France et les États-

trafen am 4. Oktober in Paris ein, wo dann freilich unterdessen der 18. Fructidor jede Neigung zu freundlichem Entgegenkommen gründlich ausgerottet hatte. Sie mußten sogleich erfahren, daß wenig Aussicht für sie vorhanden sei, überhaupt nur als Gesandte empfangen zu werden. Gleich nach ihrem ersten Besuche bei Talleyrand meldeten sich bei ihnen zwei Freunde oder Agenten desselben, um ihnen zu erzählen, daß Barras und noch ein anderes Mitglied des Direktoriums äußerst zornig gegen Amerika seien, vornehmlich wegen der letzten Botschaft des Präsidenten an den Kongreß, welche die französische Republik schwer beleidige, indem sie das Direktorium durch völlig unbegründete Anklagen verdächtige. Nicht eher könne von einer Friedensverhandlung die Rede sein, als bis diese Beschimpfungen zurückgenommen oder doch hinweginterpretiert seien. Als die Amerikaner die Erfüllung dieses Begehrens für kaum thunlich erklärten, ließen sich die Agenten zu dem Geständnis herbei, daß es allerdings noch einen anderen Weg zu dem Ohre ihrer Regierung gäbe. Und dieser wäre? fragten die Gesandten. Ihr müßt, war die Antwort, Geld zahlen, viel Geld. Und nun entwickelten sie, daß es auf ein Doppeltes ankomme. Einmal werde Talleyrand begehren, daß die amerikanische Regierung der französischen Republik ein Anlehen liefere; es werde leicht sein, dafür eine Form zu finden, welche es den Engländern unmöglich mache, deshalb über eine Verletzung der amerikanischen Neutralität zu klagen; Frankreich habe noch aus dem Vertrage von 1795 eine ansehnliche Schuldforderung gegen Holland, deren Papiere jetzt an der Börse auf fünfzig Prozent ständen; Amerika brauche dieselben nur dem Direktorium zum vollen Nennwert abzunehmen, so sei die Anleihe (32 Millionen) ohne weiteres gemacht; nach der Beendigung des jetzigen Krieges würde selbstverständlich die batavische Republik ihre Reskriptionen wieder zum vollen Werte einlösen und Amerika

---

Unis, Londres 1807, III, 5—232. Life and works of J. Adams VIII, 568. Neumann, Geschichte der V. St. I, 580.

mithin nicht den geringsten Verlust erleiden. Dies also, sagten sie, würde Talleyrand fordern. Dann aber sei zweitens nötig, daß zur Beschwichtigung jener zornigen Stimmung des Direktoriums dorthin eine besondere Erkenntlichkeit, etwa im Betrage von 50 000 Pfund Sterling, gezahlt würde; dies könnten die Direktoren nach ihrem Zartgefühl nicht begehren, vielmehr müßten die Gesandten diese Leistung selbst entgegentragen. Die Gesandten fragten, ob in diesem Falle das Direktorium die Plünderung amerikanischer Handelsschiffe durch französische Korsaren, die ihren Mitbürgern einen Schaden bereits von vielen Millionen zugefügt, sofort verbieten würde. Die Agenten erklärten, dies nicht versprechen zu können; dazu würde wohl erst der Abschluß der ganzen Unterhandlung erforderlich sein, die übrigens, den erwähnten Schritt einmal gethan, ohne alle weitere Schwierigkeit den raschesten Verlauf haben würde.

Die Gesandten hatten dann mehrere Unterredungen mit Talleyrand selbst, in Gegenwart eines der Agenten, eines Herrn Bellamy, bei welchen der Minister, ganz jenen Aeußerungen seiner Freunde entsprechend, seinerseits nur von dem Ankaufe der batavischen Reskriptionen redete und über das weitere Geschenk eine Aeußerung der Gesandten, allerdings vergeblich, erwartete. Denn diese, ohne Vollmacht zu derartigen Geldgeschäften, waren auf der Stelle entschlossen, der französischen Forderung mit einer kategorischen Abweisung zu begegnen. Dies hatte denn die Folge, daß nach wochenlangen nutzlosen Erörterungen Talleyrand zunächst erklärte, er wolle mit den beiden Offizieren gar nichts mehr zu schaffen haben, daß er dagegen den freundlicher gesinnten Gerry einlud, die Unterhandlung allein fortzusetzen. Pinckney und Marshall verließen darauf Frankreich ohne Zögern; Gerry hatte die Schwäche, auf Talleyrands Vorschlag einzugehen, bis ihn Präsident Adams mit einem nachdrücklichen Verweise nach Amerika zurückrief, die Berichte der Gesandten drucken ließ[1]) und militärische

[1]) Talleyrand erklärte darauf mit tugendhafter Entrüstung, er habe stets nur über das Anlehen unterhandelt; was das Geschenk

Rüstungen für den Fall eines wirklich eintretenden Bruches anordnete. Die Piraterei französischer Korsaren gegen amerikanische Kauffahrer wurde nichtsdestoweniger unerbittlich fortgesetzt.

So war die Macht beschaffen, mit welcher jetzt, im Verfolg des Vertages von Campo Formio, das Deutsche Reich seinen endlichen Friedensschluß in Rastatt unterhandeln sollte.

General Bonaparte hatte gleichzeitig mit der Ernennung zum General des Heeres von England auch den Auftrag erhalten, neben den Deputierten Treilhard und Bonnier als erster Botschafter der französischen Republik in Rastatt aufzutreten. Schwerlich hat weder er noch einer der Direktoren auch nur einen Augenblick ernstlich den Gedanken gehabt, daß der General in der That seine nächste Zeit dem weitschichtigen Formenwesen des Heiligen Römischen Reiches widmen sollte, zumal seit langer Zeit die Absicht feststand, in Rastatt mit der Forderung des ganzen linken Rheinufers erheblich über die Sätze von Campo Formio hinauszugehen, was gerade den Schöpfer dieses letzteren Vertrages in unbequeme Stellung hätte bringen können. Auch beeilte sich Bonaparte keineswegs mit der Abreise nach Italien, wo er noch eine Reihe wichtiger Geschäfte abzuwickeln hatte. Er ließ Villetard dem Stadtrate von Venedig die bevorstehende Ueberlieferung an Oesterreich anzeigen, und als der Gesandte, im höchsten Grade durch die Botschaft erschreckt und erschüttert, dagegen Vorstellungen machte, antwortete er ihm mit schneidender Abweisung, daß Frankreich das Blut seiner

---

der 50,000 Pfund betreffe, so seien die Gesandten durch einige freche Schwindler, die ohne Auftrag des Direktoriums das Geld für sich zu erschnappen gesucht, hinter das Licht geführt worden. Er forderte demnach die Amerikaner auf, ihm den Namen dieser (in den Depeschen nur mit Buchstaben bezeichneten) Menschen zu nennen. Barras, Newbells und Talleyrands ganzer Lebenslauf macht es unnötig, über diese Rechtfertigung ein Wort zu verlieren; übrigens schlägt sie sich selbst schon durch den einen Umstand, daß aus den amerikanischen Berichten über die mit Talleyrand in Bellamys Gegenwart gepflogenen Gespräche wenigstens dieser Name dem Minister sofort erkennbar geworden sein mußte.

Söhne nicht für ein fremdes Volk opfern dürfe. Die Herren Weltbeglücker, setzte er höhnend hinzu, sollten nur einmal einen Winterfeldzug mitmachen. Uebrigens, sagte er, steht es den Venetianern frei, nach unserem Abzug ihre Unabhängigkeit mit kräftiger Hand gegen Oesterreich zu verteidigen; aber freilich, es sind feige Memmen, und so möge ihr Schicksal sich erfüllen. Er ordnete dann weiter an, daß vor der Räumung der Stadt alle Kriegsschiffe und alles Flottenmaterial entweder fortgeschafft oder zerstört werden sollte, um dem Kaiser die Schöpfung einer Marine auf das gründlichste zu erschweren, und ließ zugleich den Löwen von S. Marco, den Bucentauro und eine Menge von Kunstwerken, Handschriften und Archivalien aus der unglücklichen Stadt hinwegführen, während in den Landstädten der vernichteten Republik die französischen Besatzungen das letzte Mark durch Kontributionen und Erpressungen aller Art aussogen. Bonaparte brachte dann die politische Organisation der Cisalpina zum Abschluß, welche eine Verfassung nach dem Muster der französischen, mit einem Direktorium und zwei Räten, erhalten hatte, unter einstweiliger Besetzung aller Aemter durch den französischen Feldherrn. Weiter veranlaßte ihn ein Volkstumult in der genuesischen Riviera, der eben von ihm geschaffenen ligurischen Republik eine Zuschrift zu widmen, in welcher er derselben weise Ratschläge im Sinne politischer Mäßigung und Festigkeit gab und nach deren Anleitung eine Reihe wichtiger Verfassungsänderungen dem jungen Staate auferlegte [1]). Seinen wirklichen Beweggrund dafür teilte er dem Pariser Direktorium höchst unbefangen mit. Er schrieb ihm am 12. No-

[1]) Erbaulich sind die Verhandlungen der ligurischen Nationalversammlung über Bonapartes Verfassungsvorschläge. Sie fragt, ob dieselben Befehl oder nur ein guter Rat seien. Der Regierungskommissar antwortet, das sei ein Problem. Sie erörtert das Problem, ohne es zu lösen. Am folgenden Tage erklärt die Regierung, es sei kein Widerspruch zu dulden. Die Versammlung votiert darauf die Vorschläge, kann aber doch den Ausdruck ihres Kummers nicht zurückhalten.

vember, daß viele Genueser Franzosen zu werden wünschten; diese Erwerbung sei in vieler Beziehung nützlich und im Auge zu behalten; die ligurische Verfassung, trotz der von ihm angeordneten Verbesserungen, werde dem Volke schwerlich zusagen; mit einiger Nachhülfe von unserer Seite, schloß er, werden sie uns nach zwei oder drei Jahren fußfällig bitten, als französische Bürger von uns aufgenommen zu werden. In derselben Gesinnung behielt er die Angelegenheiten des Kirchenstaats im Auge. Der Papst war der Meinung gewesen, daß jetzt, nach dem vollendeten Friedensschluß zwischen Oesterreich und Frankreich, für ihn kein Hindernis mehr gegen die Berufung des Generals Provera bestehe. Kaum aber war die Nachricht von dessen Ankunft in Rom zu Bonaparte gelangt, als dieser aufs neue seinem Bruder Joseph befahl, die sofortige Ausweisung Proveras zu verlangen; die Verwendung irgend eines Oesterreichers im römischen Zivil- oder Militärdienst, sollte er dem Papste sagen, würde dem guten Vernehmen zwischen der Kurie und der französischen Republik ein Ende mit Schrecken bereiten. Zugleich ließ die Cisalpina, deren förmliche Anerkennung der römische Hof verzögerte, das päpstliche Schloß San Leo militärisch besetzen und verfügte Bonaparte die Verstärkung der Garnison von Ancona um 3000 Mann, indem er den Kommandanten anwies, die Bürgerschaft zur Lossagung von der päpstlichen Herrschaft aufzufordern, welche Maßregel denn auch sofort von der demokratischen Partei mit großem Pompe vollzogen wurde. Ich denke, schrieb Bonaparte dem Direktorium, wir lassen Ancona sich als unabhängige Republik erklären und behalten schließlich die Stadt für uns, indem wir dem Papste fort und fort erzählen, daß wir sehr wenig Wert auf diesen Besitz legten und ihm die Stadt gerne herausgeben würden, wenn er sich im übrigen gut aufführte. Mit dem lebhaftesten Interesse verfolgte er sodann die Einrichtung der Jonischen Inseln, traf alle militärischen Vorkehrungen zu ihrer Sicherung, ließ den Admiral Brueys mit zwölf venetianischen Kriegsschiffen dort Station nehmen und sandte von diesem Punkte aus mehrere

Agenten in die türkischen Provinzen und auf die Insel Malta, um überall Anknüpfungen für die französischen Interessen zu suchen. Es war, wie man sieht, ganz und gar dieselbe Stimmung wie bei den Direktoren: schrankenloses Umhergreifen nach allen Seiten. Der Unterschied bestand nur darin, daß Rewbell und Barras in kopfloser Gier von aller weit vorschauenden Klugheit entblößt waren, während der General in der seltensten Weise heiße Leidenschaft und planmäßige Berechnung vereinigte.

Eine besondere Aufmerksamkeit schenkte damals Bonaparte auch dem nördlichen Nachbar der Cisalpina, der Schweiz. Er hatte schon im Mai 1797, wie wir sahen, dem Direktorium seine Neigung zur militärischen Besetzung des Wallis ausgesprochen [1]), aus Paris aber damals die Weisung bekommen, fürs erste derartige Händel zu vermeiden. Auch jetzt war Talleyrand der Ansicht, daß man keinen Streit mit den Eidgenossen beginnen sollte, und mißbilligte ganz entschieden die von Bonaparte betriebene Einverleibung des Veltliner Thales in die Cisalpina [2]), ohne jedoch die Direktoren abhalten zu können, eine Belästigung und Mißhandlung nach der andern über die Schweiz zu verhängen: es war besonders Rewbell, das einflußreichste Mitglied für die auswärtigen Angelegenheiten, welcher der Schweiz einen ganz persönlichen, bitteren Haß widmete [3]). So forderte man plötzlich die Ausweisung des englischen Gesandten Wickham aus dem Gebiete der Eidgenossenschaft: allerdings hatte dieser alle Umtriebe der französischen Emigranten unterstützt, immer aber war es ein Akt englischer Großmut, daß Pitt auf die demütige Bitte der Schweizer den Gesandten schleunigst selbst abberief. Trotzdem erschienen in steter Wiederholung die feindseligsten Aeußerungen über die aristokratischen Behörden der großen Kantone, über die

[1]) Oben, Band VIII, 22.

[2]) Talleyrand an Bacher, französischen Geschäftsträger in Basel 25. vend. VI.

[3]) Er hatte als Advokat einen Prozeß vor dem Großen Rate von Bern verloren.

Anwesenheit französischer Emigranten in der Schweiz, über die politischen Prozesse gegen französisch gesinnte Neuerer. Genug, seit dem 18. Fructidor ließ Rewbell seinem Grolle gegen die Eidgenossenschaft den Zügel völlig schießen. Um so weniger legte dann auch Bonaparte seinen auf die Schweiz gerichteten Entwürfen Schranken auf. Als er das Veltlin von Graubünden abriß, hatte er gleichzeitig Verbindungen mit den mißvergnügten Einwohnern des heutigen Kantons Tessin angeknüpft, welcher damals als unterthänige Landschaft durch Vögte der Waldkantone hart und rauh verwaltet wurde; seine Beziehungen, schrieb Bacher an Talleyrand, zu diesen Aemtern sind ganz vortrefflich [1]). Während er nun eidgenössische Kommissare, die ihm nach der Einverleibung des Veltlin ihre Besorgnisse über das künftige Schicksal der Aemter aussprachen, mit freundschaftlichen Beteuerungen überhäufte, erließ er plötzlich über die Befreiung des Veltlin von der Graubündener Herrschaft ein Manifest, welches in dem Satze gipfelte, daß nach dem Völkerrechte der neuen Freiheit kein Volk der Unterthan eines andern sein könne. Dieser Ausspruch durchflog die ganze Schweiz wie ein elektrischer Schlag, da nach ihrer damaligen Verfassung zahlreiche Landesteile als Unterthanen von den Behörden der souveränen Kantone regiert wurden und dieser Zustand jetzt durch die Stimme des unwiderstehlichen Eroberers als schlechthin unzulässig bezeichnet war. Die Bestürzung der Regenten, die Gärung der Unterworfenen wurde allgemein.

Unter solchen Umständen reiste Bonaparte am 17. November von Mailand ab, um sich durch Savoyen und die Schweiz nach Rastatt zu begeben. In Turin vermied er jedes Gespräch mit dem Könige; in Chambery wurde er von der Bevölkerung mit endlosem Jubel empfangen; in Genf dagegen, wo eine hitzige Partei ein Schreckensregiment im kleinen nach französischem Muster eingerichtet und nach Auflösung desselben die Stadt in völlig ungeordnetem und

[1]) Bacher an Talleyrand 22. und 28. brum.

anarchischem Zustand hinterlassen hatte, trat ihm nichts als Unbehagen und Mißtrauen gegen die französische Eroberungslust entgegen [1]). Dafür umringte ihn im Waadtlande, damals einem unterthänigen Bezirk des Kantons Bern, der begeisterte Zuruf der Einwohner, bei welchen sein Wort, daß kein Volk der Unterthan eines andern sein dürfe, vielfachen Widerhall gefunden hatte. Er hörte mit Genugthuung diese Ausbrüche und sprach es seinen Adjutanten unumwunden aus, daß die Macht des Berner Patriziates mit den Interessen der französischen Republik unverträglich sei. Er lehnte demnach auch jede Ehrenbezeigung seitens der Schweizer Behörden ab und eilte in raschem Zuge durch das Land hindurch bis Basel, wo er ein kurzes Gespräch mit den Führern der dortigen demokratischen Partei hatte. Ich habe, sagte er, in der ganzen Schweiz nur zwei Freistaaten, Genf und Basel, gesehen. Nachdem er rasch an Offenburg, Augereaus damaligem Hauptquartier, vorübergereist, kam er den 25. November in Rastatt an, wo er die Gesandten der meisten Reichsstände bereits vorfand und ein stolzes Befremden darüber aussprach, von den Vertretern des Kaisers außer General Merveldt noch nicht einen anzutreffen. Die Soldaten, sagte er einige Tage nachher den Deputierten, reisen rascher als die Diplomaten. Auch hier war er auf der Stelle der Gegenstand des allgemeinen Interesses, der Mittelpunkt aller politischen Bewegungen. Mit souveräner Ueberlegenheit teilte er unter die sich herandrängenden Gesandten ermunternde oder abschreckende, gnädige oder drohende Sätze aus. Dem schwedischen Gesandten, Grafen Fersen, dem früheren Freunde der Königin Marie Antoinette, wies er ohne weiteres die Thüre: die große Nation könne mit einem Genossen ihrer gestürzten Regierung nicht verhandeln. An den sächsischen Gesandten richtete er einige Worte der Bewunderung für den Kurfürsten Moritz, den Besieger Kaiser Karls V.; drohender war seine Anrede an den Gesandten des Bischofs von Würzburg: wie

[1]) Marmont I, 308.

vereint ihr euere fürstliche Pracht mit dem Gelübde der Armut, mit dem Worte des Evangeliums, daß die Reichen nicht in das Himmelreich eingehen werden, mit der Vorschrift, daß die Geistlichen arm und demütig sein sollen? Dann beteuerte er seine Friedensliebe; nur zu sehr habe er die Schrecken des Krieges kennen gelernt; bei gutem Willen könne man in wenigen Tagen alles erledigen; Treilhard und Bonnier hätten nicht nötig gehabt, seine Ankunft abzuwarten, da sie mit aller erforderlichen Vollmacht ausgestattet seien. Uebrigens, setzte er hinzu, ist es nicht nötig, daß unsere Verhandlungen stets durch die Hand des kaiserlichen Ministers gehen. Wiederholt deutete er an, daß Frankreich die günstigsten Gesinnungen für den Schutz der kleineren Reichsstände habe [1]).

Indessen waren die kaiserlichen Gesandten allmählich angelangt, in der Reihenfolge der ihnen etikettemäßig zukommenden Stellung, zuerst der Abgeordnete des Reichsstandes Oesterreich, Graf Lehrbach, dann der Botschafter des Königs von Ungarn und Böhmen, Graf Cobenzl, endlich der vornehmste von allen, der Vertreter Kaiserlicher Majestät bei den Reichsverhandlungen, die höchst ansehnliche Kaiserliche Plenipotenz, wie man damals sagte, Graf Metternich-Winneburg, der Vater des späteren Staatskanzlers. Zunächst war zum Handeln berufen der Gesandte der europäischen Großmacht, Graf Cobenzl, zu einem Schlußakte nämlich des Friedens von Campo Formio. Dort hatte Bonaparte einen geheimen Zusatzvertrag durchgesetzt, welcher die Absicht der französischen Republik aussprach, Venetien erst dann den Oesterreichern auszuliefern, wenn Mainz in den Händen der Franzosen sei; jede der beiden Mächte würde also einen General bezeichnen und diese Offiziere darauf in Anwesenheit der diplomatischen Unterhändler, gleichzeitig mit dem Austausch der Friedensratifikationen, den Abzug der beiderseitigen Truppen regeln. Der österreichischen Regierung, welche Tag für Tag die furcht-

[1]) Berichte im Berliner Archiv.

bare Verwüstung und Plünderung Venetiens durch die Franzosen vor Augen hatte, lag alles daran, so schnell wie möglich in den Besitz dieser Landschaften zu gelangen; Thugut zürnte also nicht wenig, daß seine Vertreter in den Zusatzvertrag eingewilligt hatten, anstatt auf gleichzeitiger Räumung und Besitznahme zu bestehen; bei der sattsam bekannten Weise des Direktoriums und Bonapartes ließ sich die sorgenvolle Frage nicht ganz zurückdrängen: wie, wenn die Franzosen nach der Besetzung des wichtigen Mainz unter irgend einem Vorwande dann doch in Venedig blieben? Indessen, der Fehler war einmal gemacht, und so galt es, die Franzosen möglichst schnell nach Mainz hineinzubringen, um darauf möglichst schnell selbst in Venetien einzurücken. In dieser Stimmung wurde denn der Räumungsvertrag, wieder in tiefem Geheimnis, von Bonaparte einer-, von Cobenzl und den Generalen Latour und Merveldt andererseits verhandelt und am 1. Dezember abgeschlossen. Es wurde darin festgestellt, daß die kaiserlichen und die in österreichischem Solde stehenden Reichstruppen bis zum 25. Dezember in die Erblande zurückgegangen sein würden; das österreichische Reichskontingent würde sich hinter dem Lech aufstellen und in keiner Reichsfestung als Besatzung verwandt werden. Bis zum 20. Dezember würden die Oesterreicher die Festungen Mannheim, Philippsburg, Ehrenbreitstein, Ulm, Ingolstadt, Würzburg räumen und alle dem Kaiser gehörigen Kanonen, Munition und Lebensmittel daraus entfernen; dazu würden die französischen Truppen vor Ehrenbreitstein den Kaiserlichen alle Erleichterung und jede Art von Transportmittel gewähren. Bis zum 25. Dezember würden in Mainz nur noch 15 000 Oesterreicher und ebenso in Venetien nur 15 000 Franzosen zurückbleiben; der Kaiser würde am 8. Dezember den Reichsständen den Rückmarsch seiner Truppen anzeigen, die Franzosen aber vom 10. Dezember an Mainz einschließen, jenen österreichischen Truppen daselbst jedoch alle Verbindungen offen lassen; darauf würde der Kaiser sich bei dem Kurfürsten von Mainz bemühen, den Franzosen bis zum 30. Dezember den Besitz der Stadt

zu verschaffen; im Falle eines Widerstandes seitens des Kurfürsten oder des Reiches sollte es den Franzosen freistehen, Gewalt zu gebrauchen. Ebenso würden endlich am 30. Dezember die französischen Truppen die venetianischen Lande mit allen Festungen den Kaiserlichen überliefern.

Wie man sieht, war alles in scharfsinnigster Weise vorgekehrt, um den Franzosen zunächst den Besitz von Mainz zu sichern und sodann Süddeutschland völlig wehrlos zu machen. Nach dem Abzug der Oesterreicher und der in ihrem Solde stehenden Reichstruppen blieb von dem sogenannten Reichsheere nur noch ein kleiner Haufe schwacher und schlechtgerüsteter Kontingente zurück. Zwischen der Anzeige von dem Abmarsche der Oesterreicher und der Einschließung von Mainz durch die Franzosen war eine Zwischenzeit von zweimal vierundzwanzig Stunden angeordnet: es war einleuchtend, daß der Kurfürst, selbst wenn er Widerstand hätte leisten wollen, in dieser kurzen Frist unmöglich die Mittel zum Ersatze der Oesterreicher und ihrer Geschütze hätte finden können [1]). Unter diesen Umständen hatte die Anwesenheit des österreichischen Reichskontingentes hinter dem Lech offenbar keine Bedeutung mehr für die militärische Deckung Süddeutschlands gegen die Franzosen, sondern höchstens für den Kaiser den Nutzen, zur raschen Besetzung der ihm in Campo Formio zugebilligten süddeutschen Erwerbungen schlagfertige Truppen in nächster Nähe zu haben.

Noch hatte Bonaparte diese Abreden nicht unterzeichnet, als er durch eine Zuschrift des Direktoriums nach Paris berufen wurde, wo man, wie wir sehen werden, das Bedürfnis seiner Anwesenheit sehr lebhaft empfand. Unmittelbar nach der Ausfertigung des Vertrages reiste er demnach von Rastatt ab, und die Verhandlung des Reichsfriedens blieb fürs erste seinen beiden Kollegen Treilhard und Bon-

[1]) Vivenot, Zur Geschichte des Rastatter Kongresses, S. XX, läßt sich dadurch nicht abhalten, die Feigheit der Mainzer für den Verlust der Stadt verantwortlich zu machen, ganz so, wie wir Bonaparte in seinem Briefe an Villetard über die Feigheit der Venetianer reden hörten.

nier überlassen, denselben Männern, welche vor wenigen Monaten in Lille gegen Lord Malmesbury so äußerst summarisch aufgetreten waren. Deutschland sollte bald genug erfahren, daß weder sie noch ihre Vollmachtgeber seitdem sich irgendwie geändert hatten. In ihren, Anfang November aufgesetzten Instruktionen [1]) war allerdings auch der Fall vorgesehen, daß man sich mit den Bestimmungen von Campo Formio würde begnügen müssen; aber das zu erstrebende Ziel war sehr bestimmt die Erwerbung des ganzen linken Rheinufers von Weißenburg bis Holland und auf Anlaß der hiermit verknüpften Entschädigung der dort herrschenden deutschen Erbfürsten eine ausgedehnte, wenn thunlich vollständige Säkularisation der geistlichen Staaten. Denn wenn damit die einst von Bonaparte mit Grund gepriesene Unverfassung des Heiligen Römischen Reichs zerfiel, immer war mit der Beseitigung der geistlichen Fürsten die Hauptstütze Oesterreichs und seines Einflusses in Deutschland zertrümmert, und in Oesterreich sah damals das Direktorium seinen hartnäckigsten, vor allem für seine Herrschaft in Italien gefährlichsten Widersacher. Charakteristisch für diese Machthaber war übrigens auch der besondere Umstand, daß den Gesandten bereits ein im einzelnen ausgearbeiteter Säkularisations- und Entschädigungsplan mitgegeben war, der weder mit den österreichischen Abreden von Campo Formio noch mit dem preußischen Augustvertrage übereinstimmte. Preußen, sagte Talleyrand sehr unbefangen, hat die auf dasselbe gesetzten Hoffnungen nicht erfüllt; also halten wir uns an den Vertrag nicht gebunden.

Deutscherseits war es zunächst eine Deputation des Reichstags, welcher die Führung der Unterhandlung oblag. Sie war auf Betreiben der friedliebenden Mehrheit schon am 18. August 1795 ernannt worden und bestand unter dem Direktorium von Kurmainz aus Kursachsen, Erzherzogtum Oesterreich, Hannover, Bayern, Bistum Würzburg, Baden, Darmstadt, den Städten Augsburg und Frankfurt.

[1]) Aus den Akten mitgeteilt bei Hüffter, Rastatter Kongreß I, 197.

Ihre Vollmacht lautete auf Abschluß des Reichsfriedens unter Erhaltung der bisherigen Reichsgrenzen. Dies stimmte sehr wohl zu den öffentlichen Artikeln von Leoben, desto übler aber zu den geheimen Bestimmungen dieses Vertrags und stand vollends in schneidendem Widerspruche zu den geheimen Artikeln von Campo Formio und dem Rastatter Zusatzvertrage vom 1. Dezember. Nichtsdestoweniger ermahnte die kaiserliche Regierung die Deputierten zu entschlossenem Festhalten an der vom Reichstage gegebenen Grundlage, ein diplomatischer Kunstgriff, welcher teils die Verhandlung hinausziehen und die Franzosen dadurch zu weiteren Einräumungen an Oesterreich geneigt machen, teils auch den Schimpf der bevorstehenden Abtretungen vom Kaiser hinweg auf andere Schultern wälzen sollte: nur daß eine solche Haltung unmöglich lange Zeit festzuhalten war und nach ihrer Bloßlegung dann die Stimmung gegen Oesterreich um so stärker erbittern mußte. Ueberhaupt aber waren zu tiefem Geheimnis die Zustände in Rastatt wenig angethan. Außer den zur offiziellen Verhandlung berufenen Mitgliedern der Deputation strömten in Rastatt Abgeordnete fast aller Reichsstände zusammen, um zu beobachten, einzuwirken, ihre besonderen Interessen wahrzunehmen. Trotz der belobten Integrität der Reichsgrenzen war die Luft von drohenden Gerüchten erfüllt: Verlust des linken Rheinufers an Frankreich, Einverleibung Bayerns durch Oesterreich, Säkularisation der geistlichen Fürstentümer wurde hier vorausgesagt, dort abgeleugnet; man drängte sich mit Fragen und Bitten an die kaiserlichen und mehr noch an die französischen Gesandten, und bei aller amtlichen Zurückhaltung wurde doch bald hier bald da ein Stück des wahren Thatbestandes erfragt oder erraten. Der preußische Hof war wie der Wiener durch drei Gesandte vertreten, den Grafen Görtz und die Barone Jacobi-Klöst und Dohm, welche um so zuversichtlicher in die Verhandlungen eingriffen, als Frankreich infolge des Augustvertrages in Berlin die bestimmte Aussicht eröffnet hatte, keine Abmachungen mit dem Reiche ohne vorheriges Einvernehmen mit Preußen zu treffen.

Allerdings machte nun Görtz anfangs die unangenehme Erfahrung, daß der Vorstand der französischen Botschaft, Treilhard, entschiedene Hinneigung zu Oesterreich und große Zurückhaltung gegen Preußen zeigte; bald aber rückte Bonnier zu näherem Vertrauen heran, und auch Treilhard machte freundlichere Mienen, um so mehr, als er in Wahrheit ein enges Einvernehmen mit Preußen für den besten und kürzesten Weg zu seinem Ziele hielt: die preußischen Gesandten waren indes verständig genug, auf diese Gebärden keine große Hoffnungen zu bauen, sondern zu dem richtigen Schlusse zu kommen, daß Frankreich zwischen den beiden deutschen Mächten operiere, um eine gegen die andere zu gebrauchen und dadurch beide von sich abhängig zu machen. Auch in Berlin hatte man dieselbe Auffassung und zog die entsprechenden Folgerungen daraus: niemals war die preußische Politik weiter als zu dieser Zeit von einem französischen Bündnis entfernt. Seit dem 16. November 1797 regierte König Friedrich Wilhelm III., jung, unerfahren in den Geschäften, mit Dingen und Personen wenig vertraut, von Natur mit einem gesunden, wenn auch etwas langsamen Verstande ausgestattet und erfüllt von Rechtschaffenheit, Pflichtgefühl und vaterländischer Gesinnung. Er hatte längst keinen Zweifel über das weltstürmende und unzuverlässige Treiben der Franzosen; wäre er der eigenen, innersten Ueberzeugung gefolgt, so würde er auf der Stelle entscheidende Schritte zur Herstellung des Einverständnisses mit Oesterreich gethan haben. Aber teils fehlte es ihm noch an dem Mute, gegen die Stimme seiner Ratgeber an der persönlichen Ansicht zu halten, teils fand er nicht die Mittel, ohne Schaden des Staates das Geleise der bisherigen Politik zu verlassen, und endlich sträubte er sich nach seiner Menschenliebe aus tiefstem Herzensgrunde gegen jede Maßregel, welche seinem Lande die Segnungen des Friedens stören könnte. Er hatte nun einstweilen die Minister seines Vaters übernommen und vor allem dem Grafen Haugwitz vorwiegenden Einfluß eingeräumt: dieser verharrte natürlich bei den bisherigen Anschauungen, und so

war an ein Aufraffen Preußens aus der verhängnisvollen Neutralität nicht zu denken, trotz aller Einsicht in die Gefahr der stets wachsenden französischen Uebermacht und Eroberungssucht. Nur so viel bewirkte der Thronwechsel, daß Preußen zu möglichster Förderung des Reichsfriedens, auch unter eigenen Verzichten, entschlossen war [1]). Der König hätte am liebsten seine linksrheinischen Besitzungen behalten und damit jeden Anspruch auf Entschädigung und Vergrößerung im innern Deutschland aufgegeben: was ausdrücklich gegen Preußen, wie wir sahen, in Campo Formio verabredet war, entsprach durchaus den Wünschen des preußischen Monarchen. Sollte dies aber sich als unmöglich zeigen, so wollte er freilich zum Schutze der deutschen Integrität nicht marschieren lassen; wohl aber wäre er bereit gewesen, sich mit einer genau entsprechenden, also unbedeutenden Entschädigung zu begnügen, falls Oesterreich eine gleiche Uneigennützigkeit bethätigte; dann wären überhaupt die Aenderungen des Besitzstandes beschränkt genug geblieben, um nicht den ganzen Rahmen der bisherigen Reichsverfassung zu sprengen. Nur wenn der Kaiser seinerseits deutsche Lande annektierte, sollte Görtz die preußischen Ansprüche in verhältnismäßiger Weise erhöhen: und in diesem Falle freilich mußte die Umwälzung vollständig und die Verfassung des Reiches in jedem Sinne unhaltbar werden. Hier also lag, da allerdings Campo Formio dem Kaiser Salzburg, Passau und ein Stück von Bayern verheißen hatte, der Keim zu weiteren schweren Verwickelungen. Man wußte es in Berlin noch nicht offiziell, denn Frankreich und Oesterreich schwiegen offiziell über die geheimen Artikel ihres Friedens: aber ehe das Jahr zu Ende ging, hatten die preußischen Gesandten in Rastatt keinen Zweifel

[1]) Das Folgende nach den Akten der Rastatter und der daran sich anschließenden Berliner Unterhandlung im preußischen Staatsarchiv. Alle davon abweichenden, jetzt von Vivenot publizierten, Angaben Thuguts über die preußische Politik wiederholen lediglich grundlose Rastatter Klatschereien.

mehr über den wesentlichen Inhalt derselben, und der König sah gepreßten Herzens die Krisis sich nähern.

Indessen hielt die Deputation des Reichs am 9. Dezember ihre erste Sitzung. Es war in trauriger Weise bezeichnend, daß ein großer Teil der Zeit mit einer Zänkerei zwischen Mainz und Kursachsen über die Führung des Vorsitzes und einem gleich gewichtigen Streite zwischen Würzburg und Hannover über die Reihenfolge in der Abstimmung hingebracht wurde. Hundertmal waren dieselben Fragen beim Reichstage selbst schon erörtert, hundertmal zu Gunsten des bisherigen Brauches, unter Vorbehalt aller Rechte des abgewiesenen Teiles, entschieden worden; dasselbe Ergebnis verstand sich auch dieses Mal von selbst, und war allen im voraus bekannt. Nachdem diese reichsstaatsrechtliche Vergnügung durchgemacht war, nahm die Deputation die Eröffnung des Grafen Lehrbach entgegen, daß der Kaiser seiner Truppen in seinen Erbstaaten bedürfe und sie deshalb, mit Ausnahme des österreichischen Reichskontingents, aus dem Reiche abberufen habe. Die Deputation beschloß über das verhängnisvolle Ereignis zunächst an den Reichstag Bericht zu erstatten. Zwei Tage später folgte die Einschließung von Mainz durch den französischen General Hatry, bald nachher die Blockade von Ehrenbreitstein, die Wegnahme der Mannheimer Rheinschanze mit stürmender Hand. Wer bisher noch einige Hoffnung auf die zu Leoben verkündete Integrität des Reiches gesetzt hatte, mußte diesen Thatsachen gegenüber seine Enttäuschung gestehen. Die kaiserlichen Gesandten hatten einen harten Stand bei allen Hülfgesuchen der bedrohten Fürsten, bei den zornigen Vorwürfen des Mainzer Ministers, bei den drängenden Fragen der preußischen Gesandten. Graf Metternich erklärte, die geheimen Artikel von Campo Formio seien ihm nicht mitgeteilt. Graf Cobenzl versicherte, er habe mit den Fragen des Reichsfriedens nicht das mindeste zu schaffen. Graf Lehrbach sagte, man möge sich an die Reichsstände halten, welche seit zwei Jahren dem Kaiser ihre Unterstützung entzogen hätten; jetzt sei nichts zu thun, als abzuwarten, was die

Franzosen weiter vorbringen würden. Treilhard und Bonnier aber zeigten ebenfalls noch keine Eile, die Deputation über das Schicksal des Reiches aufzuklären; im Widerspruche mit Bonapartes Aeußerungen beteuerten sie, ihre Instruktionen aus Paris noch nicht erhalten zu haben, und vertrösteten die allgemeine Spannung auf die nahe bevorstehende Rückkehr des Generals, der als Lenker ihrer Thätigkeit unentbehrlich, der, wie Treilhard den Preußen sagte, ein Mann über jede Vergleichung hinaus sei. Immer aber erließen sie schon jetzt eine Erklärung, die, obgleich nur formaler Natur, der Reichsintegrität in amtlicher Deutlichkeit das Todesurteil sprach. Am 16. Dezember sollte zwischen der Reichsdeputation und der französischen Botschaft der Austausch der Vollmachten stattfinden. Kaum aber hatte der Mainzer Minister die deutsche vorgelegt, als Treilhard dieselbe für schlechthin unzulässig erklärte, weil sie auf die Grundlage der Reichsintegrität gestellt sei. Er forderte, ehe er die Unterhandlung beginnen könne, daß die Deputation sich vom Reichstage eine Vollmacht ohne jegliche Beschränkung erwirke. Als Albini dies am folgenden Tage der Deputation vortrug, wurde die Aufregung groß und die Verhandlung stürmisch. Baden erinnerte daran, daß der Kaiser noch unter dem 1. November, vierzehn Tage nach Campo Formio, die Deputation zum standhaften Festhalten an der Grundlage der Integrität ermahnt habe: wie reime sich dies mit dem jetzigen Auftreten der Franzosen? Lehrbach hatte wieder kein anderes Mittel als Anklagen gegen die Stände, welche Sonderverträge und Neutralitätsabkünfte mit dem Reichsfeinde geschlossen, worauf dann Sachsen und Hannover, die sich zunächst getroffen fühlten, höchst gereizt erwiderten. Das unvermeidliche Ende war natürlich Berichterstattung an die kaiserliche Plenipotenz und den Reichstag. In Regensburg war Schrecken und Aufregung nicht geringer als in Rastatt; man verhandelte, klagte, zürnte; als aber die Nachricht kam, daß Mainz, von Oesterreichern und Reichstruppen verlassen, den Franzosen durch Kapitulation seine Thore geöffnet, als in der Sitzung des 8. Ja-

nuar 1798 Kurböhmen so gut wie Kurbrandenburg für die Erteilung der unbeschränkten Vollmacht stimmte, wurde dieselbe von allen drei Kollegien der Kurfürsten, Fürsten und Städte ohne eine abweichende Aeußerung genehmigt und drei Tage nachher dieser Beschluß mit der kaiserlichen Genehmigung versehen.

Obgleich nun die eben erzählten Vorgänge für die Wiener Machthaber in keiner Weise überraschend sein konnten, da sie nichts als die unmittelbaren und notwendigen Folgen der Verträge von Campo Formio und Rastatt waren: so machte doch während derselben die Hofburg äußerst bewegte und stürmische Tage durch. Thugut war, wie wir sahen, über die Bestimmungen des Friedens in hohem Grade entrüstet gewesen, nicht so sehr wegen der Verluste des Deutschen Reiches als wegen des beschränkten Umfanges der eigenen Erwerbungen in Italien. Seitdem war nichts geschehen, diese Stimmung zu verbessern. Die Franzosen benutzten die letzten Augenblicke in Venedig, um Stadt und Land und Arsenal auf das gründlichste auszuräumen und zu verheeren, und Thugut mußte nach der Konvention vom 1. Dezember bis zum Jahresschlusse diesen Mißhandlungen ruhig zusehen und unthätig den Abmarsch der Gegner erwarten. Endlich kam denn der ersehnte 30. Dezember heran; am Rheine war die Konvention pünktlich ausgeführt, die Oesterreicher waren hinter dem Lech, die Franzosen in Mainz; und jetzt kam Nachricht nach Wien, daß der französische Befehlshaber von Porto Legnago keine Weisung zum Abzug erhalten hatte. Thugut, der von Anfang an bei der Konvention schwere Bedenken gegen die Redlichkeit der Franzosen gehabt, war außer sich. Er glaubte bestimmt, daß Merveldt, Latour und dieses Mal auch Cobenzl sich auf die gröbste Weise hätten hintergehen lassen. Jetzt hätten die Franzosen ihr Spiel gewonnen, Mainz besetzt, die Mainlinie in Händen; jetzt schlügen sie das feierlich gegebene Wort in den Wind und behielten Venedig. Wie es scheint, gelang es ihm dieses Mal nicht, den Kaiser und seinen in der Regel gleichgesinnten Freund, den Kabinettsminister

Colloredo, von der Richtigkeit seines Argwohns zu überzeugen; sein Grimm steigerte sich, als aus Toscana, wo man so früh das kaiserliche Bündnis aufgegeben hatte, jetzt flehentliche Hülfsgesuche gegen den Uebermut der Franzosen einliefen, jetzt, wo alles vorüber und für den Augenblick kein Mittel zu einem neuen Waffengang vorhanden war. Am 1. Januar 1798 schrieb er an Colloredo: Die Lage wird Schritt auf Schritt ärger, und jeder Tag verstärkt die Unmöglichkeit der Besserung; was mich betrifft, so bleibt mir nichts übrig, als von der Gnade des Kaisers die verheißene Erlaubnis zum Rücktritt zu erbitten; ich sehe bei dem jetzigen Gange der Geschäfte keinen Ausweg; ein anderer entdeckt vielleicht Hülfsquellen, die meiner schwachen Einsicht entgehen.

Ehe der Kaiser über dieses Entlassungsgesuch Beschluß faßte, schrieb Colloredo zunächst an Cobenzl, als den Unterhändler des Dezembervertrags, und setzte diesen durch Thuguts Besorgnisse begreiflicherweise in die peinlichste Unruhe. Indessen lief schon am 6. Januar ein Schreiben Talleyrands in Wien ein, in welchem dieser mit lebhaftem Bedauern anzeigte, daß die Räumung Venetiens nur durch einen Unglücksfall verzögert worden sei, welcher den aus Paris nach Italien abgefertigten Kurier unterwegs betroffen habe. Der Befehl sei jetzt in Mailand angelangt, und das Direktorium werde den Dezembervertrag auf das pünktlichste vollziehen. Da bald genug die direkten Nachrichten aus Italien diese Zusicherung bestätigten, so ließ sich Thugut beschwichtigen, und der Kaiser erteilte, wie wir erzählt haben, der neuen Vollmacht der Friedensdeputation seine Zustimmung.

So konnte der Rastatter Kongreß die Verhandlung beginnen. Gleich nach der Vorlage der neuen Vollmacht erklärten sich die französischen Gesandten bereit, ihre Forderungen vorzulegen. Hier erwartete den österreichischen Minister eine neue widerwärtige Ueberraschung; ehe wir jedoch darüber berichten, ist es nötig, auf die sonstige Entwickelung der französischen Politik in jenen Wochen einen Blick zu werfen.

Zweites Kapitel.

Rom.

General Bonaparte war am 5. Dezember 1797 in Paris angekommen und von allen Seiten her mit einer unermeßlichen Begeisterung begrüßt worden. Die stete Ruhmliebe und die augenblickliche Friedenssehnsucht des französischen Volkes hatte er gleich sehr befriedigt, und die eigentümliche Macht seines persönlichen Auftretens machte sich auch in Paris wie anderwärts geltend. Er reizte die Neigung und steigerte die Neugier durch strenge Zurückgezogenheit; bei dem feierlichen Empfange durch das Direktorium antwortete er Talleyrands und Barras' überschwenglichen Lobsprüchen durch einige kurze abgerissene Sätze, welche die Tapferkeit seiner Soldaten priesen und nicht eben zur Erbauung des Direktoriums mit den Worten schlossen, daß der Welt ein neues Zeitalter bevorstehe, wenn erst Frankreich bessere Einrichtungen erhalten habe. In seiner äußeren Erscheinung war er unverändert, wie wir ihn beim Beginne seiner Laufbahn kennen gelernt haben, von feinem Gliederbau und magerem Gesichte, mit schmalen Lippen, eingesunkenen Wangen, großen Augen, lang herabhängendem Haar. Alle Bewegungen waren hastig und abgebrochen; im Gespräche drangen seine Fragen ununterbrochen auf den anderen ein; er zeigte ohne regelrechtes Wissen Interesse und Verständnis für alles und in der eigenen Rede niemals schöne Form, aber stets zutreffenden und originalen Ausdruck. Bei jedem Zusammensein hatte er die halb nachlässige, halb kraftvolle Sicherheit, die aus dem Bewußtsein einer völlig überlegenen Stellung entspringt. Daß er die Beherrschung Frankreichs ergreifen würde, war ihm schon damals eine so ausgemachte Sache, daß er die Frage des Wann und Wie, man möchte sagen, mit kühler Gelassenheit erwog.

Sein persönliches Verhältnis zu den Direktoren war,

wie sie gegenseitig wußten, innerlich gespannt und hohl: er verachtete sie von Grund seines Herzens, sie sahen auf ihn mit Furcht und Mißtrauen. Indessen waren beide Teile für den Augenblick auf gutes Vernehmen und Zusammenwirken angewiesen; er selbst hatte durch seine Siege ihre Stellung gestärkt, und für die weiteren Aufgaben konnte er weder ihre Zustimmung noch sie seine Unterstützung entbehren. So kam man sich bereitwillig entgegen; die Direktoren, vornehmlich Rewbell, der fortdauernd den auswärtigen Angelegenheiten vorstand, zogen ihn zu jeder wichtigen Beratung hinzu, und vom ersten Tag an ergriff er die thatsächliche Leitung nach allen Seiten hin und drückte dem Gange der gesamten Politik den Stempel seines rastlosen und durchgreifenden Wesens auf. Er war noch nicht die Regierung, aber er war für den Augenblick der Lenker und die Seele derselben. Hier im entscheidenden Mittelpunkte der Geschäfte, mit allen wichtigen Fragen in gleichzeitiger Berührung, betrieb er sie alle mit gleicher Leidenschaft und gleichem Ungestüm. Nach wie vor flog seine Phantasie in die Fernen des Orients hinüber; aber der Siegeszug nach Aegypten und Indien war nicht mehr das einzige Ideal, welches seine Seele erfüllte, und dem er jede sonstige Maßregel als dienendes Mittel unterordnete. Daneben sah er jetzt, in näherer oder fernerer Möglichkeit, die Beherrschung Frankreichs, die Unterwerfung des Heiligen Römischen Reiches, den unmittelbaren Angriff auf das verhaßte England. Der letztere war damals der Lieblingsgedanke des Direktoriums, und Bonaparte trat gern darauf ein, da die hierdurch veranlaßte Flottenrüstung in jedem Falle auch für das orientalische Unternehmen unentbehrlich war. Dazu kamen Schwierigkeiten in Holland, die feindseligen Pläne gegen die Schweiz, eine Reihe unfertiger Verhältnisse in Italien. Bonaparte faßte eines wie das andere mit gleich gründlichem Nachdruck an; in jeder Frage arbeitete er ruhelos auf die immer gewaltsame, immer herrische Lösung. Er war entschlossen, dem Deutschen Reiche das ganze linke Rheinufer abzunehmen, die Schweiz militärisch zu besetzen,

ganz Italien in willenloser Unterwerfung zu erhalten. Er erstrebte das alles auf die Gefahr hin, die großen Mächte, zunächst Oesterreich, auf das tiefste zu beunruhigen, damit vielleicht den Frieden des Kontinents zu brechen, den so heiß ersehnten Zug in den Orient sich unmöglich zu machen. Ein solches Verfahren mochte jedem andern unbedacht und folgewidrig erscheinen: bei ihm entsprang es aus dem tiefsten Grunde seiner Natur. Damals so wenig wie zu irgend einer Zeit vermochte er dem Reize zu widerstehen, welchen die gerade zunächst liegende Beute in seiner unersättlichen Begierde erregte. Nie hat er die Vorstellung gekannt, durch Beschränkung der Entwürfe den Erfolg zu sichern, seine Kraft für eine Richtung zu sparen, die Häufung der Gefahr zu meiden. Denn die Gefahr war für ihn nicht wie für andere Menschen ein Uebel, das man zu brechen und zu überwältigen sucht, sondern die Aufregung derselben war die Lebenslust seines Daseins, die er mit immer heißerem Durste aufsuchte; die Steigerung der Arbeit und des Kampfes war der einzige Genuß, welchen seine erregte Seele kannte. „Ich habe stets mehrere Sehnen an meinem Bogen," pflegte er zu sagen, „ich mache stets mein Thema in mannigfaltiger Weise." Sein Thema war Kampf und Macht und Herrschaft; ob er die Lorbeeren in England, Deutschland oder Aegypten erntete, war ihm zuletzt gleichgültig, er säete den Hader auf allen Seiten, um im entscheidenden Augenblick die Wahl des ergiebigsten Kriegsschauplatzes zu haben. Nach den Erfahrungen von Campo Formio glaubte er damals nicht an eine baldige Kriegsgefahr von österreichischer Seite; zu deutlich hatte er die Erschöpfung der Streitlust und der Streitmittel bei dieser Macht vor Augen gehabt; auch wenn einzelne seiner Maßregeln bei Kaiser Franz Anstoß und Aergernis bewirkten, würde es neue Mittel zur Beschwichtigung oder zur Einschüchterung geben, nicht anders als der Erwerb Venetiens Thuguts Zorn über die sonstigen Verluste Oesterreichs beschwichtigt hatte. Und käme es dennoch zum Bruche, nun, so würde er dann allerdings nicht London oder Kairo, desto gewisser aber Wien erobern.

Stimmungen dieser Art spiegeln sich deutlich wieder in einer Denkschrift, welche der Minister Talleyrand am 19. Januar 1798 unterzeichnete, als allgemeine Instruktion für den General Bernadotte, welcher als französischer Botschafter nach Wien bestimmt war [1]). Talleyrand entwickelte darin das Unheil, welches die österreichische Allianz von 1756 über Frankreich gebracht, so daß der Bruch derselben 1792 von allen klarsehenden Geistern als eine wahre Befreiung empfunden worden sei. Der Vertrag von Campo Formio sei also mit jenem alten Bündnisse nicht zu vergleichen. Man habe eben Frieden geschlossen, weil man Krieg geführt hatte: an eine Erneuerung des früheren Bundesverhältnisses sei nicht zu denken. Was nun die jetzige Lage betreffe, so führte der Minister aus, daß Oesterreich zwar auf deutschem Boden nicht mehr Nachbar Frankreichs sei, in Italien aber noch an seine verlorenen Provinzen angrenze, ein Zustand, der leicht ein Anlaß zu Reibungen, ja zu neuem Bruche werden könne. Bernadotte solle seinerseits niemals die italienischen Fragen zur Verhandlung bringen, über dieselben, wenn die Oesterreicher sie erwähnten, in friedfertigem und beschwichtigendem Sinne reden, aber jede Ueberschreitung der cisalpinischen Grenze durch österreichische Truppen mit sofortiger Kriegserklärung bedrohen. Bei solchen Verhältnissen, fuhr dann Talleyrand fort, sei um so mehr in Rastatt auf Beschränkung des österreichischen Einflusses im Deutschen Reiche und mithin auf möglichst weite Ausdehnung der Säkularisationen Bedacht zu nehmen. Es war dies, wie wir sehen werden, damals der empfindlichste Punkt in der deutschen Politik des Kaiserhofes; es handelte sich um Sein oder Nichtsein der zuverlässigsten Anhänger Oesterreichs, und höchst wahrscheinlich war hier ein völlig hartnäckiger Widerstand des Wiener Hofes. Talleyrand hatte aber noch andere Waffen, sowohl der Drohung als der Lockung, in seinem Arsenale. Bernadotte sollte sondieren, inwieweit eine Herstellung Polens möglich und nach Um-

[1]) Archiv des Auswärtigen, Paris.

ständen eine Begünstigung derselben durch Oesterreich zu hoffen sei. Dann aber kam der Minister auf die Angelegenheit, welche damals den Sinn Bonapartes so stark beschäftigte, die türkische Frage. „Es ist gewiß," sagte er, „daß Katharina und Joseph die Türkei zu teilen gedachten. Es ist zu vermuten, daß ihre Nachfolger an diesem Plane festhalten. In früherer Zeit hat Frankreich mehrmals sich bemüht, die Türkei einigermaßen zu stärken; aber alle diese Versuche sind unfruchtbar geblieben oder haben den Ruin der Osmanen nur beschleunigt. Heute ist die Republik fest entschlossen, die Zerstörung der Pforte sich nicht vollenden zu lassen, ohne für sich selbst einen solchen Anteil zu sichern, daß der Handel des Mittelmeers uns nicht entzogen werden kann. Bernadotte wird also mit der höchsten Sorgfalt alle Beziehungen zwischen Wien und Petersburg beobachten."

Der Anteil an der türkischen Beute, den man zu Paris in das Auge gefaßt, ist in Talleyrands Worten deutlich genug bezeichnet. Wenn wir uns nun erinnern, wie lebhaft Bonaparte damals den Gedanken zu dem Angriffe auf Aegypten verfolgte, so erkennt man ohne Schwierigkeit Talleyrands eigentliche Meinung. Nicht bloß, wenn die Kaiserhöfe sich auf die Türken stürzen, will man sich Aegyptens bemeistern, sondern umgekehrt, wenn Oesterreich anläßlich der ägyptischen Expedition sich unbequem zeigen sollte, hofft man es durch den Hinweis auf eigene Annexionen in der Türkei zu gewinnen. Bosnien, Serbien, Albanien würden dann denselben Dienst leisten wie Venetien im verflossenen Jahre. Mit dieser Karte im Hinterhalt, dazu dem mehr oder weniger vertrauten Einverständnis mit Preußen und etwa noch der Möglichkeit einer neuen polnischen Insurrektion, meinte man des Spieles sicher zu sein, um auf allen übrigen Punkten die Entwickelung mit rücksichtsloser militärischer Energie zu führen. Vor die Wahl sofortiger Kriegserklärung und neuer türkischer Erwerbungen gestellt, sollte Oesterreich die Beute verschmähen und zum Schwerte greifen, nicht um große Provinzen zu erobern, sondern um sie zurückzustoßen?

So drängten denn Bonapartes Entwürfe und Befehle rastlos auf allen Seiten vorwärts. Zu dem Heere von England berief er etwa die Hälfte der bisher in Italien thätigen Brigaden, nebst anderen Truppenteilen aus dem Rheinheer und dem Innern. Ein näheres persönliches Verhältnis knüpfte er mit den beiden fähigsten Generalen des Rheinheeres an, mit Kleber und Desaix, obgleich er wußte, daß beide dem Direktorium in hohem Grade mißliebig waren. Er wollte nicht mehr der Feldherr einer einzelnen Armee, sondern der Mittelpunkt der gesamten französischen Heeresmacht sein. In alle Häfen des Landes ergingen dann seine Anordnungen für die gegen England erforderliche Flottenrüstung, welche, umfassend, genau und eingehend wie immer, die tausendfachen Einzelheiten für die Ansammlung von Kriegs- und Transportschiffen, von lebendem und totem Material mit planmäßiger Folge regelten. Allerdings zeigte sich sehr bald, daß bei der Unordnung in allen Dienstzweigen lange Monate bis zur Vollendung dieser Anstalten verfließen, es zeigte sich, daß bei dem Geldmangel des Direktoriums neue Beute im Auslande zur Füllung der Kriegskasse erforderlich sein würde. Es war ein altes Wort, der Krieg müsse den Krieg ernähren; hier aber hieß es, daß ein Krieg die Mittel zum andern liefern, daß man ganz Europa in Mitleidenschaft ziehen und durch die Ausplünderung der Verbündeten und der Neutralen die Rüstung gegen England vervollständigen müßte. Wie der Geist arbeitete, welcher jetzt in Paris die Herrschaft führte, läßt die Zusammenstellung weniger Daten erkennen: am 8. Januar wurde den neutralen Völkern Europas jeder Handel mit England verboten, am 11. ein Armeecorps gegen Rom gesandt, am 17. ein anderes gegen die Schweiz aufgestellt, an demselben Tage das ganze linke Rheinufer gefordert, am 21. durch einen bewaffneten Staatsstreich Hollands letzte Seekraft in unbedingte Dienstbarkeit gezwungen. Es verlohnt sich, dem Verlaufe dieser Dinge im einzelnen nachzugehen und hier in ihren Anfängen die Politik kennen zu lernen, welche fortan ein halbes Menschenalter hindurch Europa unter ihre Füße warf.

Wir erinnern uns, wie viele Streitigkeiten im Seerechte die Frage hervorgerufen hatte, ob, wie einst die Regierung Ludwigs XVI. behauptete, die neutrale Flagge die feindliche Ware decke, oder ob, wie England erklärte, die feindliche Ware auch aus einem neutralen Fahrzeuge weggenommen werden dürfe. Seit dem Beginne der Revolution war es ein liberales Stichwort in Frankreich geworden, daß diese Anmaßung der Engländer eine wahre Tyrannei der Meere in sich schließe, und das Direktorium sahen wir beinahe zum Kriege gegen Amerika entschlossen, nur weil dieses durch den Vertrag von 1794 das englische System anerkannt hatte. In seinem Zorne gegen die stolzen Insulaner hatte es durch ein Gesetz vom 1. November 1796 die englische Industrie wenigstens durch die Ausschließung ihrer Erzeugnisse von dem französischen Boden zu schädigen gesucht, jedes Schiff, welches englische Waren in einen französischen Hafen einführe, mit Beschlagnahme bedroht und alle englischen Waren, die sich in Frankreich vorfänden, der Einziehung unterworfen. Da bei der Zerrüttung der französischen Industrie das Land in vielen Gewerben die englischen Fabrikate schlechterdings nicht entbehren konnte, so dauerte trotz jenes Gesetzes die Einfuhr derselben durch einen höchst ergiebigen Schmuggelhandel fort, und so konnte die französische Regierung auf eine gewaltige Beute hoffen, als sie plötzlich am 1. Januar 1798 in allen Ortschaften des Landes eine allgemeine Haussuchung nach englischen Waren stattfinden ließ. England hatte mittlerweile auf das Gesetz vom 1. November mit einer Verfügung geantwortet, welche alle Waren französischen Ursprungs, gleichviel, in wessen Eigentum sie übergegangen, für Konterbande und somit der Beschlagnahme für verfallen erklärte. Hiervon nahmen jetzt die französischen Machthaber Anlaß zu einem neuen Rachegesetze, welches am 8. Januar den Fünfhundert vorgelegt und nach rascher Verhandlung von den Räten genehmigt wurde: jedes Schiff unter jeder Flagge, welches sich auf See mit englischen Waren an Bord betreffen läßt, ist gute Prise; jedem Schiff, welches auf seiner Fahrt einen englischen Hafen berührt

hat, ist das Einlaufen in einen französischen verboten. Niemals waren die Rechte der neutralen Schiffahrt so gründlich zermalmt worden wie durch diese Bestimmungen. Nachdem man jahrelang gegen die englische Tyrannei deklamiert hatte, welche feindliches Gut aus neutralem Fahrzeug wegzunehmen die Frechheit habe, verfügte man jetzt nicht bloß die Konfiskation der feindlichen Ware, sondern des neutralen Schiffes selbst. Man verbot allen Neutralen den Vertrieb englischer Waren und jede Handelsbeziehung zu dem geächteten Lande bei Strafe des Verlustes ihrer Schiffe. Ein stärkerer Eingriff in die Unabhängigkeit der neutralen Staaten ließ sich nicht denken. Bonapartes Name wurde bei diesen Maßregeln an keiner Stelle genannt; es bedarf jedoch nur der Vergleichung des Gesetzes mit den kaiserlichen Dekreten von Berlin und Mailand, um die völlige Uebereinstimmung ihrer Grundsätze und damit den General Bonaparte als den Urheber dieser ersten Ankündigung des napoleonischen Kontinentalsystems zu erkennen.

Wer auf solche Art alle Völker der Erde seiner Seepolizei unterworfen erklärte, war natürlich auf die Mittel bedacht, dem Worte die That folgen zu lassen, mithin seine Flottenkräfte zu verstärken. Je weniger glänzend dafür die Aussichten augenblicklich in den französischen Häfen waren, desto wünschenswerter wurde eine nachdrückliche Herbeiziehung der Bundesgenossen. Von Spanien aber war zur Zeit nichts Erhebliches zu erwarten, da der haltlose Madrider Hof aus hundert Gründen damals gegen Frankreich tief verstimmt war. Allerdings, die Thatsache, daß der verhängnisvolle Vertrag von San Ildefonso und der daraus hervorgegangene Krieg gegen England die Finanzen Spaniens zu Grunde richtete, die Flotte aus einer Niederlage zur andern führte, den ganzen Bestand der Kolonialmacht erschütterte, solche Gründe des allgemeinen Wohles wirkten nicht eben tief auf Karl IV. und Marie Louise ein. Aber auf das schwerste fanden sie sich dadurch beleidigt, daß Perignons Nachfolger, der eifrig jakobinische Admiral Truguet, sich mit republikanischer Grobheit über alle Formen

der höfischen Etikette hinwegsetzte; sie fühlten sich in ihren liebsten Gefühlen gekränkt, als trotz aller Verheißungen von San Ildefonso der Infant von Parma noch immer keine Gebietsvergrößerung erhielt, wohl aber Truguet unaufhörlich zum Kriege gegen Portugal drängte, obwohl dessen Königin eine Tochter Karls IV. war. Es ist höchst unschicklich, sagte Karl, daß ein König zu der Entthronung eines andern helfen soll. Newbell und Bonaparte waren allerdings nicht gesonnen, sich mit einer solchen legitimistischen Redewendung abfinden zu lassen. Am 25. Januar wurde das bisherige Oberkommando der großen Rheinarmee aufgelöst, und Augereau erhielt den Befehl, sich nach Perpignan zu begeben [1]) und dort ein Armeecorps aufzustellen, mit welchem er auf Grund des Vertrags von San Ildefonso den Durchmarsch durch Spanien verlangen und den Angriff auf Portugal eröffnen würde. Der Schrecken darüber war um so größer in Lissabon und in Madrid, als beide Regierungen von ihren Provinzialbehörden vielfache Berichte über die revolutionären Umtriebe französischer Agenten empfingen und bei dem Einrücken französischer Truppen den offenen Ausbruch demokratischer Aufstände besorgten. Godoy erhob den lebhaften Widerspruch in Paris gegen das Unternehmen; dies hatte aber nur zur Folge, daß Truguet sich zu den zahlreichen Gegnern des Günstlings gesellte und im März 1798 dessen Entlassung aus dem Ministerium durchsetzte. Seitdem richteten die spanischen Behörden zürnend und zagend auf der ganzen Marschlinie, von den Pyrenäen bis zur portugiesischen Grenze, die Etappen und Magazine für Augereau ein. Die Umstände ließen es damals nicht zu einer Entladung des die Halbinsel bedrohenden Ungewitters kommen; wie wohl begründet aber die Besorgnisse beider Regierungen waren, hat Napoleons Politik genau zehn Jahre später bewiesen, wo der Sturz

[1]) Bonaparte hatte hier noch nebenbei das Vergnügen, den ihm feindseligen Augereau in eine bescheidenere Stellung zu versetzen und zugleich die Oesterreicher zu verpflichten, die über Augereaus jakobinische Wühlereien im Badischen geklagt hatten.

der spanischen Bourbonen eben auch durch eine Expedition gegen Portugal eingeleitet wurde.

Je mehr nun Spanien durch diese kontinentale Verwickelung in Anspruch genommen wurde, desto weniger war allerdings an eine Verstärkung der spanischen Flotten für den französischen Kriegsdienst zu denken. Um so entschiedener griff man demnach in Paris auf den zweiten seefähigen Alliierten, auf Batavien zurück, wo freilich auch die inneren Verhältnisse nicht günstig lagen, aber eine unmittelbare, gewaltsame Einwirkung Frankreichs leichter von statten ging als damals noch am spanischen Hofe.

Der Batavischen Republik hatte bis dahin die Befreiung von der oranischen Herrschaft geringen Segen gebracht. Sie hatte nicht bloß ihre besten Kolonien und den größten Teil ihrer Flotten an die Engländer verloren, sondern war auch in ihrem Innern unfähig geworden, zu geordneten und festen Zuständen zu gelangen, zerrissen durch heftigen Parteikampf, durch schwere Finanznot bedrängt und einer drückenden französischen Vormundschaft unterworfen. Im ersten Augenblicke der neuen Freiheit hatte man sich mit einer sehr oberflächlichen Umgestaltung des bisherigen Staatswesens begnügt. Man hatte die großen Aemter des Statthalters und des Ratpensionärs abgeschafft, Staatsbrabant aus dem bisherigen Unterthanenverband zu einer gleichberechtigten Provinz erhoben, Drenthe, früher nur durch ein lockeres Allianzverhältnis mit der Republik verbunden, mit gleichen Rechten in den Staatskörper aufgenommen. In kirchlicher Beziehung waren die Mitglieder aller Bekenntnisse mit vollem Bürgerrecht begabt worden, jedoch hatte die reformierte Kirche das ausschließliche Vorrecht behalten, ihre Besoldungen von dem Staate zu empfangen. Im übrigen beschränkte sich die Umwälzung auf neue Benennung der vorhandenen Behörden. Die Generalstaaten behielten sogar ihren alten Titel unverändert, die Provinzialstaaten aber hießen fortan provisorische Repräsentanten, die städtischen Magistrate Munizipalitäten, und wie in Frankreich gebrauchte man die Anrede Bürger statt Herr und datierte die Ur-

kunden nach den Jahren der batavischen Freiheit. In der Sache aber blieb der wesentliche Charakter der alten Verfassung, die Unabhängigkeit der einzelnen Provinzen, welche ihre Vertreter in den Generalstaaten an bestimmte Aufträge banden und sich die Bestätigung der dort gefaßten Beschlüsse vorbehielten. Bald aber erhob sich gegen diesen Zustand lebhafter Widerspruch unter den Patrioten selbst; es bildete sich eine radikale Partei, welche nach französischem Vorbild die eine und unteilbare Republik und die strenge Durchführung der demokratischen Gleichheit auf ihr Banner schrieb und die für den Augenblick herrschenden Anhänger des Staatenbundes mit nicht geringerer Lebhaftigkeit als die oranische Partei bekämpfte. Sie forderte mit wachsendem Ungestüm die Berufung eines Nationalkonvents, der zugleich regieren und konstituieren würde, wie die Pariser Versammlung von 1793, und setzte, vornehmlich durch rühriges Treiben der überall gebildeten Klubs, die Berufung desselben, März 1796, durch. Die Versammlung aber, durch Parteigezänk mannigfacher Art gelähmt, brachte nichts vor sich, und man sah sich genötigt, im Herbste zu der Wahl eines neuen Konventes zu schreiten. Darauf kam, nach langen und heftigen Kämpfen, in welche ab und zu die französische Regierung nachdrückliche Mahnungen und Lehrsprüche hineinwarf, endlich Mai 1797 ein Verfassungsentwurf zu stande, der zwar starke Fortschritte zum Einheitsstaate enthielt, jedoch der radikalen Partei lange nicht demokratisch genug war. Als er dem Volke in den Urversammlungen zur Abstimmung vorgelegt wurde, vereinigten sich demnach die Anhänger des Alten mit den Radikalen, ihn im August mit großer Mehrheit zurückzuweisen, so daß der provisorische Zustand des Landes und die Führung der Verwaltung durch Kommissionen des Konvents in das Unbestimmte fortdauern zu sollen schien. Bald wurde die Lage doppelt unbehaglich durch die schwere Niederlage der Flotte bei den Kamper Dünen. Während das Ansehen der Regierung dadurch eine schwere Schlappe erlitt, mußte sie zu neuen Rüstungen von dem Lande vermehrte Opfer fordern.

Für die französische Kriegskontribution von 100 Millionen Gulden, für die Ernährung und Verpflegung von 25 000 Mann französischer Truppen [1]), für die Schöpfung der neuen Flotte hatte man neben sehr hohen und progressiven Einkommensteuern in jedem Jahre der neuen Freiheit ein Zwangsanlehen auf die Bevölkerung legen müssen, welches jedem Bürger beinahe ein Sechzehntel seines Vermögens gegen $2\frac{1}{2}$ Prozent Zinsen abnahm. Jetzt war die eben geschaffene Flotte wieder vernichtet, und die Regierung erklärte zur Herstellung ein drittes Zwangsanlehen von 8 Prozent oder fast einem Zwölftel jedes Vermögens für unerläßlich. Die Entrüstung darüber war allgemein im ganzen Lande, und einmütig erhoben sich die Provinzen in kräftigem Widerspruch. Zunächst erklärte die Mehrzahl der Provinzialdirektoren, daß sie selbst die Dringlichkeit der Maßregel nicht bestreiten wollten, aber ohne die Zustimmung ihrer Urversammlungen die Ausführung nicht bewerkstelligen könnten. Die Urversammlungen aber wollten von einer solchen Erpressung nichts wissen. Rasch nacheinander folgten sich die Ablehnungen in Overyssel und Gröningen, in Utrecht und Nordbrabant; Seeland genehmigte, machte aber seinen Beschluß durch den Zusatz wertlos, daß er nur dann ausgeführt werden sollte, wenn alle Provinzen zustimmten. So war das Zwangsanlehen gescheitert, die Staatskasse leer, die Flottenrüstung lahm gelegt.

Hier aber griff ein stärkerer Wille ein. Der französischen Regierung war es zuletzt gleichgültig, ob Staatenbündler oder Einheitsstaatler in Batavien herrschten, wenn ihr nur die jedesmaligen Herrscher ohne Widerrede die geforderten Geld- und Kriegsmittel lieferten, und so hatte das Direktorium während des letzten Jahres die bestehenden Machthaber kräftig unterstützt. Als jetzt aber diese sich ohnmächtig zu weiteren Leistungen zeigten, gerade in dem Augenblick, wo Frankreich für die englische Expedition der holländischen

[1]) Sie sollten jährlich 12 Millionen kosten, verbrauchten aber gleich im ersten Jahre 20, wovon 6 durch keine Belege gerechtfertigt waren. Moniteur 21. April 1796.

Schiffe am dringendsten bedurfte, war auf der Stelle der Beschluß fertig, mit den bestehenden Provinzialgewalten gründlich aufzuräumen. Die holländischen Radikalen, längst von derselben Gesinnung erfüllt, kamen den Pariser Wünschen bereitwillig entgegen. Dreiundvierzig demokratische Abgeordnete hatten bereits gleichzeitig mit der Verhandlung des Zwangsanlehens ein Verfassungsprogramm entworfen, worin sie die Aufhebung aller aristokratischen und kirchlichen Vorrechte, die Einheit des Staates, der Volksvertretung und der Finanzen, sowie die Abschaffung der Provinzialstände und Provinzialkassen begehrten; eine Deputation von Amsterdamer Bürgern brachte dann das Aktenstück an die Nationalversammlung und forderte gebieterisch die sofortige Ausarbeitung einer Verfassung nach diesen Grundsätzen. Der Abgeordnete Vanhoff bezeichnete ein solches Verfahren als ein aufrührerisches; die Mehrheit aber, wohl wissend, welche Macht hinter den Amsterdamer Bittstellern stand, setzte am 15. Januar 1798 einen Ausschuß zur Prüfung der Frage nieder und genehmigte auf deren Bericht das Programm der Dreiundvierzig als Grundlage der neu auszuarbeitenden Verfassung. Indessen dies reichte nicht aus für die französischen Dränger, welche eine schleunige, mit der Geschäftsordnung nicht verträgliche Behandlung der Verfassungssache und vor allem einen sofortigen Personenwechsel in der batavischen Regierung wollten. An demselben 15. Januar trat als französischer Gesandter an die Stelle des gemäßigten Noël der frühere Minister Delacroix, wie wir wissen, ein tumultuarischer und großsprecherischer Jakobiner, der ohne Zaudern mit dem Befehlshaber der französischen Garnisonen, General Joubert, und dem holländischen General Daendels, einem eifrigen Demokraten, die nötigen Vorkehrungen zu einer batavischen Wiederholung des 18. Fructidor traf. Am 20. wurde in der Nationalversammlung die Wahl Midderighs, eines der Dreiundvierzig, zum Präsidenten durchgesetzt. Abends am 21. versammelte dieser seine 42 Genossen, ließ durch dieselben in der Nacht die Stadtthore schließen und veranlaßte die beiden Generale, die Truppen bereit zu halten. Als am 22. die

Nationalversammlung zur Sitzung zusammentrat, ließen die Generale 22 der hervorragendsten föderalistischen Abgeordneten zu einer Besprechung in ein Nebenzimmer rufen und kündigten ihnen dort ihre Verhaftung an; zu gleicher Zeit hatte sich eine Truppenabteilung der Mitglieder des diplomatischen Ausschusses bemächtigt und nun diktierte Midderigh der Nationalversammlung die entscheidenden Beschlüsse, Abschaffung der weitschweifigen Geschäftsordnung, Absetzung der Provinzialbehörden, Ernennung einer neuen Staatsregierung in Gestalt eines Direktoriums von fünf Mitgliedern. Die Anwesenheit der französischen Truppen ließ nirgends eine Regung des Widerstandes aufkommen; nur der oberste Gerichtshof that seine Pflicht, indem er den Präsidenten Midderigh wegen der gewaltthätigen Einsperrung der 22 Abgeordneten vorladen ließ; es verstand sich, daß der mutige Schritt keine andere Folge als die Absetzung der Richter hatte. Die gefangenen Volksvertreter wurden übrigens nicht wie die Opfer des Fructidor nach Cayenne geschickt: man begnügte sich, sie eine geraume Zeit in milder Haft zu behalten. Man bedurfte eben in Batavien keines blutigen Schreckens; man hatte, was man brauchte, eine Zentralregierung mit unbedingter Verfügung über alle Hülfsquellen des Landes und unbegrenzter Dienstwilligkeit gegen die französischen Befehle. Joubert konnte dem General Bonaparte berichten, daß jetzt alle Aussicht zu der schleunigen Rüstung von zehn Linienschiffen vorhanden sei; Bonaparte sandte seinerseits dem neuen Direktorium eine militärische Botschaft, welche demselben die Stellung von 250 Kanonenbooten und Transportschiffen zur englischen Unternehmung auferlegte. Der batavische Staatsstreich hatte damit seinen Zweck erfüllt.

Ganz ähnliche Erfahrungen hatte einige Wochen später eine zweite Tochterrepublik der großen Nation, die Cisalpina, durchzumachen.

Dort war in Erwartung einer definitiven Verfassung, wie wir wissen, die höchste Regierungsbehörde, ein Direktorium von fünf Personen, es waren ferner alle Beamten

des neuen Staats durch General Bonaparte ernannt worden; Kriegsminister wurde der französische General Vignolles, Finanzminister der Intendant des französischen Heeres, Haller. Um jede unliebsame Störung zu vermeiden, wurde auf Bonapartes Mahnung die Preßfreiheit starken Beschränkungen unterworfen und alle politischen Vereine geschlossen. Am 21. November 1797 sollte dann das Verfassungsleben der jungen Republik beginnen; der Rat der Alten und der Große Rat eröffneten an diesem Tage ihre Sitzungen. Der Große Rat entwickelte sogleich eine sehr lebhafte Freiheitsliebe und Begeisterung für den demokratischen Fortschritt. Er beschloß die Kassation der gegen die Presse ergangenen Verfügung, die Abschaffung der Polizeidiener als verächtlicher Werkzeuge des Despotismus, die Ernennung der Gerichtsbeamten durch den gesetzgebenden Körper, die Bestrafung aller Abgeordneten, welche nicht regelmäßig die Sitzungen besuchten. Dazwischen kamen Anträge, die Stolgebühren zu beseitigen, die geistlichen Güter einzuziehen, die Theater zur Pflanzschule republikanischer Gesinnung zu machen, Edelleute, die auf ihre Titel nicht verzichten wollten, in ein Irrenhaus zu schicken. So weit ließ es nun der Rat der Alten und das Direktorium nicht kommen; die Regierung erlaubte sich vielmehr, gelegentlich scharfe Kritiken über die Beschlüsse der Volksvertreter zu verhängen; sie antwortete zum Beispiel auf die Abschaffung der Polizeisoldaten mit lauten Klagen über die wachsende Unsicherheit der Landstraßen und der großen Städte, über blutige Händel zwischen französischen Soldaten und Mailänder Bürgern, über drohende Gärung unter den Bauern der Val Sabbia. In den Finanzen litt man große Not bei der Erschöpfung des Landes durch die langen Kriegsleiden und der schlaffen Unordnung in allen Zweigen der neuen Verwaltung. Dazu kamen die schweren Kosten der französischen Garnisonen, welche nach amtlicher Lesart zur Beschützung der republikanischen Freiheit im Lande verweilten und deshalb natürlicherweise von dem Schützling ernährt und verpflegt werden mußten. Schon im Dezember wurde für diesen Zweck ein

Zwangsanlehen von fünf Millionen erforderlich, welches den höchstbesteuerten Grundbesitzern als patriotische Zuschlagsteuer auferlegt wurde. Um den Segen dieser Beschützung bleibend festzustellen, verhandelte dann im Januar 1798 der cisalpinische Gesandte in Paris, Visconti, unterstützt durch einen außerordentlichen Geschäftsträger, Serbelloni, einen Bundesvertrag zwischen den beiden Republiken, für welchen Bonaparte den Minister Talleyrand mit umfassenden Anweisungen versah. Es sollte die Cisalpina ihre Festungen in streitfähigem Stande erhalten, die dazu erforderlichen Geschütze den Franzosen abkaufen, französische Truppen die Hälfte der Besatzung bilden, französische Generale in den Plätzen befehligen. Frankreich würde die Güte haben, der Cisalpina auf deren Kosten 25 000 Mann seiner eigenen Truppen zu leihen; beide Staaten würden sich gegenseitig mit aller Macht unterstützen, die Cisalpina alle englischen Waren aus ihrem Gebiete fernhalten und mindestens 1000 Aktien zu dem eben in Paris eröffneten Kriegsanlehen zeichnen. Serbelloni, damals eifriger Demokrat, war sofort zur Unterzeichnung bereit, Visconti aber, der in diesen Klauseln die völlige Unterwerfung seines Landes sah, widersetzte sich dem Abschlusse nach Kräften, und schließlich ließ man französischerseits eine Anzahl der speziellen Artikel fallen, da man sicher genug war, mit der einen Hauptsache, der bleibenden Anwesenheit eines französischen Armeecorps, über alle Hülfsquellen des Landes verfügen zu können. So kam in den Vertrag die Erklärung des Trutz- und Schutzbündnisses der beiden Republiken, die Bitte der Cisalpina um ein französisches Hilfscorps, die Erfüllung dieses Gesuchs gegen eine jährliche Zahlung von 18 Millionen. Diese Abreden wurden von der cisalpinischen Regierung ohne Schwierigkeit bestätigt und von ihr dem gesetzgebenden Körper zur Annahme vorgelegt. Der Große Rat vollzog dieselbe auf der Stelle; der Rat der Alten aber, unter ausführlicher Entwickelung seiner Gegengründe, verwarf die Resolution und lehnte damit den Vertrag ab. Es verstand sich von selbst, daß eine solche Widersetzlichkeit

nicht zu dulden war. Das Direktorium erließ eine Botschaft an den Großen Rat, welche die Alten eines verfassungswidrigen Verfahrens bezichtigte; der Rat der Alten habe nur das Recht der Annahme oder Ablehnung, nicht aber der Aufstellung neuer Erwägungsgründe. Die Alten eröffneten darauf eine nochmalige Beratung und begannen dieselbe mit einer Anfrage an die Regierung, was die Franzosen im Fall eines zweiten ungünstigen Beschlusses thun könnten. Das Direktorium hütete sich, eine amtliche Antwort zu geben, erläuterte aber in vertraulichem Gespräche dem Präsidenten, daß nichts die Franzosen abhalte, nach Befinden den Belagerungszustand in Mailand zu erklären und überhaupt die strengsten Maßregeln zu ergreifen. Aber trotz dieser Drohungen geschah das Unerwartete: die Kammer blieb fest und wiederholte, dieses Mal ohne Erwägungsgründe, am 14. März 1798, die Ablehnung des Vertrags. Die Mehrheit wurde entschieden durch eine Anzahl venetianischer Nobili, die, vor der österreichischen Herrschaft fliehend, ihre Heimat verlassen und in Cisalpinien Aufnahme und Bürgerrecht gefunden hatten. Sie wußten aus Erfahrung, was die französische Freiheit für die unterworfenen Lande bedeutete, und waren entschlossen, zu der Feststellung derselben in Mailand ihre Stimmen nicht zu geben. Die Machthaber jedoch ließen sich nicht einen Tag lang durch diese Regung patriotischer Selbständigkeit beirren. Das große Vorbild des 18. Fructidor war überall anwendbar, wo man französische Truppen zur Hand hatte, in Cisalpinien so gut wie in Holland. Am 15. März erschien eine Verfügung des Direktoriums, welche die opponierenden Mitglieder aus dem Rate ausstieß und dem Rumpfe der Kammer eine dritte Beratung des Vertrages anbefahl. Weitere materielle Gewalt war begreiflicherweise nicht erforderlich: der Vertrag wurde jetzt, wie der Moniteur berichtete, mit jubelnder Begeisterung aufgenommen. Die Venetianer aber wurden aus dem Lande gewiesen, oder, nach der amtlichen Redewendung, es wurde ihnen die Rückkehr in ihre Heimat erlaubt. Als bald nachher infolge

dieser Vorgänge die Gärung unter den Bauerschaften am Gardasee zu bewaffnetem Ausbruche kam, wurde die Erhebung durch die französischen Bajonette blutig unterdrückt; seitdem, sagte der Moniteur, herrscht in Cisalpinien vollständige Ruhe.

Während auf solche Art die unbedingte Unterwerfung Oberitaliens dem betäubten Europa offen verkündigt wurde, war bereits der Strom der revolutionären Gewalt auf der Halbinsel weiter nach Süden, bis an die Grenzen Neapels, vorgedrungen.

Wir erwähnten früher die mißliche Lage des Kirchenstaats, die offenen Feindseligkeiten der Cisalpina [1]), die Losreißung Anconas, die Wegweisung des Generals Provera. Die demokratische Partei in der ewigen Stadt, an sich weder zahlreich noch angesehen, bekam durch diese Dinge einen furchtbaren Rückhalt an dem allgemeinen Glauben, daß die französische Republik in nächster Zeit der Priesterherrschaft gewaltsam ein Ende machen werde, und trat immer kühner aus geheimen Umtrieben in öffentliche Agitation heraus, um so mehr, als der greise Papst kurz vorher eine schwere Krankheit durchgemacht hatte und ein naher Thronwechsel den bequemsten Anlaß zur Umwälzung zu bieten schien. Die päpstliche Polizei verhaftete einige der Führer, einen Wundarzt Angelucci und zwei Brüder Bouchard; sofort aber empfing der Staatssekretär Kardinal Doria eine kräftige Note Joseph Bonapartes, welche die Freilassung von Männern begehrte, deren einziges Vergehen die Anhänglichkeit an die Grundsätze der großen Republik gewesen. Die schwache Regierung wagte keinen Widerspruch, und den Demokraten war seitdem ihre schützende Behörde amtlich bezeichnet. Schon am 10. Oktober hatte das Direktorium durch Talleyrand dem Gesandten schreiben lassen, daß er, weit entfernt davon, die Bestrebungen der römischen Freiheitsfreunde zu hindern, sie vielmehr fördern solle

[1]) Die Truppen derselben besetzten gleichzeitig auch lucchesische und parmesanische Aemter.

in dem Gedanken, die Herrschaft des Papstes zu stürzen [1]). Und gegenüber diesem Treiben einer gewaltthätigen Minorität hatte der Papst an keiner Stelle eine wirksame Unterstützung bei der ruheliebenden Mehrheit. Die schweren Abgaben, welche er zur Zahlung der Kriegskontribution von Klerus und Adel hatte erheben müssen, hatten die höheren Stände erbittert; die Volksmassen waren über die Auslieferung der Kunstwerke entrüstet; alle Welt fühlte sich durch die notgedrungene Vermehrung des kreditlosen Papiergeldes bedrängt. Immer befürchtete die Kurie bei der schlaffen und unthätigen Natur des römischen Volkes keinen baldigen Ausbruch; die schlimmste Gefahr schien die innere Zerrüttung und Auflösung der Regierungsmaschine selbst. Auch Bonaparte, wie sehr bei ihm die demnächstige Vernichtung des Kirchenstaats eine festbeschlossene Sache war, hatte für den Augenblick kein Interesse an der Beschleunigung der Katastrophe. Aber in Rom lagen Brennstoff und Zunder dicht nebeneinander, und wenn einmal die Flamme in die Höhe schlug, so war es gewiß, daß die französische Regierung nicht zum Löschen die Hand bieten würde.

In der letzten Woche des Dezember waren die römischen Demokraten unruhiger als je. In der Nacht des 27. kam es zwischen ihnen und der Stadtwache auf der Straße zu einem Zusammenstoß, wo ein Aufrührer getötet und zwei Soldaten verwundet wurden. Am Morgen des 28. sammelten sich darauf in der Villa Medici etwa 300 Demokraten, unter welchen sich auch der französische, vor einigen Wochen in Rom angekommene General Duphot befand und sie lebhaft zur Abschüttelung des päpstlichen Joches aufforderte. Sie durchzogen dann unter großem Lärmen und Vorantragen der dreifarbigen Fahne mehrere Straßen, bis eine Kompanie päpstlicher Infanterie erschien und den Haufen auseinandertrieb. Sie flüchteten sich, von den Truppen gedrängt, nach der französischen Botschaft hin, unter steten Freiheitsrufen, auf welche endlich einige scharfe Schüsse der Soldaten erfolgten. Die

[1]) Angeführt bei Barante hist. du D. E. III, 76.

wirre Masse suchte darauf Schutz in dem Vorhofe des französischen Palastes; die Soldaten aber, welchen das Betreten des Gebäudes völkerrechtlich verboten war, machten vor dem geöffneten Thore Halt, worauf ihre Gegner, in ihrem Asyle sich unantastbar glaubend, ihre Freiheitsrufe fortsetzten und den Truppen Schimpfreden und Drohungen hinausriefen. Darüber kam eine Abteilung päpstlicher Dragoner heran und gab, erbittert über die Schmähungen, eine Salve in den Hof hinein, die mehrere der Aufrührer tötete und verwundete. Auf diesen Alarm erschien Joseph Bonaparte mit Duphot und einigen anderen französischen Offizieren im Hofe, in welchen indes die päpstliche Infanterie eingedrungen war [1]); Joseph warf sich mit seinen Begleitern zwischen die Truppe und die Aufrührer und forderte jene auf, das Gebiet der französischen Gerichtshoheit auf der Stelle zu verlassen. Die Soldaten wichen einige Schritte, gaben aber dann über die Köpfe der Franzosen hinweg eine neue Salve auf die Rebellen. Da zogen Joseph und die Offiziere ihre Degen, und Duphot, allen voran, sprang auf die Soldaten zu, um sie an weiterem Feuern zu hindern. Diese aber nahmen seine Bewegung für das Signal eines allgemeinen Angriffs, faßten ihn, schleppten ihn fort und streckten ihn mit mehreren Schüssen tot zu Boden. Allmählich gelang es, den Hof zu säubern und die Thore zu schließen, und Joseph Bonaparte, wie er selbst dem Direktorium berichtete, war sofort entschlossen, Rom zu verlassen; keine Erwägung, keine Gewalt der Erde, sagte er, hätte eine Sinnesänderung bei ihm bewirken können. Indessen sandte er zunächst dem Kardinal Doria einen Brief, worin er ihn aufforderte, die Soldaten aus dem Umkreise des

[1]) So berichtet Joseph; die Relation des päpstlichen Offiziers behauptet das Gegenteil und weicht überhaupt in den Einzelheiten von der französischen ab. Es kommt wenig darauf an, der entscheidende Punkt für das historische Urteil ist offenbar Talleyrands Depesche vom 10. Oktober und der stete Verkehr der Demokraten mit der französischen Botschaft. So sprach es auch der ehrliche Cacault einige Tage später gegen Joseph offen aus.

Palastes zu entfernen, worauf Doria mit der Gegenforderung antwortete, daß der Gesandte vorher die Rebellen aus der Botschaft hinwegweisen möge. Joseph schrieb darauf einen zweiten Brief, worin er dieses Ansinnen ablehnte und auf die Ermordung Bassevilles im Jahre 1792 zurückkam, deren Urheber, wie er behauptete, noch immer hochgeehrt in Rom lebten und zum Teil ansehnliche Aemter bekleideten. Die römische Regierung hatte, wie wir wissen, im Frieden von Tolentino für diesen Unfall schwere Buße geleistet; Doria entgegnete unter Beteuerung der wärmsten Freundschaft, daß die in Josephs Briefe bezeichneten Personen entweder nicht mehr in Rom oder nach regelrechtem Prozesse von der Mitschuld an Bassevilles Ermordung freigesprochen wären; übrigens erklärte der Kardinal die Bereitwilligkeit der Regierung, für die heutigen Ereignisse jede Genugthuung zu leisten. Joseph aber ließ sich nicht herbei, eine solche anzugeben, sondern forderte seine Pässe und reiste am Morgen des 29. von Rom ab. Von Florenz aus erstattete er seiner Regierung Bericht über das Vorgefallene und klagte darin die Kurie an, daß sie es gewesen, welche durch verkappte Polizeispione den Rebellenhaufen in den Palast habe führen lassen, um dadurch einen Anlaß zu gewinnen, die Botschaft zu insultieren und vielleicht zu ermorden. Er forderte das Direktorium zu einer exemplarischen Bestrafung dieser nichtswürdigen Regierung auf.

Die Direktoren, sahen wir, hatten längst keinen lieberen Gedanken als die Vernichtung der römischen Kurie, und nur der Wille des Generals Bonaparte hatte sie zurückgehalten. Auch jetzt noch beabsichtigte dieser keineswegs die Vernichtung des Papsttums und gab seinem Bruder seine entschiedene Unzufriedenheit über den Gang der letzten Ereignisse zu erkennen [1]). Indessen hatte er gegen eine neue Bethätigung der französischen Allmacht in Italien und demnach gegen eine strafende Expedition nichts einzuwenden, um so mehr, als sich von einer solchen ein namhafter Bei-

[1]) Corresp. de Joseph I, 68.

trag zu den Kosten der Flottenrüstung erwarten ließ. Am 11. Januar 1798 ergingen seine Weisungen an General Berthier, der einstweilen die französischen Truppen in Italien befehligte. Das ausführliche Schriftstück zeigt den Geist seines Verfassers in jeder Zeile, rasche Energie, schlaue List, umsichtige Erwägung nach allen Seiten. Berthier sollte einige bereits auf dem Marsche nach Frankreich begriffene Regimenter zurückhalten, mit drei Divisionen die Etschlinie und das Thal von Sabbia besetzen und damit Oberitalien gegen eine österreichische Einmischung decken; eine vierte Division von etwa 14 000 Mann würde er schleunigst in Ancona versammeln und in Eilmärschen gerade auf Rom führen; als Rückhalt derselben würde er 7000 Mann Cisalpinier in der Umgegend von Ancona bereit halten, für den Fall, daß Neapel seine Truppen zum Schutze des Papstes nach Rom schicke; sobald man dergleichen vernehme, sollte General Brune in außerordentlicher Sendung nach Neapel gehen, dort beklagen, daß der König durch einen solchen Schritt die französische Regierung an der Ausführung ihres Vorsatzes hindere, für Neapel etwas in Italien oder im Oriente zu thun, dann aber den Abzug der Neapolitaner aus dem Kirchenstaat unter der Drohung sofortigen Krieges begehren. Die Cisalpina würde alle ihre Festungen in kräftigsten Stand setzen, die französischen Truppen kleiden, verpflegen, besolden, übrigens aber durch eine besondere Botschaft dem Wiener Hofe ihre volle Neutralität bei dem französisch-päpstlichen Handel erklären. Was den Marsch auf Rom selbst betreffe, so solle er verbreiten, daß er ihn ohne Befehl des Direktoriums, nach seiner eigenen Entrüstung über Duphots Schicksal unternehme. Alles hänge davon ab, durch Schnelligkeit der Bewegung jedem Hindernis zuvorzukommen. Erst wenn man Macerata erreicht habe, sei eine kurze Kriegserklärung zu erlassen, etwaige Unterhändler mit den friedlichsten Worten hinzuhalten, indessen aber der Marsch mit reißender Eile fortzusetzen und dann in der Nähe von Rom eine donnernde Erklärung gegen den Papst selbst und dessen Minister zu veröffentlichen,

um sie einzuschüchtern und zur Flucht zu bestimmen. Unterwegs möge er im stillen hie und da republikanische Aufstände anzufachen suchen, vorzüglich aber Geld aus allem machen, um die Armee wohl zu verpflegen.

Dies also war ein Hauptgesichtspunkt Bonapartes bei der Expedition, Anhäufung von Geldmitteln für den Seekrieg. Ihr habt mich, schrieb ihm Berthier, zum Schatzmeister der Armee von England gemacht; ich werde das mögliche thun, um die Kasse zu füllen. Den politischen Zweck des Unternehmens bezeichnete Talleyrand in seiner Denkschrift für Bernadotte, 17. Januar, dahin: „Unsere Armee marschiert auf Rom; das Direktorium beabsichtigt keineswegs, Rom zu behalten. Es wird ebensowenig zugeben, daß die Cisalpina sich der Stadt bemächtigt. Es will auch an die Religion nicht rühren. Aber es will für die erlittene Beschimpfung eine solche Genugthuung nehmen, daß es nie eine Wiederholung derselben zu befahren hat." Hier also war ein Angriff auf die kirchliche Stellung des Papstes geradezu abgeleugnet, die Frage der weltlichen Herrschaft offen gelassen. Das fiskalische Interesse der Armee sprach für deren Erhaltung; die Erhebung einer großen Kontribution war leichter durch die bestehenden Behörden als bei einem allgemeinen Umsturz zu bewerkstelligen. So wurde denn auch Bernadotte beauftragt, in Wien dahin zu wirken, daß Oesterreich die antifranzösische Partei des Kardinals Albani nicht weiter unterstützen möge: wenn man eine republikanische an die Stelle der päpstlichen Regierung setzte, konnte auf die Faktionen des Kardinalkollegiums überhaupt nichts mehr ankommen.

Bonapartes militärische Befehle wurden von Berthier Punkt für Punkt ausgeführt. In den letzten Tagen des Januar setzten sich Berthiers Kolonnen von Ancona aus in Bewegung, nahmen in Loretto den päpstlichen Beamten und 200 Schlüsselsoldaten gefangen und überschritten in eiligem Zuge den Apennin. In Rom, wo man allerdings das Unwetter erwartet hatte, war die Bestürzung groß; zuerst der spanische Gesandte eilte Berthier entgegen, um

seine Vermittelung anzubieten; es folgte dann Kardinal Somaglia mit den inständigsten Friedensgesuchen: Berthier entgegnete auf alles nur mit der kurzen Erklärung, daß er Befehl habe, unter den Mauern von Rom Stellung zu nehmen. Bei seiner Annäherung flohen einige der den Franzosen verhaßtesten Kardinäle nach Neapel; die übrigen aber und der Papst selbst beschlossen, auf jede Gefahr in ihrer Stellung auszuharren. Indessen war trotz der Hülflosigkeit seines Gegners General Berthier von dem Verlaufe seines Unternehmens wenig erbaut. Er war ein rechtschaffener Soldat, ein trefflicher Generalstabschef, ein Mann von vornehmer Gesinnung und Haltung, erfüllt von Widerwillen gegen die revolutionäre Politik des Direktoriums. Ich werde, schrieb er an Bonaparte, das meinige thun, daß unsere Sache sich ohne Flecken, das heißt ohne Plünderung vollende. Aber schon aus Bologna berichtete er weiter: meine Truppen sind barfuß; ich habe nicht einen Franken, und da niemand hier bleiben mag, so entsteht eine Zerrüttung, welche den Operationen äußerst schädlich ist. Man muß, schrieb er dann aus Ancona, in Religionssachen mit dem Volke vorsichtig sein; es ist noch sehr fanatisch, unsere cisalpinischen Legionen zählen jede kaum 600 Mann, es sind mehr Banditen als Soldaten. Und ebenso am 10. Februar, nach der Ankunft vor Rom: „Im ganzen Lande habe ich nichts als Bestürzung und keine Spur von Freiheitssinn gefunden; ein einziger Patriot hat sich mir vorgestellt und sich erboten, 2000 Galeerensklaven in Freiheit zu setzen; ihr denkt, wie ich ihn abgefertigt habe; der größte Dienst, den ihr mir leisten könntet, wäre meine Abberufung."

Dieser Wunsch war, als er ihn niederschrieb, bereits erfüllt; er war zum Chef des Generalstabes der Armee von England und General Masséna zu seinem Nachfolger in der römischen Expedition ernannt. Ehe derselbe aber in Rom anlangte, kam es zu besonderen Verwickelungen. Bei dem widerstandslosen Verlaufe des Unternehmens hatte das Direktorium nicht lange auf der von Talleyrand bezeichneten Linie ausgehalten; die Versuchung war zu lockend, auf den

lange gehaßten kirchlichen Gegner den Todesstreich zu führen, und so empfing Berthier von ihm die Weisung, anstatt der päpstlichen eine republikanische Regierung in Rom einzusetzen oder, wenn es ohne Zögerung sich machen ließe, durch das römische Volk einsetzen zu lassen; er sollte ferner alle Ordensgenerale, Theologen und Prälaten ausweisen, die Güter des Papstes, der Familie Braschi, des Kardinals Albani einziehen, starke Kontributionen erheben, endlich bei allen politischen Fragen sich an die Beschlüsse der seinem Heere beigegebenen Zivilkommissare binden. Anders aber müssen auch jetzt die ihm zugegangenen Befehle des Mannes gelautet haben, in welchem Berthier seinen wahren Vorgesetzten sah. Denn niemals hätte ohne Bonapartes Rückhalt Berthier, ein Offizier ohne jeden politischen Eigenwillen, den Schritt gewagt, den er jetzt auf sich nahm, in offenem Widerspruche gegen den Willen des Direktoriums eine Friedensunterhandlung mit der Kurie, unter Vermittelung des spanischen Gesandten. Er schloß gleich am Tage seiner Ankunft mit dem Papste einen Vertrag, nach welchem die Franzosen die Engelsburg besetzten, der Papst Geiseln zu stellen, die Mörder Duphots zu verfolgen, 31 Millionen zu zahlen versprach. Damit also wäre die päpstliche Herrschaft fürs erste noch aufrecht geblieben [1]). Aber die Kommissare, welche ebenso wie Berthier die Befehle des Direktoriums kannten, waren nicht einen Augenblick gesonnen, sich durch widerwillige Unentschlossenheit des Generals aufhalten zu lassen. Sie hatten zur Inscenierung der römischen Umwälzung einige Pariser Jakobiner reinsten Schlages bei sich, unter andern einen gewissen Bassal, der schon 1795 in Süddeutschland in solchen Geschäften thätig gewesen; dieser legte auf der Stelle Hand ans Werk und richtete bereits am 11. Februar eine Versammlung römischer Demokraten auf dem Campo Vaccino zur Verkündigung der Republik ein. Wie es scheint, war er jedoch bei diesem Unternehmen an Menschen wie jenen von Berthier beschrie-

[1]) Masséna, mémoires III, 6.

benen Patrioten geraten; auf dem Campo Vaccino kam ein Haufe so abschreckenden Gesindels zusammen, daß auch die liberalen Römer sich mit Grauen entfernt hielten [1]) und die päpstliche Polizei am Abend die Patrioten noch einmal mit Waffengewalt auseinandertrieb [2]). Indessen ließ man sich durch dies erste Mißlingen nicht abschrecken; man entwaffnete die städtische Wache, und nach einigen weiteren Vorbereitungen brachte man am 15. eine zahlreichere Menschenmasse auf dem Forum zusammen, unter deren rauschenden Zurufen drei Notare den Abscheu des römischen Volkes gegen die Priesterherrschaft und die Erklärung der Republik zu Protokoll nahmen. Mit Jubel wurde darauf die vollendete Thatsache dem General berichtet; Berthier ließ sie sich endlich gefallen, stieg zu Roß und machte seinen feierlichen Einzug in die Stadt, wo er dann auf dem Kapitol unter dem rasch gepflanzten Freiheitsbaume eine feurige Rede hielt und die Manen Catos und Brutus' als Schützer der wiedergewonnenen Freiheit anrief.

Bis dahin hatte Berthier seine Verheißung durchgesetzt, daß der republikanische Rachezug frei von Plünderung bleiben sollte. Jetzt aber war sein Ansehen gebrochen; die Ankunft Masséñas wurde täglich erwartet, und alle schmutzigen Elemente der französischen Expedition ergossen sich fesselos über das unglückliche Land. So wurde der Sturz des päpstlichen Regiments, der bei rechtschaffenem Verhalten der Sieger eine Quelle unendlichen Segens für das Land gewesen wäre, für den Augenblick nur das Signal zu einem Raubsysteme größten Stiles. Der Armeeintendant Haller, der schon früher nach Rom geschickt war, um die Kriegssteuern von Tolentino beizutreiben, hatte damals an Cacault geschrieben, daß bei den Bedürfnissen des Heeres die Geschäfte ein etwas korsarenmäßiges Ansehen gewännen, und jetzt verschwand die geschäftsmäßige Form vollständig, und nur die unver-

[1]) S. Cyr, mémoires pour servir à l'histoire militaire sous le directoire I, 30.

[2]) Coppi, annali d'Italia II, 176.

hüllte Plünderung blieb übrig. Man warf sich auf die Museen, die Kirchen, die öffentlichen Gebäude. Man verschonte nicht die Paläste der Großen und nicht die Häuser der Bürger, wenn sich wertvolle Gegenstände darin vorfanden. Dem in dem Vatikane streng bewachten Papste wurden alle Kostbarkeiten weggenommen und, nachdem man ihn am 20. Februar zur Abreise nach Toscana gezwungen, der Riesenpalast auf das gründlichste ausgeräumt. Die gestohlenen Wertsachen wurden dann großen Teiles an jüdische Händler verschleudert und der Ertrag unterschlagen oder in schlechten Häusern verjubelt. Die von Berthier ausgeschriebene Kriegskontribution ging unter diesem Treiben sehr spärlich ein; die neuen republikanischen Behörden hatten keine Unterbeamten in den Provinzen und in der Hauptstadt selbst weder Polizei noch bewaffnete Macht. Man hatte zum Unterhalt der Truppen auf große Vorräte von Lebensmitteln und Kleidungsstücken gehofft; statt dessen fand man von beiden nur höchst geringfügige Quantitäten, und bei der allgemeinen Unordnung war an rasche Ankäufe nicht zu denken. Unter solchen Verhältnissen war es unmöglich, den Truppen das von Berthier beim Ausmarsch gegebene Versprechen sofortiger Soldzahlung für zwei Monate zu erfüllen; man mußte sich begnügen, die Zahlung eines Monatsbetrages wieder für die nächste Zukunft in Aussicht zu stellen. Offiziere und Soldaten wüteten, als diese Bekanntmachung an sie erging.

Unterdessen langte Masséna in Rom an, und sein Eintreffen war nicht geeignet, die Verhältnisse zu bessern. Ueberhaupt war bei den Truppen geringer Eifer zu dem römischen Zuge gewesen. Nach den langjährigen Kämpfen hatten sie die Friedensnachricht mit Jubel aufgenommen; sie murrten laut bei der neuen kriegerischen Bewegung, deren Zweck ihnen völlig gleichgültig war; jetzt nach Rom, sagten sie, später nach Neapel, zuletzt in die Türkei; wann werden wir nach Hause zurückkommen? Doppelt schwer empfanden sie dann die fortdauernde Mangelhaftigkeit ihrer Verpflegung, während Generale und Lieferanten sich die Taschen mit

italienischem Raube füllten. Durch alle Regimenter ging im stillen das zornige Einverständnis, und eben jetzt erzwang die Besatzung von Mantua durch einmütige, höchst geordnete Erhebung die Zahlung ihrer lange verschleppten Soldrückstände. Der Grimm der Soldaten gegen die Beutelschneider, welche die Truppen hungern ließen, war in Rom nicht geringer, und Masséna brachte in dieser Beziehung aus seinem bisherigen Standquartier in Padua durchaus keinen glänzenden Ruhm mit. So geschah es, daß zwei Tage, nachdem er den Oberbefehl übernommen, alle Hauptleute und niederen Offiziere der in Rom befindlichen Truppenteile zusammentraten, einen leitenden Ausschuß niedersetzten und dem General erklärten, daß sie die den französischen Namen befleckenden Plünderungen nicht länger dulden wollten, geregelte Verpflegung für die Truppen verlangten und ihn fürs erste nicht als Befehlshaber anerkennen würden. Die Soldaten hielten wie ein Mann zu ihren Hauptleuten; nicht die geringste Unordnung fiel vor, aber Masséna befand sich in vollkommener Ohnmacht. Als die päpstlich gesinnten Trasteveriner, auf diesen Zwiespalt unter ihren Besiegern hoffend, einen Angriff versuchten, stellte die Truppe sich sofort dem General zur Verfügung, und die populäre Bewegung wurde in einem erbarmungslosen Blutvergießen erstickt. Am folgenden Tage aber trat der Ausschuß der Offiziere wieder in seine drohende Haltung zurück; er lehnte alle Belehrungen über seine Meuterei ab, indem er erklärte, daß man lediglich dem Direktorium eine anklagende Adresse übersenden wolle, und dergleichen könne doch nicht ordnungswidrig sein, da vor dem 18. Fructidor die Bataillone durch die Corpsführer selbst zu solchen Adressen veranlaßt worden seien. Berthier, der noch einige Tage in Rom anwesend blieb, that sehr wenig, um den Aufstand zu beschwichtigen. Er sah an sich nicht mit freundlichem Auge auf seinen Nachfolger; dazu erhielt er damals einen Beschluß des Direktoriums, welcher seinen ersten Vertrag mit dem Papste kassierte und ihm die Auflage machte, diesen Tadel durch Tagesbefehl selbst zu veröffentlichen; er fand sich also wenig

veranlaßt, zu Gunsten dieser Regierung gegen die Offiziere kräftig vorzugehen. Zuletzt erklärten die Zivilkommissare des Direktoriums selbst, daß sie Masséna nicht mehr als Kommandierenden anerkennen könnten, und dieser zog sich aus Rom nach Monte-Rossi zurück. Man hatte die lebhafteste Besorgnis, daß das in Rom gegebene Beispiel alle übrigen Divisionen des italienischen Heeres anstecken und dann die Folgen geradezu unabsehbar sein würden: Masséna bequemte sich also zur Nachgiebigkeit, begnügte sich, durch den bei den Truppen beliebten General Dallemagne seine Anordnungen an die Regimenter gelangen zu lassen, und erwirkte dadurch wenigstens die Möglichkeit, persönlich nach Rom zurückzukehren und hier die Ankunft seines vom Direktorium ernannten Nachfolgers, Gouvion St. Cyr, abzuwarten.

Indessen hatten die Zivilkommissare eine Verfassung für die neue Republik ausgearbeitet, welche im übrigen die Bestimmungen der französischen wiederholte, dann aber durch ihren Schlußartikel alle thatsächliche Gewalt in die Hand des französischen Kommandierenden legte. Der Zustand des Landes wurde immer jämmerlicher. Früher hatten allein die Priester alle Aemter besessen; jetzt sollten nur die Laien die Verwaltung führen: es gab also, auch abgesehen von aller Parteistellung, in dem neuen Regierungspersonal keinen Menschen, der irgend welche praktische Erfahrung in den Staatsgeschäften gehabt hätte. Dabei setzte sich die allgemeine Plünderung ununterbrochen fort. Wenn durch den Soldatenaufstand der private Diebstahl etwas eingeschüchtert worden war, so blieben die amtlichen Anforderungen der Franzosen gleich maßlos. Das tief erschöpfte Land mußte nicht bloß die Verpflegung und Besoldung der Truppen liefern, sondern auch eine starke Kriegskontribution an die französische Staatskasse aufbringen, und bald erschienen Befehle aus Paris, daß auf Kosten der römischen Republik eine Division zu einer maritimen Unternehmung vollständig auszurüsten sei. So wuchs die Bedrückung mit jedem Tage; der Wohlstand der Bürger wurde gründlich

vernichtet, der Staatsbankerott offen erklärt, alle Kirchen ihrer Kostbarkeiten und liegenden Gründe beraubt. Es war kein Wunder, daß die Bevölkerung sich mit Abscheu und Wut gegen die neue Freiheit erfüllte. Es gab einen Bauernaufstand im Albanergebirge, der von General Murat mit wilder Grausamkeit unterdrückt wurde. Bald nachher war das ganze nördliche Gebiet an der toscanischen Grenze in Flammen, der Kampf setzte sich wochenlang in kleineren und größeren Gefechten fort, und nur mit den härtesten Maßregeln wurden die Aufständischen allmählich eingeschüchtert. Zugleich war das Verhältnis zu Neapel unsicher im höchsten Grade; der König wagte zwar keine offene Schilderhebung, hatte aber eine starke Heeresabteilung an den Grenzen zusammengezogen und wurde in wachsender Aufregung durch das Treiben der römischen Jakobiner erhalten, welche in voller Oeffentlichkeit die baldige Republikanisierung Neapels verkündigten.

Drittes Kapitel.

Die Schweiz.

Das Direktorium hatte es, wie wir sahen, an böswilligen Schritten gegen die Schweizer Eidgenossen schon längst, und vor allem seit dem 18. Fructidor, nicht fehlen lassen. Aber es war doch nicht über mehr oder minder lästige Schikane hinausgegangen, und wenn sich einmal ein gefährlicheres Gelüste regte, hatte in früherer Zeit Barthélémy als Gesandter und in späterer der Minister Talleyrand durch verständige und gemäßigte Vorstellungen das Uebel beschwichtigt. Diese Sachlage änderte sich auf der Stelle durch die Ankunft des Generals Bonaparte in Paris. Er hatte hier wie überall seine Zwecke scharf und klar in das Auge gefaßt; er wollte zunächst das Geld der Schweizer für seine

Rüstungen gegen England; er wollte aber auch die militärische Sicherung der Alpen, dieser großen Bastionen Europas, für die Bahnen der französischen Kriegspolitik; er wollte überhaupt die Aufnahme der Schweiz in die Reihe der französischen Vasallenstaaten, in den Gürtel, mit dem die große Republik ihre Ostgrenze bewehrte. Wie der Zweck war auch das Mittel bestimmt in seinem Geiste festgestellt. Was half es, die Schweiz wegen der Emigranten, der Ludwigsritter, des englischen Geschäftsträgers zu plagen? Bei der Schwäche der Kantone führte jede solche Zumutung nicht zu dem gewünschten Bruche, sondern nur zu neuer Nachgiebigkeit der Eidgenossen, zur Schädigung vielleicht ihrer Ehre, aber nicht zur Verletzung des Friedensstandes. Bonaparte griff also zu einem kräftigeren Mittel, zu demselben, welches ihm wenige Monate früher Venedig wehrlos in die Hände gespielt hatte, zu der Einmischung in die inneren Parteihändel des Landes. Die Schweizer Demokraten sollten ihm ihr Vaterland selbst überliefern.

Am 5. Dezember war er, wie wir sahen, in Paris angekommen; am 8. aß er bei dem Direktor Rewbell mit dem Oberzunftmeister Ochs aus Basel zu Mittag, einem talentvollen, aber von maßloser Eitelkeit erfüllten Manne, der zuerst durch litterarische Thätigkeit in zwei Sprachen europäischen Ruhm gesucht, dann in Basel, obwohl Mitglied der herrschenden Aristokratie, als Fortschritts- und Freiheitsmann sich eine große Popularität verschafft hatte und längst mit der französischen Gesandtschaft, die in seinem Hause Wohnung genommen, in vertrauten Beziehungen stand. Er war stolz darauf, daß unter seinem Dache der preußische Friede unterzeichnet worden war; er sog begierig die Lobsprüche der französischen Diplomaten ein, welche ihn als den größten Staatsmann Helvetiens und den Schöpfer einer glorreichen Zukunft seines Vaterlandes priesen. So hatte er sich mit dem Gedanken erfüllt, der Schweiz eine neue Verfassung zu geben, in welcher keine Adelsvorrechte, keine Unterthänigkeit, keine kantonale Absonderung mehr zu finden wäre und alle Schweizer als gleichberechtigte Bürger eine

einzige große Familie bilden würden. Nun wußte er allerdings, daß seinem System zuliebe die bestehenden Regierungen nicht abdanken und die große Mehrzahl der Bevölkerung keine gewaltsame Erhebung versuchen würde: in seiner haltungslosen Unruhe trug er also kein Bedenken, zur Verwirklichung seiner patriotischen Ideale die Dazwischenkunft der Fremden anzurufen. Auf eine Einladung des Direktoriums, über die Abtretung des Frickthals an die Schweiz zu unterhandeln, war er nach Paris geeilt und saß nun am 8. neben Rewbell dem General Bonaparte gegenüber. Dieser erging sich während der Tafel in heftigen Klagen gegen die Schweizer Aristokraten; als sich nach Tische die Gesellschaft in den großen Saal begeben, zog Rewbell den Baseler Patrioten in eine Ecke, wo drei Sessel für die beiden und Bonaparte hingestellt waren, und der General kam ohne Umschweife zur Sache: „Könnten die Schweizer Freiheitsfreunde", fragte er, „nicht eine Revolution unternehmen, auch wenn wir uns im Hintergrunde zurückhielten?" Ochs verneinte. „Und warum nicht?" „Weil die Patrioten nichts ausrichten würden," sagte Ochs und schilderte die ausgedehnten Befugnisse der Schweizer Gerichts- und Polizeibehörden, die jede Auflehnung auf das härteste bestrafen würden. „Nun wohl," sagte Rewbell, „dann muß man den Henker töten." Nachdem darauf die beiden Franzosen das innige Einverständnis zwischen dem General und dem Direktorium gepriesen hatten, kam Bonaparte wieder auf die Schweizer Revolution zurück: „Sie muß gemacht werden," rief er, „und zwar bald." Ochs erörterte darauf, in diesem Falle könne man sich nicht auf das niedere Volk, sondern nur auf die gebildeten Klassen stützen; er werde bei der nächsten Sitzung des Baseler Großen Rates den Versuch machen und eine Aenderung der Kantonalverfassung beantragen. Bonaparte und Rewbell erklärten sich einverstanden und nahmen dann weitere Abrede, dem französischen Geschäftsträger in Basel die entsprechenden Weisungen zugehen zu lassen, die politischen Flüchtlinge aus dem Waadtland zu unterstützen, „und," schloß Bonaparte,

„was die italienische Schweiz betrifft, so nehme ich deren Besorgung auf mich."

Der General, wie wir wissen, liebte rasche Arbeit. Schon tags nachher, am 9. Dezember, erhielt das Direktorium von jenen Flüchtlingen aus der Waadt und einigen Freiburgern, im ganzen 19 Personen, eine inhaltvolle Denkschrift. Die Freiburger waren, nach Talleyrands Ausdruck, geächtet wegen Unterstützung der französischen Interessen; die Waadtländer aber hatten im Jahre 1791 in Lausanne öffentliche Festlichkeiten zur Feier des Jahrestages des Bastillesturms veranstaltet und sich einem deshalb eröffneten Kriminalprozeß durch die Flucht in das Ausland entzogen. Der Veranstalter des Festes, Amédée Laharpe, war dann in französischen Kriegsdienst getreten und als Divisionsgeneral unter Bonaparte im Frühling 1796 vor dem Feind geblieben. Als Führer der Flüchtlinge trat seitdem sein Vetter, Cäsar Laharpe, auf, der bisher in Petersburg den Söhnen des Kaisers Paul französischen Sprachunterricht gegeben, jetzt aber keinen heißeren Drang als Rache für das Mißgeschick seiner Verwandten empfand und mit Ochs in dem Wunsche wetteiferte, den Waffenschutz der großen Nation für die Schweizer Patrioten zu gewinnen. Die Denkschrift dieser Männer begehrte Frankreichs Einschreiten für die Verfassungsrechte der Waadt. Sie führte aus, daß nach der Eroberung der Landschaft durch die Berner im Jahre 1536 der frühere Beherrscher derselben, der Herzog von Savoyen, endlich 1564 in die Abtretung eingewilligt habe, jedoch unter Vorbehalt aller Rechte und Privilegien der Einwohner, und diesem Vertrage habe Frankreich 1565 seine Garantie hinzugefügt. Bern habe jedoch die früher in der Waadt bestehenden Landstände niemals wieder einberufen, und Frankreich könne mithin nach den alten Verträgen um so mehr die Herstellung derselben fordern, als es nicht allein garantierende Macht, sondern seit 1796 durch den Erwerb von Savoyen auch der Rechtsnachfolger des Herzogs geworden sei. Das Direktorium gab diese Bittschrift dem Minister Talleyrand zum Bericht, dessen Gutachten fiel aber

so entschieden wie möglich gegen die Wünsche Laharpes und Bonapartes aus [1]). In der That war die Erörterung der Denkschrift ungeheuerlich nach jeder Beziehung. Die wesentliche Aufgabe jener alten Landstände war die Beschlußnahme über die von der Regierung geforderten direkten Steuern gewesen; Bern hatte demnach keinen Anlaß zu ihrer Berufung nach dem einfachen Grunde, daß es in der Waadt niemals direkte Steuern erhob. Diese Stände waren sodann durchaus feudaler Art gewesen, Edelleute, Geistliche und Bürgermeister: das damalige Frankreich hätte, wenn sie noch vorhanden gewesen, ihre Unterdrückung fordern mögen. Was das formelle Recht betraf, so war offenbar der Rechtsnachfolger der alten Herzoge von Savoyen nicht die Republik, welche jetzt diese Provinz erobert hatte, sondern der Nachkomme, welcher als König von Sardinien in Turin residierte; es war an sich unerhört, aus einer Klausel von 1564 einen seit mehr als zwei Jahrhunderten unbestritten bestehenden Rechtszustand anzufechten, und um das Ganze zu krönen, hatte auf jene Klausel Frankreich selbst durch einen späteren Vertrag von 1579 verzichtet, indem hier König Karl IX. den Bernern den Besitz der Waadt ohne jeden Vorbehalt, „in denselben Qualitäten und Bedingungen", wie ihre von alters her besessenen Landschaften gewährleistet hatte. Kurz, Talleyrand hatte hundertfachen Grund, Laharpes Begehren als unerfüllbar zu bezeichnen. Darauf eingehen, schrieb er, wäre gleichbedeutend mit einer Kriegserklärung gegen die Schweiz; Frankreich aber sei bei den Bewegungen in der Eidgenossenschaft ebenso zur Neutralität verpflichtet, wie die Schweiz während der Kämpfe der französischen Revolution die Neutralität bewahrt habe.

Dieser Bericht hatte die Wirkung, daß die Frage des Waadtlandes für einen Augenblick von der Tagesordnung abgesetzt wurde und die Aufmerksamkeit der Regierung sich einer anderen Seite der Schweizer Grenze zuwandte. Durch den Vertrag von Campo Formio hatte der Kaiser wie an-

[1]) Archiv des auswärtigen Amtes, Paris.

dere Landschaften des linken Rheinufers so auch das deutsche Territorium des Bistums Basel der französischen Eroberung überlassen; dasselbe hatte sich schon 1792 als Rauracische Republik konstituiert und war sehr bald einem französischen Departement hinzugefügt worden. Nun hatte aber der Bischof von Basel Hoheitsrechte auch über einige Thäler am Westabhange des Jura, welche, unabhängig vom Reiche, zu den zugewandten Orten der Eidgenossenschaft gehörten und teilweise von Bern mitverwaltet wurden. Es waren dies das Münster- und das St. Immerthal, sowie östlich vom Jura die kleine Republik Biel. Schon im November hatte man in Paris die Entdeckung gemacht, die französische Republik sei jetzt die Rechtsnachfolgerin wie des Herzogs von Savoyen so auch des Bischofs von Basel und mithin zur Ausübung seiner Hoheitsrechte auf Schweizer Boden befugt, und General Augereau hatte auf der Stelle die Weisung empfangen, Truppen zur Besetzung jener Thäler bereit zu halten. Es erschien also auch hier wieder jene besondere Auffassung, weil man eine Provinz eines Fürsten erobert hatte, deshalb der Erbe seiner Rechtstitel in einem anderen Lande zu sein; jedenfalls wäre die Rechtsnachfolge erst mit der vertragsmäßigen Abtretung der Provinz, hier also mit dem Abschlusse des Reichsfriedens eingetreten, und endlich hätte sie dem neuen Besitzer nur die Rechte des alten geben können, gerade aber das Recht militärischer Besatzung hatte der Baseler Bischof im Münsterthale u. s. w. niemals gehabt. Allein solche Bedenken hatten, wie wir wissen, in Paris damals kein Gewicht; sie verschwanden ohne weiteres vor der Thatsache, daß die Einnahme jener Landschaften den Franzosen den militärischen Besitz der Jurapässe überlieferte und damit die kürzeste Straße auf Bern eröffnete. Am 15. Dezember rückten einige Bataillone des Rheinheeres in das Immer- und Münsterthal ein.

Es war, mitten im Frieden, die erste bewaffnete Gewaltthat gegen die Schweiz. Die Aufregung darüber war groß bei den Eidgenossen, und Bern und Solothurn, die zunächst bedrohten Kantone, setzten einige Truppenteile in

Kriegsbereitschaft. Indessen erfuhr man in Paris sehr bald, daß es drüben zu einem mannhaften Entschlusse nicht kommen würde. Ebenso eifrig wie Ochs und Laharpe in Paris wirkte damals in der Schweiz für die französischen Umsturzpläne der berühmteste, talentvollste und charakterloseste der deutschen Geschichtschreiber jener Zeit, Johannes Müller [1]). Nachdem er als kurmainzischer Geheimer Rat in den letzten Jahren vor der Revolution dem preußischen Hofe vielfach über die Schweiz berichtet, die Berner Adelsherrschaft und deren kräftigen Führer, den Schultheiß Steiger, gepriesen und die Mittel angegeben hatte, die Schweizer für eine Allianz mit dem preußisch-deutschen Fürstenbunde zu gewinnen, war er 1792 als Rat der Hofkanzlei in österreichische Dienste getreten, machte jetzt in Thuguts Auftrag eine Kundschaftsreise durch die Schweiz und benutzte diese Gelegenheit, um allerorten die revolutionären Umtriebe zu befördern. „Ich habe," sagte er dem französischen Gesandtschaftssekretär Bacher in Basel, „das Volk überall reif gefunden; überall ist man der Meinung, man müsse die Revolution selbst machen, um nicht von ihr überholt zu werden." Am 20. Dezember schrieb er dem Sekretär: „Ich habe dem regierenden Rate in Solothurn die Lächerlichkeit seiner Rüstungen anschaulich gemacht; man hat gefunden, daß ich recht hatte. Ich habe dann die Notwendigkeit einer Popularisierung unserer Verfassung erörtert und wahrgenommen, daß die Mehrzahl unserer Beamten davon durchdrungen und resigniert ist. Alle meine Briefe aus den übrigen Kantonen überzeugen mich von der Leichtigkeit, die Wünsche der französischen Republik ohne eine besondere Erschütterung zu verwirklichen. Man kann nacheinander die Kantone und Städte demokratisieren, ohne andere Antriebe als den allmächtigen Einfluß des Direktoriums. Ja noch mehr. Die Stimmung des schwäbischen Volkes ist so günstig, daß es ohne Zweifel ganz leicht sein würde, in Deutschland selbst einen republikanischen Grenzstaat von Basel

[1]) Bachers Berichte aus Basel vom 18. und 30. Frimaire.

bis Chur zu gründen." Er selbst legte dann dem neuernannten französischen Geschäftsträger Mengaud einen Verfassungsplan für die verjüngte Schweiz vor, und wohl auch seine Versicherungen werden es gewesen sein, auf welche Bacher dem Direktorium am 15. Dezember beteuerte, daß der Wiener Hof fest entschlossen sei, die Kantone ihrem Schicksal und dem französischen Einfluß zu überlassen. Es kam dazu, daß die Freunde des Zunftmeisters Ochs bereits mit Erfolg in Basel zu arbeiten begannen: Bacher meldete am 24. Dezember, es sei dort eine Kommission niedergesetzt worden, um Vorschläge zur Gleichstellung der Stadt- und Landbewohner zu machen.

Alle diese erfreulichen Nachrichten wirkten in Paris unwiderstehlich. Jetzt war auch Talleyrand nicht mehr im stande, den Griff der Machthaber nach der Waadt zurückzuhalten; er mußte dem Direktorium im Sinne der Flüchtlinge Bericht erstatten, und dieses beschloß am 28. Dezember, die Mitglieder der Regierungen von Bern und Freiburg persönlich haftbar für die Sicherheit aller Waadtländer zu erklären, welche auf Grund der alten Verträge den Schutz der französischen Regierung angerufen hätten oder anrufen würden. Um dieser drohenden Eröffnung Nachdruck zu geben, erging der Befehl an die bisher von Masséna geführte, zur Zeit in Piacenza stehende Division des italienischen Heeres, in Eilmärschen an das Südufer des Genfer Sees, nach Thonon, Carouge und Gex zu rücken, um zur Besetzung der Waadt bereit zu sein. Zugleich erhielten die diplomatischen Agenten, Mengaud in Basel, Desportes in Genf, Mangourit im Wallis, die Weisung, alle Mittel aufzubieten, um revolutionäre Bewegung in den übrigen Kantonen anzufachen und damit das zunächst in Angriff genommene Bern zu vereinzeln. Bonapartes Meinung war, da Bern die Besetzung der Waadt nicht ohne Widerspruch hingehen lassen würde, davon sofortigen Anlaß zur Kriegserklärung zu nehmen, dann mit plötzlichem Ueberfall den augenblicklich fast unbewehrten Kanton niederzuwerfen und damit die ganze Schweiz ohne eigentlichen Widerstand in

die Hände Frankreichs zu bringen. Man hielt sich des Erfolges so sicher, daß Ochs bereits mit großem Eifer die künftige Verfassung der Eidgenossenschaft ausarbeitete, nach welcher die Schweiz eine einzige und unteilbare Republik bilden und ein Direktorium und zwei gesetzgebende Räte nach französischem Muster erhalten würde. Er empfahl dem General Bonaparte sein System durch ähnliche Erwägungen, die wir in Batavien wirksam gesehen: es entsprach dem französischen Interesse, durch eine nach unten allmächtige, nach oben dienstwillige Zentralgewalt alle Kräfte des Landes zur bequemen Verfügung zu haben.

Bonapartes Pläne zeigen, wie wir sehen, genau dieselbe Verbindung von List und Gewalt, von Treulosigkeit und Rechtlosigkeit, welcher ein halbes Jahr früher Venedig erlegen war. Auch auf der Seite des Opfers treten unverkennbare Aehnlichkeiten hervor. Wie in Venedig, so war in der Schweiz die herrschende Aristokratie durch langen Frieden, einschläfernde Sicherheit und kleinstaatliche Enge in sich selbst gealtert. Die jungen Patrizier fanden, daß man auch ohne anstrengende Studien zu Amt und Ehren komme und den Schlendrian des Verwaltungsdienstes so gut wie jeder Vorgänger mitmache. Die älteren Würdenträger waren großen Teiles von der Meinung erfüllt, daß Ruhe der Güter höchstes sei, und demnach geneigt zur Strenge gegen eigenwillige Unterthanen und zur Fügsamkeit gegen mächtige Nachbarn. In Bern war diese Gesinnung durch die letzten Großratswahlen von 1795 zur vollen Herrschaft gekommen; wie kräftig und würdig auch der greise Schultheiß Steiger eine furchtlose und entschlossene Politik als das einzige Schutzmittel gegen die bohrende Feindseligkeit der Pariser Machthaber anempfahl, so blieb doch stets das Uebergewicht bei der von dem Säckelmeister Frisching geführten Friedenspartei, bei der bequemen Ansicht, daß man durch nachgiebiges Entgegenkommen einem französischen Angriff jeden Anlaß und Vorwand entziehen könne. Allerdings war seit Campo Formio die Wahrscheinlichkeit nicht groß, der französischen Uebermacht ohne fremde Hülfe erfolg-

reichen Widerstand zu leisten: hätten aber die alten Schweizer nach solchen Rücksichten gerechnet, so würden die Waldstätte dem Hause Oesterreich, es würden die Eidgenossen dem Herzoge von Burgund den Nacken gebeugt haben, und niemals wäre eine freie Schweiz in das Leben getreten. Die Bevölkerung des Kantons Bern war denn auch 1797 mutiger und selbstbewußter als ihre Herrschaft; die Bauern und Hirten der alten Gebiete wüteten bei dem Gedanken an französische Unterdrückung, und auch in der Waadt war die Gesinnung der Dörfer so beschaffen, daß bald nachher bei einer Musterung der bewaffneten Mannschaft von 24 Bataillonen 18 mit feierlichem Eifer den Eid der Anhänglichkeit an Bern wiederholten. Neuerungslustig war dort nur ein Teil der städtischen Bevölkerung, vor allem aber das einheimische Patriziat, welches sich in der Gesellschaft von Lausanne stolz nach unten abschloß und um so mehr wegen der eigenen Entfernung vom Regimente den Berner Standesgenossen grollte. Bern hatte in der Waadt die Verwaltung der Gemeindeangelegenheiten den Bürgern zu voller Freiheit überlassen, sonst aber Polizei, Finanz, Justiz, Unterricht, Kirchensachen und Heerwesen ohne jede Beteiligung der Einwohner ausschließlich seinen Landvögten überwiesen; deren Thätigkeit war durchgängig wohlwollend und verständig, in fiskalischer Beziehung höchst gewissenhaft und sparsam, in der Pflege der öffentlichen Wohlfahrt nach dem ganzen damaligen Charakter des Regiments etwas eingerostet und schläfrig, immer aber gutgesinnt und von leidlichem Erfolge. Vieles hätte besser sein können — die Heerstraßen zum Beispiel waren vortrefflich, die Schulen aber mittelmäßig; die Städte entwickelten sich glänzend, die Dörfer aber starrten von Schmutz — ohne Zweifel jedoch war kein Land in Europa weiter als die Waadt von einem Zustande rechtswidriger Unterdrückung entfernt, der eine gewaltsame Empörung veranlassen oder rechtfertigen könnte [1]).

[1]) Die zahlreichen Schriften über Bern und Waadt, von Mallet du Pans Lobsprüchen bis zu Laharpes und Carts verwerfender

Blicken wir auf die übrige Schweiz, so zeigen sich in dem größten Teil der Kantone ganz ähnliche Verhältnisse, die Herrschaft der hauptstädtischen Patrizier oder Zünfte über die umliegenden Dörfer, eine im ganzen verständige und milde, aber wenig schöpferische Verwaltung, bei den Unterthanen nur vereinzelte Regungen politischen Emporstrebens, so bei den Seebauern Zürichs, den Dörfern des Baseler Landes. Stärkere Gärung ließ sich in den Gebieten einiger zugewandten Orte der Eidgenossenschaft erkennen, bei den Unterthanen des Fürstabts von St. Gallen, welche des geistlichen Regiments gründlich überdrüssig waren, und bei den Bewohnern von Niederwallis, welche durch die Bauerngemeinden des oberen Thales mit derber und harter Faust beherrscht wurden. Dies alles hätte sich indessen ohne Schwierigkeit beschwichtigen und bessern lassen, und vor allem, es würde dem Eindringen des auswärtigen Feindes geringen Vorschub geleistet haben: wenn nicht ein weiterer, geradezu entscheidender Uebelstand hinzugetreten wäre, die völlige Unzulänglichkeit der Bundesverfassung. Die einzelnen Kantone waren souverän; die eidgenössische Tagsatzung hatte höchst beschränkte, nirgends rechtlich bestimmte Befugnisse. Daraus ergab sich eine bleibende Schwäche und Unsicherheit in der Behandlung der gemeinsamen und vor allem der auswärtigen Angelegenheiten; in den kleineren Kantonen wucherte eine mißgünstige Eifersucht gegen die größeren, vor allem gegen das mächtige Bern; und einen wahren Schandfleck der Eidgenossenschaft bildete die Verwaltung der sogenannten gemeinen Vogteien, der unterthänigen Lande, die unter der Herrschaft die eine von zwölf, die andern von acht, drei oder zwei Kantonen standen und namentlich durch die Landvögte der Waldstätte in einer aller Gerechtigkeit und Menschlichkeit hohnsprechenden Weise regiert wurden, ohne daß die übrigen Kantone ein Mittel zu heilendem Eingreifen gehabt hätten.

Kritik, scheinen mir die thatsächliche Begründung des obigen Urteils von jeder Seite zu liefern.

Es war mithin auf dem Gebiete der Eidgenossenschaft vielfacher Anlaß zu politischer Verbesserung und Befreiung vorhanden, und so hätte die von Peter Ochs ausgearbeitete Verfassung nach allen Seiten hin die Wege zu befruchtenden Reformen eröffnen können. Wäre die Verwirklichung derselben der einzige Zweck der französischen Machthaber gewesen, so würde die heutige Schweiz ihr Andenken ehren. Leider war sie für Bonaparte und Rewbell nur ein revolutionäres Mittel zur Knechtung und Ausplünderung des Landes; ihnen kann das geschichtliche Urteil nur den Jammer des Eroberungskrieges, nimmermehr aber das Verdienst der späteren Fortschritte der Schweiz in Rechnung stellen.

Die Pariser Entwürfe begannen mit dem Anfang des Jahres 1798 in rascher Folge sich zu verwirklichen. In Basel stellte die Ochssche Partei am 5. Januar den förmlichen Antrag auf die Einführung einer demokratischen Verfassung; ihre Klubisten brachten die Dörfer des kleinen Staates bald in lebhafte Bewegung, und schon am 21. hatten sie das Ziel erreicht und die Gleichberechtigung aller Einwohner des Kantons durchgesetzt. Nicht minder rührig trieben es, jetzt des französischen Schutzes versichert, ihre Gesinnungsgenossen in der Waadt, bildeten Klubs, hielten Volksversammlungen, rüsteten kleine bewaffnete Scharen. Als die Division Masséna, zur Zeit durch General Ménard befehligt, sich den Grenzen des Landes näherte, wuchs die Keckheit der Demokraten; sie bemächtigten sich durch einen Handstreich des Schlosses Chillon und sandten Boten auf Boten zu Ménard, mit immer dringenderen Bitten um bewaffnete Hülfe [1]). Die Mehrheit ihrer Landsleute wandte sich ärgerlich von ihrem Lärmen ab und wäre völlig zufrieden gewesen, wenn die Berner Regierung einzelne Mißstände in der Verwaltung beseitigt hätte. Ein anderer Teil der Einwohner, gegen die Einmischung der Franzosen ebenso abgeneigt wie die Berner Patrizier selbst, sah der demo-

[1]) So das Komitee von Nyon, 22. Januar, Ménards Tagebuch im Archiv für Schweizer Geschichte XIV, 180.

kratischen Bewegung einstweilen mit Behagen zu, in der Meinung, das endliche Ergebnis würde die Erhebung der Waadt zu dem Rang eines selbständigen Kantons der Eidgenossenschaft sein. Unter solchen Umständen würde eine kräftige Leitung ohne Schwierigkeit nicht bloß die Ruhe gesichert, sondern auch das Volk zur Abwehr der Fremden um sich gesammlt haben: aber gerade dieses Notwendigste blieb völlig aus. Kommissare der Eidgenossenschaft erschienen, ergossen sich in milden Ermahnungen und reisten wieder ab, um in Bern zu passiver Nachgiebigkeit gegen die Wünsche des Volkes zu raten. Der von Bern in die Waadt gesandte außerordentliche Befehlshaber, Oberst Weiß, hatte keinen anderen Gedanken als Vermeidung des Blutvergießens und Herstellung der Eintracht durch populäre Beredtsamkeit: anstatt die Milizen der Landschaft unter die Fahne zu berufen und so die öffentliche Ruhe durch die einheimischen Kräfte zu sichern, schrieb er mit Feuereifer patriotische Flugblätter und war sonst zu keiner Anordnung und keinem Befehle zu bringen. Als er sah, daß seine schriftstellerischen Leistungen keinen Eindruck machten, verlegte er sein Hauptquartier in den nördlichsten Winkel des Landes, nach Yverdun, wo er eine einzige Kompanie Jäger bei sich hatte und dringend um Zuzug altbernischer Truppen bat. Die Landvögte folgten seinem Beispiel und verschwanden [1]). So konnte die kleine Schar der Demokraten sich ohne Mühe an die Stelle der leblosen Regierung setzen und sich immer nachdrücklicher der Führung auch der trägen oder widerwilligen Massen bemächtigen. Am 22. Januar empfing General Ménard aus Paris die Weisung, wenn Bern und Freiburg mit Gewalt die Waadtländer von der Verfolgung ihrer Rechte oder der Anrufung französischer Hülfe abhalten wollten, den jenseitigen Befehlshaber zur Räumung der Waadt aufzufordern, unter Androhung des sofortigen Einrückens der französischen Streitkräfte. Er gab die Nachricht weiter an die Revolutionsausschüsse in Lausanne und Nyon

[1]) Bis auf Bonstetten in Nyon.

und veröffentlichte am 23. ein Manifest, worin er die Waadtländer ermahnte, mit frischem Mute ihre Freiheit zu erklären, ohne Scheu vor Berns Soldaten, denn das Heer von Italien decke die Patrioten; unsere und euere Feinde, sagte er, sind dieselben. Darauf steckten am 24. die Demokraten in den Städten der Waadt die grüne Kokarde auf, verkündeten die Abschüttelung der Berner Hoheit und gaben dem Lande den wohlklingenden Namen der Lemanischen Republik, ohne daß jemand Widerstand zu leisten gewagt hätte. Da sie zugleich den General Ménard benachrichtigt hatten, daß vier Berner Bataillone gegen die Waadt heranrückten, sandte dieser am 25. einen Adjutanten nach Yverdun zu Weiß, um gegen eine solche Maßregel Protest einzulegen. In dem Dorfe Thierens aber wurde der Offizier von einem schweizerischen Posten angerufen; die Husaren, die ihn begleiteten, hieben ohne weiteres auf die Schildwache ein; darauf schoß der Mann den nächsten der Reiter vom Pferde und das Feuer der Wachmannschaft nötigte den Adjutanten zur Umkehr. Der Vorfall dünkte dem General Ménard ausreichend, um den gewünschten Beginn der Feindseligkeiten zu rechtfertigen. Am 26. landete eine französische Kolonne bei Lausanne, eine andere rückte von Ferney aus über die Grenze; in einem Zuge wurde der größte Teil der Waadt besetzt.

Während auf diese Art gegen den Kanton Bern die bewaffnete Invasion begonnen und mitten im Frieden der Kriegszustand eröffnet wurde, entwickelten sich im Norden der Eidgenossenschaft die meuterischen Künste Mengauds und seiner bethörten schweizerischen Werkzeuge. Mit rührigem Eifer ließ er demokratische Flugblätter in allen Kantonen verbreiten, die Bauern vom Kriegsdienst gegen Frankreich abmahnen, jedem Meuterer den wirksamen Schutz der großen Nation zusichern. Drohende Noten ergingen nach Bern, in welchen die Freilassung der politischen Gefangenen oder der fahnenflüchtigen Milizen in gebieterischem Tone gefordert wurde, denn das Direktorium werde nimmermehr gestatten, daß ein Schweizer wegen seiner Neigung zu

Frankreich verfolgt werde. Dagegen ließ er im stillen den übrigen Kantonen die eindringlichste Versicherung zukommen, daß Frankreich keinen lebhafteren Wunsch habe als Friede und Freundschaft mit der Schweiz, daß ebendeshalb das Direktorium den Sturz der Berner Adelsherrschaft begehre, weil deren Mitglieder unversöhnliche Todfeinde der französischen Republik, Beschützer der Emigranten und Söldlinge Englands seien: wenn in Bern, Freiburg, Solothurn die Macht in die Hände des Volkes zurückgegeben werde, dann falle für Frankreich jeder Grund zur Feindseligkeit hinweg. Diese Erörterungen blieben nicht ohne Wirkung. Den Bauern leuchtete es ein, daß sie von Natur ebenso berechtigt zur Herrschaft wären wie die städtischen Zünfte oder Patrizier; in den kleinen Kantonen wurde es vielfach ausgesprochen, daß es denn doch eine harte Sache für die Eidgenossen wäre, einen Krieg mit Frankreich auf sich zu nehmen, welcher durch etwas Selbstverleugnung der Herren von Bern abgewandt werden könne. Bei solchen Stimmungen hatte die Berufung einer außerordentlichen Tagsatzung nach Aarau geringen Erfolg; Basel blieb völlig aus; die Vertreter der übrigen Kantone erneuerten noch einmal den alten Bundesschwur, aber ein weiterer Beschluß zu gemeinsamer thatkräftiger Verteidigung wurde nicht erreicht. Man sah in ängstlicher Schlaffheit zu, daß unter den Augen der Tagsatzung in Aarau selbst Mengaud, von französischen Husaren begleitet, die französische Trikolore entfaltete und in voller Oeffentlichkeit mit den Demokraten und Klubisten des Ortes die Bewohner des Aargaues gegen die Berner Regierung aufwiegelte. Nachdem am 31. Januar die Tagsatzung auseinandergegangen, veranstaltete Mengaud am folgenden Tage die feierliche Pflanzung eines Freiheitsbaumes in Aarau, unter Beihülfe einer Abordnung der Baseler Fortschrittsmänner, mit Musik, Festreden, Kanonendonner. Er kehrte dann nach Basel zurück und sprach dem Direktorium die sichere Hoffnung aus, daß Berns Unterthanen im Aargau dem Beispiele der Waadt in kürzester Frist folgen würden. Die Tagsatzung selbst, berichtete er,

ist erfüllt von Schrecken; ihre wichtigsten Mitglieder kommen zu mir, um das Wohlwollen der französischen Republik anzurufen; ich glaube, die Sache wird sich ohne viel Unheil machen, und ich werde dafür alle meine Kraft aufbieten, ohne jedoch den großen Zweck jemals aus den Augen zu verlieren [1]). Der Sinn dieser Worte ist deutlich genug. Er wird für die Aenderung der schweizerischen Verfassung wirken, so jedoch, daß nicht eine zu schnelle Lösung dieser Aufgabe dem eigentlichen Zwecke, der militärischen Besetzung der Schweiz, den Vorwand entzieht.

Sein geräuschvolles Treiben war allerdings nicht in jeder Beziehung den militärischen Angriffsplänen förderlich. Es trug zwar dazu bei, Bern weiter zu vereinzeln und die Unterstützung durch die übrigen Kantone in Frage zu stellen. Aber in Bern selbst rief es endlich kräftigere Beschlüsse hervor, die in jeder Hinsicht geeignet waren, der französischen Offensive Verlegenheiten zu bereiten. Bei dem Aufstande der Waadt, dem Einbruche der Franzosen dorthin und den gleichzeitigen Wühlereien Mengauds im Aargau setzte Steiger das Aufgebot der gesamten streitfähigen Mannschaft durch; die meuterischen Regungen im Aargau wurden niedergeschlagen, und als Mengaud durch eine äußerst grobe Note vom 2. Februar jede Verfolgung der dortigen Demokraten mit sofortiger Kriegserklärung bedrohte, ließ Steiger die hochfahrende Zuschrift in allen Wirtshäusern und Schenken anheften und entflammte damit bei dem ganzen Volke die lebhafteste patriotische Entrüstung. Mit solchem Eifer strömten die Bauern der deutschen Gebiete und selbst die zur Waadt gehörigen Bewohner des Ormondgebietes zu den Fahnen, daß in wenigen Tagen ungefähr 30 000 Mann unter den Waffen standen. Nach Steigers Sinne wäre es gewesen, ohne weiteres Zaudern mit diesen Streitkräften die Franzosen sowohl aus der Waadt als dem Immerthal hinauszuwerfen: so weit aber vermochte er die Friedenspartei des Großen Rates nicht vorwärts zu treiben. Was gegenüber Bona-

[1]) Mengaud an Talleyrand 29. Nivose.

partes Plänen allein hätte Rettung bringen oder doch im unglücklichen Falle die Ehre hätte wahren können, Einsetzung einer Kriegsbehörde mit unbeschränkter Vollmacht, Verlegung der Regierung in das Hochgebirge, entschlossener Angriff auf die noch nicht gesammelten Streitkräfte des Feindes: das hatte Major Mutach schon vor Wochen ohne den mindesten Erfolg beantragt. Vielmehr gelangte die Friedenspartei jetzt zu dem Beschlusse, den Bruch zu verhüten durch Eintreten auf das wichtigste Begehren der Franzosen, auf eine Aenderung der Berner Verfassung. Es wurden dem Großen Rate noch zweiundfünfzig Abgeordnete der niederen Stadtbürger und der Landgebiete hinzugefügt, und diese erweiterte Versammlung ernannte am 3. Februar einen Ausschuß, welcher binnen Jahresfrist eine neue Verfassung auf repräsentativer Grundlage, unter Eröffnung aller Aemter für alle Bürger, ausarbeiten sollte. Man meinte, damit den letzten Anlaß zur Zwietracht aus dem Wege geräumt zu haben und einer ruhigen Zukunft entgegensehen zu können. Der alte Steiger aber sagte: gnädige Herren, wenn diese Maßregel uns nicht rettet, so wird sie uns sicher töten. In einer Verfassungsreform, die man aus Furcht vor dem Auslande unternahm, sah er den Anfang des Endes.

Er beurteilte die Gegner vollkommen richtig. Denn deren Zweck war Eroberung und Brandschatzung, gleichviel, ob einer patrizischen oder einer demokratischen Schweiz. Während die Berner Friedensfreunde sich mühten, den Wünschen des Direktoriums zuvorzukommen, stellte General Bonaparte den Invasionsplan im einzelnen fest. Noch ehe die Nachricht über Ménards Einrücken in die Waadt nach Paris gelangt war, bemerkte Bonaparte den Direktoren, daß die kürzeste Straße zum Angriff auf Bern nicht über Lausanne und Freiburg, sondern aus dem Münsterthal über Biel führe, daß es also nötig sei, die hier stehenden Truppen auf 12 000 Mann zu verstärken [1]) und den Streich so schnell

[1]) General Brune an Bonaparte, 8. Februar, 11. Februar. Archiv für Schweizer Geschichte XII, 241, 251.

wie möglich auszuführen. Das Direktorium faßte demnach am 28. Januar eine ganze Reihe von Beschlüssen. Nach dem Immerthal wurde eine ganze Division des Rheinheeres unter General Schauenburg bestimmt und mit der schleunigsten Besetzung Biels beauftragt. Den Oberbefehl über das ganze Unternehmen erhielt General Brune, ein alter Jakobiner aus Dantons Schule, Septembermörder, Polizeiagent des Wohlfahrtsausschusses, geübter Klubist und rühriger Soldat, in jeder Hinsicht also für die jetzige Aufgabe trefflich vorbereitet. Durch ausführliche mündliche Beratung wurde er in die Absichten und Kriegspläne der Pariser Regenten eingeweiht; er sollte so rasch wie möglich auf Bern marschieren, immer aber, wie der Direktor Merlin und der General Bonaparte sich ausdrückten, mehr durch Ueberredung als durch Waffengewalt zu wirken suchen, das heißt, die letztere durch diplomatische Ueberlistung und demagogische Künste verstärken. Die Kriegserklärung und ein entsprechendes Manifest an das Schweizer Volk gab man ihm fertig ausgearbeitet mit; er würde darin verkünden, daß die Berner seine Truppen anzugreifen gewagt hätten, daß er vorgehe, nur um Gewalt durch Gewalt abzuwehren, daß Frankreich nicht an die geringste Aneignung Schweizerischen Eigentums denke, sondern allein den Zweck verfolge, das Berner und Freiburger Volk von der Tyrannei seines Adels zu befreien; er würde alle Feindseligkeiten einstellen, wenn diese Patrizier drei Stunden nach Empfang seines Manifestes abdankten und die Herrschaft einem provisorischen Ausschuß der demokratischen Partei überließen. Offenbar war man in Paris der Meinung, daß mit diesen Maßregeln der Bruch unabweislich und die Divisionen binnen wenigen Tagen in Bern sein würden.

Mengaud jubelte, als ihm diese Instruktionen mitgeteilt wurden, und forderte den General, der am 4. Februar in Lausanne ankam, zum sofortigen Losbruch auf, da die Erdrückung der Aargauer Revolution trotz seiner Drohnote vom 2. Februar den herrlichsten Kriegsfall liefere. Brune aber meinte, nicht so hastig vorgehen zu sollen. Einmal

behagte es ihm ganz und gar nicht, seine Thätigkeit nach den Winken eines so wenig erheblichen Menschen wie Mengaud einzurichten; er erörterte vielmehr dem Direktorium die Notwendigkeit eines einheitlichen Oberbefehls, der allein, sagte er, den General Bonaparte zu seinen herrlichen Erfolgen befähigt habe. Dann aber fand er, ein mittelmäßiger, wenig kühner und stets unentschlossener General [1]), die militärischen Verhältnisse lange nicht so günstig, wie man sie ihm in Paris geschildert hatte. Es fehlte ihm an Reiterei, Geschützen, reitender Artillerie. Die Bekleidung der Truppen war elend, die Schießvorräte unzulänglich, die Divisionskasse leer. Von revolutionärer Gesinnung vermochte er bei den Waadtländern wenig zu entdecken; er berichtete, daß ein großer Teil des Volkes eine niederträchtige Anhänglichkeit an die Berner Tyrannen zeige, daß selbst unter der demokratischen Partei die Neigung zu Frankreich erkaltet sei, nachdem Ménard ein Zwangsanlehen von 700 000 Franken ausgeschrieben, unentgeltliche Verpflegung seiner Truppen und eine Aushebung von 4000 Mann angeordnet habe. Vollends von der neuen Verfassung der Helvetischen Republik, wie sie Ochs' ausgearbeitet und Laharpe indes in die Waadt gesandt habe, wolle kein Mensch etwas wissen. Andererseits habe Mengauds Note vom 2. Februar die Berner vor der Zeit alarmiert; hätte Ménard gleich nach der Besetzung der Waadt seinen Marsch auf Bern fortgesetzt, so wäre er ohne Hindernis an das Ziel gekommen; jetzt aber ständen starke feindliche Truppenmassen bei Murten und Gumminen; er könne sich also nicht rühren, bis er seine Verstärkungen erhalten und General Schauenburg Biel erreicht habe. Bis dahin, sagte er, muß ich Politik machen. Dies that er denn in einer Weise, welche dem korsischen Meister selbst zur Ehre gereicht hätte. Er beschwichtigte das Mißvergnügen in der Waadt, indem er das Zwangsanlehen auf sich beruhen ließ, die Verpflegung der Truppen dem großmütigen Brudersinn des Volkes anheimstellte und

[1]) Vgl. Mémoires du duc de Raguse, II, 156.

zum Waffendienste nur Freiwillige berief. Durch eine harmlose Mittelsperson ließ er dann so friedfertige Aeußerungen nach Bern gelangen, daß die dortige Regierung den Antrag ihres Generals Erlach auf rasche Wiedereroberung der Waadt verwarf und statt dessen den Führer der Friedenspartei, Frisching, und den Obersten Tscharner zu Brune nach Peterlingen sandte. Deren Herz erfreute der General, indem er ihnen zwar in der Sache dieselbe Forderung wie Mengaud stellte — Einführung eines demokratischen Regimentes nicht erst nach einem Jahre, sondern am heutigen Tage — in den Formen aber sich des höflichsten Anstandes in schönem Gegensatz zu Mengauds beleidigender Plumpheit befleißigte. Da Bern durch den Beschluß des 3. Februar den Grundsatz der Demokratie einmal anerkannt hatte, machte Frisching über die von Brune geforderte Beschleunigung keine Schwierigkeit, und obgleich er den Auftrag hatte, die Räumung der Waadt von den Franzosen zu begehren, ließ er sich statt dessen das Zugeständnis entreißen, es solle künftig die Waadt einen unabhängigen Kanton bilden, nur das Aargau müsse bernerisches Gebiet bleiben. Brune brachte dann die neue helvetische Verfassung zur Sprache. Die Abgeordneten erklärten ihm, daß deren Annahme nicht möglich sei, vor allem wegen der Urkantone, welche durch eine Aenderung des jetzigen Zustandes an Freiheit nur verlieren könnten. Brune verfolgte den Punkt nicht weiter und verabredete zunächst mit den Bernern einen Waffenstillstand bis zum 1. März. Ich habe die Unterhandlung, schrieb er den Direktoren am 17. Februar, in der Lage erhalten, daß wir hinreichende Verständigung zu raschem Abschluß, aber auch genügende Differenzen zu augenblicklichem Bruche haben, je nachdem ihr euch entschließen wollt. Er bat um Auskunft, ob die neue helvetische Verfassung eine gebieterische Bedingung oder nur ein wünschenswertes Begehren sei, erklärte übrigens, daß, wenn das Direktorium nur eine Verfassungsänderung der Schweiz und die Unabhängigkeit des Waadtlandes wolle, dieses Ziel jetzt ohne Blutvergießen erreicht sei, schloß aber mit der Versicherung,

er werde, falls er nicht Gegenbefehl erhalte, den Angriff am 26. Februar — also drei Tage vor Ablauf des eben festgesetzten Waffenstillstandes — beginnen [1]).

Der Aufschub, den er auf solche Art gewonnen hatte, stärkte in der That seine Sache mit jedem Tage und schwächte gleichmäßig die Widerstandskraft der Schweiz. Schauenburgs Vortrab hatte Biel am 13. Februar besetzt, die übrigen Truppenteile der Division konnten in drei Tagen dort in der Stärke von 15 000 Mann vereinigt sein. Zu Brunes Heerteil stießen gleichzeitig zwei Dragonerregimenter, reitende Artilleristen, ansehnliche Munitionskolonnen, so daß er hier über nahezu 12 000 Mann in erträglicher Ausrüstung verfügte. Die Unterhandlung selbst hatte ihm dann die Möglichkeit gegeben, einen Adjutanten zu Schauenburg hinüberzusenden und den gemeinsamen Operationsplan in allen Einzelheiten festzustellen. Während so auf französischer Seite die Vorbereitungen zum Angriff fest und planmäßig zur Vollendung geführt wurden, trat bei den Schweizern immer wachsend innere Auflösung und Zersetzung ein. Ihre Mannschaften waren mit Feuereifer unter die Fahne geeilt, des heißen Wunsches voll, über die fremden Bedränger mit wuchtigen Schlägen herzufallen. Statt dessen

[1]) Es ist die Darstellung der Berner, die, obwohl nichts Schriftliches zwischen ihnen und Brune ausgewechselt wurde, um so glaubwürdiger ist, als die Berner Regierung ihrerseits sich fest an den vierzehntägigen Termin — zu ihrem großen Schaden — gebunden hielt. Wenn Brune in seinen Briefen an Mengaud als Endtermin des Stillstandes nicht einen bestimmten Tag, sondern die Ankunft neuer Befehle aus Paris bezeichnet, so ist darauf um so weniger zu geben, als er in dem Schreiben an das Direktorium, worin er dieselben erbittet, bereits für den Fall des Ausbleibens einer Antwort den 26. Februar als den Termin für die Eröffnung der Feindseligkeiten bezeichnet und dann von diesem Tage bis zum 1. März wieder mit voller Wortbrüchigkeit operiert. Ich vermag keinen Grund für das Wohlwollen zu entdecken, mit dem sich Hüffer (Rastatter Kongreß Bd. I. Kap. 6) dieses Septembriseurs annimmt, als etwa den einen, daß seine Nachfolger in der Schweiz es noch ärger getrieben. Sein eigenes Verhalten nachher in Cisalpinien sowie seine militärische Mittelmäßigkeit werden wir später kennen lernen.

lagen sie jetzt im Angesicht des Feindes wochenlang unthätig, mangelhaft verpflegt, den Unbilden des winterlichen Wetters ausgesetzt. Die einzelnen waren tapfere, todverachtende Männer; die Masse aber entbehrte aller Kriegserfahrung und soldatischen Festigkeit; bei dem langen Zaudern sank das Vertrauen zu ihrer Sache und zu ihren Führern, und unaufhörlich waren Ochs' und Laharpes Sendlinge beschäftigt, den Leuten Wunderdinge von der künftigen demokratischen Freiheit und von der schändlichen Verräterei ihrer Offiziere zu erzählen. Und wie im Lager bei den Soldaten, so ging es im Lande bei den Kantonen. Berns Verfassungsbeschluß vom 3. Februar hatte überall die Ueberzeugung erweckt, daß es aus sei mit dem aristokratischen und hauptstädtischen Regimente. In den gemeinen Vogteien erhob sich das Volk gegen die Beamten der souveränen Kantone; in Tessin riefen die Einwohner, daß sie freie Schweizer sein wollten, jagten aber, zum großen Aerger der Franzosen, helfende Cisalpiner aus dem Lande. Das Unterwallis erklärte seine Unabhängigkeit, und da Mangourit ihnen auf der Stelle französischen Schutz versprach, wagten die bisherigen Gebieter keinen Widerspruch. In Zürich erhoben sich die Landgemeinden mit den Waffen in der Hand, um die Gleichberechtigung zu erzwingen; in Luzern gab aus eigenem Antriebe die bisherige Regierung dem Kanton eine demokratische Verfassung, hier zu großem Mißvergnügen der Unterthanen, die gegen jede Neuerung mißtrauisch waren. Freiburg und Solothurn folgten dem Beispiele Berns und eröffneten die Verhandlung über die Ausarbeitung einer neuen Konstitution. Genug, es stand so, wie Brune nach Paris geschrieben: wollt ihr nichts von der Schweiz als eine Verfassungsänderung, so braucht ihr keinen Tropfen Blutes zu vergießen. Mengaud schickte die entsprechende Beteuerung in alle Kantone: Frankreich wolle nur den Sturz der Adelsherrschaften; sobald die Berner Regierung abgedankt, werde Friede und Freundschaft hergestellt sein. Eine Menge wackerer Eidgenossen konnte sich nicht vorstellen, daß amtliche Erlasse eines französischen Gesandten nichts

als heimtückische Lügen seien; sie ärgerten sich über die Verschleppung der demokratischen Reformen in Bern, Freiburg, Solothurn und erhoben lauten Widerspruch gegen jede Rüstung zu Gunsten dieser eigensüchtigen Junkerfamilien. Als demnach Bern den eidgenössischen Auszug zu seiner Unterstützung aufmahnte, kamen aus den übrigen Kantonen statt 27 000 nur 5500 Mann, und mehrere der kleinen Kontingente brachten von Hause die Weisung mit, nur dann zu kämpfen, wenn es sich um die Unabhängigkeit der Eidgenossenschaft, aber nicht, wenn es sich um Erhaltung des patrizischen Regiments handele. Mit einem Worte, überall zeigte sich Erschlaffung, Selbstsucht, Auflockerung.

Der wackere Erlach, ein im französischen Kriegsdienst gebildeter Offizier, ein mutiger Mann und tüchtiger Patriot, sah mit schwerem Herzen diese traurige Entwickelung sich vollziehen. Mit sicherem Blick erkannte er das einzige Mittel zur inneren Herstellung und beschloß, es seinen zagenden Landsleuten durch eine letzte Anstrengung zu entreißen. Am 26. Februar erschien er mit 72 seiner Offiziere in der Sitzung des Großen Rates, dessen Mitglieder sie alle waren: „Ich komme," sagte er, „um Sie vor dem Ablauf des Stillstandes um Erlaubnis zu bitten, die Armee auseinandergehen zu lassen. Wozu soll man so viele brave Leute der Gefahr einer Niederlage aussetzen, die bei der Fortdauer der bisherigen falschen Maßregeln sicher ist? Wenn Sie bei denselben beharren, so lege ich hiermit mein Amt nieder. Mein Entschluß ist unwiderruflich, wenn Sie nicht mit Besiegung Ihrer unwürdigen Schwachheit und mit erneuertem Ehrgefühl mir Auftrag und Vollmacht geben, von dem guten Willen und der Tapferkeit des bravsten Volkes Gebrauch zu machen [1])." Seine Worte machten noch einmal einen gewaltigen Eindruck. Eine lange und äußerst lebhafte Verhandlung führte zu dem Beschlusse, dem General unbedingte Vollmacht zum Handeln zu geben, entweder beim

[1]) Mallet, Zerstörung des Schweizer Bundes II, 104 der deutschen Uebersetzung.

Ablauf des Stillstandes, oder auch früher, wenn die Franzosen sich eine weitere Verletzung des Gebietes erlauben sollten. Erlach stellte darauf seinen Angriffsplan fest und begann gleich am folgenden Tage die einleitenden Märsche. Unter dem Volke war der Jubel groß; die eben noch auseinanderfallenden Milizen schlossen wieder kräftig zusammen in der Aussicht, endlich an den verhaßten Feind zu kommen.

Aber ein neuer Verrat schlug ihrem Feldherrn das kaum erhobene Schwert aus der Hand. General Brune hatte neue Weisungen aus Paris empfangen, die helvetische Einheitsverfassung als unabweisliche Bedingung zu fordern und jedenfalls so schnell wie möglich vorzugehen. Wie gesagt, hatte er am 26. Februar die auf den Stillstand bauenden Schweizer überfallen wollen, ein starker Schneesturm aber, der indessen alle Verbindungen erschwert hatte, bestimmte ihn, den Angriff auf den 1. März zu verschieben. Auch jetzt mochte er sich nicht allein auf seine Waffenmacht verlassen, sondern wünschte die Gegner noch einmal verräterisch einzuschläfern: in derselben Stunde, am 25. Februar, in welcher er dem General Schauenburg den neuen Angriffsbefehl übersandte, ordnete er nach Bern einen Adjutanten ab, um die Herren von Frisching und Tscharner zu weiterer Friedensverhandlung, zu der er Vollmacht erhalten, nach Peterlingen einzuladen. Der Adjutant wurde am 26. in den Großen Rat eingeführt, wenige Stunden nachdem Erlach denselben verlassen hatte; die Gesandtschaft wurde dort genehmigt, immer aber, unter dem Eindrucke der eben gefaßten patriotischen Entschlüsse, zur Ablehnung aller weiteren Nachgiebigkeit angewiesen. Aber dennoch erreichte Brune seinen tückischen Zweck. Sein Antrag stärkte den Eifer der Friedenspartei; nach dem Abgang der Offiziere in das Lager entbehrte Steiger im Großen Rate beinahe hundert seiner kräftigsten Gesinnungsgenossen; die Meinung erhob sich, daß während der Dauer der Unterhandlung jede Feindseligkeit vermieden werden müsse, und am 28. gelangte der Rat zu dem Beschlusse, die dem General Erlach erteilte Vollmacht zurückzunehmen. Die Nachricht kam in das Lager, als die

Kolonnen sich allerorten bereits in Bewegung gesetzt hatten, und der von Erlach jetzt erlassene Gegenbefehl war der Todesstreich für Vertrauen, Thatkraft und Disziplin. Die Ausstreuungen über Verrat der Offiziere waren eifrig fortgesetzt worden; in dem plötzlichen Stillstand der angeordneten Operationen sahen die Milizen die offene Bestätigung dieses Verdachtes, liefen zum Teil auseinander, setzten sich an mehreren Stellen in offene Meuterei und versagten den wichtigsten Befehlen den Gehorsam. Bern war wehrlos, ehe noch ein Schuß gefallen war.

Indessen setzte Brune sein unwürdiges Spiel bis auf die letzte Minute fort. Am 28. Februar eröffnete er den Schweizer Unterhändlern sein Ultimatum: sofortige Einsetzung provisorischer Regierungen in Bern, Solothurn und Freiburg, Maßregeln für eine helvetische Verfassung auf demokratischer Grundlage, Freigebung aller politischen Gefangenen, Entlassung aller Milizen in ihre Heimat. Nach Erfüllung dieser Begehren wolle er seine Truppen nicht weiter vorgehen lassen. Die Gesandten erklärten, hierzu keine Vollmacht zu haben, aber sich dieselbe in Bern erwirken zu wollen; sie erlangten zu diesem Behufe eine Verlängerung des Stillstandes bis zum 1. März abends 10 Uhr. Kaum aber waren sie abgereist, so vollzog Brune die ihm aus Paris mitgegebene Kriegserklärung und begann Schauenburg am 1. März in der Morgenfrühe die Feindseligkeiten durch die Erstürmung des Solothurner Schlosses Dornach und ein blutiges Gefecht im Matzendorfer Thale. In Bern beschloß man in diesen Stunden, dem französischen Generale neue Anerbietungen zu machen, im Sinne, wenn auch nicht im ganzen Umfange seines Ultimatums. Brune besprach diese Punkte mit den Gesandten in der Nacht vom 1. auf den 2. März, während gleichzeitig seine Kolonnen schon in voller Bewegung gegen Freiburg waren. Am Morgen des 2. März schickte er sie fort mit dem kurzen Bescheide, daß er binnen 24 Stunden die unbedingte Annahme seines Ultimatums erwarte.

Er hatte, unter Aufopferung seines Wortes und seiner

Ehre, das Ziel erreicht. Sein Angriff traf überall auf innerlich gespaltene, gebrochene, unvorbereitete Gegner. Am 2. März kapitulierte Solothurn, nachdem ein oberländisches Bataillon sich bei Langnau stundenlang gegen zehnfache Uebermacht heldenmütig verteidigt, aber bei der allgemeinen Verwirrung keine Unterstützung empfangen hatte. Ebensowenig vermochte der Berner Oberst Stettler den Mut der Freiburger Behörden aufrecht zu erhalten; nachdem einige Granaten in die Stadt gefallen, beeilten sie sich, dem General Pijon die Thore zu öffnen. Nach dem Verluste der beiden Städte war es für die Berner unmöglich, im Süden den Posten von Murten, im Westen die Linie der Aar zu behaupten; Erlach war genötigt, seine Heerteile in eine engere Stellung nördlich und südlich von Bern zurückzunehmen. Die weichende Bewegung zerrüttete vollends den Rest von Mannszucht unter den Milizen; das Geschrei gegen den Verrat der Offiziere erhob sich immer lauter, immer allgemeiner; dazu kam, daß der Kriegsrat in Bern mehrfach Weisungen an die einzelnen Truppenteile erließ, die in wichtigen Augenblicken die Befehle Erlachs kreuzten, Märsche und Gegenmärsche nötig machten und die Wut der umhergehetzten Soldaten zu voller Verzweiflung steigerten. Schon am 4. März erklärten die eidgenössischen Hülfstruppen, daß Bern rettungslos verloren sei, und zogen nach Hause, um die eigene Heimat zu decken. Erlach fand sich in seinen Stellungen nordwärts der Stadt von der Hälfte seiner Mannschaft verlassen; einige Kompanien hatten sich völlig aufgelöst, andere waren nach der Stadt zurückmarschiert, andere zur Verteidigung ihrer Dörfer vorwärts gegen den Feind gestürmt. In der Stadt war man ratlos und fassungslos; am 4. trug es die Partei der feigen Unterwerfung völlig davon; die Räte dankten ab, ernannten eine provisorische Regierung und beschlossen die unbedingte Annahme des französischen Ultimatums. Steiger verließ darauf den Saal mit der Erklärung, daß er von dem Unterwerfungsvertrage bestimmt ausgeschlossen sein wolle, und eilte in das Hauptquartier zu seinem Freunde Erlach, um bei dem

letzten Kampfe dem verhaßten Feinde in das Auge zu sehen. Der plötzliche Wechsel im Personal der Regierung vermehrte das Durcheinander in allen kriegerischen Anordnungen; das wirre Toben der Masse steigerte sich in solchem Grade, daß zwei Obersten der südlichen Abteilung als angebliche Verräter erschlagen wurden. Indes sandte die provisorische Regierung an Brune die Annahme des Ultimatums, verhieß Entlassung der Truppen und bat demnach um Stillstand; Brune ließ ihnen darauf sagen, sie möchten ihn einladen, in die Stadt zu kommen und demokratische Brüderschaft zu schließen, in welchem Falle er nur eine Eskorte von fünfhundert Mann mitbringen würde; bis 11 Uhr vormittags werde er auf ihre Antwort warten. Es war der würdige Abschluß seines bisherigen Treibens: schon um 1 Uhr morgens ließ er die Stellung der Berner bei Neuenegg und Laufen an der Sense mit nächtlichem Ueberfall angreifen. Indessen ganz straflos sollte die Hinterlist doch nicht zum Siege gelangen. Der Posten bei Laufen war durch Freiburger Bauern rechtzeitig alarmiert worden, warf die Brigade Rampon in wildem Handgemenge zurück und war im Begriffe, zur Verfolgung auf das linke Ufer vorzugehen. Aber in derselben Stunde war es Pijon gelungen, bei Neuenegg die Berner zu überraschen, welche, zersprengt und aufgelöst, sich fliehend der Stadt zuwälzten. Pijon, hastig nachsetzend, glaubte bereits am Ziele zu sein; da wurden seine Bataillone im Walde von Wanzen durch ein mörderisches Schützenfeuer zum Stehen gebracht und zogen sich, unsicher in dem nächtlichen Dunkel über die Stärke des Feindes, wieder auf Neuenegg zurück. Es war eine einzige Kompanie, deren sichere Schüsse diese Wirkung erzielt hatten; Oberst Graffenried sammelte darauf noch einmal 2300 Mann und ging im Laufe des Vormittags seinerseits zum Angriffe vor. Hier zeigte sich, was ein mutiger und rechtzeitiger Entschluß hätte ausrichten können. Trotz der ansehnlichen Ueberzahl der Franzosen wurden zuerst die Höhen am Ufer der Sense erstürmt und dann die Gegner in blutigem Ringen über den Fluß zurückgeworfen, achtzehn

Kanonen erobert, die alte Stellung am rechten Ufer wieder eingenommen. Es war ein Augenblick jubelnden Aufschwungs, aber nur ein Augenblick. Unmittelbar nachher kam aus Bern die Nachricht, daß alles vorüber sei. Auf der Nordseite hatte ebenfalls in den ersten Morgenstunden General Schauenburg den Angriff eröffnet und drei Berner Bataillone bei Fraubrunnen überwältigt; Erlach hatte in der letzten Stellung, dem Grauholz vor Bern, nur noch 900 Mann unter der Fahne halten können und sah seine linke Flanke durch die Desertion der bei Buchsee aufgestellten Truppen völlig entblößt. Dennoch begann er bei dem Herandrängen des Feindes den hoffnungslosen Kampf, hielt das Holz noch zwei Stunden lang, wurde dann aber, rechts und links überflügelt, zum Rückzug genötigt. Alle Ordnung hatte aufgehört, aber bis hart an die Stadtthore fochten die einzelnen Männer bis zum Tode. Um 1 Uhr mittags rückten die ersten Franzosen in Bern ein. Die alte Eidgenossenschaft lag zu Boden. Was noch von Truppen im Felde stand, löste sich auf unter tobenden Verwünschungen gegen ihre Führer. Mehrere Offiziere wurden erschossen, Erlach selbst bei Wichtrach, nicht weit von Thun, durch eine Rotte eben ausrückender Landstürmer in grauenvoller Weise umgebracht.

Am 6. März langte Brune in der unterworfenen Stadt an. Nach den üblichen Begrüßungen und Freiheitsreden wurde vor allem der reelle Zweck des ganzen Unternehmens in Angriff genommen, das Gewölbe des Staatsschatzes besetzt und eine Anzahl öffentlicher Kassen in Beschlag gelegt. Es stellte sich sogleich heraus, daß ein Teil des Schatzes, sowohl bares Geld als Schuldforderungen auf englische Häuser, in das Oberland hinweggeflüchtet war, und Brune, der bei allem demokratischen Eifer in Geldsachen durchaus die Gesinnung der meisten französischen Generale teilte, ließ sich durch den Münzwardein Jenner leicht bereden, gegen ein persönliches Geschenk von 200 000 Franken den weiteren Transport jener geretteten Werte zu verstatten. Jenner eilte nach Thun, fand aber alle Straßen von meuterischen Land-

stürmern bedeckt und die Lage so gefährlich, daß er zuletzt sich freute, mit heiler Haut seine Schatzkisten nach Bern zurückzubringen. So bekam die französische Republik die vollen Millionen, Brune aber behielt die ihm für seinen guten Willen bezahlten 200 000 Franken, wozu er sich dann später noch einen doppelten Betrag ganz offiziell für geheime Ausgaben hinzufügen ließ. Sein erster Kriegskommissar sowie zahlreiche Unterbeamte und Lieferanten bedachten sich in entsprechender Weise, so daß von dem Berner Staatsschatze etwas über 1½ Millionen spurlos verschwanden. Die Offiziere ließen sich's auf eigene Hand wohl sein; der Platzkommandant Taubin z. B. bat sich höchst unbefangen bei der provisorischen Regierung eine Karosse nebst Gespann und Fourage zum Geschenk aus, und trotz Brunes Verbot requirierten Obersten und Hauptleute Nahrungsmittel, Wein, Pferde und gelegentlich auch bares Geld nach Herzenslust. Dem Beispiele der Vorgesetzten folgend, hauste die Truppe im Lande mit völlig losgelassener Zuchtlosigkeit, so daß die Akten der Berner Regierung einen Betrag von mehr als vier Millionen geplünderten Gutes nachträglich feststellten. Die französische Regierung endlich empfing aus dem Berner Schatze beinahe eine Million für die Soldrückstände der Truppen, etwas über fünf Millionen an barem Gelde und achtzehn Millionen Schuldforderungen an das Ausland sowie die kostenfreie Verpflegung und Bekleidung ihrer Truppenteile während der ganzen Dauer der Okkupation [1]). Die Beute war mithin ansehnlich genug, um dem Direktorium und seinen Generalen als ausreichender Lohn für die aufgewandte List und Gewalt zu erscheinen. Für den Verlust ihres elenden Mammons brachte man dann den Schweizern den unschätzbaren Segen einer demokratischen Verfassung, und Brune sagte demnach in einem seiner Erlasse: Erfreulicher noch als die Eroberung des Landes sei die Eroberung der Herzen, welche der großen Nation gelungen sei.

[1]) Dies alles nach Brunes Korrespondenz und den von Stürler dazu aus den Berner Akten hinzugefügten Noten, Archiv für Schweizer Geschichte, Band XII.

In welcher Weise sich übrigens die konstitutionelle Beglückung der Eidgenossen schließlich gestalten sollte, darüber gab es damals in Paris noch manche Schwankungen und Meinungsverschiedenheiten. Anfangs hatte das Direktorium der Ochsschen Einheitsverfassung seinen vollen Beifall geschenkt, sie in der Waadt annehmen, in zahlreichen Abdrücken in der ganzen Schweiz verbreiten lassen. Dann aber machte sich eine andere Auffassung geltend. Am 22. Februar schrieb das Direktorium an Brune, wesentlich für die französische Republik sei die Einführung jener Verfassung in dem Teile der Schweiz, welcher an Frankreich angrenze und nach Cisalpinien hinführe, also in den Kantonen von Bern, Luzern, Solothurn, Basel, Freiburg, Waadt und Wallis; die übrigen würden sich wahrscheinlich bald anschließen, immer aber sei dies eine gleichgültige Sache und weder für noch gegen dieselbe zu wirken. Am 27. Februar hatten sich diese Vorstellungen noch weiter entwickelt. Angeblich auf den von mehreren Waadtländern und Walliſern erhobenen Einspruch gegen die Ochssche Verfassung [1]) erklärte das Direktorium dem General Brune, es sei vom höchsten Interesse sowohl für jene beiden Völker als für Frankreich und Cisalpinien, daß Waadt, Wallis und Tessin sich zu einer besonderen Republik vereinigten, falls sie es nicht vorzögen, was wohl auch im französischen Sinne zu begünstigen wäre, drei selbständige kleine Freistaaten zu bilden. Es ist unverkennbar, daß hier ein durchaus französischer und militärischer Gesichtspunkt vorschlägt, derselbe, nach welchem schon im Sommer 1797 General Bonaparte die Besetzung des Wallis dem Direktorium angeraten hatte, die Sicherung einer großen Militärstraße von Lyon nach Mailand. Je mehr man das Land politisch zersplitterte, desto sicherer konnte man darüber verfügen, und es war ganz in Bonapartes Weise, wie früher die demokratischen Regungen so jetzt das Aufflackern des Kantönli-

[1]) Besonders in Wallis war der Wunsch lebendig, eine Republik für sich allein zu bilden, wie Brunes Korrespondenz mit Mangourit zeigt.

geistes für seine Eroberungspläne auszubeuten. Brune, der allerorten in der Schweiz die Abneigung gegen den Einheitsstaat hervortreten sah, ging um so lieber auf die neue Auffassung seiner Regierung ein. Er entschloß sich, Waadt, Wallis und Tessin zu einer Republik Rhodanien zu vereinigen und derselben noch Freiburg und das Berner Oberland hinzuzufügen; das zur Zeit von den Franzosen besetzte Land würde nebst Zürich, Luzern, Schaffhausen, St. Gallen und den gemeinen Aemtern (Rheinthal und Thurgau) die Republik Helvetien bilden; die Waldstädte endlich nebst Zug und Glarus überließe man sich selbst, ihre Bauernschaften möchten, wenn sie wollten, zu einem „Tellgau" zusammentreten. Der General veröffentlichte die hierauf bezüglichen Anordnungen am 16. und 19. März, erlebte aber den Verdruß, daß unterdessen auf Ochs' und Laharpes Betreiben das Direktorium seinen Sinn geändert hatte und wieder auf die Einheitsverfassung für die ganze Schweiz zurückgekommen war. Schon am 23. mußte er unter Widerruf seiner früheren Befehle die neue Anordnung den Schweizern bekannt machen. Es war unmöglich, die Demütigung der Besiegten und die Rücksichtslosigkeit des Verfahrens weiter zu treiben. Man war eingerückt mit der Erklärung, nichts als den Sturz der Adelsherrschaft und die Befreiung des Volkes zu begehren, und vierzehn Tage nachher war es dem Lande offenkundig bethätigt, daß fortan die Grundlagen seines Daseins von jeder Aenderung des Luftzugs in den Pariser Amtsstuben abhängig seien. Gewiß war vielen Schweizern die Zerreißung der Eidgenossenschaft in drei Republiken schmerzhaft gewesen; aber noch weniger läßt sich bezweifeln, daß der großen Mehrheit als das Abscheulichste damals die von Paris abhängige Einheitsverfassung erschien, und vor allem die Waldstädte mußten jetzt mit Waffengewalt zum Eintritt in das neue Helvetien gezwungen werden. So dehnte die letzte Entschließung des Direktoriums den Kreis der bewaffneten Eroberung immer weiter aus und verschärfte damit in gleichem Maße den Eindruck seines Treibens bei den Mächten Europas. Brune erschien übri-

gens seit seiner letzten Bloßstellung nicht mehr geeignet zum Oberbefehl in der Schweiz; auch trat er den Direktoren zu selbständig und eigenwillig auf, hatte sich mit Mengaud überworfen, forderte stärkere Vollmacht für die politischen Angelegenheiten. Dazu kamen Anzeigen nach Paris über die finanziellen Unordnungen und Unterschleife seiner Verwaltung, genug, das Direktorium verfügte seine Ernennung zum Oberbefehlshaber des Heeres von Italien und sandte als politischen Lenker Helvetiens den ehemaligen Konventsdeputierten Lecarlier nach Bern. Die Brigaden Pijon und Rampon wurden nach Frankreich abberufen und Bonaparte zur Verfügung gestellt; den militärischen Oberbefehl in der Schweiz behielt General Schauenburg, der ein tüchtiger Soldat und ohne allen politischen Ehrgeiz war. Brune reiste am 28. März zu seiner neuen Bestimmung ab; sein Wagen war so schwer mit Gold und Silber beladen, daß ihm nach wenigen Stunden ein Bruch der Achse langen Aufenthalt machte.

So stand es in der Schweiz, als der Frühling 1798 begann. Ueberall lagen die alten Ordnungen in Trümmern, anstatt eines neuen Staatswesens hatte man fürs erste einige Redeblumen der einheimischen Demagogen und die brutale Gewalt und Raubsucht der Fremden. Es war ganz so im Kirchenstaat, nicht viel besser in Cisalpinien und Batavien. Woher hätte das Bessere kommen sollen? Im Innern der großen Mutterrepublik, gab es dort an der Stelle der niedergerissenen Staatsordnung etwas anderes als die Phrasen einer von jedermann mißachteten Verfassung und die brutale Gewalt der Sieger vom 18. Fructidor? Bildung und Wohlstand, Recht und Freiheit siechten dahin; alles, was im Volke noch von thätiger Lebenskraft vorhanden war, sammelte sich zu soldatischen Leistungen in den Heerlagern, und Eroberung, Ruhm und Beute waren das einzige Ziel der Begeisterung, welche das Fieber der Revolutionsjahre noch nicht ertötet hatte. Wie die Soldaten war auch der Feldherr, welchen ein besonderes Schicksal aus einer italienischen Insel an die Spitze Frankreichs

geführt hatte; auch er kannte keine andere Leidenschaft als den Hunger nach Macht und Ruhm, keine andere Pflicht als die Befriedigung seiner unbegrenzten Herrschsucht und ergriff diese Aufgabe mit einer bis dahin unerreichten Genialität, welche zu der sonstigen Geistesdürre des damaligen Frankreich einen unerhörten Kontrast bildete. Bonaparte hatte das französische Volk die große Nation getauft, zu einer Zeit, wo in Deutschland Goethe, Schiller und Kant auf der Höhe des Ruhmes standen, wo in England Pitt und Canning, Wilberforce und Priestley wirkten, wo dagegen in Frankreich außer einigen Naturforschern und Mathematikern ersten Ranges nichts Großes existierte als Bonaparte und seine Armee. Europa mochte sich vorsehen. War es noch möglich, sich über die Bedeutung der furchtbaren Thatsache zu verblenden, daß das weite Frankreich, übersättigt an der durch die Revolution gemißbrauchten Freiheit, alle seine Kräfte dienstwillig dem einen Zwecke des permanenten Krieges zur Verfügung stellte? Bereits war ihm Holland, die Schweiz, halb Italien unterworfen, Spanien so gut wie unterthänig, das linke Rheinufer besetzt. Von ferne her züngelten die revolutionären Flammen nach Polen, der Türkei, dem Oriente hinüber; der nächste Gegenstand aber der vordrängenden Eroberungslust war unser gespaltenes und gelähmtes Vaterland. Wir versetzen uns zurück nach Rastatt, in die Mitte des Januar 1798.

Viertes Kapitel.

Das linke Rheinufer.

Nachdem die Frage der Vollmachten im Sinne der französischen Forderung erledigt war, gaben Treilhard und Bonnier der kaiserlichen Plenipotenz sowie dem Direktorialgesandten der Friedensdeputation am 17. Januar 1798 die Erklärung, daß die französische Republik die Abtretung des

ganzen linken Rheinufers begehre, und fügten am 20. den weiteren Antrag hinzu, daß die dort verlierenden Reichsstände Entschädigung erhalten und die Art und Weise derselben sofort in Erwägung gezogen werden müsse. Daß es sich hierbei um die Säkularisation geistlicher Territorien handelte, war ein öffentliches Geheimnis.

Es ist nicht nötig, hier im einzelnen die Aufregung zu schildern, welche diese Ankündigung bei der Masse der in Rastatt versammelten Abgeordneten hervorrief. Hoffnung auf Widerstand hatte vom ersten Augenblicke an niemand. Die Geistlichen, ihren politischen Ruin vor Augen, waren trostlos und riefen mit Seufzern und Thränen Oesterreichs gewohnten Schutz an. Die Weltlichen waren ein jeder erfüllt von dem Gedanken, bei der Regulierung der Entschädigung das eigene Interesse zu wahren, und nur zu viele eilten, zum Teil mit den unwürdigsten Mitteln, durch Bestechung der Minister, Gesandten, Sekretäre und Lakaien, sich die entscheidende Gunst der Franzosen zu sichern. Dies alles ist hundertmal erzählt worden: es zeigt sattsam, wie gründlich damals in allen Schichten das deutsche Nationalbewußtsein durch politischen Partikularismus und ideales Weltbürgertum zerrüttet, wie notwendig in dieser Hinsicht unserem Volke eine Schule schweren nationalen Unglücks war. Wesentlich für den Gang der nächsten Ereignisse war allein die Haltung der beiden Großmächte, und diese haben wir jetzt näher in das Auge zu fassen.

Erinnern wir uns an die einschlagenden (geheimen) Bestimmungen von Campo Formio. Danach genehmigte Oesterreich und versprach beim Reiche zu unterstützen, daß Frankreich das linke Rheinufer von Hüningen bis zur Nette erhalte (Artikel 1). Die hier einbüßenden Reichsstände sollten nach gemeinsamer Uebereinkunft mit Frankreich entschädigt werden (Artikel 12). Frankreich verpflichtete sich ausdrücklich, die preußischen Besitzungen auf dem linken Ufer dem Könige zurückzugeben, so daß dieser gar keinen Anspruch auf Entschädigungen gewänne; die beiden Mächte garantierten sich dies gegenseitig (Artikel 9). Dagegen sollte

Oesterreich das Erzbistum Salzburg und das bayerische Land bis zum Inn empfangen (Artikel 5). Falls Frankreich beim Reichsfrieden Erwerbungen in Deutschland machte, sollte dem Kaiser ein entsprechender Gewinn zufallen und umgekehrt (Artikel 7).

Andererseits hatte ein Jahr zuvor Frankreich, für den Fall, daß es beim Frieden die Abtretung des linken Rheinufers vom Reiche erlange, im voraus hierfür die Zustimmung Preußens erhalten und dagegen dem Könige eine sehr reich bemessene Ausstattung an geistlichen Gütern als Entschädigung für seine kleinen linksrheinischen Bezirke zugesagt.

Preußen war also jetzt nicht mehr in der Lage, sich der französischen Forderung vom 17. Januar zu widersetzen. Sie war der deutschen Gesinnung des jungen Königs schmerzlich; er hätte, wie gesagt, gerne seine clevisch-geldrischen Lande behalten und auf jede Vergrößerung, wenn Oesterreich dasselbe that, bereitwillig verzichtet. Nachdem aber Frankeich einmal das Begehren gestellt, ließ sich unmöglich verkennen, daß das preußische Sonderinteresse dabei besser als bei den Bestimmungen von Campo Formio fuhr. Vollends unerträglich aber wäre der Fall gewesen, wenn Frankreich zwar sonst über die Nette trotz Campo Formio hinausgegriffen, dem Könige aber laut dieses Vertrages seine Bezirke gelassen hätte, so daß dieser um seine Entschädigungsansprüche gekommen, die Bezirke aber geradezu französisch-batavische Enclaven geworden wären. Haugwitz beeilte sich also, die Gesandten dem Vertrage von 1796 entsprechend zur Genehmigung des französischen Antrags und zur Sicherung der preußischen Entschädigung anzuweisen [1]).

Von Grund aus eine andere war die Stellung Oesterreichs zu dem neuen französischen Begehren, obwohl in Wien kein lebhafteres Interesse für die Reichsintegrität als

[1]) Die Korrespondenz der Gesandten zeigt diese Erwägungen ebenso deutlich wie die Grundlosigkeit der von Thugut und Lehrbach oft wiederholten Insinuation, daß Preußen die Franzosen zur Forderung des ganzen linken Rheinufers selbst angetrieben habe.

in Berlin vorhanden war und unter gewissen Voraussetzungen die Franzosen auch mit Thugut zur Verständigung hätten gelangen können. Gleich am 18. Januar hatte Graf Cobenzl eine längere Unterredung mit Treilhard, bei welcher die entscheidenden Punkte in voller Deutlichkeit zu Tage traten.

Der österreichische Staatsmann sprach zunächst seine Ueberraschung über das französische Begehren aus, welches so weit über die Feststellungen von Campo Formio hinausgehe. Treilhard bemerkte dagegen, daß die neue Forderung doch durch keinen Artikel jenes Vertrages verboten sei, was Cobenzl einräumte, um so bestimmter aber hervorhob, daß Oesterreichs Verpflichtung, die französischen Wünsche zu unterstützen, sich durchaus auf die in Campo Formio bezeichneten Landstriche beschränke und in Bezug auf jedes weitere französische Begehren der Kaiser vollkommen freie Hand habe. Dies vermochte Treilhard seinerseits nicht in Abrede zu stellen, fügte aber hinzu, daß Artikel 7 bereits weitere Begehren dieser Art und die österreichische Genehmigung derselben ankündige. Ganz richtig, sagte Cobenzl, jedoch nur in dem Falle, daß wir eines uns völlig anstehenden Aequivalentes versichert wären. Ich bin bereit, erwiderte Treilhard, jeden solchen Vorschlag entgegenzunehmen. Cobenzl entgegnete, daß er zu nichts dergleichen bevollmächtigt sei und es bei dem überraschenden Auftreten der französischen Forderung auch nicht sein könne; ihm bleibe nichts übrig, als einen Kurier nach Wien zur Einholung neuer Weisungen zu schicken; auch dem Grafen Lehrbach sei bis zu deren Eintreffen der Mund geschlossen; unmöglich könne er vorher den französischen Antrag in der Deputation unterstützen, wie er es ohne Zweifel gethan hätte, wenn der Antrag innerhalb der Linien von Campo Formio geblieben wäre. Treilhard fand dann allerdings die Absendung eines Kuriers ganz natürlich.

Indessen, fuhr Cobenzl fort, was haben wir eigentlich unter dem ganzen linken Rheinufer zu verstehen? Hoffentlich begreift ihr doch nicht die preußischen Besitzungen dar-

unter, in formellem Widerspruch mit Artikel 9 unseres Friedens, in nicht geringerem Widerspruche mit vielfachen, höchst ausdrücklichen Beteuerungen des Generals Bonaparte? Treilhard erörterte darauf, daß die Rheinlinie ohne die preußischen Bezirke äußerst unbequem, ja unbrauchbar würde: indessen, sagte er, werden wir uns wohl herbeilassen, sie an Preußen zurückzugeben, wenn der König sie noch haben will; weigert er sich aber, sie wiederzunehmen, so können wir ihn doch nicht dazu zwingen. Freilich wohl, antwortete Cobenzl, ist der König der Herr, sie zu nehmen oder abzuweisen; im letzteren Falle ist es aber klar, daß er auch keinen Anspruch mehr auf Entschädigung im Reiche hat. Treilhard meinte, irgend welche Entschädigung werde schwerlich zu vermeiden sein; auch würde Oesterreichs Interesse dabei gewahrt bleiben, wenn man Preußen auf strenge Entschädigung beschränke und ihm keinen Zuwachs an Land und Leuten zuwende. Er pries dann, wie Cobenzl meinte, in sehr übertriebener Weise, die Größe und Wichtigkeit der dem Kaiser zugedachten Erwerbung und schloß mit dem Vorschlag, Oesterreich möge die alten Mißstimmungen über Bord werfen und mit Frankreich und Preußen zu dreien den gesamten Friedens- und Entschädigungsplan ausarbeiten, um den schleppenden Erwägungen der Reichsbehörden durch Vorlage eines fertigen Werkes ein rasches Ende zu machen. Cobenzl war in der Lage, diesen Gedanken nicht kurzhin abzuweisen. Thugut selbst hatte ihm neuerdings ein solches Verhalten empfohlen, freilich in seinem bodenlosen Argwohn gegen das Berliner Kabinett mit dem Zusatze, daß der Graf nimmermehr den ersten Schritt bei den preußischen Gesandten thun dürfe. So entgegnete demnach Cobenzl dem französischen Kollegen, daß er amtlich sich auf die Erklärung beschränken müsse, von seinem Hofe fernere Instruktionen erbitten zu wollen, daß er persönlich aber jene Verhandlung zu dreien für sehr möglich und nützlich erachte und versichern könne, daß Oesterreich ohne Haß gegen Preußen sei und nur sich selbst gegen preußische Feindseligkeit zu sichern wünsche.

Als Treilhard hierüber seine große Zufriedenheit aussprach, suchte Cobenzl sofort einige besonders erhebliche Punkte in nähere Behandlung zu ziehen. Er fragte, ob sich die preußischen Gesandten bereits über die Forderungen ihres Hofes ausgesprochen hätten, erhielt aber die — vollkommen richtige — Antwort, daß dies in keiner Weise geschehen sei. Cobenzl hob dann hervor, daß, wenn jemals Oesterreich zu preußischen Entschädigungen zustimmen sollte, dies nur unter der Bedingung geschehen könnte, dieselben nicht in der Nachbarschaft österreichischer Landschaften zu sehen; mithin dürfe von keinen preußischen Annexionen in Franken die Rede sein. Treilhard meinte, dies werde sich im Laufe der Unterhandlung einrichten lassen. Endlich betonte Cobenzl, nächst den Erwerbungen der drei Mächte selbst sei bei weitem der erheblichste Punkt die Existenz und Entschädigung der drei geistlichen Kurfürsten, da hiervon die Erhaltung der gesamten Reichsverfassung abhänge. Diese aber, erläuterte er weiter, liege zweifellos auch in dem wohlverstandenen Interesse Frankreichs. Zu seiner Freude fand er hiergegen bei Treilhard dieses Mal schwächeren Widerspruch als bei früheren Zusammenkünften.

„Immerhin," seufzte Treilhard, „haben wir ein schweres, verwickeltes Stück Arbeit vor uns. Wenn erst euere Vergrößerung auf Kosten Bayerns zum Vorschein kommt, so wird der Lärm in Deutschland größer werden als über unseren Erwerb des linken Rheinufers, den alle Welt längst erwartet hat." Es war leider nur zu wahr, und auch Cobenzl wußte es wohl. Er widersprach anstandshalber, nahm aber gewandt den Anlaß wahr, um noch auf einen Punkt zu kommen, der ihm wie seinem Minister mehr als jeder andere am Herzen lag. „Gewiß," sagte er, „wäre der allgemeine Abschluß sehr erleichtert worden, wenn Bonaparte sich in Udine auf meinen Vorschlag eingelassen hätte, unsere gesamte Entschädigung in Italien vorzunehmen." Auf Treilhards Bemerkung, jetzt, wo der Vertrag einmal feststehe, sei die Sache vollends unausführbar, erwiderte Cobenzl, er rede auch nur davon, als von einer historischen

Thatsache, fuhr aber dennoch fort, die Vorteile, die sein System für Frankreich selbst hätte, zu entwickeln. Aber, rief Treilhard, dann müßte ja die cisalpinische Republik zerstört werden. Nicht im mindesten, sagte Cobenzl; sie wäre nur auf die Grenzen von Leoben zurückzuführen und uns dann die drei Legationen zu überweisen. Nun, antwortete Treilhard, auch dies wäre vielleicht noch in Erwägung zu ziehen.

Cobenzl war selbst etwas erstaunt, ein so freundliches Entgegenkommen bei einem sonst so heftig bestrittenen Punkte zu finden, und knüpfte daran noch eine warme Empfehlung des heiligen Stuhles, wobei sich Treilhard ebenfalls nicht völlig abweisend verhielt. Treilhard schloß die Zusammenkunft mit dem Versprechen, seiner Regierung über alle Teile des wichtigen Gespräches den genauesten Bericht zu erstatten [1]).

Nachdem Cobenzl seinem Minister eine nicht minder ausführliche Darlegung gegeben, fügte er die Bemerkung hinzu, daß er allerdings von Unwillen über die neuen Uebergriffe der Franzosen erfüllt sei, aber statt unnützer Zornausbrüche es für richtiger gehalten habe, sie zu nehmen, wie sie einmal seien, um dadurch das österreichische Interesse möglichst zu fördern. Thugut war ganz und gar derselben Meinung. Er antwortete dem Gesandten, unmittelbar nach dem Empfange seiner Depesche, am 26. Januar [2]). Nachdem er ihm in nächster Zeit ausführlichere Weisungen versprochen, fuhr er fort: „Se. Majestät hat mit vielem Vergnügen die von Ihnen herbeigeführten Erörterungen über eine Erweiterung unseres italienischen Besitzes vernommen und empfiehlt Ihnen dringend, dieselben mit Ihrer gewohnten Geschicklichkeit zu verfolgen. Ein solcher Erwerb ist in der That das einzige Mittel, uns mit geringerem Widerstreben zu der Genehmigung der französischen neuen

[1]) Alles nach Cobenzls Bericht, 19. Januar. Wiener Archiv.
[2]) Die Stafetten zwischen Rastatt und Wien brauchten damals fünf Tage. Thuguts Antwort langte den 1. Februar in Rastatt an.

Ansprüche auf die Rheinlinie zu bestimmen; die Bereitwilligkeit, welche Frankreich uns an dieser Stelle zeigt, wird der wahre Prüfstein für seine freundschaftliche Gesinnung gegen uns sein." Er widerlegte dann Treilhards Bedenken hinsichtlich des Bestandes der Cisalpina, wenn Oesterreich die Legationen bis zum Panaro, sowie eine Grenzverbesserung gegen Mantua hin erhielte, und entwickelte die Notwendigkeit einer solchen italienischen Abtretung auch aus Rücksicht auf die deutschen Verhältnisse. Denn die Erweiterung des österreichischen Loses, zu der Frankreich jetzt laut Artikel 7 verpflichtet sei, werde sich in Deutschland schwerlich finden lassen. „Eine Ausdehnung über die Linie des Inn hinaus", sagte er, „kann Sr. Majestät kaum anstehen. Dieser Fluß bildet an sich eine gute Grenze; dazu kämen die preußischen Reklamationen gegen unsere Vergrößerung auf deutschem Boden; Preußen würde dann den Vorwand nehmen, für sich selbst weiter zuzugreifen; es wüchse die Schwierigkeit, Entschädigungen für alle Welt zu finden; wir kämen notgedrungen zu dem Grundsatze einer allgemeinen Säkularisation, der in jeder Beziehung dem Herzen Sr. Majestät unendlich zuwider ist." Demnach ermahnte er den Gesandten, bis man über diese Hauptsache klar sehe, die Reichsdeputation, soweit es ohne Aufsehen möglich sei, zu einer hinziehenden Behandlung des französischen Antrags zu veranlassen und vor allem die katholischen Stände dahin zu stimmen, daß sie nicht in die Abtretung des linken Rheinufers einwilligten, ehe nicht für hinreichende Ausstattung der drei geistlichen Kurfürsten gesorgt sei, denn zu deren Unterstützung durch jedes mögliche Mittel sei der Kaiser ein für allemal entschlossen. Die entsprechenden Weisungen für den Grafen Lehrbach gingen an demselben Tage nach Rastatt ab.

Die Stellung des Wiener Hofes ist, wie wir sehen, durch diese Schriftstücke mit vollkommener Deutlichkeit bezeichnet. Er denkt nicht an Widerstand gegen die französische Forderung des linken Rheinufers, vorausgesetzt, daß Frankreich die ihm durch Artikel 7 auferlegte Gegenleistung

nicht versagt. Er ist zu der Abtretung bereit, wenn er in Italien die ehemals päpstlichen Legationen erhält, in Deutschland die drei geistlichen Kurfürsten erretten und die Säkularisationen in möglichst enge Grenzen einschließen kann. Die einzige Sorge, welche in Wien noch für die deutschen Reichsinteressen existiert, richtet sich auf die Erhaltung der klerikalen Elemente der mittelalterlichen Reichsverfassung. Wenn sich Frankreich in diesem Sinne entschließt, so ist die Abtretung des linken Rheinufers vollzogen und die Fortdauer des Friedens gesichert. Wenn nicht, nicht.

Wir haben nun früher Talleyrands Instruktion an Bernadotte kennen gelernt, welche eine Woche vor dieser Thugutschen Depesche niedergeschrieben wurde, und wissen also, daß die eine zu der anderen den denkbar schärfsten Gegensatz bildete. Oesterreich wünschte Ausdehnung in Italien und Beschränkung der Säkularisationen; Frankreich erstrebte allgemeine Säkularisation, gerade um durch Schwächung des kaiserlichen Einflusses im Reiche jede Einwirkung Oesterreichs auf Italien unmöglich zu machen. Zwischen diesen Anschauungen gab es keine Vermittelung; die eine oder die andere mußte unterliegen, und die äußere Ruhe Europas hing lediglich von der Frage ab, ob und wann die schwächere der beiden Parteien, also damals Oesterreich, den Mut und die Mittel zu einem neuen Waffengange finden würde.

Einstweilen machte sich dann bei der Deputation die von Thugut gewünschte langsame Erörterung des französischen Antrags ganz von selbst. Bei der ersten Verhandlung am 22. Januar, wo Graf Lehrbach noch keine Abstimmung geben zu können erklärte, wurde beschlossen, Berufung an die Gerechtigkeit und Großmut der französischen Nation einzulegen; man entwickelte, daß Frankreich aus dem Gewinne des linken Rheinufers geringen Vorteil ziehe, Deutschland dagegen den Umsturz seiner ganzen Verfassung befahren würde; man hoffe also, Frankreich werde bei ruhiger Ueberlegung auf eine Politik zurückkommen, die nicht so weit über die Vereinbarungen von Leoben hinausschritte.

Eine Note dieses Inhalts ging am 25. Januar an die französischen Gesandten ab; am 28. kam ihre Antwort, die in der Form ebenso derb und grob gefaßt war, wie sich im Gespräche mit Cobenzl Treilhard höflich und freundlich gezeigt hatte. Wenn das linke Rheinufer, hieß es darin, uns geringen Vorteil bringt, so ist damit unsere Mäßigung erwiesen; eine Beschränkung der deutschen Grenze hat mit der deutschen Verfassung nichts zu thun; der Vertrag von Leoben geht das Deutsche Reich nichts an; alle Nebenfragen werden später zur Erörterung kommen, für jetzt hat das Reich unzögerlich die Hauptfrage zu entscheiden. Die Deputation lieferte darauf eine sehr gründliche und ausführliche Widerlegung dieser Sätze, zog sich aber am 3. Februar nur eine doppelt scharfe Entgegnung der Franzosen zu, welche die Deputation für alle schlimmen Folgen ihres Zauderns verantwortlich machte. Am 8. kam darauf die Deputation zu dem Beschlusse, die Franzosen um nähere Erläuterung ihrer Absichten anzugehen, um bestimmte Aeußerung über die einzelnen Rechtsverhältnisse der abzutretenden Landschaften, vor allem um Räumung des rechten Ufers durch die französischen Truppen. Graf Lehrbach enthielt sich dabei noch immer wegen mangelnder Instruktion der Abstimmung. Die Franzosen antworteten umgehend am 10. Februar, vor allem sei der Grundsatz der Abtretung durch die Deputation anzuerkennen; nachher würde sich das einzelne finden. Wohl oder übel, man mußte einen Schritt vorwärts thun, und nachdem in der nächsten Sitzung Sachsen erklärt hatte, ohne Mitwirkung Oesterreichs nicht weiter abstimmen zu können, schloß sich am 14. Februar endlich auch Lehrbach dem Antrage an, den Franzosen die Hälfte des linken Rheinufers anzubieten, und am 16. wurde diese Erklärung amtlich ausgefertigt. Ueber den Ausgang hatte eigentlich niemand Zweifel mehr. Schon in derselben Sitzung des 16. berichtete der badische Gesandte, die Franzosen seien entrüstet über das Hinschleppen der Sache und drohten offen mit Krieg; ob es unter diesen Umständen nicht besser sei, das Unvermeidliche rasch zu thun? Eine große Zahl

der sonstigen Reichsstände sandte gleichzeitig der Deputation Erklärungen ein, daß sie die Beschlüsse derselben mit Vertrauen erwarteten, für sich aber die Nutzlosigkeit ferneren Widerstandes einsähen. Genug, die Verzögerung brachte Thugut in Rastatt ebensowenig Gewinn wie das Jahr zuvor in Montebello. Die Franzosen verstanden und übten diese Kunst ebensogut wie er. Wenn er das österreichische Votum für die große Abtretung von einem entsprechenden Gewinn für Oesterreich abhängig machte, so fanden die Franzosen um so leichter Vorwände, ihre Aeußerung über diesen Gewinn hinauszuschieben, als bei jedem speziellen Vorschlag ein Briefwechsel mit Paris erforderlich war und darüber ebensoviel Zeit verging wie in Rastatt über dem weitläufigen Geschäftsgang der Deputation. Wiederholt brachte Cobenzl die Legationen zur Sprache, mußte sich aber bald überzeugen, daß jenes flüchtige Entgegenkommen Treilhards am 18. Januar durchaus nicht den Gesinnungen der Pariser Regierung entsprach. Dann war von den Jonischen Inseln die Rede. Die dortige französische Station, so nahe den dalmatinischen Häfen, war den Oesterreichern äußerst unbequem; im kaiserlichen Besitze wären sie eine wertvolle Unterstützung für die Schöpfung einer österreichischen Seemacht im Adriatischen Meere gewesen, und eine solche trug Thugut mit lebhaftem Interesse im Sinne. Aber wir kennen auch den Wert, welchen Bonaparte auf den Besitz Korfus und auf die maritime Ohnmacht Oesterreichs legte; es war kein Gedanke daran, die Inseln Oesterreich zu überlassen. So wollte sich für dieses das durch Artikel 7 vorgesehene Aequivalent nicht finden lassen, und folglich blieb in der Deputation Graf Lehrbach bei seiner ablehnenden Haltung gegen die Ausdehnung des französischen Besitzes am Niederrhein, und Cobenzl warf einmal sogar die Drohung hin, die österreichische Armee wieder vorgehen zu lassen. Um so nachdrücklicher schlugen dafür Treilhard und Bonnier auf die unglückliche Reichsbehörde los; sie meldeten ihr am 20. Februar, daß ihr neuestes Anerbieten zwar den Widerruf aller bisher von ihr in das Feld geführten Beweise in

sich schließe, daß aber die Abtretung des halben Rheinlandes den Hauptzweck, die Herstellung einer festen, natürlichen und militärischen Grenze, völlig verfehle und deshalb ohne weiteres abzulehnen sei. In der Sitzung vom 26. ergriff darauf die Deputation den hier geäußerten Gedanken der natürlichen Grenze und bot also den Stromlauf des Rheines und der Mosel, mithin das Land zwischen beiden Flüssen, je nach der Wahl der Franzosen nördlich oder südlich des letztern, mit dem von Lehrbach vorgeschlagenen Zusatze, im Notfall zur Verbesserung der militärischen Grenze noch einige Parzellen hinzufügen zu wollen; als Bedingung dafür aber zählte sie achtzehn spezielle Punkte auf, betreffend Religionsfreiheit, Domänen, Schuldenwesen u. s. w. in den abzutretenden Landen. Es dauerte bis zum 2. März, ehe das weitschichtige Aktenstück ausgearbeitet war; desto rascher war die französische Antwort fertig, welche am 4. März der Deputation die einfache Frage vorlegte, ob sie, Ja oder Nein, den Grundsatz der Abtretung des ganzen linken Rheinufers anerkennen wollte. So zum fünften Male zurechtgewiesen, war die Standhaftigkeit der Deputation zu Ende. Nachdem die Franzosen mündlich dem Mainzer Kanzler Albini die Aussicht auf eine stattliche Entschädigung seines Fürsten eröffnet hatten, vereinigten sich in der Beratung am 9. März alle Stimmen außer Oesterreich über die Notwendigkeit, den schmerzlichen Schritt zu thun, unter der Voraussetzung, daß jetzt die Franzosen ihre Truppen vom rechten Rheinufer zurückziehen, überhaupt keine weiteren Ansprüche an dasselbe machen und in die Beratung der achtzehn Spezialartikel eintreten würden. Kurmainz veranlaßte dann noch die Anhängung eines Satzes, welcher die Hoffnung aussprach, Frankreich würde vielleicht das Land nördlich der Nette dem Reiche lassen und dadurch die Erhaltung des Kurfürstentums Köln ermöglichen; diesem ohne Zweifel von ihm eingegebenen Zusatze stimmte Lehrbach „ganz gerne“ bei, da er ja genau dem Vertrage von Campo Formio entsprach und Preußen von der Entschädigung ausschloß.

Den 11. März wurde dieser Beschluß nach dem üblichen Geschäftsgange der kaiserlichen Plenipotenz zur weiteren Beförderung an die Franzosen zugestellt. Bei dem ergebnislosen Stande der Cobenzlschen Unterhandlung war Graf Metternich nicht in der Lage, dem Beschlusse die kaiserliche Bestätigung hinzuzufügen: er begnügte sich, ihn der französischen Gesandtschaft zur Kenntnisnahme zuzuschicken.

Nach solchen Erlebnissen war Thugut im Grunde bereits überzeugt, daß eine annehmbare Verständigung mit Frankreich nicht erreichbar sei. Hätte er einige sichere Aussicht auf gutes Waffenglück gehabt, er wäre jetzt schon zu offenem Bruche geschritten. Fürs erste that er das mögliche, um für einen solchen Fall vorbereitet zu sein; die Truppen in Venetien und Kärnten wurden auf die Stärke von beinahe 100 000 Mann gebracht und ein Corps von 12 000 Mann in Tirol zusammengezogen. Mit dem englischen Gesandten hatte er häufig Gespräche über die Herstellung der früheren Bundesfreundschaft, wobei es freilich nicht an den besten gegenseitigen Versicherungen fehlte, England aber zu Thuguts großem Verdrusse die Absendung einer Flottenabteilung in das Mittelmeer, bei den französischen und spanischen Seerüstungen im Kanal und Ozean, zur Zeit ablehnte und dann unerbittlich als Bedingung jedes weiteren Abkommens die Anerkennung des Starhembergschen Anlehenvertrages vom Frühling 1797, oder mit anderen Worten: die Wiedererstattung der englischen, im vorigen Kriege geleisteten Vorschüsse forderte. Gegen den Rechtsanspruch ließ sich schlechterdings keine auch nur scheinbare Einwendung erheben; bei dem elenden Stande aber der österreichischen Finanzen kam er Thugut höchst ungelegen, und er mühte sich ab, den Engländern nachzuweisen, wie höchst unklug und unanständig dies Beharren auf ihrem Schuldscheine sei. Mit solchen Erörterungen pflegt auf dieser Erde ein Gläubiger sich selten abspeisen zu lassen, und so zeigte ihnen auch Lord Grenville taube Ohren. Er steigerte dann noch Thuguts üble Laune, indem er zu dem Drängen auf bares Geld auch eine politische Mahnung gesellte, die nach ihrer

sachlichen Richtigkeit ebenso unbestreitbar wie nach Thuguts Auffassungen widerwärtig war: den stets wiederkehrenden Ratschlag, sich so schnell wie möglich mit Preußen zu verständigen, da nur durch die gegenseitige Eifersucht zwischen den beiden Mächten Frankreichs bisherige Siege möglich geworden und nur durch die Herstellung ihrer Eintracht ein erfolgreicher Widerstand gegen die Revolution zu erzielen sei. Nichts konnte für Thugut verdrießlicher sein, da er stärker als je von dem verräterischen Einverständnis zwischen Preußen und Frankreich überzeugt war. Denn fort und fort berichtete Lehrbach aus Rastatt, daß Preußen nicht bloß nicht den französischen Anmaßungen widerspreche, sondern umgekehrt die Franzosen zu immer weiteren Forderungen und Gewaltthaten aufhetze, um bei dem allgemeinen Umsturze dann für sich im Trüben zu fischen. Das gerade Gegenteil, wie wir gleich sehen werden, war die thatsächliche Wahrheit; zu gut aber stimmten Lehrbachs Angaben mit Thuguts Vorurteilen, als daß der Minister irgend einem Zweifel Raum gegeben hätte. So dünkte es ihn keine erfreuliche Wendung zum Besseren, sondern nur eine neue Aeußerung bodenloser Unredlichkeit zu sein, wenn schon im Januar der preußische Gesandte in Wien, Graf Keller, von dem Wunsche seines Königs auf herzliches Einvernehmen redete und bald darauf eine förmliche Unterhandlung zur Herbeiführung desselben eröffnete. Thugut hielt sich dabei äußerst knapp und zurückhaltend und erachtete es durchaus nicht für ratsam, dem vermeintlichen Betrüger Offenheit und Redlichkeit entgegenzubringen. Als Bethätigung des Vertrauens schlug Keller den Austausch der beiden geheimen Verträge vor, des preußischen vom August 1796, des österreichischen von Campo Formio; Thugut verschmähte die Vorlage des einen und verweigerte jene des anderen. Er hatte freilich Grund dazu, da er den Berliner Vertrag schon kannte und über Campo Formio das Gegenteil der Wahrheit zu erzählen gedachte. Er versicherte Mitte Februar, zwischen dem Kaiser und Frankreich beständen keinerlei Verpflichtungen, welche mit den beiden Grundlagen der Inte-

grität des Reiches und der Erhaltung seiner Verfassung, so wie sie bis zum Frieden zu erhalten gewesen, im Widerspruche ständen; es bedarf nicht der Bemerkung, daß in Berlin diese offenbar den Thatsachen widersprechende Phrase einen wenig verlockenden Eindruck machte. Nicht günstiger urteilte dann Thugut, als auf seine Frage nach Preußens Forderungen Keller die Antwort gab, auch seinem Könige liege die möglichste Erhaltung des bestehenden Zustandes im Deutschen Reiche am Herzen, und da seit dem Verluste von Mainz und dem Abzuge der Oesterreicher der Verlust des linken Rheinufers sicher erscheine, so begehre er zwar eine Entschädigung für seine cleviſchen Lande, verzichte aber auf jede Vergrößerung, wenn Oesterreich ebenfalls keine Annexionen in Deutschland begehre. Man war in Berlin der Ansicht, daß Oesterreich für den Verlust Belgiens und Mailands durch Venetien entschädigt sei, und legte, wie immer, das höchste Gewicht darauf, es sich nicht auf Kosten Bayerns vergrößern zu lassen. Thugut aber war entrüstet. Er hätte Preußens Rückhalt gegen Frankreich angenommen, weil dieses zu der Innlinie keine Zugabe in Italien dem Kaiser gönnen wollte. Und jetzt war Preußens erstes Wort der Antrag, daß der Kaiser auf die Innlinie selbst verzichten sollte. Es war zum Verzweifeln.

In früheren Jahren pflegte er sich nun bei solchen Vorkommnissen zur Zügelung der preußischen Böswilligkeit an seinen nordischen Hort, an die große Katharina, zu wenden. Auch jetzt richteten sich seine Blicke nach Rußland, wenn auch fürs erste mit schwacher Hoffnung. Denn jener Eifer, mit welchem Kaiser Paul zur Zeit von Campo Formio sich als Beschützer des Deutschen Reiches erhoben hatte, war bei der näheren Ansicht der Friedensartikel stark gebrochen worden; der erregbare Selbstherrscher nahm Anstoß daran, daß Oesterreich so viel zugestanden hatte, und ärgerte sich vor allem über die Ueberlassung der Jonischen Inseln an Frankreich. Er befürchtete von dort aus revolutionäre Umtriebe oder diplomatische Hetzereien in der Türkei, welche den russischen Interessen Gefahr und Schaden bringen könnten.

Thugut hatte große Mühe gehabt, diese verdrießliche Stimmung einigermaßen zu beschwichtigen, und demnach bisher irgend welche Unterstützung seiner Politik in St. Petersburg nicht erzielen können. Immer beschloß er jetzt, wenigstens für seine preußische Unterhandlung die Beihülfe des Zaren anzurufen. Es erging gleichzeitig am 9. März ein eigenhändiger Brief des Kaisers Franz an Paul und eine ausführliche Depesche an die österreichische Gesandtschaft. Beide enthielten die wärmsten Beteuerungen der eigenen Uneigennützigkeit und die bittersten Anklagen gegen die preußische Habgier und Franzosentümelei; der Bestand des Deutschen Reiches, ja aller Throne in Europa sei dadurch gefährdet, und einzig die Macht und Weisheit des russischen Kaisers könne helfen; man bitte diesen also, bei der österreichischen Verhandlung mit Preußen das Amt des Vermittlers zu übernehmen. Einen besonders raschen oder glänzenden Erfolg erwartete Thugut jedoch von diesem Versuche nicht. Er dachte einstweilen mit größter Vorsicht zwischen Preußen und Frankreich zu lavieren, bei den Franzosen bis an die äußerste Grenze der Nachgiebigkeit zu gehen, zugleich aber auch einige Schritte zur Annäherung an Preußen zu thun. Demnach sandte er an Cobenzl und Lehrbach am 13. März die Instruktion, sich mit ihren preußischen Kollegen auf die Erörterung der beiderseitigen Wünsche und Interessen einzulassen, bei den Franzosen aber die Abtretung des gesamten linken Rheinufers zu bestätigen, wenn sie zunächst in einer schriftlichen Erklärung ihre Pflicht nochmals anerkännten, für Oesterreich ein Aequivalent zu schaffen. Ja, Cobenzl sollte im äußersten Falle, wenn irgend ein weiterer Landgewinn nicht aufzutreiben sei, über die Ersetzung desselben durch französische Geldzahlungen sondieren [1]). Man sieht deutlich, daß Thugut eine solche Abkunft mit Frankreich, ich will nicht gerade sagen, der preußischen Unterhandlung vorzog, jedenfalls aber damals von jener sich eher als von dieser Erfolg versprach.

[1]) Die Instruktion selbst liegt mir nicht vor, ihr Inhalt aber erhellt deutlich aus Cobenzls Antwortsbericht.

Noch war die Instruktion nicht in den Händen der Gesandten, als in Rastatt die Franzosen ihre weiteren Forderungen in einer den österreichischen Wünschen schnurstracks entgegengesetzten Weise entwickelten. Auf den Deputationsbeschluß vom 11. März erwiderten sie am 15., daß sie mit Befriedigung die bedingungslose Abtretung des linken Rheinufers entgegennähmen. Die Räumung des rechten Ufers, bemerkten sie, könne erst nach der Vollendung des Friedens erfolgen. Die Beratung der achtzehn Spezialartikel verschoben sie auf einen späteren Abschnitt der Unterhandlung. Nachdem jetzt, fuhren sie fort, die erste Grundlage des Friedens gewonnen sei, gelte es, die zweite festzustellen. Es handle sich um die Entschädigung der auf dem linken Ufer verlierenden Fürsten; Frankreich finde dazu die Grundlage in Säkularisationen. Auch hier lasse sich keine Verhandlung über die Einzelheiten eröffnen, bis die Deputation den Grundsatz anerkannt habe. So waren alle sonstigen Wünsche der Deputation rund abgewiesen oder in unbestimmte Ferne verschoben; dafür aber trat das längst Befürchtete, die Forderung der Säkularisation, der Säkularisation ohne Vorbehalt noch Schranke, in amtlicher Bestimmtheit hervor. Die Aufregung unter den Abgeordneten verdoppelte sich; die Verhandlungen der Deputation wurden kürzer, leidenschaftlicher, verwirrter. Bei der Frage des linken Rheinufers war im Grunde alle Welt einverstanden gewesen [1]), sowohl über die schließliche Unvermeidlichkeit der Sache als in der Bereitwilligkeit, nach dem Wunsche Oesterreichs Zeit zu gewinnen. Jetzt aber gingen die Interessen scharf auseinander. Oesterreich setzte sich in unverhüllten Widerstand; die Mehrzahl der weltlichen Mitglieder, an ihrer Spitze Bayern und Baden, drängte ebenso unumwunden und eifrig zum bejahenden Abschluß. Dagegen erklärte Würzburg den Grundsatz überhaupt für unstatthaft

[1]) Bayerns offizieller Widerspruch war nur eine diplomatische Maske. Gleichzeitig hatte sein Gesandter, Graf Preysing, sich so tief mit den Franzosen eingelassen, daß Oesterreich den Kurfürsten zu seiner Abberufung nötigte.

und rechtswidrig; sollten die linksrheinischen Fürsten entschädigt werden, so müßte die Entschädigung von der Gesamtheit des Reiches geleistet, nicht aber auf eine besondere Kategorie der Reichsstände gelegt werden. Auch Kursachsen und Hannover hatten schwere Bedenken über den Grundsatz, während Kurmainz nur um gelinde und zweckmäßige Anwendung desselben bat. Nachdem man noch zweimal ohne jeden Erfolg mit den französischen Gesandten Noten gewechselt hatte, kam man den 4. April zu dem Beschlusse, sich im allgemeinen auf den Grundsatz der Entschädigung durch Säkularisationen einzulassen. Es war, damit auch hier der Tragödie die Ironie nicht fehlte, vor allen Albini gewesen, der in der Hoffnung auf die französischerseits für seinen Fürsten halbversprochene Entschädigung die Mehrheit zum Opfer seiner Standesgenossen entschieden hatte. Oesterreich hatte fruchtlos von Anfang bis zu Ende widersprochen.

Kein besseres Ergebnis lieferte gleichzeitig die nicht minder wichtige direkte Verhandlung zwischen Cobenzl und Treilhard. Cobenzl teilte jenen Vorschlag einer schriftlichen Erklärung über das österreichische Aequivalent den Franzosen am 19. März, vorsichtigerweise zunächst als seinen persönlichen Gedanken, mit. Hier aber wartete seiner eine besondere Ueberraschung. Treilhard erklärte ihm, daß er das begehrte Schriftstück um so weniger ausstellen könne, als nach seinen neuesten Instruktionen das Direktorium Salzburg und die Innlinie als eine völlig ausreichende Schadloshaltung Oesterreichs, auch bei Abtretung des ganzen linken Rheinufers, betrachte. Vergebens berief sich Cobenzl auf den Artikel 7 von Campo Formio; Treilhard meinte, dessen Auslegung sei äußerst zweifelhaft; übrigens mache Frankreich durch die Abtretung der Rheingrenze nicht eigentlich eine Erwerbung, da es ja diese Lande längst im Besitze habe; er, Treilhard, sei stets der Meinung gewesen, daß Artikel 7 erst dann für Oesterreich anzurufen sei, wenn Frankreich Stücke des rechten Rheinufers erwerbe. Es war allerdings nicht möglich, den Hohn gegenüber einer deutlichen Vertragsbestimmung weiter zu treiben. Als Cobenzl,

der mit Mühe seine Entrüstung bezwang, noch einmal auf die drei Legationen zurückkam, schnitt Treilhard die Erörterung mit dem Worte ab, daß diese Cisalpinien, also einem Verbündeten Frankreichs, gehörten und Frankreich noch eifersüchtiger über dem Besitze seiner Verbündeten als über dem eigenen wache. Sodann bat er bei einer Zusammenkunft am folgenden Tage Cobenzl dringend, das Interesse seiner Regierung nicht durch unzeitige Hartnäckigkeit zu schädigen. Der Argwohn in Deutschland, sagte er, gegen euere Vergrößerung in Bayern ist gewaltig; die preußischen Gesandten reden unaufhörlich von dem Widerstande, den sie jeder solchen Absicht entgegenstellen würden, und ködern zugleich die anderen Stände durch die Verheißung, nichts für sich zu begehren außer einer genauen Entschädigung, wenn Oesterreich desgleichen thäte. „Also," fuhr Treilhard fort, „entschließt euch; verbindet euere Politik mit der unsrigen; um die Innlinie zu gewinnen, giebt es für euch keinen anderen Rückhalt als die Freundschaft der französischen Republik. Schließt mit uns ab; dann setzt ihr uns in den Stand, gegen Preußen eine ernste Sprache zu reden und jeden Widerstand desselben niederzuschlagen." Cobenzl warf sich einen Moment die Frage auf, ob dies nicht unter den gegebenen Umständen, da in Italien nichts zu erreichen und der Kaiser gegen weitere deutsche Erwerbungen gleichgültig sei, vielleicht noch der leidlichste Ausweg sei, mußte sich freilich aber auf der Stelle sagen, daß man für die Erfüllung aller dieser Versprechungen eben auch keine bessere Gewähr habe als für die so schmählich zertretenen Artikel von Campo Formio [1]). Er ging also schweren Herzens an seine zweite Aufgabe, an die Verhandlung mit dem preußischen Gesandten, und in der That, hier sollten sich für den Augenblick günstigere Aussichten eröffnen.

Denn, was auch Lehrbach über preußisch-französische Durchstechereien erhorchen und berichten mochte, man war damals in Berlin über die französischen Anmaßungen ebenso

[1]) Cobenzl an Thugut, 27. März 1798.

entrüstet und besorgt wie in dem kaiserlichen Kabinett. Während der Verhandlung über das linke Rheinufer hatten Treilhard und Bonnier die preußischen Gesandten unaufhörlich gedrängt, die Deputation zu rascherem Vorgehen und unbedingter Abtretung zu nötigen; der König aber schrieb ihnen und ließ es gleichzeitig Talleyrand erklären, daß er nach den früheren Verträgen die Abtretung geschehen lasse, nimmermehr aber dazu helfe, daß er sie vielmehr beklage und am liebsten seine clevischen Lande behalten würde, wenn Frankreich seine Eroberungen nicht über die Mosel hinüber ausdehnte. Als sie demnach das französische Ansinnen fortdauernd weigerten, hatten sie von Treilhards Grobheit ebensoviel wie die Deputation zu leiden. Kommt noch einmal, rief er ihnen zu, eine verschleppende Antwort, so erwidern wir mit Kanonenschüssen; und mit einem Fluche setzte er hinzu: dann ist es auch vorbei mit euerem Vertrage vom 5. August und mit allen Vorteilen, die euch darin versprochen sind. Nicht minder unwirsch zeigte er sich, als auf seine dringenden Fragen, welche Territorien denn Preußen eigentlich verlange, Görtz beharrlich jede Auskunft ablehnte und vorher seinerseits Kenntnis der geheimen Artikel von Campo Formio und der österreichischen Ansprüche begehrte. Die preußischen Gesandten waren demnach gründlich erbittert gegen Frankreich und ließen nicht ab, ihrem Hofe die Gefahren der revolutionären Ehrsucht vorzustellen; mehrmals fragten sie an, ob es nicht möglich sei, durch einige Truppenaufstellung den Franzosen zu imponieren, sowie durch Beschränkung der bisherigen Entschädigungspläne die Annäherung an Oesterreich zu erleichtern. Nun bekamen sie zwar hierauf aus Berlin den Bescheid, daß dergleichen durchaus nicht übereilt werden dürfe, immer aber war auch das Ministerium der Ansicht, die Hauptgefahr für Deutschland und Europa liege in der Gewaltthätigkeit der Franzosen: es sei also ein Einvernehmen mit Oesterreich, wenigstens für eine gemeinsame diplomatische Aktion, höchst wünschenswert und demnach die vorgeschlagene russische Vermittelung unbedingt anzunehmen. In dieser Lage der Dinge

fand denn Cobenzl bei den preußischen Gesandten ein äußerst bereitwilliges Entgegenkommen.

Die Gesandten hatten seit Anfang Februar die Instruktion, in erster Linie darauf hinzuarbeiten, daß Oesterreich gar keine deutschen Lande fordere; in diesem Falle würde Preußen sich mit einer genauen Entschädigung für seinen cleviſchen Verlust, und zwar dem Bistum Hildesheim [1]), begnügen: dann könne das Reich erhalten bleiben, und dem König sei demnach dieser Fall bei weitem der erwünschteste. Würde dies jedoch nicht erreichbar, Oesterreich dann aber mit den Bistümern Salzburg und Passau zufrieden sein, so würde Preußen das Bistum Münster begehren. Sollte endlich Oesterreich außerdem auch bayerisches Land in Anspruch nehmen, so würde der König seine Forderungen gleichmäßig, und zwar in Westfalen, ausdehnen. Dazu kam aber noch ein Weiteres. Preußen hatte sich von jeher für den aus Holland vertriebenen Prinzen von Oranien interessiert und in dem Augustvertrage diesem als Entschädigung die Bistümer Bamberg und Würzburg ausbedungen. Mittlerweile hatte indessen der Prinz selbst die Schwierigkeiten der Lage eingesehen und sich bereit erklärt, statt dessen mit den, seinem Stammlande Nassau benachbarten, trierischen Aemtern auf der rechten Rheinseite vorlieb zu nehmen, und diesen Antrag hatte das preußische Ministerium sich angeeignet. Als jetzt Cobenzl mit Görtz in vertraulicher Weise die gemeinsame Gefahr besprach, vereinigten sich beide Männer sofort in der Anerkenntnis, daß nur die enge Verbindung beider Mächte Europa vor vollständiger Umwälzung bewahren, daß nur redliche Uneigennützigkeit beider den Weg zu einer solchen Verständigung bahnen könnte [2]). Cobenzl erklärte, bei dem Kaiser sei diese Un-

[1]) Dohm wies nach, daß Hildesheim kein voller Ersatz sei, die Oesterreicher dagegen umgekehrt, daß sein Wert jenen der cleviſchen Bezirke übersteige.

[2]) Dies und das Folgende nach den Berichten der beiderseitigen Gesandten an ihre Regierungen im Wiener und Berliner Archiv. Beide stimmen in der Sache vollständig überein, ebenso darin, daß

eigennützigkeit vorhanden; Görtz antwortete, daß dann der König sich mit genauer Entschädigung begnüge, an keine Vergrößerung denke. Jacobi sprach selbst die Ansicht aus, es würde zweckmäßig sein, wenn der König zur Erleichterung des Ganzen die oranischen Entschädigungsansprüche fallen lasse, wie er ja bereits dem Landgrafen von Hessen-Kassel eine ähnliche Erklärung gegeben hatte, daß er ihm nämlich die von Friedrich Wilhelm II. zugesagten Abteien Fulda und Corvey und das Bistum Paderborn zu verschaffen außer stande sei. Dagegen erhob sich Görtz und hielt die Ueberlassung der fünf trierischen Aemter an Oranien für durchaus angemessen. Cobenzl mußte sich sagen, daß der Vorschlag allerdings den Bestimmungen von Campo Formio entspreche, indem bei seiner Ausführung Oranien weit entfernt, sowohl von der österreichischen als von der holländischen Grenze, Unterkunft finde. Aber allerdings wurde auch mit dieser Verwendung trierischen Landes die von dem Kaiser vor allem gewünschte Erhaltung und Ausstattung der geistlichen Kurfürsten in hohem Grade erschwert. Der Kaiser, bemerkte er also, hat sich zu Campo Formio herbeigelassen, den Herzog von Modena auf seine eigenen Kosten, durch Ueberweisung des Breisgaues, zu entschädigen: würde der König nicht zu einem gleich großherzigen Entschlusse für Oranien zu bewegen sein? Davon aber wollten die Preußen nichts hören und meinten, die beiden Fälle seien zu verschieden, als daß man aus dem einen eine Nutzanwendung auf den andern ziehen könnte.

Es fehlte also nicht, wie man sieht, an Streitpunkten im einzelnen. Indessen meinte Cobenzl so starke Uebereinstimmung in den Grundsätzen und in der Gesinnung zu sehen, daß er einen weiteren Schritt zu thun beschloß. Am 22. März, in einem Gespräche mit Jacobi, als dieser die

---

die wesentlichen Gespräche in der Zeit vom 21. bis 26. März stattfanden. Innerhalb dieser Frist zeigen sie einige übrigens unerhebliche Differenzen über das Datum einzelner Erörterungen.

Langsamkeit der Unterhandlungen in einem so drängenden Augenblick beklagte, stimmte Cobenzl lebhaft ein und sagte: Es kommt mir ein Gedanke, der unsere Verständigung vielleicht fördern kann; ich meine, wir machten einmal den Versuch, gemeinsam, nach unserer Kenntnis von der Gesinnung unserer Höfe, einen Vertragsentwurf auszuarbeiten; ich habe allerdings keine Vollmacht zu dergleichen und kann überall nicht für die Genehmigung unseres Werkes einstehen; aber wenn auch nur einige unserer Artikel die Billigung unserer Höfe fänden, so wäre doch immer ein Schritt vorwärts gethan. Jacobi und gleich nachher auch Görtz und Dohm billigten den Vorschlag mit großer Wärme und ersuchten Cobenzl um die Ausarbeitung eines solchen Aktenstückes, wozu sich derselbe denn auch bereit erklärte und am 25. März seine Arbeit vorlegte. Die Preußen waren sehr zufrieden, als hier der erste Artikel die runde Erklärung enthielt, daß Oesterreich auf jede Entschädigung für Belgien und die Lombardei in Deutschland verzichte und in entsprechender Weise Preußen sich mit Hildesheim begnügen werde. Sie wußten nicht, erläuterte nachher Cobenzl seinem Minister, daß wir in Campo Formio auch die Abtretung des Frickthals versprochen haben und dafür immer noch Anspruch auf eine deutsche Entschädigung behalten. Dann folgte die oranische Frage, wo es keine solche, den Preußen unbekannte Hinterthüren gab und die Verständigung also schwieriger war; man einigte sich darüber, zwei Möglichkeiten nebeneinanderzustellen: entweder Preußen übernimmt die Entschädigung des Prinzen, oder, wenn Oranien dieselbe vom Reiche erhält, räumt es das gleiche für Oesterreich zum Ersatze des an Modena überlassenen Breisgaues ein. Dann verpflichtete man sich zur möglichsten Erhaltung des Reichsgebiets, der Reichsverfassung und insbesondere der drei geistlichen Kurfürsten. Demnach, hieß es weiter, soll der Verlust des Reiches nicht allein von den geistlichen Ständen getragen, insbesondere den weltlichen kein Anlaß zu einseitiger Bereicherung gegeben werden. Görtz erklärte sich einverstanden, bat aber um den

der Gerechtigkeit entsprechenden Zusatz: „wie denn auch die erblichen Fürstentümer auf dem rechten Rheinufer unversehrt bleiben sollen", und Cobenzl hatte kein Arg, seine Genehmigung auszusprechen. Man wird, fuhr Cobenzl fort, zur Erleichterung der Ausgleichung auch mediate Besitzungen und Geldleistungen heranziehen; man wird alle Anstrengungen vereinigen, um Frankreich von dem rechten Rheinufer abzuhalten; man wird sich über stets gleichmäßige Sprache gegen die französischen Gesandten verständigen. Görtz und Jacobi hatten überall nichts einzuwenden, und man ging in gutem Einverständnis und frohem Bewußtsein auseinander.

Bei Cobenzl aber sollte die Freude schnell getrübt werden. Als er seinem Kollegen Lehrbach den so gefaßten Entwurf vorlegte, fiel dieser auf der Stelle über den Zusatz her, betreffend die Unverletzlichkeit der weltlichen Fürsten. Der stehe ja in brennendem Widerspruch mit der vorausgehenden Erklärung, daß nicht die Geistlichen allein die Kosten der Ausgleichung tragen sollten. Wenn man auch wisse, daß schließlich von den Laienfürsten nichts zu erlangen sein und die Last der Entschädigung auf den Klerus fallen werde, so dürfe Oesterreich doch nimmermehr schon jetzt dies anerkennen; „und dann", fuhr er plötzlich auf, „würden wir ja durch den Zusatz auf jede bayerische Erwerbung verzichten; es ist nur zu klar, eben darauf ging die Absicht der Preußen, als sie ihn vorschlugen." Cobenzl war höchlich betroffen, daß er dies nicht früher gesehen. Denn sein erster Artikel verzichtete auf deutsche Territorien allerdings nur insoweit, als sie zur Entschädigung für Belgien und Mailand hätten dienen können; der Zusatz aber ging weiter und schloß überhaupt jede Erwerbung bayerischen Landes, durch Tausch, Kauf oder sonstwie, aus. Er meldete also schriftlich dem Grafen Görtz, daß er nach gewissenhafter Beratung mit dem Grafen Lehrbach seine Genehmigung des Zusatzes widerrufen müsse, und mündlich erörterte dann Lehrbach den Preußen, wie der Artikel gänzlich überflüssig sei, da ja niemand an eine Bedrohung welt-

licher Fürsten denke. Nach vielfachen nutzlosen Gesprächen kam man endlich überein, die Urkunde ohne den Zusatz abzusenden, aber beiderseits über denselben zu berichten. Aus Cobenzls Darstellung leuchtete dann der Wunsch auf ein positives Ergebnis sehr bestimmt hervor; Lehrbach aber, von Mißtrauen erfüllt, sah nur die Schwierigkeiten und klagte die Preußen an, daß sie den Grafen Cobenzl hätten mißbrauchen und anführen wollen. Die preußischen Gesandten schlossen ihren Bericht mit den Worten: wir erbitten Ew. Majestät weitere Befehle; unsererseits glauben wir, daß jede andere Erwägung vor der Rettung Europas zurücktreten muß.

Der Eindruck dieser Meldungen war ziemlich gleicher Art in Wien und in Berlin. Man freute sich der Annäherung, aber beharrte auf den früher erhobenen Forderungen. Haugwitz erklärte den Gesandten, es bleibe bei den trierischen Aemtern für Oranien; an ein Heranziehen der Laienfürsten zu der Entschädigungslast sei nicht zu denken, der streitige Zusatz also unerläßlich; die geistlichen Kurfürsten wolle man gerne schonen, so weit wie möglich; für sich selbst müsse jedoch Preußen außer Hildesheim noch eine kleine Abrundung seiner fränkischen Gebiete begehren. Umgekehrt stellte sich in Wien jetzt die Absicht fest, zwar auf bayerische Erwerbungen zu verzichten, aber für das Frickthal und den Breisgau das Erzbistum Salzburg zu begehren. Da die preußische Regierung, wie wir bemerkten, entschlossen war, für einen solchen Fall ihrerseits anstatt des kleinen Hildesheim das große Münsterer Bistum zu verlangen, so war man also noch weit genug von völliger Uebereinstimmung entfernt. Immer aber war das Ergebnis der Rastatter Gespräche unverächtlich. Man kannte jetzt in Wien die preußischen Absichten; die Differenzpunkte lagen klar und boten schließlich keine unübersteigliche Schwierigkeit. Inwieweit nach erlangter Einigung Preußen sich zu thätigem Auftreten gegen die französischen Uebergriffe entschließen würde, stand allerdings noch völlig dahin: so viel aber war deutlich geworden, daß an eine Verbindung desselben mit der Repu-

blik, an preußische Feindseligkeiten gegen Oesterreich, nicht zu denken war. Dazu kam dann, im höchsten Grade erquicklich für Thugut, ein äußerst eingehendes und lebhaftes Schreiben, womit Kaiser Paul den Brief seines hohen Bundesgenossen vom 9. März am 27. beantwortete. Mit eifriger Wärme nahm er die ihm angetragene Vermittelung an, wollte sie selbst in Berlin zur Sprache bringen und versprach sich bei dem Charakter der beiden Monarchen davon große Freude und eine feste Verbindung zwischen den drei Mächten. Er zweifelte nicht an einem raschen Erfolge, wenn man beiderseits nur Argwohn und Eroberungspläne beseitige; so weit gediehen, werde er den beiden Höfen ein Verteidigungsbündnis vorschlagen und England und Dänemark zum Beitritt einladen. Ein solches heilsames Einvernehmen werde dann Europa vor dem herandrohenden Unheil bewahren.

Thugut atmete auf, als er diese Zeilen las. Endlich, schrieb er am 13. April an Colloredo, scheint Paul durch den revolutionären Unfug in Rom und der Schweiz zum Leben erwacht zu sein; jetzt können wir hoffen, mit einiger Ausdauer und Thätigkeit unsere Lage zu verbessern und vor allem dem Grafen Haugwitz rechtschaffen die Stange zu halten. Er wußte wohl, daß auf Pauls Beständigkeit nicht stark zu bauen sei; aber ein Anfang war gemacht, und wenn Rußland nicht alle Hoffnungen täuschte, war der Minister entschlossen, den Kampf gegen die anschwellende Revolution von neuem anzunehmen; immer vorausgesetzt, daß Frankreich auf seiner Weigerung italienischer Territorien beharrte. Thuguts Hauptsorge richtete sich jetzt, nach jener Aufhellung am nordischen Horizonte, auf die inneren Verhältnisse der Monarchie. Wir wissen, wie oft er während des letzten Krieges über die Insubordination der Generale, über die Schwäche und Schlaffheit der höheren Beamten zu klagen gehabt hatte. Sollte es jetzt zu einem neuen Bruche kommen, so legte er das höchste Gewicht auf den italienischen Kriegsschauplatz, wünschte also der dortigen Provinzen völlig sicher zu sein und deshalb die Verwaltung

derselben unmittelbar in der eigenen Hand zu haben. Dazu war aber unerläßlich, daß er wenigstens teilweise von den Arbeiten des auswärtigen Amtes entlastet werde; er hatte sich dazu den Grafen Cobenzl ausersehen, dessen Geschäftskunde und Fügsamkeit er für eine solche Stellung ausreichend hielt. Nichts war hierbei weniger beabsichtigt als ein Systemwechsel; es fehlte Cobenzl durchaus an der Fähigkeit zu selbständiger Leitung der Geschäfte, und der Kaiser sprach es bald nachher offen aus, daß der neue Minister keinen wichtigen Schritt ohne besondere kaiserliche Vollmacht, das heißt, ohne Genehmigung Thuguts vorwärts thun dürfe [1]). Während aber diese Maßregeln im kaiserlichen Kabinette vorbereitet wurden, trat ein Vorfall ein, welcher die Dinge zu plötzlicher Entladung bringen zu müssen schien, ein unvermuteter Zwist mit der französischen Botschaft in Wien. Es wird zweckmäßig sein, an dieser Stelle die weiteren Schritte Bonapartes in Frankreich nachzuholen.

Wir sahen ihn während des Januar in mannigfaltiger, ganz Europa umfassender Thätigkeit, mit spanischen und batavischen, römischen und helvetischen Unternehmungen, vor allem aber mit rastlosen Flottenrüstungen beschäftigt, zunächst die englische Küste bedrohend, zugleich aber auch die orientalischen Angelegenheiten immer im Auge. Was die deutschen Fragen betraf, so dürfen wir vermuten, daß er mit jedem Fortschritt der Rastatter Verhandlungen sich in dem Vertrauen bestärkte, seinen Willen in vollem Umfange durchzusetzen, ohne daß Oesterreich hier aus der geduldigen Passivität herausträte, mit der es gleichzeitig die Umwälzung Roms und der Schweiz aufnahm. Wohl ermahnte er Anfang Februar das Direktorium, auf der Rheinlinie stark gerüstet zu sein, um im Notfall, sei es gegen Oesterreich, sei es gegen Preußen, rasche und zerschmetternde Schläge führen zu können. Indessen schien bei dem deutlichen Gegensatz der preußischen und österreichischen Interessen der Fall so unwahrscheinlich, daß Bonaparte gleich

[1]) Eden an Grenville 2. und 7. Mai 1798.

nachher sich entschloß, die Richtung seines maritimen Unternehmens zur Entscheidung zu bringen und am 8. Februar zu einer Besichtigung der an der Küste des Kanales vorgenommenen Rüstungen abreiste. Nach Paris zurückgekehrt, erstattete er am 23. über die Ergebnisse Bericht. In seiner Weise stellte er keinen positiven Schlußantrag, schloß aber durch die aufgezählten Thatsachen jede Möglichkeit der englischen Landung aus. Gleich die ersten Worte enthielten die Verurteilung des Planes. „Mit allen Anstrengungen", sagte er, „werden wir in mehreren Jahren noch nicht die Ueberlegenheit zur See haben. Eine Landung in England zu machen, ohne Herren des Meeres zu sein, wäre das kühnste und schwerste Unternehmen, das je gemacht worden ist." Er führt diesen Satz dann im einzelnen durch, legt die Möglichkeiten dar, die sich auch jetzt eröffnen, nur daß allerdings bei jeder der Versuch geradezu halsbrechend und halb wahnsinnig bleibt. Er zeigt die Unzulänglichkeit der Rüstung auf allen Punkten, er berechnet die Kosten, von denen er sehr wohl weiß, daß die bankerotte Regierung sie nicht aufbringen kann. „Die englische Landung", schließt er, „ist also erst im nächsten Jahre möglich, und auch dann wird sie höchst wahrscheinlich durch die Verwickelungen des Festlandes verhindert werden; der rechte Augenblick ist verloren, vielleicht für immer." In einem zweiten Bericht von demselben Tage zählt er noch einmal auf, was zur Durchführung des Unternehmens ohne jede Zögerung geleistet werden müßte. Ist dies alles, fährt er fort, entweder gar nicht oder doch nicht in der nötigen Schnelligkeit erreichbar, so muß man auf die Landung verzichten und alle Kraft und Aufmerksamkeit auf den Rhein lenken, um Hannover und Hamburg den Engländern zu entreißen: in diesem Falle versteht es sich, daß es unmöglich wäre, eine zahlreiche Armee in weite Ferne vom Rheine hinwegzuführen. Oder, fügt er kurz hinzu, man kann eine Expedition in die Levante senden, um den indischen Handel der Engländer zu bedrohen. Zeigt sich aber, bemerkt er zum Schlusse, dies alles unthunlich, so bleibt nichts übrig, als mit Eng-

land Frieden zu schließen, der jetzt vielleicht auf gute Bedingungen erreichbar wäre und uns die Möglichkeit gewährte, in Rastatt unsere Forderungen erheblich höher zu spannen.

Mit voller Gewißheit ging aus dieser Denkschrift das eine hervor, die Verwerfung des direkten Angriffs auf England. Ob der General über das Unternehmen, welches er an die Stelle der Landung setzen wollte, in diesem Augenblicke bereits fest entschlossen war, wer will es sagen? Seitdem er, die Wogen der Adria vor Augen, sich an dem Bilde eines neuen Alexanderzugs berauscht hatte, war seine Stellung erheblich gewachsen; er war dicht an die Möglichkeit herangetreten, die Beherrschung Frankreichs und die Leitung Europas zu ergreifen. „Ich mache mein Thema stets in mannigfaltiger Weise," pflegte er zu sagen; ob er die neuen Lorbeeren im Orient oder im Occident aufsuchte, mochte bis zum letzten Augenblicke von den politischen Aussichten abhängig bleiben. Indessen zeigte sich bald, daß die übrigen Möglichkeiten, die er aufgezählt hatte, unter den jetzigen Verhältnissen nicht zu verwirklichen waren. Er hatte von einer Besetzung Hannovers geredet, aber erst vor wenigen Wochen hatte das Direktorium der preußischen Regierung die bündigste Zusage des Gegenteils gegeben, und überhaupt schien es unthunlich, ehe man in Rastatt mit Oesterreich abgeschlossen, durch solch einen Gewaltstreich das jetzt friedliebende Preußen tödlich zu erbittern. Den zweiten Fall, eine Friedensunterhandlung mit England, hatte sich das Direktorium wenigstens für den Augenblick durch seine fanatischen Großsprechereien unmöglich gemacht. So kam man zu dem Beschlusse, anstatt der Landung in England ein Unternehmen in die Levante zu versuchen, und bereits am 5. März legte der General dem Direktorium eine lange Reihe der speziellsten Anordnungen vor, zu dem großen Zwecke, sich Aegyptens und der Insel Malta zu bemächtigen. Die Ausführung des Gedankens, nach dem englischen Frieden den Kontinent schärfer zu fassen oder zum Zwecke des englischen Krieges Hannover und Portugal zu besetzen, blieb einer nicht weit entfernten Zukunft vorbehalten.

Es wiederholt sich uns hier die Bemerkung, daß auch nicht eine wichtige That des Konsulates und des Kaiserreiches unter den Jugendplänen des großen Kriegsfürsten fehlt. Es ist auffallend in jeder Beziehung, wie wenig innere Fortentwickelung in dem mächtigen Lebenslaufe, welcher Napoleon Bonaparte heißt, stattgefunden hat. Damals, im Frühling 1798, war er genau seit zwei Jahren aus dunkler Namenlosigkeit auf die Weltbühne hervorgetreten, und bereits war alles, was er auf der Höhe seiner Macht in die Wirklichkeit geführt hat, vollständig in seinem Geiste vorgebildet, die innere Verfassung des Kaiserreichs, die Beherrschung Italiens, die Unterjochung des Papstes, die Ueberwältigung der Pyrenäischen Halbinsel, die Vasallität Deutschlands und die Mittel, sie herbeizuführen, die Aechtung des britischen Namens und das Kontinentalsystem, alles, aber auch alles war hier schon in voller Deutlichkeit gegeben. Nicht einen weiteren Gedanken hat er in den kommenden Jahren geliefert; seine ganze folgende Regierung ist nichts als die Verwirklichung der längst formulierten Aufgaben. Und wie die Reihe der Entwürfe, ebenso fertig ist schon bei dem achtundzwanzigjährigen Manne die geistige Individualität überhaupt. Das beispiellose Feldherrntalent ist voll entwickelt am ersten Tage seines Generalates, und nicht anders ist es die Reife der Staatskunst, die listige Unbarmherzigkeit, die unersättliche Selbstsucht, der dämonische Reiz der Erscheinung. In keinem Stücke ist er seitdem gewachsen; er ist später korpulenter und gesprächiger geworden, aber die einzige Aenderung, die sein Wesen erkennen läßt, ist eine Verschlechterung: das anfangs wunderwürdige Gleichgewicht zwischen Phantasie und Verstand, zwischen Kühnheit und Vorsicht, zwischen Leidenschaft und Berechnung wird mit jedem neuen Erfolge immer stärker verschoben. Es ist, als wäre der Weltherrscher fertig aus der Wiege emporgestiegen, wie die geharnischte Minerva aus Jupiters Haupt; man versteht jetzt, was er sagen wollte, wenn 1793 der junge Artilleriehauptmann seinem Freunde zurief: Könntest du sehen, was meine Seele bewegt, du würdest mich für toll erklären.

Oft genug hat man denn auch seine ägyptische Expedition ein rasendes Abenteuer gescholten, diese Wegführung des fähigsten Feldherrn und der besten Heeresteile in eine unabsehbare Ferne, in einem Augenblicke, wo auf allen Seiten der Zündstoff sich in Europa häufte und Frankreich mit neuen kriegerischen Verwickelungen bedrohte. Daß nun in der That ein gewisser phantastischer Reiz, ein Nachklang jener italischen Stimmungen von 1797 in seiner Seele dabei mitwirkte, wer möchte es in Abrede stellen? Aber ebenso unverkennbar ist es, daß seitdem die Aufgabe, nach ihren Bedingungen wie ihrer Tragweite, mit politischem Verstande durchgearbeitet worden war. Kühn blieb der Plan unter allen Umständen; aber, wie ihn Bonaparte jetzt gestaltet hatte, kann man ihn weder unvernünftig noch abenteuerlich nennen. Vor allem ist als die wesentlichste Grundlage desselben die Thatsache hervorzuheben, welche zwar in der Litteratur des Festlandes durchgängig übersehen, darum aber nicht weniger positiv ist, daß damals die französische Flotte die einzige Seemacht im Mittelmeere war, alle dortigen Verbindungen beherrschte und eine Aenderung dieses Verhältnisses außer aller Wahrscheinlichkeit lag [1]). Wir erinnern uns, daß gleich nach dem Abschlusse des französisch-spanischen Bündnisses, im Herbste 1796, England es für nötig erachtet hatte, seine Streitkräfte zur Deckung der eigenen Küsten zu sammeln und alle im Mittelmeer befindlichen Kriegsschiffe zurückzurufen. Während des ganzen Jahres 1797 hatte es, bald durch Spanien, bald durch Holland in Anspruch genommen, nicht ein Fahrzeug in den italienischen Gewässern gezeigt und den Fall Venedigs, die Besetzung der Jonischen Inseln, die Ueberführung der vene-

[1]) Man ist erstaunt, wenn man liest, wie Marmont, selbst ein Teilnehmer des Zugs, dies infolge der späteren Eindrücke vergessen hat und in seinen Memoiren Bonapartes Tollkühnheit kritisiert, wie umgekehrt Thiers (hist. de l'Empire XX, 672) die Genialität preist, mit welcher Napoleon seine Armee durch die feindlichen Flotten hindurchgeführt, wie Miliutin (Geschichte des Kriegs von 1799, I, 68 der deutschen Uebersetzung) von dem Mittelmeer redet, welches mit englischen Flotten bedeckt gewesen.

tianischen Flotte nach Korfu und Toulon teilnahmslos geschehen lassen. Neuerlich hatten vollends die geräuschvoll betriebenen Rüstungen am Kanal alle Blicke Englands auf diesen Punkt gelenkt; es galt jetzt als die erste Pflicht der Selbsterhaltung, hier eine ausreichende Streitmacht zu haben und durch eine sichere Blockade Hollands und der spanischen Kriegshäfen dem drohenden französischen Angriffe jede Unterstützung abzuschneiden. An eine Entsendung in das Mittelmeer schien man also weniger als jemals zu denken, und wenn Bonaparte bei seinem Plane überall von dieser Voraussetzung ausging, so traf er damals in der Auffassung der englischen Ansichten durchaus das Richtige. Noch am 20. April meldete Lord Grenville dem Wiener Hofe, daß man nicht im stande sei, irgend etwas für das Mittelmeer zu thun, und höchstens nach dem 1. Juni einige Fahrzeuge vorübergehend dorthin entsenden könne; eine längere Anwesenheit aber dieses Geschwaders im Mittelmeer würde erst dann möglich werden, wenn der französische Angriff auf die englische Küste gänzlich mißlänge und Oesterreich den spanischen Hof zur Neutralität zurückzubringen vermöchte. Nun war Bonapartes Absicht, gerade in dieser Zeit, in der letzten Woche des April, in See zu stechen; die Erwartung also, etwa während eines Vierteljahrs das Mittelmeer für seine Operationen zu ungestörter Verfügung zu haben, war unter diesen Umständen nicht leichtsinniger, nicht tollkühner als das Vertrauen, mit welchem jeder Feldherr bei irgend welcher Bewegung die möglichen Gefahren des Kriegsstandes auf sich nehmen muß. Kühn, wie gesagt, war und blieb das Unternehmen, aber von einem frechen und gewissenlosen Hazardspiel kann man nicht reden, wenn Bonaparte auf Beherrschung des Mittelmeers und gesicherte Kommunikationen rechnen durfte.

Zu einem ähnlichen Urteil gelangt man, wenn man die näheren Zwecke der Expedition in das Auge faßt. Auch sie sind nicht selten als Abenteuerlichkeiten, als Ausgeburten eines überreizten Gehirns bezeichnet worden, und auch bei ihnen nötigt die nähere Betrachtung, dieses Urteil erheblich

herabzustimmen. Allerdings, die schließliche Vollmacht für Bonaparte vom 12. April redet von gewaltigen Dingen, der Eroberung Aegyptens, der Durchstechung der Landenge von Suez, der Ueberziehung aller englischen Besitzungen in Asien: und oft genug hat man wenigstens das letztere als sinnlose Renommisterei bezeichnet. Indessen war gerade hierüber damals der gefährlichste Gegner Napoleons, Admiral Nelson, völlig entgegengesetzter Meinung; er glaubte, daß die Franzosen von Aegypten aus ohne besondere Schwierigkeit dem englischen Ostindien die schwersten Gefahren bereiten, ja daß ihre Truppen binnen wenigen Wochen mit den indischen Widersachern Englands zusammenwirken könnten. Dann aber bleibt noch die Hauptfrage zurück: inwieweit drückt jene Instruktion vom 12. April Bonapartes wirkliche Gedanken aus? Will sie ihm praktische Verpflichtungen bezeichnen oder nur Vollmacht für jede entfernte Möglichkeit geben? Und hier läßt es sich nun mit voller Bestimmtheit darthun, daß im Augenblicke der Abfahrt sein Ziel nicht die Eroberung von Indien und nicht die Umwälzung des Orients, sondern eine überraschende Einwirkung auf die Politik Europas war. Schon in jener Instruktion für Bernadotte sahen wir die französische Regierung ihren Blick auf die mögliche Ausnutzung der türkischen Dinge richten. Hatte man Aegypten erobert, so ließ sich die Frage stellen, entweder an die Kaiserhöfe, ob sie gemeinsam mit Frankreich zur Teilung der Türkei schreiten, oder an die Pforte, ob sie gegen Rückgabe Aegyptens in ein französisches Bündnis gegen die Kaiserhöfe treten wolle. Bonaparte hielt damals die letztere Alternative für die aussichtsreichere. So wunderlich es sonst sich ausnimmt, einen Bündnisantrag mit der Wegnahme einer Provinz des künftigen Genossen einzuleiten, so hatte man es hier eben mit der Türkei und ihren sehr besonderen Verhältnissen zu thun. In Aegypten hatte der Sultan nur einen leeren Schein von Oberhoheit; die wirklichen Herren des Landes waren die Mamelucken, und deren Vernichtung konnte dem Sultan, die Rücklieferung des Landes an ihn vorausgesetzt, nur er-

wünscht sein. So sollte denn der Minister Talleyrand selbst dem General nach Aegypten folgen [1]), um von dort als französischer Botschafter nach Konstantinopel zu gehen. Auch hier ist an die allgemeine Voraussetzung, die Beherrschung der See durch die französische Flotte, zu erinnern. Ohne Zweifel meinte man den Minister nicht wehrlos den zunächst doch etwas aufgeregten Türken in die Hände zu liefern; höchst wahrscheinlich hätte er seine Unterhandlung vom Bord eines französischen Geschwaders begonnen, dessen Kanonen in die Fenster des großherrlichen Serails hineingesehen, dessen Kasse den höchst bestechlichen Pfortenministern lockende Preise geboten hätte. Bonaparte hoffte dann auf günstigen und schnellen Erfolg. Ob seine Rechnung richtig war, mußte die Zukunft lehren; thöricht aber und phantastisch war sie sicher nicht. Jedenfalls war er damals so weit von dem Gedanken eines neuen Alexanderzuges entfernt, daß er binnen wenigen Monaten wieder in Paris zu sein meinte und noch im Juli, aus Aegypten selbst, seinem Bruder Joseph den Auftrag übersandte, ihm in Bourgogne ein Landhaus für einen Herbstaufenthalt anzukaufen [2]). Es galt ihm, sehen wir, nicht asiatische Lorbeeren zu sammeln, sondern eine militärische Position auf türkischem Boden zu gewinnen, deren Besitz vielleicht der gesamten Politik Europas neue Bahnen eröffnete.

Binnen sieben Wochen, vom 5. März bis zum 23. April, hatte der General mit einer unendlichen, das Kleinste wie das Größte vorsehenden Thätigkeit alle Vorbereitungen vollendet. Truppenteile von Boulogne sowie Menards Brigaden aus der Schweiz waren nach Toulon geschafft, Ba-

[1]) Daß dies und nicht eine direkte Reise Talleyrands von Paris nach Konstantinopel Bonapartes Absicht war, zeigen unwiderruflich seine Briefe an den Minister, aus dem Golf von Lyon, 23. Mai, aus Malta vom 18. Juni. Correspondance de Napoléon I., vol. IV. 117, 177.

[2]) Der Brief ist gedruckt in der Correspondance du roi Joseph, in der kaiserlichen Ausgabe aber des Napoleonischen Briefwechsels, ohne Zweifel wegen der darin enthaltenen Klagen über Josephine, weggelassen.

taillone des italienischen Heeres zur Einschiffung nach Genua und die Division Desaix aus Rom nach Civitavecchia gezogen. An allen diesen Punkten waren Massen von Transportschiffen aufgehäuft und in Toulon eine stattliche Kriegsflotte unter Admiral Bruyes, zum Teil französische, zum Teil venetianische Schiffe, vereinigt. Am politischen Gesichtskreise war kein beunruhigendes Vorzeichen erschienen; die Oesterreicher stimmten zwar in Rastatt gegen die französischen Forderungen, ließen aber sonst den nachgiebigen Beschlüssen der Deputation ihren Lauf, und am 30. März hatte schließlich selbst Graf Metternich die kaiserliche Genehmigung des Beschlusses vom 11. (die Abtretung des linken Rheinufers) nachgebracht. So mochte man denken, daß die Oesterreicher gleich widerwillig, endlich aber gleich gefügig auch dem Beschlusse über die Säkularisationen beitreten würden. Nicht eben angenehm war die beginnende Annäherung zwischen Oesterreich und Preußen, und Bonaparte selbst hatte am 13. März darüber dem preußischen Gesandten Sandoz-Rollin scharf in das Gewissen geredet. Auch nicht erfreulich war sodann die Kunde, daß Rußland zu der Berliner Unterhandlung als Vermittler zwischen den beiden deutschen Mächten hinzutrete: indessen zeigte gerade bei diesem Anlasse Preußen sogleich wieder seine tiefe Friedensliebe, indem es den französischen Gesandten in Rastatt die Erklärung gab, es handele sich wesentlich um die Erhaltung Bayerns, für welche Rußland im Teschener Frieden die Gewähr übernommen habe; immer sei man bereit, wie Rußland so auch Frankreich bei der Verhandlung zuzulassen, wenn dieses nur seine Truppen vom rechten Rheinufer zurückziehen wolle. So fand Bonaparte an keiner Stelle einen Anlaß zur Sinnesänderung; nirgends auf dem europäischen Kontinent wurde ein kriegerisches Gelüst sichtbar, und schlimmsten Falles würde bei Oesterreichs bekannter Langsamkeit die französische Flotte ihren Feldherrn längst in die Heimat zurückgebracht haben, ehe ein feindliches Bataillon die Grenze überschritte. Demnach gingen die Rüstungen unaufhaltsam ihrer Vollendung entgegen; selbst das

anfangs sehr streng beobachtete Geheimnis über das Ziel derselben begann in Paris offenkundig zu werden, und der Moniteur besprach in mehreren Artikeln höchst unbefangen die Aussichten und die Folgen der bevorstehenden ägyptischen Expedition. In Toulon war indessen alles zur Abfahrt auf den 26. April bereit gestellt und Bonaparte selbst am 22. im Begriffe, den Wagen zur Reise dorthin zu besteigen: da kam nach Paris die Nachricht von den überraschenden Vorgängen in Wien, welche mit einem Male den europäischen Friedensstand in Frage zu stellen schienen. Alles stockte, nach allen Seiten gingen die Gegenbefehle, eine verhängnisvolle Verzögerung trat ein.

Die Wahl Bernadottes zu dem wichtigen Botschafterposten in Wien war eine äußerst unglückliche gewesen. Der General hat in späteren Jahren große staatsmännische Klugheit und den besten persönlichen Takt bewährt: damals aber war er ganz und gar mit jakobinischen Leidenschaften und Manieren behaftet und zeigte eine völlige Unfähigkeit, seine Aufgabe auch nur zu begreifen, geschweige denn zu lösen. Auch der Fähigste und Umsichtigste hätte an seiner Stelle kein leichtes Werk vor sich gehabt, hier, wo es galt, Oesterreichs Zustimmung zu den verhaßten Rastatter Forderungen zu gewinnen, dabei ihm die lebhaft gewünschte Entschädigung in Italien zu versagen und ihm trotz alledem die Freundschaft Frankreichs, sei es in Bezug auf Preußen, sei es im Hinblick auf die Türkei, wünschenswerter als jede andere erscheinen zu lassen. Die einfachste Ueberlegung hätte, scheint es, ausgereicht, um die Haltung des Gesandten unwiderruflich zu regeln. Je herbere Dinge er zu fordern hatte, desto gewinnender mußten seine Formen sein. Je mehr abschlägige Bescheide er aussprechen mußte, desto wichtiger war es, so viel wie irgend möglich sonstige lockende Hoffnungen anzuregen. Je mehr er eine von Grund aus revolutionäre Politik vertrat, desto unerläßlicher war eine würdevolle Schonung der aristokratischen und monarchischen Gefühle im persönlichen Verkehr. Mit einem Worte, er hatte ein Benehmen einzuhalten, wie jenes, mit welchem

General Perignon in Madrid den großen Erfolg von San Ildefonso ermöglicht hatte. Aber von dem allen geschah das gerade Gegenteil. Mit völliger Nichtachtung des diplomatischen Brauches fiel er Mitte Februar, ohne Anmeldung, ohne Reisepaß, plötzlich dem österreichischen Minister in das Haus. Er wurde indessen dem Kaiser vorgestellt und tauschte mit dem Minister die Versicherungen friedfertiger Gesinnung aus. Dem Adel des Hofkreises machte er jedoch die herkömmlichen Besuche nicht, und als einmal Erzherzog Karl einige Tage in Wien zubrachte und die für Bernadotte anberaumte Audienz wegen eines eingetretenen Zwischenfalles auf den folgenden Tag verlegte, ließ ihm der Gesandte sagen, wenn der Erzherzog am Montag, so sei er am Dienstag verhindert [1]). Thugut hatte von ihm damals den Eindruck, daß er rohen Charakter und geringe Kenntnisse zeige und sich völlig von den jungen Hitzköpfen seines Gesandtschaftspersonals leiten lasse. Sein dritter Sekretär war ein Pole, ein eifriger Patriot und Revolutionär, welcher den Gesandten leicht überzeugte, daß der in seiner Instruktion enthaltene Hinweis auf eine etwaige Erhebung Polens eigentlich den Schwerpunkt seiner ganzen Aufgabe bildete. So wurde das Gesandtschaftshotel bald der Sammelplatz polnischer Verschwörer aus allen Teilen der ehemaligen Republik, ohne daß Bernadotte eine Ahnung davon zu haben schien, wie es kein besseres Mittel als dieses gab, um das für Frankreich Allerbedenklichste, eine Verbindung zwischen den drei Teilungsmächten herbeizuführen. Dazu kamen dann die kleineren Plackereien, mit welchen die Vertreter des französischen Direktoriums damals die Nachbarstaaten heimzusuchen pflegten, ewig sich wiederholende Beschwerden, daß irgendwo im Lande die französische Kokarde insultiert worden, daß den französischen Ausgewanderten völkerrechtswidrige Umtriebe gegen die Republik verstattet würden, endlich der förmliche Antrag, daß denselben das Tragen altköniglicher Orden in Oesterreich verboten werden müsse. Der Bericht

[1]) Eden an Grenville 17. März.

Bernadottes über ein hierauf bezügliches Gespräch mit Thugut bezeichnet den ganzen Mann. Der Minister gab auf die französische Forderung eine halb ausweichende Antwort und bezog sich unter anderm auf die Verstimmung des russischen Hofes, welche die sichere Folge einer solchen Maßregel sein würde. „Ich antwortete," schreibt Bernadotte [1]), „mit voller republikanischer Energie: Was geht mich die wahnsinnige Wut dieses nordischen Tyrannen an? Er wird schwere Arbeit im Herzen seines eigenen Landes erleben; Polen wird seine Ketten zerbrechen, und Frankreich hat in dieser Sache völlig freie Hand." Also, fragte Thugut, habt ihr die Absicht, dem Kaiser Franz seine neuen polnischen Besitzungen wieder zu entreißen? Bernadotte erwiderte mit majestätischer Herablassung: Der Friede von Campo Formio bekundet sattsam die günstigen Gesinnungen der französischen Republik gegen Oesterreich; wenn Polen sich befreit hat, wird das Direktorium etwas Nützliches und Angenehmes für Oesterreich thun. Aber, setzte er nachdrücklich hinzu, die Entwürfe Rußlands hat das Direktorium fest im Auge [2]).

Man ermißt leicht, daß bei einem solchen Benehmen seine Einwirkung null, seine Erkundigungen kümmerlich sein mußten. Seine Berichte an Talleyrand sind denn auch äußerst dürftig und inhaltsleer; ohne eine nähere Vorstellung von den Absichten Thuguts weiß er nur die Versicherung zu wiederholen, daß trotz vielfachen Aergers Oesterreich doch

[1]) Bericht vom 22. Germinal.

[2]) Cobenzl meldet später, 27. April, nach Petersburg, Bernadotte habe bei Thugut den Antrag gestellt, Oesterreich und Preußen sollten ihre Anteile behalten, Oesterreich aber sich mit Frankreich verbünden, um das russische Polen zu befreien und den Erzherzog Karl dort zum Könige zu machen. Obgleich auch aus Berlin ähnliche Dinge nach Petersburg berichtet wurden, ist mir die Richtigkeit derselben höchst unwahrscheinlich, da Bernadottes Korrespondenz mit Talleyrand gänzlich darüber schweigt, Thugut aber ein starkes Interesse hatte, Bernadottes polnische Sympathien den Russen in den grellsten Farben zu denunzieren, dagegen dem sächsischen Gesandten auf dessen Anfrage ausdrücklich erklärte, an dem ganzen Gerede sei nicht ein wahres Wort. Eden an Grenville, 11. April.

keine Schilderhebung wagen werde. Er selbst konnte sich schließlich dem Bewußtsein der trübseligen Rolle, die er spielte, nicht entziehen und bat das Direktorium am 12. April dringend um seine Rückversetzung aus dem widerwärtigen diplomatischen Treiben in den aktiven Kriegsdienst. Dann am folgenden Tage schaffte er sich diese Entlassung aus eigener Macht.

Am 13. feierte die Wiener Bevölkerung den Jahrestag des Landwehraufgebots gegen Bonapartes Vormarsch in Steiermark. Obwohl darin nichts Beleidigendes für Frankreich liegen konnte, ließ Bernadotte von seinem Balkon aus eine vier Ellen lange Fahne in den französischen Farben mit der Inschrift Republique française aushängen[1]). Da dergleichen damals nicht üblich war, fremde Fahnen vielmehr nur in eroberten Städten zu wehen pflegten, so sah das Volk in der Sache eine beleidigende Herausforderung; eine große Menschenmasse rottete sich vor dem Hause zusammen, Schimpfreden und bald auch Steine flogen hinüber, die Fensterscheiben wurden zertrümmert, und nach langem Toben kletterte ein kecker Schlosser den Balkon hinan und riß die Fahne hinunter, wo sie dann in tausend Fetzen zerrissen wurde. Sonstige Gewaltthätigkeiten wurden nicht verübt. Von Polizei und von Truppen war lange Zeit nichts zu sehen; sie kamen endlich langsam und in schwacher Zahl, und so dauerte es mehrere Stunden, bis tief in der Nacht die Ruhe wiederhergestellt war. Bernadotte hatte unterdessen mehrmals an Thugut geschrieben und im dritten Briefe seine Pässe gefordert, um mit der ganzen Gesandtschaft Oesterreich zu verlassen, es wäre denn, daß der Kaiser morgen öffentlich den Tumult mißbillige, die Urheber exemplarisch bestrafe, die Fahne durch einen Offizier wieder feierlich aufpflanzen lasse. Darauf sprach ihm Thugut umgehend das lebhafte Bedauern des Kaisers ebenso wie das seinige und die Hoffnung aus, daß Bernadotte nicht auf

[1]) Er hatte dazu eine Statue der Freiheitsgöttin bestellt; leider war der Künstler damit nicht fertig geworden.

der Forderung der Pässe bestehen werde. In gleichem Sinne schrieb am folgenden Morgen Graf Colloredo im unmittelbaren Auftrage des Kaisers, welcher sofort persönlich die nötigen Befehle an den Polizeidirektor und den Militärkommandanten erlassen hatte. Bernadotte aber erklärte dies alles für ungenügend, blieb dabei, seine Pässe zu begehren, und reiste nach Frankreich zurück. Damit war, sechs Monate nach Campo Formio, der diplomatische Verkehr zwischen beiden Mächten aufs neue abgebrochen. Was sollte werden?

Im ersten Augenblicke hielt man auf beiden Seiten den Vorfall für eine planmäßige Tücke des Gegners, um einen Anlaß zum Bruche herbeizuführen. In Oesterreich ordnete Erzherzog Karl, damals Oberbefehlshaber der böhmischen und mährischen Truppen, schleunige Bewegungen zur Deckung des Erzherzogtums und zur Vorbereitung eines Marsches nach Bayern an, während die Regierung, zu einiger Füllung ihrer Kassen, ein ansehnliches Zwangsanlehen im Inlande ausschrieb. Französischerseits ließ Bonaparte alle Truppen ausschiffen und stellte ansehnliche Streitkräfte dem General Brune für die Deckung Italiens zur Verfügung. In Wahrheit aber wollte keine der beiden Parteien schon jetzt den Bruch: Bonaparte wünschte Aegypten zu besetzen und Thugut seine Bundesverhältnisse festzustellen, ehe man die Kriegswürfel wieder über Europa rollen ließ. Der Lärm über Bernadottes Fahne kam also beiden Teilen ungelegen und gab schließlich gerade nicht das Signal zum Kampfe, sondern umgekehrt die Veranlassung zu einem nochmaligen letzten Einigungsversuche. Als Talleyrand ein beschwichtigendes Schreiben des österreichischen Ministers erhielt, kam Bonaparte zu dem raschen Entschlusse, selbst nach Rastatt zu Cobenzl hinüberzureisen, um mit diesem, wenn irgend möglich, zu einer Verständigung über alle schwebenden Fragen zu gelangen. Nun war aber Cobenzl schon vor Bernadottes Heldenthaten von Thugut nach Wien geladen worden, um dort seine Stelle in der neuen ministeriellen Einrichtung zu nehmen, welche dann auch am 1. Mai in der Weise zu stande kam, daß Cobenzl mit der bestimmten Aufgabe, genau in

Thuguts politischem System zu verharren, provisorisch die auswärtigen Angelegenheiten übernahm, Thugut aber Konferenzminister und mit der Verwaltung der Marine und der italienischen Provinzen betraut wurde. Als darauf Bonapartes Schreiben von Rastatt nach Wien gelangte, beschloß man hier sogleich, daß der neue Minister ohne Zaudern sich zu der wichtigen Unterhandlung nach Rastatt zurückbegeben sollte. Allein persönlich für Bonaparte kam die Meldung davon nach Paris zu spät. Nachdem er aus Rastatt die Kunde von Cobenzls Abwesenheit vernommen, hatte er auf der Stelle erklärt, daß er mit Metternich und Lehrbach, die lange nicht so hoch wie jener im Vertrauen des Kaisers ständen, nichts anfangen könne, und für sich die Reise nach Rastatt aufgegeben. Es blieb dann zu erwägen, ob er trotz der noch unsicheren Lage die Fahrt nach Aegypten antreten oder in der Aussicht auf einen neuen Krieg mit Oesterreich in Paris bleiben sollte. Hierbei aber waren für ihn an erster Stelle die inneren französischen Verhältnisse entscheidend. Die Direktoren hatten ihm allerdings, gerne oder ungerne, bei allen wichtigen Fragen eine entscheidende Stimme eingeräumt, in der Ausführung aber hatte bald der elende Zustand ihrer Verwaltung alles gehindert, bald ihre kopflose Demagogie die Pläne des Generals gestört und entstellt, und bei allem Zusammenwirken im Großen machte sich täglich im Einzelnen Argwohn und Eifersucht fühlbar. War es ratsam für Bonaparte, unter solchen Verhältnissen in einen großen Krieg einzutreten? Mathieu Dumas erzählt, daß nach einer Mitteilung des Generals Desaix damals Bonaparte sehr ernstlich den Sturz des Direktoriums erwogen und dieses, hiervon unterrichtet, ihn unter lebhafter Verhandlung, halb wider seinen Willen, zur sofortigen Abreise nach Toulon genötigt habe. Er selbst sagte damals seinem Bruder Joseph, mit der Republik, „diesem Traum unserer Jugend", sei es vorbei in Frankreich, aber die öffentliche Meinung sei noch nicht hinreichend festgestellt über die Frage, wer an ihre Stelle treten solle; so gehe er denn nach Aegypten, um ihr Zeit zu lassen, sich

weiter aufzuklären; wenn sie sich günstig für ihn gestalte, wenn der Krieg wieder ausbreche und unglücklich für Frankreich verlaufe, so werde er zurückkommen, in voller Sicherheit, als Hersteller und Retter der Erwählte des Volkes zu sein; würde aber während des Krieges ein neuer siegreicher Feldherr sich erheben, „nun," sagte er, „dann giebt mir vielleicht der Orient die Mittel, noch größere Dienste als er zu leisten, noch größeren Ruhm zu erwerben." Roher und aufrichtiger drückte er später auf St. Helena denselben Gedankengang in den Worten aus: Damit ich Herr in Frankreich würde, mußte in meiner Abwesenheit das Direktorium Unglück erleben, so daß meine Rückkehr den Sieg unter unsere Fahnen zurückrief.

So entschloß er sich, für wenige Monate die heimischen Dinge sich selbst zu überlassen und im Orient einige glänzende Schläge zu führen, welche vielleicht auf Europa in mächtiger Weise zurückwirken könnten. Er meldete dem Grafen Cobenzl, daß er die Reise nach Rastatt aufgegeben habe, nachdem er erfahren, daß jener dort nicht mehr anwesend sei, versicherte aber, daß die kaiserlichen Minister statt seiner andere, nicht minder friedliebende Bevollmächtigte vorfinden würden. Dann verließ er Paris am 3. Mai, um unvermuteten Geschicken im fernen Osten entgegenzugehen. Was die Verhandlung mit Cobenzl betraf, so empfand das Direktorium allerdings die Rücksichtslosigkeit, welche gegen den österreichischen Minister in Bonapartes Ausbleiben lag. Es ernannte also anstatt desselben einen Vertreter von möglichst hoher Stellung, den eben austretenden Direktor François von Neufchateau. Da derselbe nach einer Vorschrift der Verfassung binnen Jahresfrist Frankreich nicht verlassen durfte, wurde als Ort der Konferenzen das Städtchen Selz im Elsaß ausersehen. Seine Instruktion, vom 15. Mai, lautete dahin, er solle sich sowohl über die wegen des Fahnenhandels zu leistende Genugthuung als über Rom, Neapel, Toscana, die Schweiz und im allgemeinen über alle für die Erhaltung des Friedens wichtigen Fragen, soweit sie nicht nach Rastatt gehörten, mit

Cobenzl verständigen. Daß dies die Absicht des Direktoriums sei, wurde von Talleyrand auch dem kaiserlichen Minister mitgeteilt.

Cobenzl sprach allerdings einiges Befremden über Bonapartes plötzliches Verschwinden aus, verhieß aber doch zu den Konferenzen in Selz sich einzustellen. Auch Thugut war der Meinung, daß man dort nicht bloß über die zerrissene Fahne, sondern über alle wichtigen europäischen Sorgen zu verhandeln habe: noch einmal sollte Cobenzl den Franzosen die Frage stellen, ob sie dem Hause Oesterreich in Italien eine weitere Ausdehnung zubilligen wollten, nach ihrer Verpflichtung aus Artikel 7 des Vertrags von Campo Formio. Krieg und Friede hing von ihrer Antwort ab.

Sehen wir, wie die Aussichten dafür standen.

Fünftes Kapitel.

Konferenzen in Selz.

Das französische Direktorium war in dem Augenblicke, als Bonaparte Frankreich verließ, im besten Schwunge revolutionärer Thätigkeit, sowohl im Innern als nach Außen.

Wir haben beobachtet, mit welchem Eifer die Sieger des Fructidor den Staatsstreich weiter ausbeuteten, wie sie alle Monarchisten und Gemäßigten mit blutiger Verfolgung trafen, wie sie die politische Macht noch einmal den bewährten Revolutionsmännern und Jakobinern zurückgaben und diesen Elementen in der Presse und dem Vereinswesen ungestörte Entfaltung gestatteten. Eine Weile ging dies vortrefflich; solange es noch Reste der besiegten Parteien zu bekämpfen gab, hielten die Jakobiner aller Farben, die Männer von 1793 und von 1795, eifrig miteinander und mit der Regierung zusammen. Bald aber wiederholte sich auch diesesmal die seit 1792 so oft gemachte Erfahrung:

als der gemeinsame Feind vollkommen zu Boden geworfen war, brach der alte Faktionshaß unter den Demokraten selbst wieder mit unauslöschlichem Grimme zu Tage: alle ihre Gruppen waren durch Ströme wechselseitig vergossenen Blutes voneinander geschieden, und sämtlich hatten sie den Sinn der schrankenlosen Unbändigkeit, der sie zu Gegnern jeder Regierung machte. Denn einen gewissen Gehorsam mußte jede Regierung fordern, auch wenn sie selbst aus Jakobinern bestand: es war aber alter revolutionärer Glaubenssatz, daß nicht die Regierung dem Volke, sondern der souveräne Bürger der Regierung zu befehlen habe. Das Direktorium begann es wenige Monate nach seinem großen Staatsstreich zu empfinden. Als mit dem Ende des Winters die Zeit der allgemeinen Wahlen für ein Drittel der Volksvertretung und für die Gerichts- und Verwaltungsbeamten herannahte, als demnach ein verstärktes politisches Leben im Lande sichtbar wurde: da fingen die Machthaber an, nach verschiedenen Seiten besorgte Blicke zu werfen. Man hatte bei Zeiten an eine gründliche Vorbereitung der Wahlen, und zwar anfangs nur an die Zurückdrängung der Gemäßigten, gedacht. Eine Reihe von Vorschlägen war zu diesem Zwecke bei den Fünfhundert vorgekommen, eine massenhafte Reinigung der Wählerlisten, eine Verlegung des Wahlortes in 45 Departements, eine Strafe für die von der Wahlurne fernbleibenden Bürger. Gegen jeden Antrag erhob sich die Einwendung, daß solche Maßregeln gesetz- oder verfassungswidrig seien; immer aber wurde sie höchst unbefangen mit der Erklärung abgewiesen, daß dieses Mal die Royalisten um keinen Preis die Mehrheit haben dürften, wenn die Republik nicht zu Grunde gehen sollte. Die Fünfhundert beschlossen also nach den Winken des Direktoriums; leider aber setzte der Rat der Alten, im Fructidor weniger hart als die Fünfhundert getroffen, den letzten Rest von Selbständigkeit ein und lehnte alle jene schönen Entwürfe ab. Auch die Regierung kam nicht weiter darauf zurück: denn mittlerweile hatte sie sich überzeugen müssen, daß zur Zeit sehr wenig von den gründlich eingeschüchterten

Monarchisten, um so mehr aber von dem wachsenden Uebermut der radikalen Jakobiner zu befahren sei. Die Rührigkeit der Terroristen war gewaltig. Ueberall bildeten sie ihre Klubs, setzten dieselben trotz des gesetzlichen Verbots in enge Verbindung und rissen sich vollständig von dem Einflusse der Regierung los. Wie im Jahre 1793 riefen sie das arme und tugendhafte Volk zu neuer Erhebung auf, erklärten jeden Gegner ihrer Kandidaten für einen Royalisten und Chouan, forderten öffentlich große revolutionäre Mittel, um die Freiheitsfeinde von den Wahlen fernzuhalten. Gegen das Direktorium zeigten sie sich ebenso feindselig wie vor zwei Jahren Gracchus Babeuf; aufs neue war von der Tyrannei der fünf Männer und von der glorreichen Verfassung von 1793 die Rede. Anfang März begann die Regierung gegen dieses Treiben einzuschreiten; eine große Anzahl der terroristischen Klubs wurde geschlossen und unmittelbar vor den Urwahlen eine Proklamation erlassen, welche die Bürger auf das dringendste sowohl vor den königlich Gesinnten als vor den Anarchisten von 1793 warnte. Die Aufregung war indessen so weit gestiegen, daß zwar in Marseille, wo General Chabert mit militärischer Strenge das Tragen von Waffen und Stöcken sowie jede Zusammenrottung von mehr als sechs Personen verboten hatte, die Urwahlen ruhig verliefen, sonst aber auf einer Menge von Punkten, in Paris, Lyon, Nimes, Reims, Brüssel, Cambrai u. s. w. Händel und Gewaltthätigkeiten aller Art vorfielen, die Listen zerrissen, gegnerische Wähler hinausgeworfen, gemäßigte Bürger mit dem Tode bedroht wurden. Die Folge war dann, daß die beiden Parteien gesondert zur Ernennung der Wahlmänner schritten und jede derselben die einzig berechtigte Vertretung des Departements zu liefern behauptete. Am 31. März erschien eine neue Ansprache des Direktoriums, welche über den Entschluß der Regierung keinen Zweifel mehr ließ. Die royalistischen Verschwörer, sagte sie, am 18. Fructidor besiegt, suchen jetzt die Republik auf neue Weise zu schädigen; sie wollen die Volksvertretung verhaßt und verächtlich machen, indem

sie die schlimmsten und anrüchigsten Anarchisten in die Räte bringen, und schon jetzt erscheinen zahlreiche Namen dieser Art auf den Kandidatenlisten. Aber, fuhr sie drohend fort, die Regierung wacht: wenn man am 18. Fructidor die Verräter aus der Volksvertretung auszustoßen vermochte, so wird man jetzt neue Verräter fern zu halten wissen. Am 10. April begannen darauf die Sitzungen der Wahlmänner, und sofort erneuerten sich hier die Spaltungen der Urwähler. Aus allen Teilen des Reiches kam die Nachricht von Scissionen, das heißt, von besonderer Konstituierung der beiden Parteien. Durchgängig hatten die Terroristen die Mehrheit in den Wahlkörpern, weil die Masse der Bevölkerung seit dem 18. Fructidor sich scheu zurückhielt; durch ihr tumultuarisches Treiben gaben sie der Minderheit Anlaß, über Gesetzwidrigkeiten und Unterdrückung zu klagen und daraufhin eine besondere Versammlung zu bilden. Am 26. April richtete das Direktorium eine Botschaft an die Fünfhundert, worin es über die Pariser Wahlen berichtete. Die dortige Minderheit klagte, daß die Terroristen eine Menge Unberechtigter in das Wahlkolleg gelassen, gesetzlich ernannte Wahlmänner ausgeschlossen und den Babeuvisten Antonelle anerkannt hätten; das Direktorium forderte die Räte zu nachdrücklichem Einschreiten auf. Eine zweite, umfassendere Botschaft folgte am 2. Mai, eine förmliche Anklageschrift gegen die Bestrebungen von 1793, die rechtlosen Uebergriffe der Klubs, das offene Streben derselben auf den Sturz der jetzigen und die Herstellung der Verfassung von 1793, den von ihnen bei den Urwahlen geübten Druck auf die Bevölkerung, die Masse der während der Wahlen vollbrachten Ungesetzlichkeiten. Es war sehr deutlich, was, die Richtigkeit dieser Anklagen vorausgesetzt, die verfassungsmäßige Pflicht des gesetzgebenden Körpers war: offenbar mußten die so zu stande gekommenen Wahlen vernichtet und die Bevölkerung zur Vornahme neuer Wahlen berufen werden. Lamarque, ein Abgeordneter der äußersten Linken, verteidigte zu Gunsten seiner bedrohten Parteigenossen diesen verfassungsmäßigen Weg mit großem Nachdruck.

Welchen erheblichen Nachteil, sagte er, kann es bringen, wenn in der That ein Dutzend Terroristen hier eintreten sollten? Sicher aber ist der schwere Schaden für die Freiheit, wenn wir immer wieder, um die Verfassung zu retten, den Boden der Verfassung verlassen. Aber er machte keinen Eindruck. Das Direktorium befürchtete bei neuen Wahlen fortgesetzte Unthätigkeit der ruhigen Bürger, welche jetzt mit tiefer Schadenfreude die Verbündeten des 18. Fructidor sich untereinander zerfleischen sahen, und demnach wiederholte, vielleicht vermehrte Triumphe der Terroristen, und nach seinem Wunsche entschloß sich die Kammer zu dem Verfahren, überall wo sich in einem Wahlkolleg ein ungesetzliches Verfahren der Mehrheit nachweisen ließe, nicht die Wahl überhaupt für ungültig zu erklären, sondern die Abgeordneten der Minderheit als die rechtmäßigen Vertreter des Bezirkes anzuerkennen. Dies wurde am 7. Mai von den Fünfhundert nach äußerst heftiger Verhandlung beschlossen und am 11. Mai oder 22. Floreal von den Alten bestätigt. Es traf mehr als sechzig Abgeordnete der Linken, die auf solche Art von dem Eintritt in den gesetzgebenden Körper ferngehalten wurden.

Noch war die Machtstellung des Direktoriums so beschaffen, daß das Land den Staatsstreich des Floreal mit gleicher, ja mit größerer Teilnahmlosigkeit als jenen des Fructidor hinnahm. Für den Augenblick war die Allmacht der Regierung nochmals glänzend bethätigt. Aber für die Zukunft derselben war es ein verhängnisvoller Sieg, ganz ähnlich, wie einst durch die Vernichtung der Hébertisten sich Robespierre die Wurzel der eigenen Stellung zerschnitten hatte. Seit dem 18. Fructidor dünkte die Herrschaft des Direktoriums allen Franzosen abscheulich, welche nicht die Gesinnungen von 1793 teilten. Seit dem 22. Floreal war nun auch die Masse der alten Jakobiner wieder von den gleichen Gefühlen der Enttäuschung und des Hasses gegen die augenblicklichen Machthaber erfüllt. Das Direktorium hatte keinen Rückhalt mehr im Lande, auf keiner Seite, bei keiner Partei. Seine einzige Kraft lag in dem Besitze der

Regierungsbefugnisse, mithin schließlich in der Zuverlässigkeit der Armee. Aber auch hierauf wirkten seine Gewaltthaten zersetzend. Infolge des 18. Fructidor konnte es nicht mehr auf die Anhänglichkeit Moreaus, Klebers, Desaixs rechnen; seit dem 22. Floreal erfüllten sich die jakobinischen Generale, Jourdan, Brune, Augereau, mit schwach verhehlter Abneigung. Dazu kam, daß im Direktorium selbst zwar keine grundsätzliche Spaltung wie vor dem 18. Fructidor, aber auch keineswegs ein volles und aufrichtiges Einverständnis vorhanden war. Barras war wie immer bereit, seinem persönlichen Interesse jeden seiner Kollegen zu opfern. Einstweilen hatte er und Rewbell ein näheres Verständnis [1]), während zwischen dem letzteren und Merlin von Douai eher eine persönliche Abneigung bestand. An die Stelle des austretenden François von Neufchateau berief jetzt die Wahl des gesetzgebenden Körpers den Rastatter Gesandten Treilhard, der ebenso entschieden sich zu Merlin wie sein bisheriger Kollege Bonnier zu Rewbell hielt [2]), also mit diesem vom ersten Tage an ein völlig kühles Verhältnis hatte.

Alle diese Umstände waren nicht dazu angethan, dem Direktorium die Lage im Inneren als besonders hoffnungsreich erscheinen zu lassen. Um so eifriger wandte es sich dem revolutionären Treiben im Auslande zu. Wenn es hier einen König nach dem anderen verjagte, so bewies es damit, trotz aller Schmähungen der Terroristen, unwiderleglich seine republikanische Gesinnung. Wenn es darüber zum Kriege kommen sollte, so mußten ihm, gerne oder ungerne, die jakobinischen Generale ebenso wie die gemäßigten ihre Dienste leihen. Jedenfalls lieferte jede Ausdehnung der revolutionären Eroberung der unheilbar bankerotten Staatskasse neue Einnahmen, und dies allein hätte hingereicht, ihre Uebergriffe nicht ruhen zu lassen. So hasteten sie weiter, von Tag zu Tag, ohne zusammenhängenden Plan, wie gerade die nächste Beute sie lockte; Bonaparte,

[1]) Bericht der preußischen Gesandten in Rastatt, 3. März.
[2]) Bericht der preußischen Gesandten, 10. Februar.

der sie zwar an Herrschsucht noch überbot, aber nach seiner Feldherrnklugheit ihnen zuweilen feste Regel und Zurückhaltung auferlegt hatte, war fern auf der See, und Talleyrands verständiges, aber immer schmiegsames Einreden wurde ohne weiteres auf die Seite geschoben.

Die Wirkungen dieser Politik empfand zunächst das Deutsche Reich. Während der ganzen Dauer des Waffenstillstandes und der Rastatter Friedensverhandlung war das Direktorium unausgesetzt bemüht, durch zahlreiche Agenten die deutschen Territorien zum Aufstand gegen ihre Regierungen zu bringen. Anfangs war Augereaus Hauptquartier der Mittelpunkt der Umtriebe; nach dessen Versetzung wurden es die französischen Gesandtschaften in Basel und Rastatt. Ihre Sendlinge bezogen von dem Straßburger konstitutionellen Klub große Massen revolutionärer Druckschriften, predigten den Bauern die Abschaffung der Herrenrechte, den Bürgern die Gleichheit vor dem Gesetze, priesen die uneigennützige Großmut der französischen Nation und fanden immer noch leichtgläubige Thoren in Menge, welche sich durch die schönen Worte anlocken ließen. Im badischen Oberlande kam es zu Bauernaufständen, wo der meuterische Haufen bis auf 8000 Köpfe anschwoll und nur mit großer Mühe auseinandergetrieben wurde. Nicht weniger gärte es in Württemberg, wo der Herzog mit den Landständen in einem bitteren Verfassungsstreite lag und endlich unbedingte Nachgiebigkeit geraten fand, um nicht einen offenen Ausbruch revolutionärer Gewalt zu erleben. Auch beschränkte sich die französische Propaganda keineswegs auf Süddeutschland. In Hamburg suchte Léonard Bourdon von der städtischen Regierung eine Anleihe von mehreren Millionen zu erpressen und sammelte zugleich die neuerungslustigen Elemente der Bevölkerung in einem Revolutionsklub: die Hamburger Behörden wagten nicht, diesem völkerrechtswidrigen Treiben mit dem gebührenden Nachdruck zu begegnen, und die Schließung des Klubs konnte endlich nur durch das Eingreifen des preußischen Königs, als Vorstandes des niedersächsischen Kreises, herbeigeführt werden. Wenn über

solche Dinge bei der französischen Botschaft in Rastatt Beschwerde geführt wurde, so antwortete Treilhard höchst unbefangen, daß die Umwälzung des Deutschen Reiches in der Natur der Dinge liege und die einzelnen Reichsstände nur von engem Anschluß an die große Nation ihre Rettung erwarten dürften. Wenn vollends einmal eine deutsche Regierung kräftig gegen die Unruhestifter einschritt, so nahm die französische Botschaft ihre verfolgten Anhänger offen in ihren Schutz und erzwang mit der Drohung militärischer Maßregeln die Freilassung der Gefangenen.

Ganz in demselben Sinne wurde denn auch die große Unterhandlung des Reichsfriedens weitergeführt. Nachdem, wie wir sahen, die Deputation die beiden Grundsätze, die Abtretung des linken Rheinufers und die Entschädigung durch Säkularisationen, angenommen, empfing sie am 3. Mai 1798 eine französische Note, welche zur Regelung der Einzelheiten auf der so gewonnenen Grundlage aufforderte und zunächst die französischen Begehren rücksichtlich der Grenzregulierung aussprach. Hier erlebte man denn eine neue Probe der Begriffe, die man in Paris von ehrlichem Frieden und nationaler Selbständigkeit hatte. Den Rhein also als Grenze vorausgesetzt, erklärte man, daß Frankreich außer dem ganzen linken Ufer auch alle Inseln des Stromes und dazu auf dem rechten Ufer einen Landstrich gegenüber Hüningen, Kehl als Deckung für Straßburg, Castel als Vorstadt von Mainz besitzen müsse, nicht aus Vergrößerungssucht, sondern lediglich zur eigenen Sicherheit. Dagegen habe Deutschland die Festung Ehrenbreitstein als unverträglich mit der Existenz von Coblenz zu schleifen. Alle Rheinzölle seien abzuschaffen, die Schiffahrt völlig freizugeben und dieselbe Wohlthat für den Verkehr auch auf der Donau und Weser durchzuführen. Endlich sei es selbstverständlich, daß Frankreich zwar die Gebietsteile des linken Ufers, nicht aber die Schulden derselben übernehme; vielmehr seien diese auf die Landschaften des rechten Ufers zu übertragen, welche den bisherigen Fürsten des linken zur Entschädigung überwiesen würden. Die Erfüllung dieses Begehrens mußte

eine neue Quelle endloser französischer Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Reiches eröffnen; dabei sollte die neue Grenze militärisch wehrlos, den Franzosen aber drei feste Uebergangspunkte eingeräumt werden. Auf diese Art, erklärten sie, würde eine feste Ordnung der Dinge und ein solider Friede, wie ihn beide Nationen wünschen müßten, gesichert sein. Die Unterwerfung Deutschlands unter Frankreichs herrschenden Willen erschien ihnen als gleich wünschenswert für beide Völker. Wir zweifeln nicht, daß diese Selbstgefälligkeit vollkommen ehrlich gemeint war: jedenfalls eröffnete sie der Deputation doppelt geringe Aussicht, mit ihren Protesten gegen die fremden Beglückungsversuche irgend etwas auszurichten.

Gleichzeitig entwickelten sich wie in Rastatt so auch in der Schweiz die traurigen Folgen der französischen Eroberung unaufhaltsam weiter. Die französische Kriegserklärung hatte, wie wir gesehen, nur gegen den Kanton Bern oder vielmehr gegen dessen Patriziat gelautet. Als aber die Truppen einmal im Lande waren, legten sie die Besetzung rechts und links auch über die längst demokratisierten Kantone und brachten allen Jammer des Krieges gleichmäßig über Feind und Freund. Nachdem Brune den Berner Staatsschatz von fünf Millionen Franken in Beschlag genommen, nachdem die Truppen alle Teile des Kantons durchplündert hatten, war die erste Maßregel, durch welche Lecarlier den Beginn seiner Verwaltung ankündigte, eine Kontribution in Bern von 800 000, in Freiburg von 500 000 Franken. Bald nachher folgte, nachdem Lecarlier in das Ministerium getreten und sein Begleiter Rapinat, ein Schwager Rewbells, die Geschäfte allein besorgte, eine Kriegssteuer in Bern von sechs, in Zürich von drei, in Freiburg, Solothurn, Luzern von je zwei Millionen, außer einer auf den katholischen Klerus gelegten Brandschatzung von einer Million. Zugleich wurden überall die Staatskassen ausgeräumt, die öffentlichen Magazine geleert, eine Flut von Naturalrequisitionen über das unglückliche Land ergossen. Und immer weiter dehnte man den Umkreis der

Gewaltthaten aus. Schon einige Wochen früher, im Februar, hatte man die bundesverwandte Stadt Mülhausen im Elsaß genötigt, um ihre Einverleibung in die französische Republik zu bitten; jetzt wurde auch die Bürgerversammlung von Genf mit französischen Soldaten umringt, bis sie dasselbe Gesuch um ihre Aufnahme in die große Nation gestellt hatte. Den Anlaß zur Vollendung der Invasion bot dann die Einführung der helvetischen Einheitsverfassung, des Werkes des großen Ochs, welcher dieselbe fort und fort den Pariser Machthabern als einziges Bollwerk der Schweizer Freiheit gegen die verruchten Oligarchen anpries.

Wie wir früher bemerkten, war jener Gedanke Bonapartes oder Brunes, die Schweiz in drei Republiken zu teilen und neben dem neuen Helvetien auf der einen Seite Waadt und Wallis, auf der andern die Urkantone selbständig bestehen zu lassen, von der Bevölkerung dieser Landesteile mit Jubel begrüßt worden. Um so grimmiger war die Enttäuschung, als wenige Tage später Brune durch das Direktorium zum Widerruf seiner Anordnung und zur Verkündung der helvetischen Gesamteinheit genötigt wurde. Die von den Franzosen besetzten Kantone fügten sich der Gewalt und beschickten zur Bildung der neuen Behörden eine konstituierende Versammlung in Aarau. Wallis aber im Süden und der größte Teil der Urkantone und des oberen Rheinthales wiesen mit voller Entschiedenheit die Aufforderung zum Eintritt in den neuen helvetischen Freistaat zurück. Mit dem vereinzelten Wallis, dessen unteres Thal ohnedies den alten Zorn gegen die früheren Herrscher im Oberlande noch nicht vergessen hatte, wurde man schnell fertig; auf Anrufen Mangourits führte General Lorge eine Kolonne die Rhone aufwärts und warf den Widerstand unter blutigen Gefechten und Verheerung des ganzen Landstriches zu Boden. Ernster stellten sich die Dinge in den Urkantonen. Der Landeshauptmann Aloys Reding in Schwyz ergriff mit Mut und Einsicht die Leitung; die Landleute, von ihren Priestern und Mönchen begeistert, strömten in hellen Haufen zusammen, nicht bloß, um den verhaßten

Bedrängern den Eintritt in ihre Thäler zu wehren, sondern um mit raschem Angriff sie überhaupt aus der Schweiz wieder hinauszuschlagen. Leider blieb auch hier die Bewegung nicht ohne inneren Zwiespalt; in Unterwalden und Appenzell trennten sich die Parteien; Uri bezeigte schwachen Eifer zu der von Schwyz beabsichtigten Offensive. Auch der Einfluß der Geistlichen, so sehr er die Glut der Erhebung steigerte, entwickelte starke Schattenseiten; Pfarrer und Kapuziner zogen zu Roß, mit dem Säbel umgürtet, an der Spitze ihrer Gemeinden einher, stellten das Ansehen der Offiziere in den Schatten und erschwerten eine feste Disziplin im höchsten Maße. Unter diesen Umständen faßte Reding den richtigen Entschluß, den Zänkereien durch die That ein Ende zu machen, und schickte am 21. April einen Teil seiner Mannschaften durch Unterwalden den Brünig hinauf zu einem Angriff auf das Berner Oberland; eine andere Abteilung brach in die freien Aemter ein, um dann den Kanton Zürich zu besetzen; er selbst, mit der Hauptmacht zwischen beiden, warf sich auf Luzern, dessen Bauern eifrig für ihre Sache Partei nahmen. Im ganzen verfügte Reding ungefähr über 10 000 Mann. Indessen hatte auch General Schauenburg sich vorgesehen und etwa 25 000 Mann französischer und helvetischer Truppen zu dem Kampfe herangezogen. So mißlang der Angriff der Schweizer auf das Berner Oberland; auch ihr rechter Flügel wurde nach einem siegreichen Gefechte bei Hügglingen durch die feindliche Reiterei geworfen und gleich nachher Zug durch die Franzosen eingenommen. Dadurch war Schwyz selbst bedroht, und Reding beeilte sich, Luzern zu räumen und die Truppen vom Brünig zurückzuberufen. Jetzt kam es zu harten Kämpfen auf beiden Ufern des Züricher Sees, wo die Franzosen schwere Verluste erlitten, aber doch im Vordringen blieben; die Lage Redings wurde mit jeder Stunde bedenklicher, ein großer Teil der Genossen gab den Streit auf und zerstreute sich nach Hause; Reding aber begeisterte die Männer von Schwyz zu dem Eide, im Kampfe auszuhalten bis zum Tode. So wurde am 2. Mai bei Immensee und an der

Schindeleggi blutig gefochten, die Schweizer behaupteten ihre Stellung unerschütterlich an beiden Punkten, sahen sich dann aber von Einsiedeln her im Rücken bedroht und wichen zurück auf den Paß des Morgarten, der einst vor einem halben Jahrtausend den ersten Sieg der freien Eidgenossen gesehen hatte. Unmittelbar nachher erfolgte der französische Angriff auch dorthin; aber noch einmal richtete sich der Mut der Schwyzer in mächtiger Verzweiflung auf: mit einem rasenden Ansturm brachen sie die übermächtigen Kolonnen des Feindes und trieben sie in völliger Auflösung den Berg hinab bis nach Aegeri, wo Reding die Verfolgung hemmte, um nicht durch zu weite Entfernung andere bedrohte Punkte der Heimat schutzlos zu lassen.

Auf beiden Seiten kam man jetzt zum Besinnen. Die Schwyzer konnten trotz ihres freudigen Sieges auf die Dauer der Uebermacht zu widerstehen nicht hoffen. Die Franzosen hatten seit dem Beginne des Kampfes mehr als 3000 Mann verloren, während die Einbuße der Gegner zehnfach geringer war; sie hatten an diesem Kriege um so weniger Freude, als der Sieg ihrer Uebermacht geringen Ruhm und die Hütte des Alpenhirten durchaus keine lockende Beute versprach. So kam es am 3. Mai zu einem Waffenstillstand und am folgenden Tage zu einem Vertrag, durch welchen die Urkantone in den helvetischen Freistaat eintraten, die Franzosen aber auf die militärische Besetzung derselben verzichteten. Einsiedeln freilich, St. Gallen, das Rheinthal mußten eine Zeitlang französische Garnisonen erdulden und ernähren.

Unter so blutigem Ringen kam dann der Abschluß der helvetischen Einheit zu stande. Während Kampf und Verwüstung noch alle Thäler des Hochgebirges erfüllte, richteten sich in Aarau der Senat und der Große Rat als Volksvertretung ein und erwählten dann als höchste Landesregierung ein Direktorium von fünf Mitgliedern. Die neuen Regenten waren sämtlich gemäßigte und verständige Männer; es bezeichnete die vorwaltende Stimmung, daß die beiden großen „Befreier", die Werkzeuge Frankreichs, Ochs und

Laharpe, zu ihrem tiefen Verdrusse keine Sitze im Direktorium erlangen konnten. Beneidenswert war jedoch das Dasein dieser Regierung in keiner Hinsicht. In einem völlig ausgeraubten Lande, ohne Kassenvorräte, ohne disziplinierte Kriegsmacht, hatten sie sich zwischen den Anforderungen der Parteien und, was schlimmer war, unter den herrischen Geboten Schauenburgs und Rapinats durchzuwinden. Denn unaufhörlich setzten diese die Erpressungen in allen Teilen des Landes fort, legten willkürlich die Hand auf die öffentlichen Einkünfte und ließen der Roheit der französischen Truppen die Zügel völlig schießen. Es war vergebens, daß die helvetischen Direktoren sie mit Bitten, Beschwerden, Verwahrungen bestürmten; und nicht minder vergeblich blieb die Abordnung eines eidgenössischen Gesandten, Zeltner, nach Paris, der zwar von Talleyrand, dem alten Gegner dieses ruchlosen Raubkrieges, freundlich empfangen wurde, aber für keine seiner Vorstellungen Gehör fand. Besser verstand es dagegen der Berner Kriegskommissar Jenner, in Paris für das Interesse seines Kantons zu wirken. Er hatte mit Brune vielfache Verhandlungen über den Berner Schatz gehabt und hier die Mittel kennen gelernt, welche bei den französischen Machthabern einzig wirksam waren. Er brachte am 27. April mit Talleyrand eine Punktation zu stande, welche die in Bern geforderte Kontribution erheblich herabsetzte und die Verpflegung der dort stehenden Truppen der französischen Staatskasse überwies. Rapinat wütete, als er es erfuhr, und erklärte, daß dieser abscheuliche Vertrag die Hälfte des französischen Heeres zum Hungertode verurteile. Talleyrand aber, längst ärgerlich über den brutalen und eigenwilligen Menschen, der, auf seine hohe Verwandtschaft pochend, den Minister niemals eines Berichtes gewürdigt hatte, setzte bei dem Direktorium die Bekräftigung des Vertrages durch. Um so gewaltthätiger trat darauf Rapinat in jeder anderen Beziehung gegen die Schweizer und deren Behörden auf; die politischen Vereine wurden geschlossen, die Preßfreiheit erstickt, jede Reise aus einem Kanton in den anderen ohne

einen französischen Paß verboten. Als die helvetischen Direktoren fortfuhren, dieser Tyrannei ihren unerschrockenen Widerstand entgegenzusetzen, schritt Rapinat zu dem in Batavien und Cisalpinien erprobten, durchgreifenden und doch höchst einfachen Verfahren: er schrieb von Zürich aus der helvetischen Regierung, daß die Direktoren Bay und Pfyffer im Verdachte hochverräterischer Umtriebe mit England ständen und also gut thun würden, ihren Abschied zu nehmen; zugleich bezeichnete er noch drei andere höhere Beamte, die wegen ihrer schlechten Gesinnung entfernt werden müßten; der Offizier, schloß er, welcher diesen Brief dem Direktorium überbringe, solle die Antwort desselben abwarten. Zwei Tage nachher erließ er einen weiteren Ukas, welcher, in Erwägung, daß die Schweiz als erobertes Land zu betrachten sei, daß also die Agenten der französischen Regierung über Politik und Finanz zu entscheiden hätten, die Verfügung traf, es seien alle Anordnungen der helvetischen Regierung, welche französischen Befehlen zuwiderliefen, für null und nichtig zu erachten und jede Widersetzlichkeit gegen die letzteren kriegsrechtlich zu ahnden. Die von ihm verfemten Männer wichen darauf der Gewalt, und am 21. Juni meldete Rapinat, daß er an die Stelle der abgetretenen Direktoren die Bürger Ochs und Dolder ernannt habe. Die unbedingte Knechtung war damit so plump wie möglich verkündet, jedoch hielt man französischerseits für angemessen, zu einiger Verhüllung derselben ein eigentümliches Nachspiel folgen zu lassen. Am 24. Juni empfing nämlich der gesetzgebende Körper in Aarau eine Zuschrift des Generals Schauenburg, daß das Pariser Direktorium Rapinats Vorgehen mißbillige und denselben abberufen habe; man möge also die Stellen Bays und Pfyffers durch verfassungsmäßige Wahlen wieder besetzen. Es brach darüber ein großer Jubel in der Versammlung aus, und anfangs machte sich die Ansicht geltend, ohne weiteres die beiden Verstoßenen wieder in ihre Aemter einzuführen. Indessen wurde man bald genug inne, daß an entscheidender Stelle dies die Meinung doch nicht sei, und so erfolgte am 29. Juni die Wahl, welche

statt jener Ochs und Laharpe in die Regierungsbehörde berief. Schauenburg sprach darüber seine hohe Billigung aus; das Einverständnis war hergestellt, und nun blieb als französischer Regierungskommissar auch Rapinat an seiner Stelle. Ob seine Abberufung nur eine Finte gewesen, um damit die Schweizer für die gewünschte Neuwahl günstig zu stimmen, oder ob in der That damals wechselnde Parteieinflüsse in Paris gewirkt haben, muß dahingestellt bleiben.

Während auf diese Art die ganze Schweiz als geduldiges und nahrhaftes Standquartier französischer Heeresmassen eingerichtet wurde, bearbeitete mit nicht geringerem Eifer die revolutionäre Propaganda die italienischen Staaten von einem Ende der Halbinsel zum anderen. Um nicht in wichtigeren Operationen gestört zu werden, hatte General Bonaparte von einer vollständigen Umwälzung des Landes niemals hören wollen. Vorausgesetzt, daß die bestehenden Regierungen sich ihm dienstwillig zeigten, wollte er sie fürs erste bestehen lassen; er wollte nicht durch den Sturz Toscanas Oesterreich noch weiter reizen, nicht durch eine Besetzung Neapels die französischen Streitkräfte auf der Halbinsel in mißlicher Art zersplittern, nicht durch eine Revolution in Turin das ihm jetzt zur Verfügung stehende sardinische Heer in anarchische Auflösung werfen. Die Direktoren aber, besonders Merlin und Laréveillère, welche damals den italienischen Dingen eine lebhafte Aufmerksamkeit schenkten, waren solchen Erwägungen ebenso unzugänglich wie Bonapartes Gründen für die Erhaltung des Papsttums. Wo eine Krone innerhalb ihres Griffes lag, schien es ihnen republikanische Pflicht, dieselbe zu zerbrechen; wo sie mit einem Könige noch verhandeln mußten, sollte derselbe wenigstens jeden Tag die unermeßliche Ueberlegenheit des republikanischen Standpunktes empfinden. Im Frühling 1798 erneuerten sie in diesem Sinne zunächst ihr diplomatisches Personal in Italien, wo ihnen die bisherigen, meist nach Bonapartes Sinn ausgewählten Vertreter viel zu lau und gemäßigt erschienen. Zum Gesandten in Ligurien wurde Sotin ernannt, der Polizeiminister des 18. Fructidor, zu

Botschaftern in Turin und Neapel Ginguené und Garat, gelehrte und gebildete Schriftsteller, aber unendlich hochmütige Jakobiner, endlich, wie wir schon wissen, zum Oberbefehlshaber der französischen Truppen in Italien General Brune. Es galt zunächst der Herrschaft des Königs von Sardinien über Piemont. Schon Anfang März, als in Rastatt der cisalpinische Gesandte Melzi klagte, daß man durch die Errichtung der römischen Republik der Cisalpina jede Aussicht auf Vergrößerung abgeschnitten habe, verwies ihn Treilhard tröstend auf Piemont. Aber, meinte Melzi, dem steht ja der französisch-sardinische Bundesvertrag im Wege. Treilhard antwortete: gleichviel, macht mir einen Plan zur Umwälzung Piemonts, und die Sache wird in einigen Monaten gemacht sein [1]). An Werkzeugen der Zerstörung war denn in der That kein Mangel. Sechs Festungen in Piemont hatten vertragsmäßig französische Garnisonen; Bonaparte hatte dieselben streng auf ihre militärischen Verpflichtungen beschränkt, jetzt aber fingen sie an politisch zu wirken, und ihr Vorgesetzter, General Casabianca, ein Vertrauter des Direktors Barras, wurde der Lenker eines unablässigen revolutionären Treibens. Im Lande selbst waren Adel und Klerus gegen alles, was republikanisch hieß, im höchsten Grade erbittert und durch deren Einfluß auch die niederen Volksklassen und vor allem die Bauern mit fanatischem Hasse gegen die Franzosen erfüllt; dagegen waren liberale Wünsche unter dem gebildeten Mittelstande weit verbreitet; eine Anzahl jüngerer Männer lauschte begierig den französischen Aufreizungen, weniger aus republikanischem Hasse gegen das Königtum als nach dem Wunsche, Karl Emanuel zur Gewährung einer Verfassung zu nötigen. Schon 1797 war es an den Ufern des Langen Sees zu einem Aufstandsversuche gekommen, den jedoch die königlichen Truppen unter Bonapartes Beifall mit Nachdruck niedergeschlagen und die Gerichte darauf mit grausamen

[1]) Bericht der preußischen Gesandten, 5. März, nach Melzis eigener Erzählung. Ueber das Folgende vergl. außer Bottas 15. Buche die Mémoires de Miot de Mélito vol. I., chap. 7.

Strafen geahndet hatten. Zahlreiche Teilnehmer und Verdächtige waren infolgedessen nach Mailand und Genua entflohen, hatten dort freundliche Aufnahme und Unterstützung gefunden und bemühten sich von beiden Punkten her, ihren Bestrebungen in der Heimat Luft zu verschaffen. Ende März trat Ginguené seinen Posten in Turin an und bezeichnete seine Stellung gleich durch die äußeren Formen seines persönlichen Benehmens. Als er zum erstenmal von dem höchst schlichten und prunklosen Könige, nach dortiger Hofsitte unter vier Augen, in privater Audienz empfangen wurde, trug er mit rednerischem Pompe dem Fürsten eine wohlstilisierte und memorierte Ansprache vor, in welcher er die Tugend der Republikaner und die Rechtschaffenheit des Direktoriums belobte und die früheren Fehltritte der sardinischen Regierung mit verzeihender Großmut nur kurz berührte. Karl Emanuel, erstaunt über dieses litterarische Prachtstück, begnügte sich, dem Gesandten mit der Frage zu antworten, ob er sich in erwünschtem Wohlsein befinde. Bei dem Minister Priocca war Ginguenés erster Schritt die Forderung, daß Madame Ginguené dem Hofe als Botschafterin vorgestellt werde, jedoch nicht in höfischem Putze, sondern in republikanisch-einfacher Tracht, in weißem Kleide und baumwollenen Strümpfen. Die Fügsamkeit, womit der König dem schmerzlich empfundenen Begehren nachgab, half jedoch seiner Regierung wenig. Die revolutionären Versuche und die Unterstützung derselben durch die Franzosen traten immer nachdrücklicher zu Tage. Ein Haufen von 1600 Bewaffneten sammelte sich ganz öffentlich unter Brunes Vorwissen in Pallanza am Langen See, überschritt von dort die sardinische Grenze und nahm durch Ueberfall die kleine Festung Domo d'Ossola. Eine andere Abteilung von gleicher Stärke kam aus Genua nach Carrosio, einem piemontesischen, aber von ligurischem Gebiete umgebenen Orte, wurde dort durch 2000 ligurische Soldaten verstärkt, welche ohne den geringsten Widerstand ihrer Vorgesetzten plötzlich ihrer Republik den Dienst kündigten und durch das ligurische Gebiet hindurch Streifzüge in die nächsten pie-

montesischen Aemter unternahmen. Ein dritter Haufe zeigte sich in den Thälern der Waldenser, besetzte Bobbio und bedrohte Pinerolo und damit die Hauptstadt selbst. Eine ihrer Proklamationen bezeichnete mit unbefangener Aufrichtigkeit den Standpunkt der französischen Regierung. „Zur Beschleunigung des Friedens", sagte sie, „hat das Direktorium provisorisch die Könige als die Vertreter ihrer Völker ansehen wollen; diese Annahme, damals nötig für den Friedensschluß, ist heute offenbar sehr zu beschränken; den Schwachen beschützen, heißt ihn ausnutzen; das Bündnis des sardinischen Königs mit der französischen Republik enthält in der That seine Thronentsagung." Was hier offen gesagt wurde, zeigte sich thatsächlich in den ablehnenden oder ausweichenden Reden, wodurch Ginguené die lebhaften Beschwerden des Ministers Priocca über die offenkundige Unterstützung der Empörer durch Brune und die Mailänder und Genueser Behörden beantwortete. Er erklärte, daß Frankreich sich nicht einmischen könne, wenn die Einwohner Piemonts die Befreiung von ihrer sie hart belastenden Regierung forderten, und erhob seinerseits Anklagen gegen den Turiner Hof, daß er französische Emigranten im Lande dulde, gegen die Banden der Barbetti nicht einschreite, die in den Gebirgen zahlreiche Franzosen ermordet hätten, und seine Schweizer Regimenter nicht auflöse, obgleich die neue Ordnung der Dinge in Helvetien solchen fremden Dienst der Landeskinder nicht gestatte. Der König und Priocca sahen ihr Schicksal kommen und beschlossen, lieber rasch zu enden, als sich mit Nadelstichen langsam töten zu lassen. Zunächst warfen sie einige Regimenter auf Domo d'Ossola, wo die Aufständischen nach scharfen Gefechten vollständig zersprengt und eine große Anzahl ihrer Offiziere, darunter mehrere Franzosen, gefangen wurden. Dann erklärten sie der ligurischen Regierung, da sie jenen Empörern freien Durchzug durch ihr Gebiet gestattet habe, werde man jetzt auch die königlichen Truppen durch dasselbe auf Carrosio ziehen lassen, und ohne auf den hitzigen Protest der von Sotin geleiteten Ligurier Rücksicht zu nehmen, besetzte Ge-

neral Osasco nach kurzem Widerstande den Ort und machte auch hier dem Aufstande ein rasches Ende. Darauf nötigte Sotin das ligurische Direktorium, dem Könige wegen jener Grenzverletzung den Krieg zu erklären; die Piemontesen räumten dann Carrosio, und die Gegner besetzten in eiligem Nachdringen Loano und Serravalle.

Unter diesen Umständen hielt das französische Direktorium die Zeit des unmittelbaren Einschreitens gekommen. Am 18. Mai erließ Talleyrand eine Note nach Turin, in welcher er die Rebellen als unschuldig Irrende und Verführte bezeichnete und eine unbedingte Amnestie für sie begehrte; wenn dann der König seine Streitkräfte zur Ausrottung der Barbetti marschieren lasse, werde Frankreich seinen ganzen Einfluß in Cisalpinien und Ligurien zur Herstellung des Friedens verwenden. Falls der Turiner Hof jene Forderungen nicht erfülle, müsse ihn das Direktorium für den Mitschuldigen einer großen Verschwörung halten, deren Pläne den Pariser Behörden genau bekannt seien und im letzten Ziel eine allgemeine Ermordung der in Italien befindlichen Franzosen bezweckten. Ginguené überlieferte am 24. Mai diese Mitteilung dem sardinischen Minister in einer erweiterten Umarbeitung, deren litterarisches Verdienst ihm so erheblich dünkte, daß er bei Talleyrand um schleunige Veröffentlichung derselben einkam. Priocca aber schien darüber anderer Meinung zu sein, denn er antwortete gleich am folgenden Tage durch standrechtliche Hinrichtung von zehn der gefangenen Empörer, darunter zwei Franzosen, und gab erst am 28. den Befehl, die weiteren Untersuchungen einstweilen ruhen zu lassen. Ungeduldig im höchsten Maße über Ginguenés Aufgeblasenheit, bemühte er sich dann vergebens, die Unterhandlungen durch den sardinischen Gesandten in Paris fortsetzen zu lassen: das Direktorium wies ihn ein für allemal an Ginguené zurück, und dieser setzte dann in der That eine, wenn auch in mehrfacher Hinsicht eingeschränkte Begnadigung der Rebellen durch. Kaum aber glaubte Priocca damit den schwebenden Hader beschwichtigt zu haben, so trat hinter Ginguené jetzt

auch General Brune mit der Erklärung hervor, daß er bei der allgemeinen Gärung des Landes zur Sicherheit seiner Truppen die Ueberlieferung der Citadelle von Turin an eine französische Besatzung und außerdem die Entlassung der bisherigen, ihm höchst verdächtigen Minister begehren müsse. Er hatte für diese Forderungen keine Vollmacht seiner Regierung; er meinte aber, auch Bonaparte habe für die Eroberung Venetiens keine solche gehabt, und fand bei Ginguené denselben Gehorsam wie einst Bonaparte bei Villetard und Faypoult. Beide wußten sehr wohl, daß sie im Sinne, wenn auch nicht auf Befehl des Direktoriums handelten. Umsonst erklärte Priocca, daß man die Frage vor allem dem Direktorium zur Entscheidung vorlegen wolle; Brune und Ginguené beharrten auf sofortiger Entscheidung, und um seinen Unterthanen die offene Gewalt zu ersparen, gab der König am 28. Juni seine Zustimmung, die Citadelle seiner Hauptstadt den Franzosen zu öffnen und fortan unter der Mündung republikanischer Geschütze zu wohnen. Der russische, englische und portugiesische Gesandte baten darauf ihre Höfe um Erlaubnis zur Abreise, da Karl Emanuel thatsächlich nicht mehr König, sondern der französische Botschafter der wirkliche Beherrscher Piemonts sei.

Der Großherzog von Toscana hatte damals zwar keine französische Besatzung in Florenz, war aber darum nicht weniger durchdrungen von der Ueberzeugung, daß er genau in derselben Lage wie Karl Emanuel sich befinde. Eingeengt durch die Nachbarschaft der Cisalpinischen und der Römischen Republik, von den Cisalpiniern durch offene Waffengewalt einiger Grenzstriche beraubt, in mehreren toscanischen Städten durch innere Aufstände bedroht, fand er sich jetzt auf das höchste belästigt und beängstigt durch den Aufenthalt des vertriebenen Papstes auf seinem Gebiete, da die Franzosen ihn mit drohendem Nachdruck für jeden unbequemen Schritt desselben verantwortlich machten. Die Vorgänge in Piemont erfüllten seine Seele vollends mit Schrecken, und er beschloß durch eine außerordentliche Sendung die Hülfe seines kaiserlichen Bruders anzurufen. In tiefem Geheimnis reiste

also sein Vertrauter Manfredini nach Wien. Wir wissen aber, wie dieser noch im Frühling 1795 den vollen Zorn Thuguts auf sich gezogen hatte; dabei sah der Minister der Verhandlung über Bernadottes Fahnenstreit entgegen und hatte nicht die mindeste Lust, sich vorher gegen Toscana zu binden. Er sandte also dem Florentiner auf die erste Anmeldung am 19. April nach Neustadt den Befehl entgegen, von dort aus seine Aufträge schriftlich einzureichen und die Antwort des Kaisers abzuwarten. Indessen hatte Manfredini in eiliger Fahrt den Ort schon passiert und kam zu Thuguts großem Aerger noch an demselben Tage in Wien an. Es verstand sich, daß er unter diesen Verhältnissen wenig ausrichtete und mit einer Erklärung vorlieb nehmen mußte, der Kaiser werde je nach den Umständen für seinen hohen Bruder thun, was menschenmöglich wäre. Man sah seitdem in Florenz, obwohl nicht unmittelbar bedroht, aber von der völligen Wehrlosigkeit überzeugt, der Entwickelung „der Umstände" mit stumpfer Niedergeschlagenheit entgegen.

In leidenschaftlicherer Bewegung als der toscanische war in dieser Zeit der Hof von Neapel. Er hatte freilich Grund genug dazu, da die Franzosen, während sie Toscana bei dessen völliger Ohnmacht zur Zeit in Ruhe ließen, ihn mit den lästigsten Anforderungen heimsuchten. Kaum war nämlich die Römische Republik gegründet, so erging nach Neapel die Erklärung, daß dieselbe die Rechtsnachfolgerin des römischen Stuhles sei; Neapel habe also die Lehnshoheit derselben, wie bei den Päpsten, durch eine jährliche Zahlung anzuerkennen; es habe sodann die von seinen Provinzen umgebenen päpstlichen Fürstentümer Benevent und Pontecorvo der Republik zu überliefern und, da die Feindschaft des Ministers Acton gegen die Franzosen weltkundig sei, seine Friedensliebe durch die Entlassung desselben zu bethätigen. Zugleich zeigten sich im Lande, ähnlich wie in Piemont, vielfache Regungen, wenn nicht republikanischer, so doch liberaler Gesinnung unter der gebildeten Mittelklasse und einem Teile des Adels, während dessen Mehrheit so-

wie der Klerus und die von diesem aufgeregten Bauern, Fischer und Lazzaroni den wildesten Haß gegen alle Jakobiner zur Schau trugen. Die Regierung, hierauf gestützt, beschloß, nicht in feiger Nachgiebigkeit sich selbst aufzugeben. König Ferdinand IV. war persönlich ein völlig nichtiger Mensch, schlecht erzogen und mangelhaft unterrichtet, ohne Interesse und Fähigkeit für politische und geistige Arbeit, gutmütig und apathisch, nur für Jagen, Fischen und schlechte Späße begeistert und zur Zeit sehr ärgerlich über die Franzosen, weil sie ihm die gewohnte Lebensruhe so lästig störten. Bei dieser Natur hatte er seit Jahren die Leitung der Geschäfte fast ausschließlich in die Hand seiner Gemahlin Karoline, einer Tochter der großen Maria Theresia, übergehen lassen, einer Dame von dem besten Willen, rascher Einsicht und höchst erregbarer Leidenschaftlichkeit, so daß ihr Bruder Joseph oft von dem seltsamen Paare gesagt hatte, wenn sie ihm die Hälfte ihrer Nerven abgeben könnte, so ließen sich zwei bessere Menschen nicht denken. Sie hatte anfangs schwere Tage neben dem sehr zärtlichen, aber völlig gedankenlosen und deshalb auf allen Seiten beeinflußten Manne gehabt, bis sie es endlich erreicht hatte, ihn ihrer Leitung völlig zu unterwerfen. Es wäre ihr schwerlich jemals gelungen, da es ihr bei allem Eifer immer an Stetigkeit und Folgerichtigkeit fehlte, ohne die Hülfe jenes Acton, den sie deshalb trotz mancher bedenklichen Eigenschaften mit voller Treue in seiner hervorragenden Stellung aufrecht erhielt. In ihrer heftigen Weise hatte sie nun den Franzosen gegenüber, die ihr den Schwager und die Schwester gemordet und die alte wie die neue Heimat mit der schwersten Kriegsdrangsal getroffen, kein anderes Gefühl als das des grimmigsten Abscheus: unter dem Drucke von Bonapartes Siegen hatte sie mit bitterem Schmerze den Vertrag von 1796 zugelassen, aber keine Macht der Erde hätte sie zu weiterer Nachgiebigkeit bestimmen können. So wurden jene Forderungen verächtlich abgelehnt, ansehnliche Truppenmassen an der römischen Grenze zusammengezogen und jede Spur liberaler Bestrebungen im Lande mit entsetzlichen Kriminal-

prozessen verfolgt. Bei dem unsicheren Zustande der Dinge in Rom, von wo eben jetzt die Division Desaix zum ägyptischen Zuge abgerufen wurde, hielt das Direktorium für gut, den Hader einstweilen nicht auf die Spitze zu treiben, und neue Unterhandlungen führten zu einem Vertrage, welcher gegen eine Zahlung von 20 Millionen Franken die päpstlichen Fürstentümer dem Könige überließ, worauf dieser dann seinen Unterthanen ein freundliches Benehmen gegen die Franzosen vorschrieb und, allerdings mehr zum Scheine als in der That, an Actons Stelle den Unterhändler von Campo Formio, den Marchese di Gallo, an die Spitze des Ministeriums stellte.

Das auf diese Art erneuerte Einvernehmen hatte jedoch kurzen Bestand. Schon die Persönlichkeit des neuen französischen Gesandten, Garat, wirkte störend. Er war ein Litterat wie Ginguené und begrüßte ganz in dessen Weise den König bei seiner Antrittsaudienz mit einer langen und schwungvollen Rede über die Trefflichkeit und das hohe Wohlwollen der französischen Republik, so daß Ferdinand, der von allen bombastischen Phrasen eigentlich kein Wort verstand, ihm verblüfft zuhörte und dann ohne eine Silbe der Entgegnung den Rücken wandte. Der Königin kostete es die bitterste Ueberwindung, den Gesandten überhaupt zu empfangen, da er einst als Justizminister des Konvents dem unglücklichen Ludwig XVI. das Todesurteil vorgelesen hatte und sie also in seiner Sendung an sich eine schwere Beleidigung sah. Dazu kamen dann die gewaltigen Rüstungen in Toulon und Genua für den ägyptischen Zug, welche in Neapel und anderwärts als die Vorbereitungen zu einem heimtückischen Ueberfall der Insel Sizilien höchst verdächtig erschienen. Man setzte also die Rüstungen mit atemloser Emsigkeit fort und brachte das Heer allmählich auf eine Stärke von etwa 60 000 Mann, nur daß freilich an diesen Truppen das Beste ihre Zahl, die militärische Schulung und Festigkeit aber sehr ungenügend war. Zugleich rief man ebenso inständig wie Toscana den Beistand Oesterreichs an, und da auch in Wien über die Bestimmung der Touloner

Expedition dieselbe Meinung wie in Neapel vorwog, so entschloß sich das dortige Kabinett, am 19. Mai ein Verteidigungsbündnis mit König Ferdinand zu unterzeichnen, nach welchem Oesterreich 60 000, Neapel 30 000 Mann gegen einen französischen Angriff in das Feld führen und nach Bedürfnis verstärken sollte. Garat hatte unterdessen über die neapolitanischen Rüstungen Beschwerde geführt, in drohendem Tone Entwaffnung verlangt und die sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen begehrt: nach dem Wiener Erfolge aber war man in Neapel so weit wie möglich von unterwürfiger Furcht entfernt, wies Garats Anträge unwillig ab und forderte sogar in Paris mit großem Nachdrucke die Abberufung des überlästigen Gesandten. Das Direktorium, dem bei der Unsicherheit seiner Beziehungen zu Oesterreich ein Krieg mit Neapel zur Zeit nicht gelegen war, erfüllte den Wunsch des Königs und ersetzte Garat durch einen anderen Jakobiner, Lacombe St. Michel. Da nun mittlerweile auch die französische Flotte an Sizilien unschädlich vorübergesegelt war, so atmete man in Neapel wieder auf, fand ebenfalls schließlich den Frieden schöner als den Krieg und fürchtete jetzt nur noch, durch das Wiener Bündnis wider den eigenen Willen in einen österreichisch-französischen Hader verwickelt zu werden; der König weigerte also zu Oesterreichs lebhafter Entrüstung die Ratifikation des Vertrages, wegen der darin enthaltenen Bestimmung, daß wie Oesterreich bei einem französischen Angriff auf Neapel so auch Neapel bei französischen Feindseligkeiten gegen Deutschland den Krieg beginnen sollte. Es dauerte mehrere Wochen, bis man sich in Neapel eines Besseren besann.

Wenn man in Wien diese Verhältnisse überblickte, so ergab sich auf allen Seiten ein wenig hoffnungsvolles Bild. Gründe zu neuem, raschem Losbrechen gab es in Fülle. Die französische Eroberung drängte auf das rechte Rheinufer hinüber, schob sich in der Schweiz bis hart an die österreichische Grenze heran, schaltete und waltete über Italien in seinem ganzen Umfange. Und zugleich brach die

französische Diplomatie dem Kaiser gegenüber eine der in Campo Formio übernommenen Verpflichtungen nach der anderen, verweigerte ihm trotz ihrer Uebergriffe am Rheine das für diesen Fall verheißene Aequivalent und kündigte immer unverhohlener die Vertilgung aller geistlichen Herrschaften und damit alles österreichischen Einflusses in Deutschland an. Ein jeder dieser Punkte hätte allein für sich ausgereicht, den Gedanken an eine neue Schilderhebung anzuregen. Jetzt wirkten sie alle zusammen, und dazu kamen noch, unbestimmt zur Zeit, aber vielleicht um so aufregender, die Sorgen wegen Polen und der Türkei und somit das Bild des ganz Europa durchfressenden revolutionären Brandes. Es konnte kein Zweifel sein, noch gefährlicher als der Krieg gegen die französische Republik war ihre Nachbarschaft im Frieden.

Auf der anderen Seite aber, wie standen die Aussichten, wenn man sich zum Schlagen entschloß? Einzig auf Oesterreichs Kräfte angewiesen, mußte der Kampf recht mißlich erscheinen. An der italienischen Grenze hatte man überlegene Truppenmassen, auf dem deutschen Kriegsschauplatze aber wäre man zur Zeit erheblich schwächer als der Gegner gewesen. Dabei war Thugut von der Lahmheit der Verwaltung, der Ermüdung vieler Offiziere, der Eigenwilligkeit und Unbrauchbarkeit vieler Generale durchdrungen. Noch empfindlicher quälte dann die Finanznot, und England war zwar zu Hülfsgeldern bereit, immer aber nur unter der Bedingung, von welcher Thugut nichts hören wollte, der Anerkennung des letzten Anleihevertrags. In Petersburg trug allerdings Kaiser Paul jetzt die heftigste Entrüstung gegen die Franzosen zur Schau, allein von Truppenmärschen war noch keine Rede, und die einzige That der russischen Politik war bisher ihr Eintreten auf die Unterhandlung mit Preußen gewesen. An ein Gelingen derselben glaubte jedoch Thugut schlechterdings nicht; bei der unbedingten Friedensliebe des Königs und dem fortdauernden Einflusse des Grafen Haugwitz schien ihm Preußen in jedem Sinne unzuverlässig. Was man über die Absichten desselben mit

Sicherheit ermittelt hatte, beschränkte sich auf die verhältnismäßige Uneigennützigkeit, zugleich aber auch den höchst bestimmten Wunsch des Königs, keine bayerische Erwerbung Oesterreichs zuzulassen. Damit wurde der einzige Gewinn, welchen Frankreich dem Kaiser noch gönnen wollte, durch preußischen Einspruch äußerst zweifelhaft. Indem man hiernach in Deutschland auf keine irgend erhebliche Entschädigung mehr rechnen konnte, wurde man immer wieder mit doppelter Stärke auf das alte Begehren zurückgeführt, in Italien eine möglichst gewichtige Abrundung zu gewinnen. Deutschland wollte sich nicht mehr von Wien aus regieren lassen: mochte es also dahinfahren und sehen, wie es für sich allein mit den Franzosen fertig würde, während Oesterreich im Süden der Alpen eine neue Herrscherlaufbahn begänne. Bei der Unsicherheit der eigenen Bundesverhältnisse wollte man demnach, trotz aller bisherigen Uebergriffe der Franzosen, noch einmal den Versuch zur Verständigung machen, und Cobenzl reiste hinüber nach Selz, um zu sehen, welche italischen Lande sich für Oesterreich erringen ließen.

Am 25. Mai 1798 war François von Neufchateau dort angelangt und hatte große Mühe gehabt, in dem kleinen Orte eine halbwegs leidliche Unterkunft zu finden. Cobenzl, der wenige Tage später eintraf, war von der Aermlichkeit des äußeren Zustandes noch weniger erbaut. Es war unmöglich, in einer unscheinbareren Umgebung die Entscheidung über die Weltgeschicke zu treffen. Indessen zeigte sich François in den Formen höflich und entgegenkommend; er hatte eine Büste Bonapartes für Cobenzl mitgebracht und nahm von diesem einen vom Kaiser überschickten Ehrensäbel für den General in Empfang. Aber trotz dieser Freundlichkeiten zeigte sich gleich in der ersten Sitzung am 30. die tiefe Verschiedenheit der Standpunkte [1]). Auf Cobenzls Bemer-

[1]) François' Korrespondenz mit dem Direktorium im auswärtigen Archive zu Paris. Analyse von Cobenzls Berichten bei Mendelssohn, die Konferenzen von Selz, historische Zeitschrift 23, S. 40 ff. und Hüffer I, 280 ff.

kung, wie wünschenswert es sei, daß Oesterreich und Frankreich sich über jede in Rastatt vorzuschlagende Maßregel vorher untereinander verständigten, erwiderte François nur durch ein beredtes Schweigen. Dagegen betonte er, daß vor allem der nächste Anlaß der Zusammenkunft, die Beschimpfung der französischen Gesandtschaft, erledigt werden müsse. Cobenzl entgegnete, daß Bernadotte und seine Polen allein die Schuld an dem Vorfalle trügen; das niemals herkömmliche Aufstecken der Fahne zeige seine Absicht, einen Bruch herbeizuführen; überdies habe Colloredos Note die etwa erforderliche Ehrenerklärung vollständig geleistet. Was wir bedürfen, antwortete François, ist nicht ein beschriebenes Blatt Papier, sondern eine öffentliche und thatsächliche Genugthuung. Der Palast der Gesandtschaft in Wien müsse hergestellt, die dreifarbige Fahne wieder aufgesteckt, ein Prozeß gegen die Tumultuanten eingeleitet und dies alles durch den angekündigten österreichischen Gesandten dem Direktorium in feierlicher Audienz erklärt werden. Dies geschehen, werde Frankreich alle Erläuterungen geben, um dem Kaiser seine Friedensliebe zu beweisen. Cobenzl setzte die Erörterung dieses Punktes nicht weiter fort, sondern wandte sich jetzt mit unumwundenem Nachdrucke zu der Hauptsache, zu den seit Campo Formio vorgekommenen Gewaltthaten der Franzosen. Man habe glauben müssen, sagte er, durch jenen Vertrag den Zustand von ganz Italien festgestellt zu haben, und welche Veränderungen habe derselbe seitdem erlitten! Er wies dann auf den Papst hin, dessen Vertreibung um so mehr habe befremden müssen, als er, Cobenzl, in Udine sich mit Bonaparte über den künftigen Inhaber des heiligen Stuhles so gut wie verständigt habe. Darauf besprach er die Besetzung der Schweiz und die dort veranlaßte Umwälzung. Es sei unmöglich, daß Oesterreich bei solchen Vergrößerungen ruhig bleiben könne; im höchsten Grade sei ihm die Herstellung des Papstes in seinen früheren Besitzstand wichtig. François lachte über diese Wichtigkeit eines Priesters und setzte dann sehr ernstlich die Notwendigkeit auseinander, die Mißhandlung der

Franzosen in Rom und die englische Gesinnung der Berner zu bestrafen: vergrößert habe sich Frankreich weder hier noch dort und werde dies auch in Zukunft nicht thun. Im Gegensatze hierzu blieb natürlich der österreichische Minister fürs erste bei seinem Satze, daß nur die Herstellung des früheren Zustandes mit den Verheißungen von Campo Formio verträglich sei, und kam dann im Verfolg seiner Anklagen auf die deutschen Streitpunkte, die Forderung des ganzen linken Rheinufers trotz des Artikels 1 von Campo Formio, die Weigerung eines entsprechenden Erwerbs für Oesterreich trotz Artikel 7, die Begünstigung Preußens, welches von der Entschädigung auszuschließen Frankreich im Artikel 9 versprochen habe und jetzt durch allerlei Lockungen, durch vertrauliche Unterhandlungen in Rastatt und in Berlin völlig zu sich hinüberzuziehen suche. François erklärte darauf, daß ihm von solchen geheimen Anknüpfungen nichts bekannt sei; übrigens aber, sagte er, befinden wir uns in Selz und nicht in Rastatt, der einzigen Stelle, wo diese deutschen Händel auszutragen sind. So schloß das Gespräch ohne Annäherung, aber auch ohne Zeichen weiterer Spannung, eine erste Rekognoszierung der beiderseitigen Stellungen. Cobenzl hatte den Eindruck, daß Frankreich trotz des frechen Satisfaktionsbegehrens doch den Krieg nicht wolle; es sei nun abzuwarten, ob man sich zur Befriedigung der österreichischen Wünsche entschließen würde.

Die beiden Unterhändler waren übereingekommen, daß Cobenzl die Begehren seiner Regierung schriftlich zusammenstellen solle: die Note desselben wiederholte dann die Beschwerden über den Sturz des Papstes trotz Bonapartes Aeußerungen in Udine; er rügte es als eine Verletzung des Vertrages von Campo Formio, welcher die Grenzen der Cisalpina genau feststelle, daß vier Tage später das Veltlin damit vereinigt worden sei; er klagte über die Bedrohung Neapels und Toscanas durch die Römische Republik und fügte die Erklärung hinzu, daß, falls in der Schweiz die Franzosen zu einer militärischen Besetzung der kleinen Kantone schritten, Oesterreich dies mit dem Einrücken seiner Truppen

in Graubünden beantworten müßte. Wir werden, schrieb er am 2. Juni an Colloredo, nach dieser Denkschrift bald genug wahrnehmen, ob sie uns die Ausdehnung in Italien verstatten wollen: das ist der große Punkt, der Punkt, von dem alles abhängt [1]). Am 1., 3. und 5. Juni hatte man dann weitere Zusammenkünfte. Man besprach aufs neue die Frage des linken Rheinufers und der preußischen Entschädigung, und Cobenzl hatte die Genugthuung, daß seinen Rechtsausführungen François nur in lauer, wenig überzeugter Weise widersprach. Er meinte zu sehen, daß Frankreich nur deshalb dem Kaiser italienische Erwerbungen weigere, um ihn zu deutschen Annexionen und dadurch zum Bruche mit Preußen zu treiben. Jedenfalls räumte François ein, daß Oesterreich jetzt eine Vergrößerung gebühre, und, sagte er, es wird auch sehr leicht sein, dieselbe zu finden; in Deutschland habe man den reichsten Stoff, wenn Oesterreich sich nur entschließen wollte, die geistlichen Kurfürsten zu opfern und das ganze Pfaffentum zum Teufel zu jagen. Als Cobenzl dies sehr bestimmt ablehnte, rief François: „Nun, so laßt uns weiter sehen, wo sich euere Wünsche befriedigen lassen. Was steht euch an? Würden nicht türkische Provinzen eueren Zwecken dienen können?" Cobenzl verneinte wieder. „Dazu", sagte er, „wäre ein neuer Krieg nötig, zu dem uns die Pforte bisher keinen Anlaß gegeben hat. Eines Tages wird das ganz von selbst kommen; es wird euch leicht sein, mit uns und Rußland euch über den Punkt zu verständigen, aber freilich erst dann, wenn wir hier und in Rastatt abgeschlossen haben." Nun aber hielt Cobenzl den Augenblick für gekommen, seinerseits aus dem Kreise der bisherigen Verneinungen herauszutreten und die positiven Forderungen seines Hofes vorzulegen. Er entwickelte, daß nicht Deutschland, nicht die Türkei, wohl aber Italien der geeignete Boden für die Ausgleichung sei; hier finde sich herrenloses Gut in Menge, während drüben jede Erwerbung auf Kosten eines Eigen-

[1]) Vertrauliche Briefe Thuguts II, 104.

tümers erfolge, den man berauben müsse; aber er fand wenig geneigtes Gehör. François betonte sehr entschieden, daß gerade in Italien das Direktorium jeder Einräumung höchst abgeneigt sei; weder von einer Ausdehnung Oesterreichs im Westen bis an den Oglio, noch im Süden über die Legationen, noch von einer Abtretung der Jonischen Inseln wollte er etwas wissen. Darauf trat denn auch Cobenzl wieder auf den alten Standpunkt zurück und erklärte, daß unter solchen Umständen der Kaiser die allgemeine Herstellung des Besitzstandes von Campo Formio begehren müsse.

Noch an demselben Tage, dem 5., schrieb François dem Direktorium sehr ausführlich über die Lage. Seine persönliche Meinung ging dahin, daß manche Punkte in Cobenzls Darlegung nicht wohl zu bestreiten seien. Es war unklug, sagte er, daß wir mit der Cisalpina einen öffentlichen Bundesvertrag geschlossen haben; wir müssen dies bei Rom und der Schweiz vermeiden; denn indem wir dadurch unsere Vormundschaft aller Welt verkünden, geben wir den österreichischen Klagen über unsere Vergrößerung gewonnenes Spiel. Auch in den Fragen über Artikel 7 und 9 von Campo Formio fand er es sehr schwierig, den Grafen Cobenzl bündig zu widerlegen, und sah in dem Fahnenhandel keinen Grund zum Streit mehr, zumal Cobenzls Ankunft in Selz an sich selbst einen wesentlichen Schritt zur Genugthuung enthalte. Im übrigen aber schloß er aus der Hartnäckigkeit, womit Cobenzl auf dem Artikel 9, der Ausschließung Preußens aus aller Entschädigung in Deutschland, bestand, daß die Gerüchte über ein preußisch-österreichisches Bündnis grundlos seien. Um so bestimmter sah er den festen Entschluß des Kaisers, sich in Italien auszudehnen. Fast wörtlich, wie drei Tage früher Cobenzl es gegen Colloredo ausgesprochen, meldete er jetzt dem Direktorium, daß alles von diesem Punkte abhänge. Mache man hier eine genügende Bewilligung, so werde Oesterreich der Abtretung des linken Rheinufers zustimmen, wie das Cobenzl unter Berufung auf die Verhandlung in Udine bereits erklärt habe; ja noch mehr, nach seinem Dafürhalten werde in diesem Falle

Oesterreich der Umwälzung Piemonts ruhig zusehen und selbst zu der Anerkennung der Römischen Republik sich herbeilassen. In all diesen Punkten beurteilte er Thuguts Politik vollkommen richtig. Schon im Januar, auf die erste Nachricht von der Bedrohung des Papstes, hatte Thugut dem Grafen Cobenzl nach Rastatt geschrieben, er möge sich des Papstes nach Kräften annehmen, eintretenden Falles aber die Gelegenheit benutzen, um als Aequivalent für Oesterreich die Legationen zu fordern. Was Piemont betraf, so trat Cobenzl am 7. Juni mit dem Antrage hervor, den Großherzog von Toscana, dessen jetzige Lage vollkommen unhaltbar sei, mit der Lombardei auszustatten und dafür aus Toscana und Piemont Republiken zu machen. François lehnte ab und wollte auch den Großherzog lieber in Deutschland als in Italien unterbringen, bemerkte aber, daß er einen Kurier mit neuen Weisungen aus Paris erwarte.

Diese Weisungen, die Antwort auf Cobenzls erste Denkschrift, am 7. Juni ausgefertigt, kamen bald genug nach Selz und waren in jeder Hinsicht entscheidend. Das Direktorium beharrte zunächst, trotz Talleyrands entgegenstehender Meinung, auf einer öffentlichen Genugthuung für den Fahnenskandal. Ist man hierüber im reinen, fuhr es fort, so ist die Unterhandlung in Selz zu schließen. Also nicht bloß keine Abtretung in Italien, sondern nicht einmal die Möglichkeit, eine solche Forderung amtlich zu stellen, wurde zugestanden. Nur um die Friedensliebe Frankreichs zu bekunden, möge François dem österreichischen Unterhändler folgende Aufklärungen über die Klagen des Kaisers geben. Was das Veltlin betreffe, so habe man freilich in Campo Formio die Grenzen Cisalpiniens feststellen müssen, niemals aber enthalte eine solche Bestimmung den Verzicht auf jede künftige Grenzerweiterung. Rom werde in dem Vertrage nicht erwähnt, einzelne Aeußerungen Bonapartes während der Verhandlung könnten Frankreich nicht binden. Neapel und Toscana seien durch keine Gefahr bedroht. In der Schweiz seien die alten Regierungen die Angreifer

gewesen; ebenso hätten neuerlich die kleinen Kantone durch ihren Angriff auf Luzern den Frieden mutwillig gebrochen; nirgends liege hier ein Grund für ein Vorgehen der Oesterreicher nach Graubünden vor; wenn ein solches stattfinde, werde auch Frankreich seine Truppen dort einrücken lassen. Die übrigen Streitfragen gehören nach Rastatt. François habe hier lediglich den bisher von Frankreich eingenommenen Standpunkt zu behaupten.

Das verhängnisvolle Aktenstück enthielt die Ankündigung des Bruches. Es war noch nicht die Kriegserklärung selbst, wohl aber die Verneinung aller Bedingungen, unter welchen die Fortdauer des Friedens möglich war. Es würde hiernach ein geringes Interesse haben, den Gesprächen zwischen den beiden Botschaftern, die sich noch durch den ganzen Juni hindurch fortspannen, im einzelnen zu folgen. Es war vergebens, daß Cobenzl an die Briefe Bonapartes und Talleyrands erinnerte, welche die Unterhandlung veranlaßt und ausdrücklich alle vorhandenen Streitpunkte als Gegenstand derselben bezeichnet hatten: François wußte es wohl und hätte den gleichlautenden Text seiner ersten Instruktion hinzufügen können; jetzt aber mußte er auf der Erklärung beharren, daß sein Auftrag sich auf die Erörterung der Fahnenfrage beschränke. Es half nichts, daß Cobenzl immer und immer wieder auf Italien zurückkam; François blieb dabei, daß von diesen Dingen in Selz die Rede nicht sein dürfe. Noch hat, schrieb Cobenzl an Colloredo den 24. Juni, François seine schließliche Note nicht überreicht; was soll sie uns auch helfen, wenn sie sich nicht auf Italien bezieht? Er empfing sie dann am 26. Juni; sie handelte in der That nur von der Fahnenfrage. Er hatte Vollmacht, bei einer sonst günstigen Wendung in diesem Punkte einige Nachgiebigkeit zu zeigen; wie jetzt aber die Dinge lagen, hielt er dies für schlechthin unstatthaft. „Es bleibt", berichtete er nach Wien, „Ew. Majestät nur übrig, zu den Waffen zu greifen; Frankreich will von dem in Italien und in der Schweiz Geschehenen nicht zurücktreten, noch auch unsere Grenzen erweitern. Das Direktorium will allerdings jetzt

noch keinen offenen Streit. Aber es ist klar, daß ein dauernder Friede nur dann möglich ist, wenn unsere gerechten Beschwerden erledigt und die wesentlichsten Interessen unserer Monarchie befriedigt werden." Er verwarf also François' Anträge ohne weiteres. Noch einmal wurde Meinung und Gegenmeinung in diplomatischen Noten ausgetauscht und dann am 6. Juli die Konferenz geschlossen.

Es ist, schrieb Cobenzl an Colloredo den 30. Juni, eine grausame Sache, sein Leben mit Zanken über eine Fahne zu verbringen und dabei nicht eine Scholle italienischen Landes zu gewinnen. Es ist nicht Selz und nicht Rastatt, was mich unglücklich macht; es ist die Etsch; das Glück läge für mich am Oglio und in den Legationen.

Auch François schied nicht mit leichtem Herzen. Ich habe, meldete er dem Direktorium, nicht herstellen können, was verdorben war, und bedauere tief, daß ich der allgemeinen Friedenssehnsucht nicht habe genügen können. Auf seiner Rückreise fand er im Elsaß die Bevölkerung überall in peinlicher Besorgnis vor neuem Kriegsunheil. Immer glaubte weder er noch das Direktorium bei der Zerrissenheit der deutschen Dinge an ein rasches Losbrechen der Oesterreicher. Es war richtig für den Augenblick, da Thugut weder mit den diplomatischen noch den militärischen Vorbereitungen fertig war. Der Entschluß selbst aber stand seit dem Mißlingen der Selzer Unterhandlung fest. Uns kann, sagte Cobenzl, nichts helfen als eine große Grenzerweiterung in Italien oder der völlige Abzug der Franzosen aus der Halbinsel und aus der Schweiz. Da die Franzosen das eine wie das andere weigerten, so war in Wien die letzte Hoffnung auf gesicherten Frieden dahin. Man wollte nicht übereifrig losschlagen, ehe man sich nach allen Seiten gedeckt hatte. Aber man war entschlossen, nicht eine Linie weiter zurückzuweichen, aus allen Kräften zu rüsten, wirksame Bündnisse zu suchen. Vor allem galt es, sich für den Kriegsfall Rußlands mächtigen Rückhalt zu sichern.

DC148 .S98 v.8
Geschichte der revolutionszeit
Princeton Theological Seminary-Speer Library
1 1012 00022 0675